DER SPIEGEL

Nr. 17/19.4.04
Deutschland: 3,00 €

4 190700 703007 17

Die Falle Irak

BUSHS VIETNAM

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 3,20
Schweiz sfr 5,50

Belgien € 3,50 · Dänemark dkr 35,– · Finnland € 5,40 · Frankreich € 4,– · Griechenland € 4,40 · Großbritannien £ 2,95 · Hongkong HK$ 50,– · Italien € 4,– · Japan (inkl. tax) Yen 1.575 · Kanada kan$ 4,– · Norwegen nkr 42,– · Polen (SSH 0038745 2) Zł 19,40 · Portugal (cont.) € 4,– · Schweden skr 42,– · Slowakei Sk 185,– · Slowenien Sit 950,– · Spanien € 4,– · Spanien / Kanaren € 4,20 · Thailand 3aht 330,– · Tschech. Republik Kc 145,– · Türkei TRL 8.000.000,– · Ungarn Ft 1.140,– · USA US-$ 7,– · Zypern £t 2,70

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

19. April 2004 **Betr.: Titel, Welteke, Ruanda**

Die eskalierende Gewalt im Irak macht die Arbeit für Journalisten immer gefährlicher. Viele ausländische Berichterstatter haben das Land ebenso wie die Mitarbeiter etlicher Hilfsorganisationen inzwischen verlassen. SPIEGEL-Korrespondent Bernhard Zand, 36, und Fotograf Thomas Grabka, 44, waren vergangene Woche in Bagdad. „Wir haben keine Bedenken, uns in der Stadt zu bewegen“, sagte Zand, „allerdings versuchen wir schon, dies möglichst unauffällig zu tun.“ Inzwischen mehren sich Parallelen zwischen den Kämpfen im Irak und dem amerikanischen Alptraumkrieg in Vietnam, wie Erich Follath, Hans Hoyng und Gerhard Spörl in der Titelgeschichte analysieren. Über das Fernsehen kamen die Kriegsereignisse damals erstmals in die Wohnzimmer – und damit auch Bilder der eigenen Opfer. Als die Zahl der Gefallenen unaufhörlich stieg, rebellierte ab Mitte der sechziger Jahre die heimische Öffentlichkeit. Sorgsam versucht die Regierung nun, die Toten der Kämpfe im Irak zu verbergen: Bisher hat Präsident George W. Bush noch kein Militärbegräbnis besucht, und Trauerzeremonien finden meist abseits von Kameras statt. Zu den wenigen Ausnahmen gehörte jene, die das Titelbild zeigt: Soldat William Moore trauert um seinen Kameraden Trevor Blumberg, der im vergangenen September 22-jährig nahe Falludscha fiel (Seite 116).

THOMAS GRABKA

Zand in Bagdad

Selten hat eine kleine SPIEGEL-Geschichte so viel Wirbel verursacht wie die „Berliner Sause“ (15/2004) rund um die Einladung von Bundesbankchef Ernst Welteke durch die Dresdner Bank. Selten auch haben Politiker und Kommunikationsexperten derart wirre Theorien darüber aufgestellt, wie die belastenden Dokumente zum Nachrichten-Magazin gelangten – SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Reuter, 38, war über ein halbes Jahr lang systematisch verschiedenen privaten Eskapaden Weltekes nachgegangen. Ende voriger Woche bekam er neue Informationen: Danach hatte sich Welteke im Jahr 2003 von BMW zu einem Formel-1-Trip nach Monaco einladen lassen. Autokonzern wie Bundesbank bestätigten Reuter dies. Alarmiert von den neuerlichen SPIEGEL-Recherchen, berief die Bundesbank am Freitag eine Krisensitzung des Vorstands ein. Nach hektischen Telefonaten auch mit dem Finanzministerium sagte einer der Beteiligten gegen 15 Uhr: „Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit in der nächsten Stunde erledigt ist.“ Kurz darauf trat Welteke zurück (Seite 102).

Vor zehn Jahren starben in Ruanda 800 000 Menschen in nur 100 Tagen. Zeuge des Völkermords war der kanadische General Roméo Dallaire, Kommandeur der Uno-Schutztruppe im Land. Jetzt kehrte Dallaire erstmals nach Ruanda zurück. SPIEGEL-Reporter Uwe Buse, 41, traf den Ex-General in Kigali und sprach mit Tätern wie Überlebenden. „Die Wunden von damals vernarben erst langsam“, so Buse. Das gilt vor allem für die Älteren, die sich von der Erinnerung an die grausame Vergangenheit nicht mehr lösen können. Die Jüngeren suchen eher Abstand, wie die 18-jährige Amanda. Auch in ihrer Familie gab es viele Opfer, aber: „Ich habe die Nase voll von der ewigen Trauer und dem ewigen Erinnern meiner Eltern“, sagte sie Buse, „ich will auch Spaß im Leben haben“ (Seite 74).

CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

Buse in Ruanda

In diesem Heft

Titel

Bushs Irak-Krieg und das Vietnam-Trauma 116
Schulterschluss im Bagdader Sunnitenviertel ... 122
Paramilitärs gefährden zivile Ausländer 126
Interview mit Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über Amerikas Besatzungsregime im Irak und Washingtons falsche Anti-Terror-Strategie 129

Deutschland

Panorama: Krankenkassen plündern Pflegekasse / CDU-Chefin Merkel gegen EU-weite Mindeststeuer / Justizministerin Zypries hält soziales Pflichtjahr für vertretbar 19
Außenpolitik: Aus den amerikanischen Alleingängen will Rot-Grün politisches Kapital schlagen 22
Osama Bin Ladens deutsche Text-Botschaft 26
Europa: Wie der Bundeskanzler seine Industriepolitik durchsetzen will 28
Politiker: Der konservative Exzentriker Friedrich Merz 32
Auslandseinsätze: Warum zwei GSG-9-Leibwächter im Irak sterben mussten 38
Nazi-Verbrechen: Italiener wollen deutsche Waffen-SS-Schergen aburteilen 42
Jubilare: Gerhard Schröders Geburtstagsparty ... 46
Beschäftigung: Bringen Lohnsubventionen den Arbeitsmarkt in Schwung? 48
Debatte: Klaus von Dohnanyi über nötige Kurskorrekturen beim Aufbau Ost 54
Klimaschutz: Abgashandel für Flugpassagiere ... 60
Beutekunst: Millionengeschäft mit der Jagd nach verschwundenen Meisterwerken 62

Gesellschaft

Szene: Wie schöne Frauen auf Männer-Hirne wirken / Currywurst der Luxusklasse 71
Eine Meldung und ihre Geschichte 72
Völkermord: Vor zehn Jahren konnte der Kommandeur der Uno-Truppen das Massaker in Ruanda nicht verhindern – jetzt sucht er Vergebung in Kigali 74
Ortstermin: Der Ex-Fußballer Oliver Bierhoff lehrt Reformpolitik an der Berliner Humboldt-Universität 86
Fahnder: Suche nach Opfern eines angeblichen Kinderschänder-Rings 88

Wirtschaft

Trends: Sofort-Programm zum Bürokratie-Abbau / Debitel-Verkauf verzögert sich / Poker um Pannenschiff „Pride of America“ 91
Arbeitsmarkt: Eine parteiübergreifende Koalition stemmt sich gegen den Jugendwahn in deutschen Unternehmen 94
Affären: Der unrühmliche Abgang des Bundesbank-Präsidenten Welteke 102
Pharmaindustrie: Interview mit Aventis-Vorstand Heinz-Werner Meier zur Übernahmeschlacht mit Sanofi 103
Konzerne: Coca-Cola sucht einen neuen Chef 106

Ausland

Panorama: Saddams Atomschrott wird illegal nach Europa exportiert / Tschechisches Hightech-System ortet Tarnkappenbomber / Schmiergeldaffäre im Umfeld des kasachischen Präsidenten 113
Nahost: Scharons Durchmarsch 132
Afghanistan: Interview mit Präsident Hamid Karzai über den Warlord Hekmatjar und die Sicherheitsprobleme in den Provinzen 134

Nahost: Bush brüskiert Europa

Seite 22

Der Kurswechsel des US-Präsidenten George W. Bush im Nahost-Prozess brüskiert auch die um einen fairen Frieden bemühten Europäer. Kanzler Gerhard Schröder versicherte Ägyptens Präsident Husni Mubarak, es dürfe nicht über die Köpfe der Palästinenser hinweg entschieden werden. Den Bush-Eklat will Rot-Grün im Europa-Wahlkampf nutzen, um der Union deren verfehlte Irak-Politik vorzuhalten.

HOLGER HOLLEMANN / DPA

Mubarak, Schröder

LARS REIMANN / ACTION PRESS

Dohnanyi

WOLFGANG SCHMIDT / DPA

Milbradt

Aufschwung mit Billig-Jobs?

S. 48, 54

Die Diskussion über den missratenen Aufbau Ost hat ein weiteres Thema neu belebt: Politiker wie Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt wollen mit Lohnsubventionen den Arbeitsmarkt in Schwung bringen. Klaus von Dohnanyi, der die Debatte mit ausgelöst hat, fordert in einem SPIEGEL-Essay, Fehler der Vereinigungsjahre mutiger aufzuarbeiten.

Unternehmen im Jugendwahn

Seite 94

Nirgendwo in Europa müssen ältere Arbeitnehmer mehr um ihre Jobs fürchten als in Deutschland. Den Staat kostet der Jugendwahn Milliarden. Aber auch für die Unternehmen zahlt sich der Verzicht auf erfahrene Mitarbeiter langfristig nicht aus.

Jäger des verlorenen Schatzes

Seite 62

Millionen verdient der Fahnder Clemens Toussaint mit der Suche nach Bildern, die in den Wirren der Nazi-Zeit verschollen sind. Sein größter Coup: Mit einer 150-Millionen-Dollar-Klage will er ein Amsterdamer Museum zwingen, Meisterwerke eines russischen Konstruktivisten herauszurücken.

CARSTEN HOLM / DER SPIEGEL

Toussaint

Dämonen von Vietnam S. 116 – 129

Aufstände, Entführungen, Überfälle: Der Irak versinkt im Chaos. Die Mehrheit der Amerikaner glaubt nicht mehr, dass ihre Regierung die Probleme in Bagdad in den Griff bekommt. Immer häufiger wird der Irak-Krieg mit dem nationalen Alptraum Vietnam in Verbindung gebracht. Ex-Sicherheitsberater Brzezinski sagt im Interview, Vietnam verfolge amerikanische Präsidenten „wie ein Gespenst“.

ALI JASIM / REUTERS / E-LANCE MEDIA

US-Soldat bei Bagdad

Afrikas Paradies in Gefahr Seite 144

M. HARVEY / WILDLIFE

Zur Regenzeit verwandelt der Okawango die botswanische Halbwüste Kalahari in eine einzigartige Seen-Landschaft. Jetzt bedroht Profitgier die artenreiche Tierwelt im Delta: Namibia plant einen Staudamm, der das Biotop zerstören würde.

Antilopen im Okawango-Delta

Der Flaneur der Epoche Seite 160

Rastlos durchstreifte er die Salons, Museen und Nachtbars der Epoche: Harry Graf Kessler kannte Bismarck und Nietzsche, dichtete am „Rosenkavalier“ mit und setzte Alt-Europa ein glorioses Denkmal: seine Tagebücher, die jetzt komplett erscheinen.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Kessler (1919)

Andere Rasse, andere Pille Seite 186

Menschen verschiedener Hautfarbe erkranken unterschiedlich häufig an bestimmten Leiden. Ärzte und Genetiker begeben sich deshalb auf die heikle Suche nach ethnischen Unterschieden im Erbgut – der Beginn eines neuen Rassismus?

Grieche, Spanierin, Amazonas-Indianerin, Westafrikanerin

AGE / MAURITIUS

MENZEL / AGENTUR FOCUS

TONY STONE/GETTY IMAGES

DAS FOTOARCHIV

Italien: Die Journalistin Oriana Fallaci ruft zum Kampf gegen den Islam 138
Justiz: Washingtons Oberstes Gericht verhandelt über die Guantanamo-Häftlinge ... 142
Botswana: Öko-Alarm im Okawango-Delta ... 144
Großstaudämme gefährden die Natur 146

Sport

Fußball: Otto Rehhagels Mission als griechischer Nationaltrainer 150
Boxen: Die Klitschkos kämpfen um ihre sportliche Zukunft 154

Kultur

Szene: Rekonstruktion verlorener Bach-Musik / Das falsche Fassaden-Gelb von Schloss Schönbrunn 157
Kulturgeschichte: Die Tagebücher von Harry Graf Kessler – Spiegel einer Epoche 160
Film: „Schultze Gets the Blues“ von Michael Schorr 166
Pop: Die irische Sängerin Andrea Corr über das Älterwerden und ihr neues Album 168
Literatur: Gilles Rozier erzählt von einer verbotenen „Liebe ohne Widerstand“ 170
Bestseller 172
Denker: Wie der Philosoph Wilhelm Schmid leidenden Zeitgenossen hilft 177
Kino: Quentin Tarantinos „Kill Bill 2“ und der Abschied von Gewaltexzessen 180

Wissenschaft · Technik

Prisma: Zahnverlust trotz Zähneputzen / Kartierung der Forschungslandschaft 183
Medizin: Die Wiederentdeckung des Rassebegriffs 186
Computer: Vormarsch der Analogtechnik 190
Abenteuer: Bergsteigerdrama – die Geschichte eines Seilschaftopfers kommt ins Kino 192
Raumfahrt: Die TU München plant einen Spähsatelliten für jedermann 196
Tiere: Wie Biologen das Artensterben der Zugvögel verhindern wollen 198

Medien

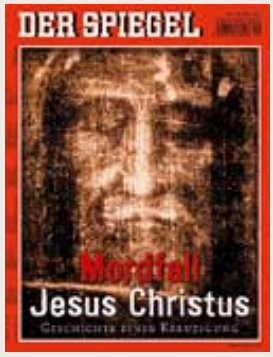
Trends: Millionengrab N-tv / Musikproduzent Farian über sein Anti-Bohlen-Pamphlet 203
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 204
Boulevard: Die Seitensprung-Seifenoper des Fußballstars David Beckham 206
Verlage: Wie Springer in Großbritannien zum Global Player werden will 208

Briefe 10
Impressum, Leserservice 212
Chronik 213
Register 214
Personalien 216
Hohlspiegel/Rückspiegel 218

TITELBILD: Foto Herbert / Fayetteville Observer / Gamma / Studio X

Drang nach draußen

In der Entwicklungshilfe gibt es noch Jobs. Außerdem im UniSPIEGEL, dem Magazin für Studenten: Elite-Studenten in Yale und Karlsruhe, die Zukunft der ZVS und: Die Super-WG im Diplomstress.



SPIEGEL-Titel 16/2004

„Die Botschaft des Karfreitags, deren wir uns erinnern, sollte immer sein, dass die Menschen in ihrer Gesamtheit Jesus Christus ermordeten, weil sie selbstsüchtig, egoistisch und ungerecht waren – und bis heute geblieben sind. Die Frage, wer Jesus *wirklich* ermordete, können sich nur Atheisten stellen."

Holger Herboth aus Saarbrücken zum Titel „Mordfall Jesus Christus – Geschichte einer Kreuzigung"

Unvereinbare Kreuzigungsdeutungen

Nr. 16/2004, Titel:
Mordfall Jesus Christus – Geschichte einer Kreuzigung

Ihr Artikel wurde sehr feinfühlig geschrieben, obwohl naturgemäß viele Fragen noch offen bleiben. Glaube ist wie der Wind oder die Luft: Sie sind da und dennoch nicht sichtbar. Auch heute tun Gott und Jesus noch Wunder wie vor Tausenden von Jahren. Wie sagte Jesus? Wer Augen hat zu sehen, der sehe, und wer Ohren hat zu hören, der höre.

Stuttgart — Heinz Heim

Klasse Geschichte. Einfach gut aufgemacht. Mit der nötigen Distanz und einer angenehmen Respektlosigkeit, die selbst in einer säkularisierten Gesellschaft wie der unseren noch viel zu selten öffentlich kundgetan wird. Sicher werden Sie unzählige empörte Leserbriefe „guter und frommer" Christen bekommen.

Hohenlockstedt (Schlesw.-Holst.) — Stefanie Baumm

Dass die Autoren des Artikels offenbar nicht an Jesus Christus glauben, ist ihre persönliche Angelegenheit, dass sie historische Fakten stärker gewichten als religiöse Schriften, ist ihr gutes Recht, dass sie aber alle ins Lächerliche ziehen, welche an Jesus Christus glauben, finde ich geschmacklos. Die Bibel erhebt nie den Anspruch eines historischen Tatsachenberichts, sie hat ihre Widersprüche und fordert jeden Tag von neuem zum kritischen Nachdenken auf. Für mich ist es absolut unwichtig, ob jede Geschichte in der Bibel genau so geschehen ist oder nicht. Hingegen finde ich die zentrale Botschaft von Jesus, seinen Aufruf an die Nächstenliebe, sein Einstehen für die Gerechtigkeit und seinen Einsatz für die (sozial) Schwachen der Gesellschaft aktueller denn je.

Winterthur (Schweiz) — Stephan Lauffer

Tote werden nicht wieder lebendig, weiß der SPIEGEL. Nicht wahr, dazu wäre schon ein Wunder nötig. Und da es – a priori – keinen Gott gibt, der wunderbar (für uns nicht nachvollziehbar) handelt, muss es sich um eine Legende, einen Mythos handeln. Da bisher allerdings noch niemand die Nichtexistenz Gottes beweisen konnte, schwebt die Frage weiter im Raum: Was, wenn nun doch alles wahr wäre? Hätten die Evangelisten, die zumindest teilweise Augenzeugen waren, dann einen neutraleren Bericht verfassen können? Könnte man ihnen dann vorwerfen, dass sie Glaubende wurden? Aber diese Denkrichtung verbietet sich, getreu dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Achim (Nieders.) — Sven Stührmann

Da Sie mich mit meinen Büchern „Der Fall Jesus" und „Standrechtlich gekreuzigt" zitiert haben, erlaube ich mir einige ergänzende Anmerkungen: Für ein jüdisches Gericht bestand kein Grund für eine Verurteilung Jesu. Erstaunlicherweise sprechen auch nur Markus und Matthäus davon. Jesus war ein gesetzestreuer Jude (vgl. z. B. Mt 5,17-19). Sich als „Sohn Gottes" zu bezeichnen war keine Gotteslästerung. Jeder fromme Jude durfte sich so nennen (vgl. Bergpredigt). Für historisch unhaltbar halte ich auch die Behauptung, die jüdische Gerichtsbarkeit habe in jener Zeit nicht die Todesstrafenkompetenz beziehungsweise das Vollstreckungsrecht gehabt. Es gibt mehrere Fälle, die diese Kompetenz beweisen. Zu nennen sind die Enthauptung Johannes' des Täufers, die Steinigung von Jesu Bruder Jakobus und die Steinigung des heiligen Stephanus unter Mitwirkung des Herrn Staatsanwalts Saulus / Paulus.

Freiburg i. Br. — Dr. Weddig Fricke

Dem SPIEGEL sei Dank für die gemein(de)verständliche Darstellung dessen, was heute über den historischen Hintergrund der Hinrichtung Jesu von Nazaret bekannt ist. Zur Lebensbewältigung aber helfen historische Fakten wenig, da braucht der Mensch Glaube, Liebe, Hoffnung. Die berichteten Reden und Taten Jesu, die Legenden über ihn wollen dies vermitteln.

Magdeburg — Paul Kluge, Pastor em.

AKG

Abendmahl-Darstellung von Philippe de Champaigne (1652): *Ganz andere Dimension*

Nach christlichem Selbstverständnis hat Gott doch seinen Sohn geopfert, um die Menschheit zu erlösen. Wie lässt sich diese Deutung der Kreuzigung Jesu vereinen mit jener anderen eines jüdischen Verbrechens, bei der der Erlösungsgedanke total abhanden gekommen ist? Wie kommt es zu diesen zwei unvereinbaren Kreuzigungsdeutungen: einmal als göttlich beschlossener Erlösungsakt und einmal als „Christusmord"? Darüber könnte man zur Ta-

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 21. April 1954

Europäische Verteidigungsgemeinschaft im Wartestand Frankreich beklagt Deutschlands Eifer. **Abenteuer eines Schneidermeisters in Amerika** Grenzenlose Atomenergie. **Sparen mit Pappeln** Geschäftsidee in Zeiten des Totospiels. **Robert Oppenheimer als Vorsitzender des wissenschaftlich beratenden Ausschusses der US-Atomenergie-Kommission abgesetzt** Im Strudel von Moral und Strategie. **Untertassen-Hokuspokus** US-Major erhält Einblick in Luftwaffen-Untersuchungsmaterial.
Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Vertriebenenminister Theodor Oberländer

gesordnung übergehen, wenn nicht unter der Anklage, Juden hätten „Jesum ans Kreuz geschlagen“, über ein Jahrtausend hin Juden gehängt, verbrannt, gerädert und gevierteilt worden wären. „Christusmörder“? Dieser Deutung der Kreuzigung, der jeder Erlösungsgedanke fehlt, entsprang ein christlicher Antijudaismus, der bis heute in christlichen Nationen nicht überwunden ist – siehe die Unsäglichkeit von Mel Gibsons „The Passion“. Ohne klerikalen Antijudaismus kein Holocaust!

Köln — Dr. Ralph Giordano

Der Versuch, Glauben auf Grund vermeintlicher Erkenntnisse zu erklären, zu be- oder zu widerlegen, ist so neu nicht. Das Ansinnen als solches ist auch nur allzu verständlich, widerspricht die Existenz göttlichen Wesens doch menschlicher Vernunft. Gleichwohl können derartige Vorhaben nur ins Leere laufen, weil sich das Geheimnis des Glaubens gerade nicht rational erfassen lässt. Glauben ist eben eine ganz andere Dimension als Wissen. Glauben zu können ist wohl eine Gnade, die nicht allen Mitmenschen zuteil wird. Gläubigen, ganz gleich, welcher Religion sie angehören, sollten wir mit Achtung begegnen und Glaubensinhalte zumindest wertfrei tolerieren. Die teilweise herabwürdigenden Passagen des Beitrags stehen diesem gebotenen Respekt ebenso entgegen wie der zuweilen völlig unangebrachte Jargon der Abhandlung.

Potsdam — Monika Dressel

Castorbehälter gegen Windräder?

Nr. 15/2004, Energiepolitik:
SPIEGEL-Gespräch mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin über die Absurditäten der Windkraftförderung und den Krach mit Kabinettskollegen

Ich lade alle Windenergiegegner ein zu einem Spaziergang nach Biblis am Rhein. Dort kann man das wunderschöne Flair eines Atomkraftwerks – und wie es sich nahtlos in die Rheinauenlandschaft einfügt – bestaunen. Daneben beginnt in Kürze der Bau eines der Top-Ten-Ziele in Europa für Terroristen, eine Lagerhalle für Atommüll aus Europa, groß wie ein Fußballplatz und 18 Meter hoch. Dies alles würde ich gern gegen ein paar Windräder eintauschen. Würden Sie Windräder gegen einen Castorbehälter auf Ihrem Marktplatz tauschen?

Biblis (Hessen) — Roger Bär

Die Arroganz, mit der ein Minister die Mahnung von Botho Strauß als „Quatsch“ bezeichnet, erinnert an die Geringschätzung, die Franz Josef Strauß gegenüber Intellektuellen zeigte. Die Volksbewegung für den Schutz der Landschaft gegenüber der mit Brachialgewalt forcierten weiteren Verspargelung als neuen Populismus abzuwerten, sich aber als Regierung für eine Stärkung der plebiszitären Elemente in unserem System auszusprechen zeugt von Heuchelei. Heuchelei ist auch, auf die durch die Windindustrie entstehenden neuen Arbeitsplätze zu verweisen und zu verschweigen, dass Tausende von Arbeitsplätzen in der Tourismusindustrie verloren gehen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Oppositionsparteien für eine Aufhebung der Privilegierung der Windanlagen im Bundesbaugesetz und Kürzung der Subventionen einsetzen, damit ohne Ideologie und Geldgier über eine vernünftige nachhaltige Energiepolitik Konsens gefunden werden kann.

WOLFGANG WEHS / DPA

Minister Trittin, Schüler*: *Hoffnung auf die Opposition*

Wartin (Brandenburg) — Prof. Hans-Joachim Mengel

Willkommen in der DDR! Jetzt führt die rot-grüne Regierung den Sozialismus in der Stromerzeugung weiter. Trittin lehnt in Politbüromanier jegliche Nachfrage nach Kosten für den Verbraucher ab. Mit dem EEG wird der Strompreis für Strom aus Wind 300 Prozent über Marktpreis auf 20 Jahre festgeschrieben. Jeder Stromkunde wird durch diese Mehrkosten zwangsweise über die Stromrechnung abgezockt. Zusätzlich strich man heimlich die bereits vereinbarte Mindestwindstärke. Mit der Folge, dass selbst im windarmen Binnenland jeder noch so kleine Hügel mit WKA zugestellt und gefördert werden soll. Dabei wird, ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt, der Lebensraum vieler Vögel, Tiere und Pflanzen zerstört. Sieht so Natur- und Umweltschutz aus, Herr Trittin? Haben die Grünen ihre Wurzeln vergessen? Wann wachen die Naturschützer bei den Grünen auf?

Gräfenberg (Bayern) — Holger E. Kruse

Es gibt eben doch noch Handlungsspielräume der Politik! Natürlich möchte ich auch keine „Verschandelung“ meines „kulturellen Erinnerungsraumes“ mit Windparks, wuchernden Eigenheimsiedlungen, Ausfall- und Umgehungsstraßen, mit leer stehendem Büroraum und so weiter – wer möchte das schon? Immerhin bieten die vielleicht nervenden Windanlagen zumindest gegenüber den schön kompakten (unsubventionierten?) Kernkraftwerken inklusive glücklich grasender Kühe auch ein paar Vorteile. Sie produzieren nichts, was wir verbuddeln und bewachen müssen, und weder ihr Kraftstoff noch ihre Technologie lassen sich an irgendwelche Bombenbauer verscherbeln. Und wenn dann doch mal ein Flugzeug in die Anlage eines Stromproduzenten knallt, können wir nur hoffen, dass es einen Windpark treffen wird.

Hamburg — Karin Riesler

* Am 19. März in Göttingen.

Die wahren Verhältnisse

Nr. 15/2004, Strafjustiz: Freisprüche im Düsseldorfer Mannesmann-Prozess in Sicht

Für mich stellen sich die Sonderzahlungen an Esser anders dar: Weder hat er in seiner achtmonatigen Tätigkeit für Mannesmann besondere Leistungen erbracht – der Aktienwert hat sich ohne (oder trotz?) sein(es) Zutun(s) gesteigert –, noch tragen Manager wie er irgendeine Verantwortung. Die Konsequenzen eines falschen Managements tragen ja immer die kleinen Angestellten, indem sie arbeitslos werden. Esser und Co. haben doch die 111 Millionen Mark erhalten, *damit* sie nicht mehr für die Firma arbeiten.

Kiel — Dr. Wolfgang Priebsch

Das Verdienst der Staatsanwaltschaft ist es – gerade in diesen Zeiten –, den Wahnsinn zu benennen und ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren; selbst wenn keine Strafen verhängt werden (können), so beleuchtet dieser Vorgang doch die wahren Verhältnisse!

Hamburg — Mark Henckel

Ex-Mannesmannchef Esser, Anwälte: *Prekär und politisch*

FEDERICO GAMBARINI / DPA

ARGUS

DAK-Verwaltungszentrale in Hamburg: *Bunte Zeitschriften und hoch dotierte Posten*

Dass solche Manager der Top-Etage deutscher Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Gewerkschaften ungeschoren davonkommen, war von vornherein klar. Das Durchsetzungsvermögen deutscher Gerichte in solch prekären und dazu noch politisch gefärbten Verhandlungen war bisher unterbelichtet. Wenn Herr Ackermann deutsche Gepflogenheiten und finanziellen Vergütungswahnsinn beziehungsweise unmoralische Bereicherung sowie einen Verstoß gegen das Aktiengesetz als kleinkariert abtut, dann empfehle ich ihm, in der Schweiz seine Geldgier auszuleben. Aber da wollte ihm scheinbar niemand sein gutes Geld anvertrauen.

KÖLN — CHRISTIAN BÖHM

Grund zur Kündigung

Nr. 15/2004, Panorama:
Tropenholz – Attacke auf McPaper

Mit unserem Lieferanten APRIL ist ausdrücklich vertraglich festgelegt worden, dass die Lieferung von Holz aus illegalem Einschlag einen Grund zur Kündigung des gesamten Vertrags darstellt. Seit Anfang 2004 wird für die Produktion des von uns bezogenen Zellstoffs ausschließlich Plantagenholz (Acacia) eingesetzt. Das heißt, dass UPM-Kymmene-Papierfabriken weltweit keinen aus indonesischem Regenwaldholz gefertigten Zellstoff verarbeiten.

HELSINKI — PIRKKO HARRELA
UPM-KYMMENE

Problem erkannt

Nr. 15/2004, Gesundheit: Der unaufhaltsame Niedergang der Billig-Krankenkassen

Was der SPIEGEL nicht erwähnt, sind „Kredite“, die sich die gesetzlichen Kassen widerrechtlich bei den Krankenhäusern holen: Über 7,5 Millionen Euro überfällige Forderungen sind allein bei einem von uns vertretenen Münchner Krankenhaus aufgelaufen, und das zu Zinsen von gerade mal 3,2 Prozent. Die Krankenkassen verweigern mit oft fadenscheinigen Gründen die Bezahlung der fälligen Behandlungsrechnungen und wissen genau, dass sie wegen der Überlastung der Sozialgerichte auf Jahre hinaus nicht mit einer Verurteilung rechnen müssen. Da sind gut und gern weitere vier Milliarden Euro offen, die der Beitragszahler irgendwann berappen muss!

MÜNCHEN — TIM MÜLLER
RECHTSANWALT

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, dass die Insolvenz einer gesetzlichen Krankenkasse rechtlich ausgeschlossen ist. Sollte eine gesetzliche Krankenkasse nicht mehr leistungsfähig sein, würde sie von der zuständigen Aufsicht geschlossen. Dabei bliebe der Versicherungsschutz der Mitglieder bei freier Wahl einer neuen Krankenkasse uneingeschränkt erhalten. Alle Rechnungen von Ärzten, Krankenhäusern und Apothekern würden voll bezahlt. Der BKK Bundesverband hat in der Vergangenheit immer wieder auf die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung hingewiesen. Zumindest die Kassenart BKK hat das Problem erkannt und kümmert sich um die Lösung.

ESSEN — FLORIAN LANZ
PRESSESPRECHER BKK BUNDESVERBAND ESSEN

Das Problem der über 300 Krankenkassen ließe sich doch ganz einfach lösen: Auflösen! Alle bis auf eine! So ließe sich der Verwaltungsaufwand von gut 6 Prozent der Versichertengelder ganz erheblich senken – vielleicht auf 1 bis 1,5 Prozent. Aber freilich: all die bunten Mitgliederzeitschriften und all die hoch dotierten Kassendirektionsposten … wie könnte irgendwer darauf verzichten.

DÜSSELDORF — DR. HORST LANDAU

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befinden sich ein Postkartenbeikleber des Verlags Die Tageszeitung, Berlin, sowie Beilagen der Firmen Bilanz, Zürich, Fritz Immobilien, Berlin, Schweiz Tourismus, Frankfurt am Main, Financial Times, Hamburg, sowie eine Beilage des SPIEGEL-Verlags/UniSPIEGEL, Hamburg.

ARGUS

DAK-Verwaltungszentrale in Hamburg: *Bunte Zeitschriften und hoch dotierte Posten*

Dass solche Manager der Top-Etage deutscher Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Gewerkschaften ungeschoren davonkommen, war von vornherein klar. Das Durchsetzungsvermögen deutscher Gerichte in solch prekären und dazu noch politisch gefärbten Verhandlungen war bisher unterbelichtet. Wenn Herr Ackermann deutsche Gepflogenheiten und finanziellen Vergütungswahnsinn beziehungsweise unmoralische Bereicherung sowie einen Verstoß gegen das Aktiengesetz als kleinkariert abtut, dann empfehle ich ihm, in der Schweiz seine Geldgier auszuleben. Aber da wollte ihm scheinbar niemand sein gutes Geld anvertrauen.

KÖLN — CHRISTIAN BÖHM

Grund zur Kündigung

Nr. 15/2004, Panorama:
Tropenholz – Attacke auf McPaper

Mit unserem Lieferanten APRIL ist ausdrücklich vertraglich festgelegt worden, dass die Lieferung von Holz aus illegalem Einschlag einen Grund zur Kündigung des gesamten Vertrags darstellt. Seit Anfang 2004 wird für die Produktion des von uns bezogenen Zellstoffs ausschließlich Plantagenholz (Acacia) eingesetzt. Das heißt, dass UPM-Kymmene-Papierfabriken weltweit keinen aus indonesischem Regenwaldholz gefertigten Zellstoff verarbeiten.

HELSINKI — PIRKKO HARRELA
UPM-KYMMENE

Problem erkannt

Nr. 15/2004, Gesundheit: Der unaufhaltsame Niedergang der Billig-Krankenkassen

Was der SPIEGEL nicht erwähnt, sind „Kredite“, die sich die gesetzlichen Kassen widerrechtlich bei den Krankenhäusern holen: Über 7,5 Millionen Euro überfällige Forderungen sind allein bei einem von uns vertretenen Münchner Krankenhaus aufgelaufen, und das zu Zinsen von gerade mal 3,2 Prozent. Die Krankenkassen verweigern mit oft fadenscheinigen Gründen die Bezahlung der fälligen Behandlungsrechnungen und wissen genau, dass sie wegen der Überlastung der Sozialgerichte auf Jahre hinaus nicht mit einer Verurteilung rechnen müssen. Da sind gut und gern weitere vier Milliarden Euro offen, die der Beitragszahler irgendwann berappen muss!

MÜNCHEN — TIM MÜLLER
RECHTSANWALT

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, dass die Insolvenz einer gesetzlichen Krankenkasse rechtlich ausgeschlossen ist. Sollte eine gesetzliche Krankenkasse nicht mehr leistungsfähig sein, würde sie von der zuständigen Aufsicht geschlossen. Dabei bliebe der Versicherungsschutz der Mitglieder bei freier Wahl einer neuen Krankenkasse uneingeschränkt erhalten. Alle Rechnungen von Ärzten, Krankenhäusern und Apothekern würden voll bezahlt. Der BKK Bundesverband hat in der Vergangenheit immer wieder auf die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung hingewiesen. Zumindest die Kassenart BKK hat das Problem erkannt und kümmert sich um die Lösung.

ESSEN — FLORIAN LANZ
PRESSESPRECHER BKK BUNDESVERBAND ESSEN

Das Problem der über 300 Krankenkassen ließe sich doch ganz einfach lösen: Auflösen! Alle bis auf eine! So ließe sich der Verwaltungsaufwand von gut 6 Prozent der Versichertengelder ganz erheblich senken – vielleicht auf 1 bis 1,5 Prozent. Aber freilich: all die bunten Mitgliederzeitschriften und all die hoch dotierten Kassendirektionsposten … wie könnte irgendwer darauf verzichten.

DÜSSELDORF — DR. HORST LANDAU

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befinden sich ein Postkartenbeikleber des Verlags Die Tageszeitung, Berlin, sowie Beilagen der Firmen Bilanz, Zürich, Fritz Immobilien, Berlin, Schweiz Tourismus, Frankfurt am Main, Financial Times, Hamburg, sowie eine Beilage des SPIEGEL-Verlags/UniSPIEGEL, Hamburg.

KRANKENVERSICHERUNG

Pflegekasse geplündert

HECHTENBERG / CARO

Rollstuhlfahrerin

Um Rechnungen für ihre Mitglieder zu bezahlen, haben sich mehrere Krankenkassen nach Informationen des Bundesversicherungsamts (BVA) jahrelang illegal aus der gesetzlichen Pflegeversicherung bedient. Laut einem Schreiben der Aufsichtsbehörde vom 5. April („Unrechtmäßige Belastung der Pflegeversicherung mit Hilfsmittelausgaben") ist der Pflegekasse dabei ein Schaden von insgesamt etwa 400 Millionen Euro entstanden. Vor allem Rechnungen für Spezialbetten, Rollstühle oder Badewannen-Lifter seien in vielen Fällen der Pflegeversicherung aufgebürdet worden, obwohl sie eigentlich von den Krankenkassen hätten bezahlt werden müssen. Das BVA will die verantwortlichen Versicherer, darunter Allgemeine Ortskrankenkassen, nun zwingen, das Geld zurückzuzahlen. „Im Interesse einer Gleichbehandlung aller Krankenkassen werden wir auf eine vollständige Rückführung der Fehlbuchungen bestehen", heißt es in dem an die betroffenen Vorstände adressierten Brief. Wegen der finanziellen Notlage mancher Kassen sei das BVA jedoch bereit, sich auf Ratenzahlung einzulassen.

STEPHANIE PILICK / DPA

Merkel, Stoiber

EU-MINDESTSTEUER

Merkel gegen Stoiber

CDU-Chefin Angela Merkel hat die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber nach einer EU-weiten Mindeststeuer scharf zurückgewiesen. Solche Initiativen seien „nicht zielführend" und schürten „falsche Neid-Diskussionen", sagte Merkel bei einem Besuch in der Slowakei am vergangenen Donnerstag. Wenn ein Land sich entscheide, die Einkommensteuer zu senken und dafür die indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuer zu erhöhen, sei dies legitim. „Was wir nicht tun sollten, ist, an diesen Steuersystemen herumzumäkeln", sagte Merkel. Mit Blick auf Länder wie die Slowakei, die einen einheitlichen Einkommensteuersatz von 19 Prozent haben, hatte Stoiber eine Untergrenze von 25 Prozent für alle EU-Mitglieder angeregt. Die CDU-Vorsitzende hält dagegen bei den direkten Steuern einen Wettbewerb für sinnvoll. Wenn ein einheitlicher Mindestsatz festgelegt werde, bedeute dies den „Beginn einer Zentralisierung ohne Ende".

PFLICHTJAHR

Zypries stützt Schily

Innerhalb der Bundesregierung verschärft sich der Streit um die Einführung eines allgemeinen sozialen Pflichtjahrs für Männer und Frauen. Nach Innenminister Otto Schily plädiert jetzt auch Justizministerin Brigitte Zypries für das Projekt. In einem Schreiben an die Ministerkollegen Schily, Peter Struck (Verteidigung) und Renate Schmidt (Familie) bezeichnete Zypries eine allgemeine Verpflichtung zur Sozialarbeit als „völkerrechtskonform" – von Zwangs- und Pflichtarbeit, wie sie die Europäische Menschenrechtskonvention untersagt, könne keine Rede sein. Allerdings müssten das „Maß und die mit der Arbeit verbundene Belastung verhältnismäßig sein".

Zypries empfiehlt, zu den strittigen Fragen ein externes Rechtsgutachten einzuholen. Zuvor hatte sich Familienministerin Schmidt politisch „grundsätzlich" gegen ein soziales Pflichtjahr ausgesprochen, und auch Struck hatte Bedenken geäußert: „Jede Frau, die klagen würde, bekäme vor Gericht Recht." Unstrittig ist, dass für die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs die Verfassung geändert werden müsste.

JÖRG KRAUTHÖFER / ACTION PRESS

Zypries

KOALITION

Rücksichtnahme mit Grenzen

Mit einer deutlichen Mahnung an die SPD hat sich die grüne Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt in den anhaltenden Streit um den richtigen Kurs in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik eingeschaltet. „Die SPD erlebt unbestreitbar eine schwierige Zeit, und darauf nehmen wir Rücksicht.“ Es müsse aber „klar sein, dass ökologische Modernisierung und eine moderne Energiepolitik unsere gemeinsame Grundlage sind, wie es im Koalitionsvertrag steht. Da ist für uns die Grenze“, so die Grüne. Im Bereich der erneuerbaren Energien seien in den vergangenen Jahren mit jährlich einer Milliarde Euro an Förderungen immerhin 100 000 Arbeitsplätze entstanden, bei der Steinkohle und im Bergbau dagegen gebe es trotz Subventionen von 3,3 Milliarden nur noch 73 000 Jobs. Bei einem „Revival einer alten Industriepolitik“ würden die Grünen daher „nicht einfach zuschauen“. Die Fraktionschefin: „Eine Rollenaufteilung nach dem Motto: Die einen schaffen Jobs, und die anderen tragen Kröten über die Straße, wird es mit uns nicht geben.“ Göring-Eckardt räumte jedoch ein, dass auch die Grünen im Ökologiebereich überprüfen müssten, „wo sich möglicherweise Bürokratie und Klientelpolitik eingeschlichen haben.“

MARCO URBAN.DE

Göring-Eckardt

LORRAINE O'SULLIVAN / INPHO

Greyhound-Derby in Irland

TIERSCHUTZ

Subventionierte Hunderennen

Aus Mitteln für „Kunst, Sport und Tourismusförderung“ finanziert der europäische Steuerzahler in den Mitgliedstaaten Irland und Spanien weiterhin kommerzielle Wettrennen von Windhunden. Nach Angaben der Tierschutzorganisation Pro Animale fließen jährlich so rund 25 Millionen Euro an Rennbahnbetreiber und Züchter. Offiziell waren auf Grund von Protesten die Subventionen aus dem Landwirtschaftsetat 1999 eingestellt worden. Von den verdeckten Zahlungen profitiert jetzt eine Hundeindustrie, in der jährlich rund 50 000 Greyhounds „verschwinden“. Ausgemusterte Tiere aus Irland werden nach Spanien abgegeben und laufen dort weiter, bevor sie oftmals grausam durch Aufhängen oder Benzinspritzen getötet werden. Darüber hinaus exportieren irische Züchter ihre EU-subventionierten Tiere auch nach Südkorea, wo der nationale Autohersteller Hyundai und der Elektronikkonzern Samsung die Hunde zunächst ins Rennen schicken. Am Ende verkaufen Händler die Greyhounds als begehrtes Nahrungsmittel.

ZEITGESCHICHTE

Legaler Raub

Nie wiederkehrende Gelegenheiten“, hieß es in den Annoncen, mit denen Münchner Zeitungen im Juni 1938 den Erwerb ehemals jüdischer Geschäfte und Unternehmen aggressiv bewarben. Mit deutscher Gründlichkeit haben die Nationalsozialisten die „Entjudung der Wirtschaft“ betrieben und deutsche Juden ihrer materiellen Existenz beraubt: „München ‚arisiert‘ – Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit“ heißt eine Ausstellung, die ab Freitag dieser Woche in München zu sehen ist (Kunstarkaden, bis 13. Juni). Die Ausstellung, ergänzt von Vorträgen, Lesungen, Führungen und Diskussionen mit Zeitzeugen, will belegen, wie jüdische Wohnungen und Kaufhäuser, Arztpraxen oder Anwaltskanzleien in arische Hände wanderten, und aufzeigen, wer die Profiteure waren – neben staatlichen Einrichtungen und Gewerbetreibenden auch normale Bürger, die sich in einer Art Goldgräberstimmung an der legalen Ausplünderung beteiligten. Das akribisch recherchierte Wissenschaftsprojekt soll außerdem den mühsamen Prozess der Entschädigung nach 1945 dokumentieren und in einem Workshop verdeutlichen, wie Experten heute mit detektivischer Spurensuche damals arisierte Kunstwerke ermitteln.

WEILER / STADTARCHIV MÜNCHEN

SA-Mann vor jüdischem Geschäft (1933 in München)

ACTION PRESS

Formel-1-Rennen am Nürburgring (2003)

FORMEL 1

Sonderaktionen gegen Zuschauerflaute

Hohe Ticketpreise und die Dominanz von Michael Schumacher lassen die Formel-1-Veranstalter zu ungewöhnlichen Werbemaßnahmen greifen, um die Zuschauer an die Strecke zu locken. So haben der ADAC und die Nürburgring GmbH, Ausrichter des Grand Prix von Europa am 30. Mai, ein viertägiges Showprogramm für „größtmögliche Kundennähe“ entwickelt. Neben Preisen wie einem signierten Overall von Ralf Schumacher werden 140 Freifahrten verlost, bei denen Formel-1-Piloten die Gewinner in Serienautos der beteiligten Werke über die Piste chauffieren. Ebenso bekommen Kartenkäufer die Chance, das Rennen von einer Box aus zu verfolgen. Mit solchen Aktionen soll dem Publikumsschwund entgegengewirkt werden. „Die Formel 1 verkauft sich nicht mehr von selbst“, sagt Walter Kafitz, Geschäftsführer der Nürburgring GmbH. Das haben auch die Rennfahrer erkannt und stellen sich verstärkt zur Verfügung. Weltmeister Michael Schumacher, Direktor der Pilotengewerkschaft GPDA: „Wir müssen wieder mehr für unsere Fans tun.“

ACTION PRESS

FC-Bayern-Spieler, bayerisches Weißbier (2002)

FUSSBALL-WM

Bier aus USA

Die lukrativen Werbeverträge rund um die in Deutschland stattfindende Fußballweltmeisterschaft 2006 wurden vor allem von ausländischen Firmen abgeschlossen. So mussten die Bayern, die das Auftaktspiel zur WM im neuen Münchner Stadion für eine gigantische Imagekampagne nutzen wollen, verärgert feststellen, dass in und um die Allianz-Arena kein einheimisches Bier serviert werden darf. Offizieller Sponsor der Fifa ist die Brauerei Anheuser-Busch (Budweiser) aus den USA. Nur „außerhalb der Werbe-Bannmeile um das Stadion“, beklagt der WM-Beauftragte des bayerischen Kultusministeriums, Harald Vorleuter, „wird der weiß-blaue Gerstensaft die Nr. 1“ sein. Auch hiesige Autohersteller sind nicht erwünscht. Funktionäre, Ehrengäste und Spieler der WM sollen sich im südkoreanischen Hyundai fortbewegen.

Nachgefragt

Keine Entlastung

„Sind Sie für eine finanzielle Entlastung der Kirchensteuerzahler, um den Mitgliederschwund der Kirchen zu stoppen?“

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 13. bis 15. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe

P. MCERLANE/REUTERS/E-LANCE MEDIA

Außenminister Fischer (M.), Kollegen*: *Nur noch Nebenrollen für die Europäer?*

AUSSENPOLITIK

Strategie der Empörung

Dass US-Präsident Bush mit seiner Wende in der Nahost-Politik die Europäer brüskiert hat, kommt Kanzler Schröder nicht ungelegen. Seine SPD will den heiklen Konfliktstoff nutzen – als Munition gegen die Union im bisher aussichtslosen Europawahlkampf.

Das größte Geburtstagsgeschenk für Gerhard Schröder kam aus Amerika – von George W. Bush.

Der texanische US-Präsident, der sich mit seinem starren Kriegskurs schon im Bundestagswahlkampf als heimlicher Helfer der Kanzler-SPD verdient gemacht hatte, lieferte sein politisches Präsent rechtzeitig zur hannoverschen Sause am vergangenen Freitag, mit der Schröder seinen Sechzigsten feierte (siehe Seite 46).

Gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon hatte Bush 48 Stunden zuvor für neue Klarheit gesorgt: geduldige Verhandlungen über Frieden im Nahen Osten – nicht mit ihm. Die Haltung der Europäer – eine Fußnote der Weltpolitik.

Schröder strahlte regelrecht von innen, als er am Freitag im festlichen Anzug vor die TV-Kameras trat. „Die Bewegung, die in den Nahost-Prozess gekommen ist, ist zu begrüßen“, sagte er. „Aber es muss auch in die richtige Richtung gehen“, fügte er schnell hinzu.

Lässig federnd stand Schröder neben Ägyptens Präsident Husni Mubarak im hannoverschen Flughafenhotel Maritim, Weltmänner und Friedensfreunde unter sich. „Die Palästinenser haben einen Anspruch darauf, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“, sagte Schröder. Das sei „die Position – und zwar nicht nur der Deutschen“, fügte er genüsslich hinzu. Den Namen Bush erwähnte er nicht.

Im Willy-Brandt-Haus, das seit einigen Wochen eine Europawahl-Kampa unterhält, herrschte derweil Hochstimmung. „Dass Bush wieder Rambo spielt, kommt uns gerade recht. Davon werden wir profitieren“, so ein führender Sozialdemokrat.

Der US-Präsident hatte sich vor den Augen der Welt überraschend klar auf die Seite Israels geschlagen. Welche der jahrzehntealten Forderungen der Palästinenser „realistisch“ und welche „unrealistisch“

Kanzler Schröder, US-Präsident Bush, Israels

* Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Jack Straw und Michel Barnier, vergangenen Freitag im irischen Tullamore.

sind, entschied der mächtigste Mann der Welt bei einer Pressekonferenz mit dem israelischen Premier Ariel Scharon vorigen Mittwoch in Washington. Und „unrealistisch“ waren plötzlich der Anspruch der Palästinenser auf das gesamte Westjordanland und die Rückkehr ihrer Flüchtlinge nach Israel. Basta.

Die internationale Diplomatie hat einen schweren Rückschlag erlitten. Der von Europäern, Russen, der Uno und den USA gemeinsam ausgearbeitete und beschlossene Fahrplan zum Frieden („Roadmap“) – de facto gilt er nicht mehr. „Der amerikanische Alleingang“, analysierte Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), schaffe zusätzliche Probleme auch für das europäisch-amerikanische Verhältnis.

Der Republikaner im Weißen Haus, der Nachdenklichkeit offenbar als Schwäche empfindet, fährt wieder auf Solokurs. Die Welt der Diplomatie, die Winston Churchill als die Kunst beschrieb, zweimal nachzudenken, um dann zu schweigen, ist erkennbar nicht die seine.

Bush will Klarheit um jeden Preis, auch wenn außenpolitische Isolation und weltweiter Terror schwer auf die Rechnung schlagen. Bereits am Tag danach konnte eine mit 25 Kilo Sprengstoff beladene Palästinenserin rechtzeitig vor der Detonation in der jüdischen Siedlung Ariel gestoppt werden. Experten fürchten, dass die Generation der blindwütigen Terroristen weiteren Zulauf bekommt. Eine bizarre „Versöhnungsinitiative“ des islamistischen Paten Osama Bin Laden, die gleich auch auf Deutsch präsentiert wurde (siehe Seite 26), stieß auf einhellige Ablehnung.

Die Palästinenser wissen nun jedenfalls, dass sie auf Amerika bis auf weiteres nicht werden zählen können. Auch die arabische Welt darf sich keine Illusionen mehr machen über die Nebenrolle, die ihr zugedacht ist. Ihr einziger Trost: Europa und den Vereinten Nationen geht es nicht besser. Selbst die Bush-Freunde in Italien und Polen wurden auf den Status unbedeutender Vasallen zurückgestuft.

Zwar sprang der britische Dauerpartner Tony Blair dem US-Präsidenten zur Seite, indem er die Nahost-Initiative als „wichtigen Schritt“ lobte. Doch schon Blairs Außenminister Jack Straw zeigte sich weit weniger amused. „Die Amerikaner haben ihre Vorstellungen, und wir haben unsere“, sagte Straw am Donnerstag.

Gerhard Schröder schaut auf ein Europa, das wieder enger zusammenrückt – vereint in Empörung über den großen Bruder. Je nach Temperament und politischem Kalkül wurde vielsagend angedeutet oder halblaut gegrummelt.

„Alle wissen doch, dass einseitige Versuche, den Konflikt zu lösen, keinen dauerhaften Frieden bringen“, warnte im Namen Europas der irische Außenminister Brian Cowen. Der EU-Beauftragte für die Außenpolitik, Javier Solana, mahnte Bush und Scharon: „Fragen des Endstatus können nur durch gemeinsame Vereinbarung gelöst werden.“

Auch bei den Franzosen sorgte das Vorgehen der Amerikaner für neuerliches Befremden. Präsident Jacques Chirac gab sich keinerlei Mühe, seine Distanz zu dem Mann im Weißen Haus zu verbergen. „Der Frieden lässt sich nicht diktieren, er muss ausgehandelt werden“, sagte er während einer Visite in Algier. Grenzen einseitig zu verändern – das schaffe einen „gefährlichen Präzedenzfall“, stehe im Widerspruch zum internationalen Recht und lade weltweit zu Nachahmungen ein.

Noch offener attackierte Uno-Generalsekretär Kofi Annan den US-Präsidenten und warf Bush vor, die Interessen der Palästinenser zu ignorieren.

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi schwieg sich aus. Bushs spanischer Kriegsfreund José María Aznar räumte gerade sein Ministerpräsidentenbüro. Sein sozialistischer Nachfolger José Luis Rodríguez Zapatero hatte bereits angekündigt, die spanischen Soldaten aus dem Irak abzuziehen. In Polen hegt man ähnliche Pläne.

So kommt selbst in der Koalition der Willigen immer mehr Unwille hoch. Wieder einmal bewies Bush, dass seine Versprechungen aus dem Wahlkampf 2000, eine „bescheidenere Außenpolitik“ zu machen, eher Maskerade waren. Ohne Rücksicht auf die Partner vollstreckten die USA seit der Zeitenwende vom 11. September 2001 einseitig ihre Politik.

Am 12. September 2002 trat der amerikanische Präsident vor die Vereinten Nationen und forderte sie auf, den Irak per Resolution zur Zulassung von Waffeninspektoren zu zwingen. Das amerikanische Ultimatum an den Rest der Welt brachte die „New York Times“ in einer Schlagzeile auf den Punkt: „Act on Iraq or US will“ – handelt im Irak, oder die USA tun es.

Am 6. März 2003 verkündete Bush, das Ultimatum für Saddam Hussein sei bereits abgelaufen – obwohl die Inspektoren der Uno mitten in der Arbeit steckten. „Es ist Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen. Wenn wir handeln müssen, werden wir handeln. Wir benötigen dafür nicht die Bestätigung durch die Vereinten Nationen“, so der Präsident damals.

Auf allen Kanälen versuchte die US-Diplomatie, ihre Gegner und Kritiker zu spal-

* Links: mit New Yorker und deutschen Jugendlichen am vergangenen Donnerstag im Kanzleramt; rechts: am vorigen Mittwoch im Weißen Haus in Washington.

MARC DARCHINGER

REUTERS / E-LANCE MEDIA

Premier Scharon*: *Schwerer Rückschlag für die internationale Diplomatie*

WERNER SCHUERING / CHAPERON

Amerikareisende Merkel, Bush-Beraterin Rice (2003): *Tief im Westen*

ten, zu düpieren oder abzustrafen. In Europa sammelten amerikanische Emissäre Unterschriften amerikatreuer Regierungschefs für eine Ergebenheitsadresse. Bei der Uno setzten US-Diplomaten die Botschafter kritischer Sicherheitsratsmitglieder unter Druck. Und Ende 2003 veröffentlichte das Pentagon eine Liste mit Nationen, deren Unternehmen Aufträge für den Wiederaufbau des Irak bekommen dürften – Kriegsgegner, bitte draußen bleiben.

Schröder und sein Vize Joschka Fischer, die ihren Wahlkampf mit handfestem Antiamerikanismus gewürzt hatten, drehten vorsichtig bei. Im Mai 2003 besuchte Außenminister Colin Powell Berlin. Kollege Fischer servierte ihm in seinem Gästehaus in Dahlem Wiener Schnitzel und Flensburger Pilsener.

Im August griff Bush zum Telefon und bedankte sich für den „robusten Beitrag" Deutschlands in Afghanistan – die Bundesregierung hatte angekündigt, ein Aufbauteam nach Kunduz zu schicken.

Im September trafen Schröder und Bush sich in einer New Yorker Hotelsuite. Die Dolmetscherin des Kanzlers ließ aus Versehen einen Kuli in den Schoß des Präsidenten fallen; der Amerikaner scherzte, das sei zum Glück keine Massenvernichtungswaffe.

Man lachte wieder, man kam sich entgegen, und man schonte sich. Schröder stellte den Erlass alter irakischer Schulden in Aussicht, Bush versprach enge Konsultationen vor dem Abzug von US-Truppen aus Deutschland.

Und jetzt?

Verbittert registrieren die deutschen Außenpolitiker, dass die Supermacht sich immer noch selbst am nächsten ist. Und so verlieren auch zuletzt eher zurückhaltende Fachleute des Bundestags jede Hemmung, auf Washington zu schimpfen. „Völlig weltfremd und naiv" sei das Vorgehen der Amerikaner im Irak, zürnt der grüne Außenpolitiker Ludger Volmer in seltener Eintracht mit seinem FDP-Kollegen Werner Hoyer, der Europäer wie Palästinenser „schwer brüskiert" sieht. „Man will sich kaum vorstellen, dass die Amerikaner einen Fehler an den anderen reihen", stöhnt der SPD-Außenexperte Gert Weisskirchen, „aber es geschieht."

Bei den Grünen kocht der Zorn. „Wir müssen als Europäer alles ermöglichen, damit diese Bush-Administration im November abgewählt wird", fordert etwa Daniel Cohn-Bendit, Spitzenkandidat seiner Partei bei der Europawahl.

Kanzler Schröder und Außenminister Fischer wollen sich derart harten Analysen öffentlich nicht anschließen – noch nicht. Aus Sorge um neue transatlantische Konfrontationen gaben sich die rot-grünen Spitzen zunächst konziliant. Sie wollen nicht den Vorwurf nähren, sie hätten nur auf eine erneute Gelegenheit zum Losschlagen gegen Bush gewartet. Schröder will als Staatsmann wahrgenommen werden, nicht als Wüterich.

Die Situation sei ohnehin so eindeutig, so die rot-grüne Lageeinschätzung, da reiche es, sich diplomatisch, also mehrdeutig distanzierend zu äußern.

Die Entfremdung dieser Tage resultiert auch aus der Informationspolitik der Amerikaner. Die Deutschen wurden zwar vorab ins Bild gesetzt – aber unvollständig.

Außenminister Powell hatte seinen „guten Freund Joschka" im mallorquinischen Nobelurlaubsort Port d'Andratx angerufen, um einen Briefwechsel Bush/Scharon anzukündigen. Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice ließ derweil Schröders Abteilungsleiter Bernd Mützelburg wissen: Die beiden Staatsmänner würden in sorgfältig ausgeklügelten Noten ihre Positionen festlegen. Die Texte würden „nichts präjudizieren", was die Palästinenser in Rage bringen könnte, versprachen die beiden Mitglieder der US-Regierung.

Mit Entsetzen verfolgten die Regierenden in Berlin dann die Pressekonferenz Bushs und Scharons. Im munteren Dialog mit Scharon ließ Bush manche wichtige Formulierung aus dem Brief, etwa über ein zwischen „Israelis und Palästinensern verhandeltes Friedensabkommen", einfach weg. So entstand das Bild eines Geschäfts zu Lasten Dritter – der Palästinenser.

Beim derzeitigen Schmusekurs der Rot-Grünen wird es daher nicht bleiben. Eine neue transatlantische Pokerpartie hat begonnen, die frühestens mit der Ab- oder Wiederwahl von Bush beendet ist.

Die zweite Reihe der Regierung darf jetzt schon austeilen, heftig und deutlich, wie es sich für einen deutschen Vorwahlkampf gehört. Die Grünen sähen die amerikanische Unterstützung für Scharons Pläne „äußerst kritisch", sagt Noch-Parteichefin Angelika Beer; der Friedensprozess werde „massiv gefährdet". SPD-Fraktionsvize Gernot Erler schimpfte über Bushs „Ohrfeigen" für den Rest der Welt und einen „offenen Affront".

Kaum war Erlers Erklärung am Donnerstagmittag veröffentlicht, klingelten Beamte Fischers im Büro des SPD-Manns an

UMFRAGE: Irak-Konflikt

„CDU-Chefin Angela Merkel hat in der Frage des Irak-Konflikts die amerikanische Interventionspolitik unterstützt. Was halten Sie angesichts der aktuellen Ereignisse von Merkels Position?"

war ein Fehler	71 %
war richtig	20 %

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 13. bis 15. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht"/keine Angabe

„Ein Schluck Vorbeugung“

Terrordrohung in neuer Rechtschreibung – Bin Ladens jüngste Botschaft enthielt erstmals eine deutsche Übersetzung.

Das Band, das am vergangenen Donnerstag von arabischen Fernsehsendern ausgestrahlt wurde, enthielt das übliche Gemenge aus religiösen Floskeln, politischen Plattitüden und unverhohlenen Drohungen. Neu an der vermeintlichen „Versöhnungsinitiative“, mit der sich Osama Bin Laden nach Monaten medialer Enthaltsamkeit wieder zurückmeldete, war jedoch die publizistische Aufbereitung.

Denn die 23 Minuten dauernde TV-Botschaft, geziert mit einem Konterfei des Qaida-Führers, richtete sich nicht nur „an unsere Nachbarn nördlich des Mittelmeers“, sie enthielt die Mitteilungen gleich auch in englischer und deutscher Übersetzung.

Nach dem eher monoton-drögen Vortrag Bin Ladens im arabischen Original, von dessen Echtheit Experten der US-Geheimdienste nach einem Stimmenvergleich überzeugt sind, folgten 7 Minuten und 20 Sekunden lang die gesammelten Worte des Terrorchefs auf 37 Texttafeln in deutscher Sprache – Agitation zum Mitschreiben.

„Ein Novum“, meint Salah Nagm vom Fernsehsender al-Arabija zur professionellen Übermittlung der Meldung aus dem Untergrund. Vor allem überrascht den Nachrichtenchef der TV-Station in Dubai, dass die englische Fassung der deutschen Übersetzung folgt. Ein technisches Problem oder ein politischer Affront?

Immerhin wendet sich der Islamist auf den Texttafeln in neuer deutscher Rechtschreibung direkt an die „Mehrheit der europäischen Völker, die Versöhnung wünschen“, und an „ehrliche Gläubige, insbesondere Gelehrte, Prediger und Händler“.

Diesen Europäern, die sich der „Gerechtigkeit unserer Angelegenheiten“ bewusst sind und dafür eintreten, die „amerikanische Verschwörung gegen die große islamische Welt“ zu stoppen, gilt die vermeintliche „Versöhnungsinitiative“ Bin Ladens: Sie solle ein Waffenstillstandsangebot an jene Staaten Europas sein, die bereit sind, ihr Militär aus dem Irak, dem Nahen Osten und allen anderen arabischen Staaten abzuziehen.

Das Wohlwollen des Terrorpaten ist freilich nicht unbefristet und zudem an Bedingungen geknüpft. Es gilt für drei Monate und tritt erst nach „Abzug des letzten Soldaten des betroffenen Staates aus unseren Ländern in Kraft“.

Allerdings, so der Drahtzieher des Bösen in einem Anflug von staatsmännischer Konzilianz, könne das Abkommen bei einem Regierungswechsel oder nach Ablauf des ersten Vierteljahres verlängert werden. Voraussetzung jedoch sei – hier gleicht das Pamphlet beinahe einem Uno-Sitzungsprotokoll – die „Zustimmung beider Seiten“.

Der diplomatische Tonfall wird nicht nur durch Seitenhiebe auf den Lügner im Weißen Haus, sondern auch massive Drohungen als stilistische Garnierung des anonymen Übersetzers entlarvt. Dessen Kunst ist nicht ganz ausgefeilt: Der Hinweis auf die Anschläge vom 11. September 2001 und das Attentat am 11. März in Madrid, gemeint als Warnung an die Verbündeten der USA (Vorbeugen ist besser als Heilen), gerät auf Deutsch zu dem kruden Hinweis: „Ein Schluck Vorbeugung ist besser als ein Zentner Behandlung.“

Bin-Laden-Video (Mitschnitt)
Agitation zum Mitschreiben

Offenbar ist das politische Unterbewusstsein am Werk, wenn der Übersetzer die Vereinbarung (mit dem Westen) mit „Verschwörung“ verwechselt. Und zum Fehlgriff gerät auch die Charakterisierung von US-Präsident George W. Bush: Der taucht in der Deutsch-Variante nicht als Zerstörer des nahöstlichen Friedens-, sondern des „Kapitulationsprozesses“ auf. HELMAR BÜCHEL

– allerdings nicht, um sich zu beschweren. Die Diplomaten wollten vielmehr erläutern, warum ihr Minister zur selben Stunde noch verständnisvoll die „neue Dynamik“ im Nahen Osten begrüßte.

Erler zeigte sich zugänglich für die „windelweiche Erklärung“ des Auswärtigen Amts. Schließlich wolle Fischer sich im Nahen Osten noch als Vermittler im Spiel halten: „Da darf er nicht zuschlagen.“ Doch einen Tag später drehte auch Fischer auf. Vor einem Treffen mit seinen EU-Kollegen in Irland verwandte er sich für die Sache der Palästinenser: „Endstatusfragen“ über Land und Flüchtlinge, so der Minister, müssten zwischen beiden „Konfliktparteien verhandelt werden“.

Für die rot-grünen Strategen gilt dieses Kalkül nicht. Während der Streit auf der großen Bühne der Weltpolitik sich zuspitzt, rüsten sich vor allem die Sozialdemokraten bereits zum Kampf auf der nationalen Bühne. Es gilt das Motto: Bush prügeln, die Union treffen.

Gerade in Deutschland stehen sich mit SPD und CDU/CSU altbekannte Kriegsfragen-Kontrahenten gegenüber. Schon bei der Bundestagswahl im Herbst 2002 hatten sich beide über Nähe und Distanz zu Amerika gestritten. Während Kanzler Schröder dem Weißen Haus damals ein lautes „Mit mir nicht“ entgegenschleuderte, stand CDU-Chefin Merkel fest an der Seite der Supermacht. Der Sieger hieß Schröder. Es war auch die schroffe Absage an Amerika, die ihm den längst unerreichbar geglaubten Wahlsieg bescherte.

Nun zeichnet sich eine Neuauflage der Auseinandersetzung ab. In der SPD ist bereits vereinbart, die Außenpolitik zum Schlager im Europawahlkampf zu machen. „Das wird das größte Thema unserer Kampagne“, sagt SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz. Die Genossen klammern sich an die Hoffnung: Die bisher erfolglose Reformpolitik, die zumindest bei den Arbeitslosenzahlen keine Ergebnisse brachte, könnte so in den Hintergrund treten.

Mit klammheimlicher Freude registrieren die Kampagnen-Macher, wie die Friedenspolitik durch das Irak-Desaster und Bushs neue Israel-Politik an Bedeutung gewinnt. Zufrieden zitiert man in der Europakampa Umfragen, wonach die außenpolitischen Standpunkte der Bundesregierung mit den Wünschen der Bürger fast identisch sind. Es ist eines der letzten Themen, bei denen die Menschen der SPD mehr vertrauen als der Union.

Schon jetzt wirbt die SPD für den Urnengang am 13. Juni vor allem mit Flugblättern, die Kanzler Schröder und Uno-Generalsekretär Kofi Annan Seite an Seite zeigen – darüber der Slogan: „Friedensmacht Europa“.

R. MARO / VERSION

Deutsche Soldaten in Afghanistan: *Dank von Bush für den „robusten Beitrag“*

Die Union bietet momentan eine offene Flanke. Die in Profilierungskämpfe verstrickte Opposition ist derzeit nicht in der Verfassung, einen eindeutig proamerikanischen Kurs durchzustehen. Wachsende inhaltliche Bedenken mischen sich mit zählebigen Ressentiments gegenüber der Spitzenfrau Angela Merkel, die sich vor dem Irak-Krieg auf die Seite der Bush-Freunde geschlagen hatte.

In der Union gibt man sich noch gelassen. „Ich kann mir schwer vorstellen, dass die SPD aus dem Thema im Europawahlkampf Kapital schlagen will, dazu ist das Thema Terrorismus zu ernst“, sagt Merkel und droht ihrerseits: „Die Regierung konnte sich bei schwierigen außenpolitischen Entscheidungen immer auf uns verlassen. Das sollte sie nicht aufs Spiel setzen.“

Die Friedenspolitik gewinnt durch das Irak-Desaster und Bushs neue Israel-Politik an Bedeutung.

Fehler in ihrer Irak-Politik? Sie schüttelt den Kopf. „Wir müssen beim Wiederaufbau des Irak helfen, denn das berührt unser aller Sicherheit“, sagt sie. Aber läuft nicht alles genau so, wie es die Kritiker befürchtet haben? „Wir müssen jetzt den Blick nach vorn richten“, entgegnet sie. Die Politik der Regierung, die auf Distanz zu Bush gegangen war, sei „unverändert grundfalsch“, behauptet sie tapfer.

Zielstrebig hatte die CDU-Chefin ihre widerstrebende Partei vor anderthalb Jahren auf eine Zustimmung zum amerikanischen Kriegskurs festgelegt – gegen den Willen vieler in der Unionsführung und gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Es sollte eine Demonstration der Führungsstärke sein. Der proamerikanische Kurs war immer auch als Ausweis einer außenpolitischen Reife gedacht. Jeder sollte sehen: Angela Merkel steht da, wo vor ihr Konrad Adenauer und Helmut Kohl auch schon standen – tief im Westen.

Dieser Kurs weckt in der Führung von Partei und Fraktion wachsendes Unbehagen. Die Altvorderen sprechen schon aus, was andere noch herunterschlucken. „Ein Jahr nach dem Krieg wird es Zeit, dass sich die Unionsführung differenziert äußert“, fordert Volker Rühe, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses. „Es gab keine unmittelbare konkrete Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen“, so der CDU-Mann. „Dies sollte die Union feststellen.“ Wenn Rühe „Union“ sagt, meint er auch Merkel. „Feststellen“ bedeutet korrigieren.

Auch Wolfgang Schäuble, Merkel-Skeptiker aus Passion, rückt zentimeterweise von der Vorsitzenden ab. „Haben Sie Verständnis für die Bundesregierung, die sich in ihren damaligen Warnungen bestätigt fühlt, die Lage könne außer Kontrolle geraten?“, wurde Schäuble in der vergangenen Woche in einem „Welt“-Interview gefragt. „Ja, dafür habe ich Verständnis“, sagte er. Anders als Merkel geht er mit dem

US-Präsidenten hart ins Gericht: „Dass Bush und Scharon die Roadmap einseitig in Frage gestellt haben, hat eine Lösung im Irak sehr viel schwieriger gemacht."

Die Vorsitzende spürt die Absetzbewegung, stuft sie aber derzeit nicht als bedrohlich ein. Sie ist entschlossen, an ihrer Position festzuhalten.

Doch je dramatischer sich die Lage im Irak entwickelt, desto lauter werden die kritischen Stimmen. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Jürgen Rüttgers veröffentlichte zusammen mit dem außenpolitischen Experten Karl Lamers ein Papier, das sich über weite Strecken wie ein Gegenentwurf zu Merkels Kurs liest. Darin fordert Rüttgers eine noch engere Zusammenarbeit – mit Frankreich.

Wie einsam die Vorsitzende auf ihrem Weg schon ist, zeigt der Rückzieher des außenpolitischen Fraktionssprechers Friedbert Pflüger. Vor Jahresfrist hatte der sich in Sachen Amerika-Bewunderung von niemandem übertreffen lassen. In seinem Bezirksverband Hannover setzte Pflüger seinerzeit einen einstimmigen Beschluss durch, in dem sich die Union „auf die Seite ihrer amerikanischen Freunde und ihrer Verbündeten" stellte.

„Wenn Angela Merkel Kanzlerin wäre, stünden jetzt Tausende deutsche Soldaten im Irak."

Seit kurzer Zeit ist ein neuer Pflüger zu besichtigen. „Ich bin immer skeptisch gewesen", behauptet er nun. Klüger sei er auch geworden, sagt er. So habe er ursprünglich einem Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) über irakische Biowaffenlabors vertraut. Da die Quelle inzwischen als etwas trübe gelte, sei auch fraglich, ob die CDU „auf der Grundlage der BND-Informationen mit allen Einschätzungen richtig gelegen" habe. Rühe spürt, dass sich hier einer aus der Verantwortung stehlen will: „Es ist falsch, dem BND die Schuld zu geben", sagt er.

Die SPD, die in den Meinungsumfragen derzeit zwischen 25 und 30 Prozent rangiert, wärmt sich an den aufkommenden Streitereien der Opposition. SPD-Mann Schulz hat einen neuen Lieblingssatz, den er bei keiner Veranstaltung auslässt: „Wenn Angela Merkel Bundeskanzlerin wäre, dann stünden jetzt Tausende deutsche Soldaten im Irak", ruft er den Menschen zu. „Da tobt der Saal", freut sich Schulz, „damit kriegt man jede sozialdemokratische Versammlung zum Johlen."

Das weiß auch Schröder. Der Kanzler lauert noch, will das Pulver nicht zu früh verschießen. Einer aus der Parteispitze gibt die Parole der nächsten Woche aus: „Jetzt müssen wir die Fakten wirken lassen."

Ralf Beste, Markus Feldenkirchen, Romain Leick, Matthias Matussek, Ralf Neukirch, Christoph Schult

EUROPA

Deutsche Elefanten

Kanzler Schröder will verstärkt Industrie-Interessen in der EU durchsetzen, gestützt auf einen Super-Kommissar für Wirtschaft und eine Große Koalition im Europaparlament.

Des Bundeskanzlers Horrorbild von Europa trägt die Züge einer aparten Frau. Kurzes Blondhaar, kesse braune Augen, voller Mund – die für Umwelt zuständige EU-Kommissarin Margot Wallström hat Gerhard Schröder tief und nachhaltig verstört.

Hätte die 49-jährige Schwedin erreicht, was sie wollte, dann, davon ist der Berliner Regierungschef fest überzeugt, wäre der Untergang Deutschlands als Industrienation besiegelt. Mit Mühe und Not habe er, unterstützt von seinen Freunden Jacques Chirac und Tony Blair, das Schlimmste verhütet, meint Schröder. Wallströms rigorose Auflagen hätten „die gesamte deutsche Chemieproduktion in die USA getrieben, einschließlich der Forschung".

Qualen durchlitt der Lenker des größten EU-Staats auch, als Wallström-Kollege Frits Bolkestein mittels einer europäischen Richtlinie die Übernahme des VW-Konzerns durch Ford ermöglichen wollte. Erst eine Notbremsung, bei Stimmenpatt im Europäischen Parlament, stoppte den Plan des niederländischen Kommissars.

Der Berliner Kanzler will nicht mehr weiter der Getriebene der Machtmaschine Brüssel sein. Mit Amtsantritt einer neuen EU-Kommission am 1. November müssten, verlangt Schröder, die Interessen der Industriestaaten wesentlich stärker als bisher die Politik der Gemeinschaft prägen.

Jahrzehntelang haben die Landwirtschaft und ihre Lobby die Gemeinschaft im Griff gehabt. Jetzt pocht der deutsche Regierungschef auf das 2000 in Lissabon beschlossene große Ziel, die EU bis 2010 „zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Erde" (Schröder) zu entwickeln.

In einem Brief an den irischen Ratspräsidenten Bertie Ahern vom 12. März listet der Kanzler die Mängel auf: „Europa muss besser werden" – in den Rahmenbedingungen für Industrie und Wirtschaft und besonders bei den Zukunftstechnologien. Überregionale Gründerzentren, Wissenschaftsparks, Startkapitalfonds und neue Firmen in öffentlich-privater Partnerschaft müssten her. Vor allem aber: Schluss mit dem „Erfinden von Vorschriften", die „unsere Unternehmen ersticken".

Der Brite Blair zieht ebenso mit wie der Bauernfreund Chirac. Schröder hat sich den Franzosen für seine industrielle Revolution verpflichtet, indem er Frankreichs Landwirten langfristig die Subventionen garantiert.

Der Deutsche mischt sich bereits ein in die Kompetenzen des nächsten Kommissionspräsidenten. Zwar hat der laut EU-Vertrag freie Hand bei der Auswahl seines Teams. Aber wer immer Romano Prodi nachfolge, sei „wirklich gut beraten", warnte der Kanzler, seinen Vorschlag für einen neuen Zuschnitt des Gremiums „sehr ernst zu nehmen". Ein Super-Kommissar für Wirtschaft im Range eines Vizepräsidenten müsse her.

JEAN-MICHEL CLAJOT / REPORTERS / LAIF

Kommissarin Wallström: *Den Kanzler verstört*

Der neue EU-Spitzenmanager müsste das Recht haben, forderte Schröder in einem von Blair und Chirac mitunterzeichneten Brief Mitte Februar an den Ratspräsidenten der Europäischen Union, die Tätigkeiten anderer Kommissare zu koordinieren. Und er müsse „ein Mitspracherecht bei allen EU-Vorhaben besitzen", die Auswirkungen auf das Ziel von Lissabon hätten.

Der Top-Job in der künftigen Kommission der 25, in der große wie kleine Staaten nur noch jeweils einen Posten besetzen, soll an einen Deutschen gehen. Chirac und Blair sind einverstanden. Schröders Kandidat ist Günter Verheugen. Den Genos-

„Ein Schluck Vorbeugung“

Terrordrohung in neuer Rechtschreibung – Bin Ladens jüngste Botschaft enthielt erstmals eine deutsche Übersetzung.

Das Band, das am vergangenen Donnerstag von arabischen Fernsehsendern ausgestrahlt wurde, enthielt das übliche Gemenge aus religiösen Floskeln, politischen Plattitüden und unverhohlenen Drohungen. Neu an der vermeintlichen „Versöhnungsinitiative“, mit der sich Osama Bin Laden nach Monaten medialer Enthaltsamkeit wieder zurückmeldete, war jedoch die publizistische Aufbereitung.

Denn die 23 Minuten dauernde TV-Botschaft, geziert mit einem Konterfei des Qaida-Führers, richtete sich nicht nur „an unsere Nachbarn nördlich des Mittelmeers“, sie enthielt die Mitteilungen gleich auch in englischer und deutscher Übersetzung.

Nach dem eher monoton-drögen Vortrag Bin Ladens im arabischen Original, von dessen Echtheit Experten der US-Geheimdienste nach einem Stimmenvergleich überzeugt sind, folgten 7 Minuten und 20 Sekunden lang die gesammelten Worte des Terrorchefs auf 37 Texttafeln in deutscher Sprache – Agitation zum Mitschreiben.

„Ein Novum“, meint Salah Nagm vom Fernsehsender al-Arabija zur professionellen Übermittlung der Meldung aus dem Untergrund. Vor allem überrascht den Nachrichtenchef der TV-Station in Dubai, dass die englische Fassung der deutschen Übersetzung folgt. Ein technisches Problem oder ein politischer Affront?

Immerhin wendet sich der Islamist auf den Texttafeln in neuer deutscher Rechtschreibung direkt an die „Mehrheit der europäischen Völker, die Versöhnung wünschen“, und an „ehrliche Gläubige, insbesondere Gelehrte, Prediger und Händler“.

Diesen Europäern, die sich der „Gerechtigkeit unserer Angelegenheiten“ bewusst sind und dafür eintreten, die „amerikanische Verschwörung gegen die große islamische Welt“ zu stoppen, gilt die vermeintliche „Versöhnungsinitiative“ Bin Ladens: Sie solle ein Waffenstillstandsangebot an jene Staaten Europas sein, die bereit sind, ihr Militär aus dem Irak, dem Nahen Osten und allen anderen arabischen Staaten abzuziehen.

Das Wohlwollen des Terrorpaten ist freilich nicht unbefristet und zudem an Bedingungen geknüpft. Es gilt für drei Monate und tritt erst nach „Abzug des letzten Soldaten des betroffenen Staates aus unseren Ländern in Kraft“.

Allerdings, so der Drahtzieher des Bösen in einem Anflug von staatsmännischer Konzilianz, könne das Abkommen bei einem Regierungswechsel oder nach Ablauf des ersten Vierteljahres verlängert werden. Voraussetzung jedoch sei – hier gleicht das Pamphlet beinahe einem Uno-Sitzungsprotokoll – die „Zustimmung beider Seiten“.

Der diplomatische Tonfall wird nicht nur durch Seitenhiebe auf den Lügner im Weißen Haus, sondern auch massive Drohungen als stilistische Garnierung des anonymen Übersetzers entlarvt. Dessen Kunst ist nicht ganz ausgefeilt: Der Hinweis auf die Anschläge vom 11. September 2001 und das Attentat am 11. März in Madrid, gemeint als Warnung an die Verbündeten der USA (Vorbeugen ist besser als Heilen), gerät auf Deutsch zu dem kruden Hinweis: „Ein Schluck Vorbeugung ist besser als ein Zentner Behandlung.“

Bin-Laden-Video (Mitschnitt)
Agitation zum Mitschreiben

Offenbar ist das politische Unterbewusstsein am Werk, wenn der Übersetzer die Vereinbarung (mit dem Westen) mit „Verschwörung“ verwechselt. Und zum Fehlgriff gerät auch die Charakterisierung von US-Präsident George W. Bush: Der taucht in der Deutsch-Variante nicht als Zerstörer des nahöstlichen Friedens-, sondern des „Kapitulationsprozesses“ auf. HELMAR BÜCHEL

US-Präsidenten hart ins Gericht: „Dass Bush und Scharon die Roadmap einseitig in Frage gestellt haben, hat eine Lösung im Irak sehr viel schwieriger gemacht."

Die Vorsitzende spürt die Absetzbewegung, stuft sie aber derzeit nicht als bedrohlich ein. Sie ist entschlossen, an ihrer Position festzuhalten.

Doch je dramatischer sich die Lage im Irak entwickelt, desto lauter werden die kritischen Stimmen. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Jürgen Rüttgers veröffentlichte zusammen mit dem außenpolitischen Experten Karl Lamers ein Papier, das sich über weite Strecken wie ein Gegenentwurf zu Merkels Kurs liest. Darin fordert Rüttgers eine noch engere Zusammenarbeit – mit Frankreich.

Wie einsam die Vorsitzende auf ihrem Weg schon ist, zeigt der Rückzieher des außenpolitischen Fraktionssprechers Friedbert Pflüger. Vor Jahresfrist hatte der sich in Sachen Amerika-Bewunderung von niemandem übertreffen lassen. In seinem Bezirksverband Hannover setzte Pflüger seinerzeit einen einstimmigen Beschluss durch, in dem sich die Union „auf die Seite ihrer amerikanischen Freunde und ihrer Verbündeten" stellte.

„Wenn Angela Merkel Kanzlerin wäre, stünden jetzt Tausende deutsche Soldaten im Irak."

Seit kurzer Zeit ist ein neuer Pflüger zu besichtigen. „Ich bin immer skeptisch gewesen", behauptet er nun. Klüger sei er auch geworden, sagt er. So habe er ursprünglich einem Bericht des Bundesnachrichtendienstes (BND) über irakische Biowaffenlabors vertraut. Da die Quelle inzwischen als etwas trübe gelte, sei auch fraglich, ob die CDU „auf der Grundlage der BND-Informationen mit allen Einschätzungen richtig gelegen" habe. Rühe spürt, dass sich hier einer aus der Verantwortung stehlen will: „Es ist falsch, dem BND die Schuld zu geben", sagt er.

Die SPD, die in den Meinungsumfragen derzeit zwischen 25 und 30 Prozent rangiert, wärmt sich an den aufkommenden Streitereien der Opposition. SPD-Mann Schulz hat einen neuen Lieblingssatz, den er bei keiner Veranstaltung auslässt: „Wenn Angela Merkel Bundeskanzlerin wäre, dann stünden jetzt Tausende deutsche Soldaten im Irak", ruft er den Menschen zu. „Da tobt der Saal", freut sich Schulz, „damit kriegt man jede sozialdemokratische Versammlung zum Johlen."

Das weiß auch Schröder. Der Kanzler lauert noch, will das Pulver nicht zu früh verschießen. Einer aus der Parteispitze gibt die Parole der nächsten Woche aus: „Jetzt müssen wir die Fakten wirken lassen."

Ralf Beste, Markus Feldenkirchen, Romain Leick, Matthias Matussek, Ralf Neukirch, Christoph Schult

EUROPA

Deutsche Elefanten

Kanzler Schröder will verstärkt Industrie-Interessen in der EU durchsetzen, gestützt auf einen Super-Kommissar für Wirtschaft und eine Große Koalition im Europaparlament.

Des Bundeskanzlers Horrorbild von Europa trägt die Züge einer aparten Frau. Kurzes Blondhaar, kesse braune Augen, voller Mund – die für Umwelt zuständige EU-Kommissarin Margot Wallström hat Gerhard Schröder tief und nachhaltig verstört.

Hätte die 49-jährige Schwedin erreicht, was sie wollte, dann, davon ist der Berliner Regierungschef fest überzeugt, wäre der Untergang Deutschlands als Industrienation besiegelt. Mit Mühe und Not habe er, unterstützt von seinen Freunden Jacques Chirac und Tony Blair, das Schlimmste verhütet, meint Schröder. Wallströms rigorose Auflagen hätten „die gesamte deutsche Chemieproduktion in die USA getrieben, einschließlich der Forschung".

Qualen durchlitt der Lenker des größten EU-Staats auch, als Wallström-Kollege Frits Bolkestein mittels einer europäischen Richtlinie die Übernahme des VW-Konzerns durch Ford ermöglichen wollte. Erst eine Notbremsung, bei Stimmenpatt im Europäischen Parlament, stoppte den Plan des niederländischen Kommissars.

Der Berliner Kanzler will nicht mehr weiter der Getriebene der Machtmaschine Brüssel sein. Mit Amtsantritt einer neuen EU-Kommission am 1. November müssten, verlangt Schröder, die Interessen der Industriestaaten wesentlich stärker als bisher die Politik der Gemeinschaft prägen.

Jahrzehntelang haben die Landwirtschaft und ihre Lobby die Gemeinschaft im Griff gehabt. Jetzt pocht der deutsche Regierungschef auf das 2000 in Lissabon beschlossene große Ziel, die EU bis 2010 „zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Region der Erde" (Schröder) zu entwickeln.

In einem Brief an den irischen Ratspräsidenten Bertie Ahern vom 12. März listet der Kanzler die Mängel auf: „Europa muss besser werden" – in den Rahmenbedingungen für Industrie und Wirtschaft und besonders bei den Zukunftstechnologien. Überregionale Gründerzentren, Wissenschaftsparks, Startkapitalfonds und neue Firmen in öffentlich-privater Partnerschaft müssten her. Vor allem aber: Schluss mit dem „Erfinden von Vorschriften", die „unsere Unternehmen ersticken".

Der Brite Blair zieht ebenso mit wie der Bauernfreund Chirac. Schröder hat sich den Franzosen für seine industrielle Revolution verpflichtet, indem er Frankreichs Landwirten langfristig die Subventionen garantiert.

Der Deutsche mischt sich bereits ein in die Kompetenzen des nächsten Kommissionspräsidenten. Zwar hat der laut EU-Vertrag freie Hand bei der Auswahl seines Teams. Aber wer immer Romano Prodi nachfolge, sei „wirklich gut beraten", warnte der Kanzler, seinen Vorschlag für einen neuen Zuschnitt des Gremiums „sehr ernst zu nehmen". Ein Super-Kommissar für Wirtschaft im Range eines Vizepräsidenten müsse her.

JEAN-MICHEL CLAJOT / REPORTERS / LAIF

Kommissarin Wallström: *Den Kanzler verstört*

Der neue EU-Spitzenmanager müsste das Recht haben, forderte Schröder in einem von Blair und Chirac mitunterzeichneten Brief Mitte Februar an den Ratspräsidenten der Europäischen Union, die Tätigkeiten anderer Kommissare zu koordinieren. Und er müsse „ein Mitspracherecht bei allen EU-Vorhaben besitzen", die Auswirkungen auf das Ziel von Lissabon hätten.

Der Top-Job in der künftigen Kommission der 25, in der große wie kleine Staaten nur noch jeweils einen Posten besetzen, soll an einen Deutschen gehen. Chirac und Blair sind einverstanden. Schröders Kandidat ist Günter Verheugen. Den Genos-

STEPHAN SCHRAPS

Chemie-Standort Leuna: *Ökologie soll nicht länger über Ökonomie triumphieren*

sen, obgleich der kein Wirtschaftsfachmann ist, hält der Kanzler für „bestens geeignet“. Ein Super-Kommissar Verheugen soll dafür sorgen, dass es keine Vorlagen mehr gibt, in denen die Ökologie über die Ökonomie triumphiert.

Auch im Gesetzgebungsgang des immer mächtiger werdenden Europaparlaments mag Schröder nichts mehr dem Zufall überlassen. Der Kanzler will dort eine stabile Mehrheit für das Zeitalter der EU-Industriepolitik etablieren. Nach den Europawahlen Mitte Juni sähe er am liebsten eine Große Koalition, wie sie in früheren Legislaturperioden zwischen der christdemokratisch-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten die Regel war.

MARCO-URBAN.DE

Kommissar Verheugen, Kanzler Schröder
Kandidat für den Top-Job

Bereits im letzten Herbst hat es erste Kontakte zwischen Schwarzen und Roten im Europaparlament gegeben. Die EVP-Fraktion, mit 232 Abgeordneten stärkste Gruppierung, ist von ihrem bisherigen Koalitionspartner, den Liberalen (52 Mandate), enttäuscht. Diese hatten sich etwa in der Asylpolitik mit Gegnern der EVP verbündet, außerdem die Regierungen in Madrid und Rom mit ätzender Kritik überzogen, obwohl deren Parlamentsvertreter in den Reihen der EVP saßen.

Es gebe unter seinen EVP-Kollegen, berichtete am vorigen Mittwoch Fraktionschef Hans-Gert Pöttering (CDU), „eine starke Tendenz in Richtung Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten“, der zweitstärksten Fraktion. Beschlossen sei noch nichts, aber man wolle „das Zusammenspiel der beiden Großen im gemeinsamen Interesse an anstehenden wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen“. Die liegen auch der Berliner Oppositionsführerin, CDU-Chefin Angela Merkel, am Herzen.

Klammheimlich ist man sich bereits wesentlich näher gekommen. Nach Rückversicherung in den jeweiligen Parteizentralen trafen sich Anfang des Jahres in Pötterings Abgeordnetenbüro zwei multinational zusammengesetzte Verhandlungsdelegationen der Konservativen und der Sozialdemokraten.

Als Erstes wurden Posten verteilt. Wer bekommt welchen Parlamentsausschuss, wer welche Parlamentsdelegation? Zugesagt wurde Pöttering die Erfüllung seines Karrieretraums: In der zweiten Hälfte der nächsten Legislaturperiode darf der Deutsche das Amt des Parlamentspräsidenten übernehmen. In der ersten Hälfte sind dafür die Sozialdemokraten dran, der Posten geht als Beute an die britische Labour-Partei. Der Deutsche Hartmut Nassauer, Obmann der CDU-Europaabgeordneten, und der Chef der österreichischen Sozialdemokraten im Europaparlament, Hannes Swoboda, erhielten in der Runde den Auftrag, einen Katalog der Politikfelder auszuarbeiten, auf denen man dann gemeinsame Sache machen will.

Anführer des Elefantenbündnisses sollen auf beiden Seiten Deutsche sein. CDU-Pöttering kandidiert wieder für den EVP-Fraktionsvorsitz, ohne Gegenkandidaten. Um den Spitzenjob der sozialdemokratischen Fraktion bewirbt sich erstmals Martin Schulz, bisher Chef der deutschen SPD-Gruppe im Parlament. Der Kanzler unterstützt die Schulz-Kandidatur „nachdrücklich“ in einem Schreiben an Robin Cook, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas.

In beiden Fraktionen dürften die Deutschen auch nach den Europawahlen die stärksten Gruppen stellen. Schaffen, wie zu erwarten, weder PDS noch FDP den Sprung ins Europaparlament, können die beiden großen Parteien zusammen mit den Grünen die Deutschland zustehenden 99 Mandate im Europaparlament unter sich aufteilen. Selbst bei schlappen 26 Prozent, dem bisher niedrigsten Umfragewert, würden die Sozis so immer noch ein knappes Drittel der deutschen Mandate ergattern.

Für Schröder bietet die Große Koalition obendrein eine schöne Gelegenheit, bei der Auswahl des nächsten Kommissionspräsidenten mitzureden. Das Vorschlagsrecht sieht er eindeutig bei den konservativen Regierungschefs. Der Wiener ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, einer der Favoriten im Lager der Konservativen, könnte dem Berliner Regierungschef durchaus gefallen, zumal der Österreicher auch schon als Wirtschaftsminister gedient hat.

Dass Schüssel sich mit Hilfe der FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider an die Macht gestemmt hat, dürfe man, räumt Schröder-Mann Schulz ein, nicht länger gegen ihn verwenden, die österreichischen Genossen würden ja selbst in Kärnten mit Haider koalieren.

Ein deutschsprachiger Kommissionspräsident käme Schröder sehr gelegen. Dann, so Schulz, „kann der Gerd mit dem besser Tacheles reden“.

DIRK KOCH

ACTION PRESS / THÜRINGEN PRESS

CDU-Wahlkämpfer Merz (am vergangenen Donnerstag in Ilmenau): *Zwischen Luther und Schwarzenegger*

UNION

Der Reformwüterich

Friedrich Merz fühlt sich unabhängig und wagt den Streit mit der CSU. Doch um seine Ideen durchzusetzen, braucht er die Erzfeindin Angela Merkel. *Von Dirk Kurbjuweit*

Nur um Haaresbreite ist Friedrich Merz am vorigen Donnerstag im thüringischen Ilmenau einer Kopfnuss entgangen. Als er aus seiner Limousine steigen will, stößt er die schwere Tür so schwungvoll auf, dass sie zurückfedert. Ein Reflex seiner Hand bewahrt ihn vor einer dicken Beule. Es ist halt nicht ganz ungefährlich, wenn man Kraft und Schwung im Überfluss besitzt wie derzeit Friedrich Merz, der flotteste Reformer im Lande.

Als er das Auto glücklich verlassen hat und sich im Abendlicht sein Sakko überstreift, wirkt das Begrüßungskomitee der CDU plötzlich klein und blass. Merz misst knapp zwei Meter und ist so tiefbraun im Gesicht, als wollte er jene verhöhnen, für die er längere Arbeitszeiten verlangt.

Wöchentlich 42 Stunden für alle hat er jüngst in einem SPIEGEL-Gespräch (16/2004) gefordert. Da er auch die CSU wegen Zaghaftigkeit bei der Reformpolitik kritisierte, hatte er die Schlagzeilen für sich. Er las sie im Oberwallis, wo er in großen Höhen Ski fuhr. Sonne auf der Haut und Wirbel in der Heimat – für Merz waren die Ostertage rundum angenehm.

Zwar hat er die Fraktionsgemeinschaft mit der CSU nicht in Frage gestellt, wie von einigen Interpreten spitz behauptet. Aber er hat mal ausgesprochen, dass es schrecklich nervt, wenn der kleinere Partner häufig auf der Bremse steht. Da waren ihm dann viele Fraktionskollegen dankbar, weil sie genauso denken wie er, aber nicht den Mut haben, es öffentlich zu sagen.

Anderthalb Jahre nachdem Merz den Fraktionsvorsitz an Angela Merkel abgeben musste, hat er es zu großer Meisterschaft im Unerschrockensein gebracht. Er genießt die Freiheit dessen, der nicht sein darf, was er sein will, und deshalb eine Pause eingelegt hat im Karrierespiel. Rücksicht ist weniger denn je ein Wort für ihn.

Nun stapft er so breit durchs Land, dass er ständig anecken muss. Er leistet es sich, ein Reformator im doppelten Sinne zu sein, irgendwo angesiedelt zwischen Luther und Schwarzenegger. Merz hat Überzeugungen, die so tief sitzen wie eine Religion, und die verbreitet er mit dem Einfühlungsvermögen eines Kampfroboters.

In Ilmenau kommen 400 Leute in die Festhalle, um ihn zu erleben. Nach einer Viertelstunde sitzen sie bedröppelt auf ihren Stühlen, die Arme verschränkt, die Hoffnung auf einen schönen, gemütlichen Parteiabend aus den Augen gelöscht.

Da vorn steht einer, der mit seinen auf kurz getrimmten Haaren und den aggressiv kugelnden Augen wie für den politischen Kampf geschaffen zu sein scheint – aber warum bekämpft er nicht die Regierung, warum schilt er nicht lang und breit die Münteferings und Schröders? Stattdessen fordert Merz die Anwesenden auf, gefälligst „auch mal eine Schippe mehr aufzulegen als in der letzten Woche“.

Wer ihm zuhört, hat bald das Gefühl, zu wenig zu arbeiten, zu viel Kündigungsschutz zu genießen und, als Ostdeutscher, zu üppig mit Subventionen gepampert worden zu sein. Womit nicht nur die Regierung schuld wäre an der deutschen Misere, sondern so ziemlich jeder. Keine Hand rührt sich zum Applaus.

Nun erleben die Ilmenauer den Merz, der sich in Berlin und München viele Feinde gemacht hat, vor allem bei den politischen Freunden. Indem er einfach sagt, was er denkt. Indem er sich ständig die CSU und die Sozialausschüsse der CDU vorknöpft, weil

OLIVER BODMER / ACTION PRESS

Christsoziale Seehofer, Stoiber: *Häufig auf der Bremse?*

die sich gegen seine Reformwünsche sperren, eine Gesundheitsprämie oder ein dreistufiges Steuermodell. Angela Merkel ist in der Sache zwar bei ihm, hätte aber lieber mehr Geschlossenheit in der Union, weil das nach Führungsstärke aussieht.

Doch Merz hält nichts von „dieser ausgeprägten Sehnsucht nach Ruhe und Harmonie“. Für ihn ist „Konsens die Diktatur der Minderheit“.

In Ilmenau erobert er mit dieser trutzigen Entschiedenheit allmählich den Saal. Nach einer halben Stunde dreht sich die Stimmung. Die Leute merken, dass sie etwas erleben, was in der Politik so oft nicht vorkommt. Ein Mann kämpft für seine Überzeugungen, und die Zuhörer nehmen ihm das ab.

Je länger Merz redet, desto heftiger zerschneidet seine spitze, lange Nasenklinge die Luft. Er nickt und wippt und schaukelt. Er biegt sich wie eine Pappel im Sturm, peitscht vor und zurück. Die Lautsprecher arbeiten heftig, aber eigentlich braucht er sie nicht. Er brüllt.

„Haben wir noch den Mut zum Experiment“, brüllt er in den Saal. Dabei duckt er sich über das Mikrofon, seine Augen sind groß und rund, die Stirn wirft Falten, an den Schläfen schwellen zwei große Adern, die Haut färbt sich rot. Merz wütet für Reformen.

Die Leute klatschen, zum ersten Mal, obwohl es um weniger Kündigungsschutz geht. Es ist der Lohn für Leidenschaft.

Am Tag nach seinem Auftritt in Thüringen erzählt Merz, der im Nebenberuf Anwalt ist, dass er kürzlich einen 55-jährigen Mann vertreten habe, dem gekündigt worden war. Er sagt, dass es ihn sehr beeindruckt habe, von diesem Mann zu hören, wie schlimm es ist, wenn man in die Arbeitslosigkeit fällt, ohne Aussicht auf einen neuen Job zu haben.

Aber Sie wollen doch den Kündigungsschutz lockern?

„Ebendeshalb“, sagt er.

Er sitzt in seinem Büro in Berlin. Die Jalousien sind heruntergelassen, er hat sein Sakko ausgezogen und über den Stuhl gehängt. Die Sonne heizt sein Büro schon am Morgen stark auf.

Auch den Ilmenauern hat er versucht zu erklären, dass „weniger Kündigungsschutz mehr Beschäftigung bedeutet“. Wen man leicht loswerden könne, den stelle man auch leicht ein.

Es ist dieses Paradox, das Merz am meisten zu schaffen macht: auf Sicherheit verzichten, um Sicherheit zu gewinnen. Er sieht die Skepsis der Leute auf seinen Versammlungen. Man muss „erklären, erklären, erklären“, sagt er.

Aber das ist nicht alles. Er schürt auch Emotionen, nicht nur die besten. Merz hat die Festhalle in Ilmenau immer dann rasch auf seiner Seite, wenn er Leute präsentiert, die dem Wachstum hinderlich sind. Solche Leute seien „Bummelstudenten“, Sozialhilfeempfänger, die nicht behindert sind, Ausländer, die keine reguläre Arbeit haben.

Als Merz „die Rückführung des Ausländeranteils“ fordert, bekommt er den meisten Applaus des Abends. Er sagt später, dass er sich an diesen Stellen immer zurückhalte, denn mit dem Thema Ausländer könne man einen Saal leicht zur Raserei bringen.

In Ilmenau ist zu merken, dass der „Wachstumsfeind“ zum neuen Buhmann einer Gesellschaft werden kann, die zu wenig Wachstum hat. Ein junger Mann, der die 42-Stunden-Woche für unzumutbar hält und das vorzurechnen versucht, wird vom Publikum niedergemurmelt, niedergebuht.

„Mein lieber junger Freund“, sagt ihm schließlich Merz, „nach acht Stunden Schlaf noch zwei Stunden zum Ausruhen zu brauchen, ist für mich die falsche Tageseinteilung.“ Die Wut des Saales löst sich in Lachen auf.

Merz kann witzig sein, auch charmant, aber als er den Ilmenauern widerlegen will, dass er ein „neoliberaler Turbokapitalist“ sei, fällt ihm nur ein, dass es in seinem Wahlkreis im Hochsauerland „die meisten Behinderten-Einrichtungen in ganz Deutschland gibt“. Er nimmt gern Zuflucht zu Zahlen, da kennt er sich aus.

Im persönlichen Gespräch durchaus liebenswürdig, findet er bei öffentlichen Auftritten oft den Ton nicht, wenn es um andere Dinge geht als Wirtschaft. Es tut ihm daher gut, ein Volk nicht in der ganzen Bandbreite der Politik ansprechen zu müssen, so wie er es als Fraktionschef versucht hat. Herz und Seele sind in seinem Portfolio nicht mehr drin. Er ist jetzt der Reformwüterich, und die Konzentration auf die Wirtschaftspolitik hat ihn stärker gemacht. „Wahrscheinlich ist das so“, sagt Merz. Ein leichtes Knurren klingt mit.

Zufällig allerdings ist sein Gegenspieler genauso unabhängig wie er selbst. Horst Seehofer, der Sozialexperte der CSU, hat auch schon in einen Abgrund geblickt, im Zuge einer Krankheit, und will sich seither nicht mehr vorschreiben lassen, was er zu sagen hat.

Merz und Seehofer sind die Freaks der deutschen Politik, weitgehend frei, vorlaut und immer ineinander verbissen. Seehofer möchte das System des deutschen Sozialstaats erhalten, Merz ein neues durchsetzen. Ihr Streit ist ein Gewinn für das Land, weil er die Wegscheide markiert, an der die Gesellschaft steht.

Nur muss irgendwann entschieden werden, und das bringt Merz in die unangenehme Lage, auf Angela Merkel hoffen zu müssen. Jene Angela Merkel, die ihn aus dem Amt des Fraktionsvorsitzenden entfernt hat. Er redet nicht mehr über sein Verhältnis zu ihr. Er hat alles gesagt. Es war Hass im Spiel.

Die CDU hat mit großer Mehrheit entschieden, dass sie die Gesundheitsprämie will. Angela Merkel hat für die Gesundheitsprämie gekämpft. Bis dahin ist alles in Ordnung zwischen Friedrich Merz und ihr.

Aber jetzt wartet er darauf, dass sie die Entscheidung der CDU gegenüber der CSU durchsetzt, in einem Gespräch mit Edmund Stoiber. Nur sie könne das tun, sagt Merz.

Er wartet. Er weiß, dass er Merkel nicht trauen kann. Bis zum Jahresende will er Klarheit, und es ist ihm wirklich wichtig. Nun spürt er den Fluch der Unabhängigkeit. Es fehlt die Macht, die großen Dinge durchsetzen zu können. ◆

MARCUS BRANDT / DDP

Finanzpolitiker Merz*: *„Erklären, erklären, erklären“*

GEORG LUKAS

Familienvater Merz (1999): *Pause im Karrierespiel*

* Bei der Darstellung seines Steuermodells im Hamburger Wahlkampf im Februar.

AUSLANDSEINSÄTZE

Tod im Konvoi

Warum mussten zwei deutsche GSG-9-Beamte im Irak sterben? Nach Zeugenaussagen sollen unglückliche Umstände schuld sein – aber auch gefährlicher Leichtsinn.

Es war sein letztes Saisonspiel für die SG Herresbach. Tobias Retterath hatte in der zweiten Halbzeit noch den Ausgleich erzielt, und nach dem Duschen saß er mit der Mannschaft in der Sonne vor dem Vereinsheim, um sich zu verabschieden – für drei Monate nach Bagdad. „Mir passiert nichts“, sagte der Elitepolizist der GSG 9 an jenem 28. März noch, und: „Schafft mir bloß den Klassenerhalt.“

Am Dienstag vergangener Woche standen seine Mitspieler wieder auf dem Platz in dem Eifeldorf. Am Mittelkreis stellten sie sieben rote Friedhofskerzen auf. Sieben wie seine Trikotnummer. Wie das ganze Land wussten die Fußballer, dass Retterath, 27, es nicht bis nach Bagdad geschafft hatte. Sie schworen sich, nicht abzusteigen, für Tobias, sie ritzten „Tobi 7“ in die rote Asche. Und je weniger Worte sie noch für das Unbegreifliche fanden, umso mehr Fragen stellten sie: wie es sein konnte, dass ihr Freund jetzt irgendwo tot bei Falludscha liegt, einer von zwei GSG-9-Beamten, die vor wenigen Tagen in einem Hinterhalt ums Leben kamen. Und vor allem: ob es nur unglückliche Umstände gab oder auch Fehler. Und damit Schuldige.

Es sind Fragen, die nicht nur in Herresbach gestellt werden. Bundesinnenminister Otto Schily hat eine Untersuchung angeordnet. Der Bericht soll an den Bundestag gehen. Schon um nicht den schrillen Vorwurf stehen zu lassen, den Kritiker wie der CDU-Abgeordnete Michael Fuchs gemacht haben: dass Schily und das Auswärtige Amt die GSG-9-Polizisten auf ein Himmelfahrtskommando geschickt hätten.

Die Antworten, so viel zeichnet sich schon ab, werden unbequem sein. Auch in der Bundesregierung sucht man nach einer Erklärung, warum der Konvoi ohne zwingenden Grund noch losfuhr, obwohl doch bekannt war, dass die Route direkt an dem hart umgekämpften Falludscha vorbeiführte. Und der Bericht für den Bundestag wird auch die Frage beantworten müssen, warum die Kolonne bei Falludscha nicht kurzerhand umdrehte, statt auf eine Umgehungsstraße auszuweichen, auf der dann Freischärler auf Opfer warteten.

Viel spricht dafür, dass das Risiko falsch eingeschätzt wurde. Drei jordanische Fahrer, von den Deutschen für den Konvoi angeheuert, erheben jedenfalls schwere Vorwürfe: Sie wollen die GSG-9-Beamten noch auf der Fahrt eindringlich gewarnt haben – die Falludscha-Passage sei lebensgefährlich. Doch die Deutschen, so sagten sie vergangene Woche gegenüber SPIEGEL TV, hätten abgewinkt. Der Weg sei sicher.

Allerdings hatten die GSG-9-Beamten auch einfach Pech. Alles schien sich gegen sie verschworen zu haben, als sie fünf Tage zuvor schon einmal versucht hatten, nach Bagdad durchzukommen. Zwei Autos mit Getriebeschaden, ein Sandsturm, so war die Kolonne fast eine Woche zu spät dran. Ein bisschen mehr Glück, und sie wäre längst am Ziel gewesen, bevor Falludscha endgültig zum Brandherd wurde.

LEE GORDON / THE DAILY TELEGRAPH

Irakischer Aufständischer*: *Hagel von Geschossen aus Gewehren und Panzerfäusten*

In Herresbach, 487 Einwohner, steht Vater Erich Retterath am Mittwoch vergangener Woche auf der Auffahrt seines Hauses, unschlüssig, ob er reden soll, solange die letzte Bestätigung für den Tod seines Sohnes fehlt: die Leiche.

Sechs Tage vorher, am Donnerstagmorgen, hatte ein Wagen mit zwei GSG-9-Männern vor dem weiß verputzten Haus gehalten. In der Küche hatte seine Frau Irmgard gerade die Kartoffeln auf den Herd gestellt; als die Männer den Retteraths beigebracht hatten, wie es um ihren einzigen Sohn stand – Feuerüberfall bei Falludscha, kein Lebenszeichen mehr –, waren die Kartoffeln schwarz gebrannt.

Seitdem ist das Ehepaar alle Stufen zwischen Hoffen und Bangen herabgestiegen, bis hin zur letzten: wenn man sich noch weigert, den Tod als Gewissheit anzunehmen, aber vom Sohn schon in der Vergangenheit spricht. Dass er ein guter Sportler war, schon als Kind einen Halbmarathon lief. Dass er bereit war, sich zu quälen, und deshalb nach dem Abitur nicht nur einfach Grenzschützer werden wollte. Sondern GSG-9-Mann, Polizist bei jener Elite-Einheit, deren Ruhm auf die Befreiung der Geiseln in Mogadischu zurückgeht.

Tobias Retterath wusste, dass er als GSG-Neuner irgendwann auch ins Ausland gehen musste. Der Bundesgrenzschutz (BGS) übernimmt in deutschen Botschaften weltweit den Haus- und Ordnungsdienst, und dort, wo es am gefährlichsten ist, schickt die Bundesregierung die GSG 9. Vor Jahren nach Algier und nach Beirut, jetzt nach Bagdad.

Der Beamte Retterath hat einen solchen Einsatz, so scheint es, nie wirklich gewollt.

* Vor dem Toyota der GSG 9 mit erbeuteten Gegenständen eines der Beamten.

Seine Freundin hatte Angst vor dem Auslandsdienst, bat, er solle nicht gehen, nicht so bald, nicht so schnell. Auch die Eltern machten sich Sorgen. Tobias Retterath aber wollte sich nicht drücken: „Er sagte, dass er das den Kumpeln nicht antun kann“, erinnert sich Vater Erich; Bagdad sollte sein erster Einsatz im Ausland werden.

SPIEGEL TV

Elite-Polizist Retterath
„Er wollte sich nicht drücken“

Schon beim Wiedereinzug im Mai glich dort die deutsche Botschaft eher einem Außenposten der GSG 9 als einer Diplomatenresidenz. Acht Polizisten für drei Außenamtsvertreter – zusammen saßen sie hinter Sandsäcken und zeigten, dass Deutschland wenigstens helfen wollte, den Anschein von Normalität in einem taumelnden Land zu erwecken.

Tatsächlich macht der deutsche Geschäftsträger, Claude-Robert Ellner, keinen Schritt ohne seine schwer bewaffnete Leibwache. Das Gleiche beim Technischen Hilfswerk (THW): Bis die deutschen Wasserbau-Experten des THW im Februar aus Sicherheitsgründen abzogen, ließ sie Innenminister Schily von der GSG 9 beschützen. Der Dienst in Bagdad gilt als gefährlich, der umtriebige Ellner als anstrengend – alle drei Monate tauscht der Grenzschutz die Männer aus.

Am 30. März, einem Dienstag, geht Tobias Retteraths Maschine in die jordanische Hauptstadt Amman. Flugverbindungen von dort weiter nach Bagdad, so hat es die Bundesregierung erklärt, kämen wegen der mitgeführten Waffen nicht in Frage. Ob das so stimmt, wird die Untersuchung zeigen müssen. „Ich komme einfach nicht drüber hinweg, dass die nicht fliegen“, sagt Vater Retterath.

In Amman wartet Thomas H., 38, ihr Truppführer, der mit einem BGS-Kameraden aus Bagdad gekommen ist, um Retterath und die beiden anderen Neuen abzuholen. Am 2. April, freitags kurz vor vier Uhr morgens, starten sie zur irakischen Grenze.

Die Kolonne jagt mit sechs Wagen durch die Wüste: mit drei gepanzerten Autos der deutschen Botschaft und drei Lasttaxis, die von Jordaniern gefahren werden. Die Helfer gelten als zuverlässig; bei dem Fuhrunternehmer in Amman, für den sie arbeiten, hat die deutsche Vertretung schon öfter Fahrer gebucht; für die GSG 9 ist es die 25. Tour dieser Art.

KARIM SAHIB / AFP

Iraker nach Anschlag auf US-Konvoi bei Falludscha: *Mit Vollgas aus der Todeszone*

Doch diesmal kommt die Gruppe nicht weit: 75 Kilometer vor der Grenze bleibt ein Mercedes der Botschaft liegen. Getriebeschaden. So etwas passiert bei deutschen Botschaftsfahrzeugen immer mal wieder. Vor allem die tonnenschwere Panzerung treibt den Verschleiß hoch.

Die Beamten geben nicht auf: Sie lassen den Wagen stehen, steigen um, überqueren auf der breit ausgebauten Straße die Grenze – und geraten in einen Sandsturm. Als dann auch noch bei einem zweiten Botschaftswagen das Getriebe hakt, brechen sie den Versuch ab. Frustriert kehren sie um, fahren zurück nach Amman.

Sie wollen nun warten, bis die Wagen repariert sind, und keiner von ihnen ahnt, dass sich damit das Zeitfenster für eine halbwegs sichere Überfahrt nach Bagdad schließt. Denn von Stunde zu Stunde wird es schwieriger, heil an Falludscha vorbeizukommen, dem Widerstandsnest im sunnitischen Dreieck, an dem sich die Autobahn nach Bagdad vorbeizieht.

Am Wochenende ruft Tobias Retterath bei seinen Eltern an, er erzählt von dem Sandsturm und dass sie jetzt festsitzen. „Mir geht es gut“, sagt er. „Setz dich nicht an die vorderste Front“, bittet die Mutter. Es ist das Letzte, was sie voneinander hören. Am 7. April, einem Mittwoch, wagt die Gruppe den zweiten Versuch.

Die Lage hat sich inzwischen dramatisch verschlechtert: Am 31. März hat der Mob mitten in Falludscha vier Mitarbeiter der amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater getötet, zwei der verkohlten Leichen an einer Brücke aufgehängt und darunter vor Freude getanzt. Amerika ist schockiert, der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, kündigt einen Gegenschlag an.

Am 5. April riegeln US-Marines die Stadt ab, am Tag darauf schreibt der britische „Guardian“: „Die Marines verhängten eine Ausgangssperre und schlossen die Straße Bagdad–Amman, die an der Stadt vorbeiführt.“

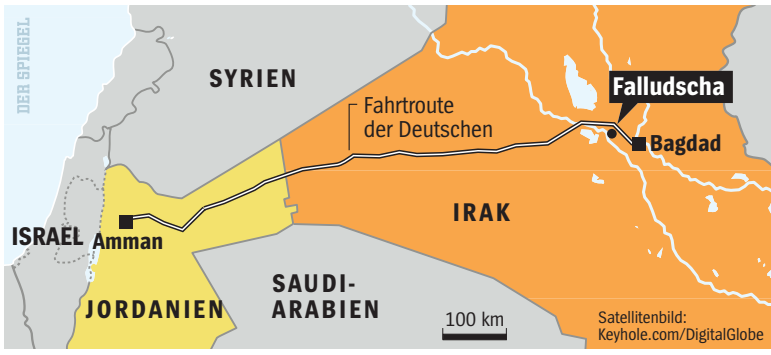
Damit hätte auch der deutschen Botschaft in Bagdad, hätte auch den GSG-9-Experten klar sein müssen, dass der Konvoi diesmal kaum noch auf der Hauptroute an Falludscha vorbeikommen würde; dass er möglicherweise ausweichen müsste, über eine der Umgehungsstraßen, durch Gebiet, das man kaum kennt. Truppführer H. entscheidet trotzdem mit der Botschaft: Wir fahren.

Im Bundesgrenzschutz ist von Korpsgeist die Rede, vom Pflichtgefühl, die Männer hätten die Kameraden in Bagdad nicht länger warten lassen wollen. Es sind nur Vermutungen, aber plausiblere Erklärungen hat auch die Bundesregierung zurzeit nicht, nicht mal nach ersten Befragungen der überlebenden BGS-Männer.

Sechs Wagen passieren an diesem Mittwoch die Grenze. Zwei gemietete Panzerlimousinen sind dabei: ein BMW, gelenkt von einem Botschaftschauffeur, und ein Mercedes mit drei BGS-Männern. Dazu der ebenfalls gepanzerte Toyota-Geländewagen der Botschaft, mit Retterath und Truppführer H. Das Gepäck der Grenzer liegt in drei Lasttaxis der jordanischen Transportfirma, amerikanischen GMC-Vans, ungepanzert.

Um kein kompaktes Ziel zu bieten, halten die Wagen Abstand, manchmal mehrere hundert Meter. Bei Beschuss, so die erste Regel, soll jeder mit Vollgas durchbrechen und versuchen, allein wegzukommen.

Mindestens einmal war es in der Vergangenheit schon zu einer Schießerei ge-



kommen: Vor Monaten feuerten Unbekannte auf einen Botschaftskonvoi – auf der gleichen Strecke. GSG-9-Beamte eskortierten damals eine deutsche Diplomatin. Das hat das Innenministerium am Mittwoch vergangener Woche verschwiegen, als es den Eindruck erweckte, bisher sei immer alles gut gegangen. Allerdings wurde damals niemand verletzt, und vermutlich hatten es die Wegelagerer nur auf Geld und Gepäck abgesehen.

Regel Nummer 2 für den Bagdad-Trail sagt: Um es zu solchen Scharmützeln gar nicht erst kommen zu lassen, sollen die Fahrer entgegenkommende Autos anhalten, um zu erkunden, wie gefährlich die Lage vor ihnen ist.

Die jordanischen Fahrer sind an diesem Tag äußerst nervös: Einer von ihnen berichtete in der vergangenen Woche SPIEGEL TV, schon an der Grenze habe er einen Fahrer seiner Firma getroffen, der gerade aus Bagdad gekommen sei. Sie sollten auf keinen Fall weiterfahren, habe der gesagt, in Falludscha werde gekämpft. „It's too dangerous" (Es ist zu gefährlich), habe der Mann gewarnt.

Genau das habe man auch einem der Deutschen erklärt. Der aber habe sich von der Tour nicht abbringen lassen; er sei im Bilde, die Straße sei sicher. Fest steht: Auch die Jordanier fahren weiter. „Wir brauchen das Geld", sagte einer von ihnen; 400 Dollar habe jeder von ihnen kassiert.

Nach den bisherigen Erkenntnissen der Regierung muss der Konvoi in der Nähe eines amerikanischen Checkpoints bei Falludscha dann tatsächlich von der Autobahn abbiegen – und gerät zwischen 16 und 17 Uhr auf einer Umgehungsstraße im Norden in einen raffiniert geplanten Hinterhalt. Offenbar hatten sich mehrere Freischärler-Trupps abgesprochen: Über Kilometer seien sie von einer Feuerzone in die nächste gefahren, erzählte vergangene Woche einer der drei davongekommenen Grenzer. Die Attentäter hätten anfangs gewartet, bis alle Autos in Reichweite gewesen seien, dann erst hätten sie das Feuer eröffnet.

Deutscher Diplomat Ellner, Botschaft in Bagdad
Falsche Risikoeinschätzung?

LEFTERIS PITARAKIS / AP (L.); REUTERS/ E-LANCE MEDIA (R.)

Nichts spricht bisher dafür, dass der Angriff gezielt den Deutschen galt. Sicherheitsexperten glauben, dass die Iraker darauf warteten, Verstärkungen der Amerikaner auf dem Weg nach Falludscha anzugreifen. Als die Amerikaner nicht kamen, so die Vermutung, schossen sie kurzerhand auf alles, was nach Ausländern aussah.

Dazu haben die Heckenschützen an jenem Mittwoch eine Straßensperre aufgebaut. Zwar durchbrechen alle sechs Autos des Konvois die Barriere, aber kurz danach reißt der Kontakt zum Toyota mit Retterath und Truppführer H. ab. Im Hagel der Geschosse aus Schnellfeuergewehren und Panzerfäusten gibt jeder Fahrer nur noch Vollgas.

Die Deutschen und ihre Begleiter rasen um ihr Leben. Ausweichmanöver? Dafür, so berichteten die davongekommenen BGS-Beamten bei einer ersten Befragung, habe es gar keine Chance mehr gegeben. Den Mercedes durchsieben die Angreifer derart mit Kugeln, dass er kurz hinter der Todeszone liegen bleibt. Die drei GSG-9-Männer springen aus dem Wrack, retten sich in eines der Lasttaxis. Auch von den jordanischen Vans bekommt einer einen Volltreffer ab: Das Geschoss einer Panzerfaust durchschlägt nach Angaben des Fahrers die Windschutzscheibe, explodiert jedoch nicht. Dafür trifft ein Granatsplitter einen Jordanier ins Bein, der Mann prescht damit weiter bis nach Bagdad.

Den Toyota am Ende der Kolonne verlieren alle anderen aus dem Blick. Die beiden Insassen, Retterath und H., werden vermutlich von Irakern erschossen, nachdem ihr Auto nach zahllosen Einschlägen eine Hausmauer gerammt hat.

Bis Freitag vergangener Woche, sagen die Retteraths, habe sich niemand aus der Regierung bei ihnen gemeldet. Was hätte ein Minister sagen sollen, wenn Eltern nur noch hoffen, wenigstens die Leiche ihres Sohnes zurückzubekommen, und er ihnen nicht mal das versprechen kann.

Die Aussichten Schilys, als Dienstherr zweier Toter wenigstens die letzte Pflicht tun zu können, schwanden in der vergangenen Woche von Stunde zu Stunde. Bis Freitagabend war nicht einmal klar, wo die beiden genau verscharrt wurden. In dem Grab, das sechs irakische Kämpfer vor den Augen eines britischen Journalisten aushoben, sollen sie jedenfalls nicht mehr sein.

Zwar haben die Amerikaner ihre Hilfe zugesagt. Für deutsche Tote soll aber kein GI sein Leben riskieren; erst wenn Nadschaf in US-Hand sei, so die Amerikaner, könne man etwas tun.

So versuchen es Botschaft und Bundesnachrichtendienst jetzt erst mal mit dem Roten Halbmond, der islamischen Hilfsorganisation, aber auch mit den örtlichen Clans – helft uns, sagen die Deutschen, sonst ist es mit der Freundschaft vorbei.

Auch eine Gruppe zwielichtiger Mittelsmänner ist schon unterwegs, die nur ein Mittel kennt: Geld. Die Nachricht, dass die Deutschen angeblich gut bezahlen würden, hat sich herumgesprochen. Eine Gruppe Iraker, die versprach, die Getöteten zur Botschaft zu bringen, erschien jedoch erst mal mit leeren Händen. Nicht einmal einen Ausweis oder einen Teil der Ausrüstung schafften sie herbei.

JÜRGEN DAHLKAMP, GEORG MASCOLO

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

ACTION PRESS

NATIONAL ARCHIVES

Angeklagter Sommer, getötete Italiener in Sant'Anna di Stazzema (1944): *„Das ist für mich eine abgeschlossene Sache"*

NAZI-VERBRECHEN

Unvorstellbare Grausamkeiten

Am 12. August 1944 wurden etwa 500 Menschen in einem Toskana-Dorf getötet. Nun, 60 Jahre nach dem Massaker, wird ehemaligen Waffen-SS-Soldaten der Prozess gemacht.

Sant'Anna di Stazzema – klingt nach Sonne, Sommer, Seele baumeln lassen. Von der kleinen Ortschaft in den Apuanischen Alpen geht der Blick auf die toskanische Riviera. Da liegt Forte dei Marmi, der Badeort der Millionäre. Oder Viareggio, die Stadt des Karnevals und der ungetrübten Lebensfreude.

Ein Traum, diese Gegend in der Mitte Italiens. Und für viele ein Alptraum. Immer noch und 60 Jahre danach.

Damals, am 12. August 1944, löschten Soldaten der Waffen-SS-Division „Reichsführer SS" das Leben im Dorf aus – mindestens 457 Menschen, wahrscheinlich sogar 560, wurden mit MG-Salven niedergemäht, bei lebendigem Leibe verbrannt oder von Handgranaten zerrissen. Die meisten der Opfer waren Frauen und Kinder. Hitlers Schergen hatten drei von ihnen, nicht einmal zwei Jahre alt, zu Tode gespießt – „mit einem scharfen hölzernen Instrument", sagte später ein Augenzeuge.

Das Nazi-Massaker von Sant'Anna di Stazzema, das Zeitgeschichtler inzwischen mit dem im tschechischen Lidice (Juni 1942) oder dem im französischen Oradour-sur-Glane (Juni 1944) vergleichen, war jahrzehntelang verdrängt und verschwiegen worden. Schon bald nach Kriegsende herrschte in Deutschland Schlussstrichmentalität, und die Italiener taten so, als dürfte die junge, sich wieder aufrüstende Bonner Republik mit den Verbrechen einer Diktatur nicht belastet werden.

Allerdings ging es den Italienern auch darum, Landsleute, die als Hitler-Verbündete vor allem in Jugoslawien und Griechenland gewütet hatten, vor Verfolgung zu schützen. Diese Melange aus taktischer Rücksichtnahme und gebremstem Verfolgungseifer hat nach Einschätzung des Kölner Historikers Carlo Gentile dafür gesorgt, dass „Hunderte mutmaßliche Kriegsverbrecher davonkamen".

Aber nicht alle. Im Fall Sant'Anna di Stazzema ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart derzeit gegen zwölf Beschuldigte, und an diesem Dienstag beginnt vor dem Militärgericht in La Spezia der Prozess gegen sechs Angeklagte – wegen „Mordes gegen private Feinde", wie es im Juristenitalienisch heißt.

Keiner der angeklagten Deutschen, die zwischen 79 und 85 Jahre alt sind, wird vor dem italienischen Richter erscheinen – weil sie entweder dessen Zuständigkeit bezweifeln oder die Mordtaten abstreiten. Aber alle gehörten nach Überzeugung der Ermittler zu jener Einheit, die für die unvorstellbaren Grausamkeiten verantwortlich war.

Niedrige SS-Schergen waren es, Unterscharführer, Scharführer. In der Wehrmacht hätten sie die Dienstgrade Unteroffizier oder Feldwebel getragen. Ranghöchster war der Hamburger Gerhard Sommer, 82. Als Untersturmführer, also Leutnant, soll er eine Kompanie befehligt haben – was Sommer leugnet. Zu weiteren Vorwürfen wolle er sich nicht äußern, „im Moment" jedenfalls. Er sagt aber auch: „Das ist für mich eine abgeschlossene Sache."

Begonnen hatte sie im Sommer 1943. Regierungschef Benito Mussolini, Italiens Duce und Vertragspartner von Adolf Hitler, war im Juli abgesetzt worden, am 8. September hatte die neue Führung den Austritt aus dem Kriegsbündnis mit Berlin erklärt. Fortan waren die Deutschen in Italien Besatzer.

Vom Süden her rückten die Alliierten heran, und die Deutschen zogen sich nach Norden zurück – oftmals heftig bedrängt von Partisanen, die den Kampf gegen die

Okkupanten aufgenommen hatten. Generalfeldmarschall Albert Kesselring versprach deshalb, „jeden Führer zu decken, der in der Wahl und Schärfe des Mittels“ über das übliche Maß hinausgehe.

Für den Abwehrkampf schien eine Einheit besonders geeignet – jene Division, die zu Ehren des SS-Chefs Heinrich Himmler dessen NS-amtliche Bezeichnung trug: „Reichsführer SS“. Viele ihrer Unterführer hatten zuvor der „Totenkopf“-Division angehört, der Zeitgeschichtler eine rücksichtslose, oft sogar kriminelle Kampfführung attestieren.

Während sich bei der Reichsführer-Division „auf Kaderebene ein Typ durchsetzte, der extrem brutalisierende Erfahrungen gemacht hatte“ (Gentile), bestand die Mannschaft aus auffallend jungen Soldaten – die meisten zwischen 17 und 19 Jahre alt, unerfahren und entsprechend leicht zu beeinflussen. Diese brisante Kombination konnte, so Gentile, „jederzeit in todbringende Aktionen umschlagen“.

So wie im August 1944 in der Toskana. Tausende Italiener waren wegen der Bombenangriffe der Alliierten auf deutsche Linien aus der Küstenregion in die Apuanischen Alpen geflüchtet – vor allem in Siedlungen und Gehöfte, die zum Dorf Sant’Anna di Stazzema gehörten. Zu Friedenszeiten hatten hier gut 300 Menschen gelebt, viele von ihnen als Bauern.

Genauso stark war das II. Bataillon des SS-Panzergrenadierregiments 35, das auf das Kommando des Hauptsturmführers Anton Galler hörte, eines gelernten Bäckers aus Österreich. Weil sich aus Sicht der Armeeoberen Partisanenangriffe häuften, ordnete Divisionskommandeur Max Simon „Säuberungs- und Vergeltungsaktionen“ im Rahmen eines „Bandeneinsatzes“ an.

Was, werden die Begriffe richtig entkleidet, schlicht Mord und Brandschatzung bedeutete. Denn für die deutschen Besatzer galt nur eine Formel: Zivilist ist gleich Partisan.

Der 12. August 1944 war ein wunderschöner Tag. Einige Frauen sammelten auf den Feldern Kartoffeln, andere bereiteten daheim schon das Essen vor. Plötzlich, morgens zwischen sechs und sieben Uhr, stiegen Leuchtraketen auf – das Zeichen für Gallers Leute anzugreifen.

Die jungen Männer im Dorf flüchteten sofort. Offenbar glaubten sie, die SS-Meute würde sie verschleppen, zum Ausheben von Laufgräben etwa oder zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich. So etwas hatte einen Namen: „Arbeiterfangaktionen“.

Aber diesmal war es schlimmer. Die Soldaten wollten töten, zerstören, Feuer legen.

Es gibt kaum Berichte von Augenzeugen. Einer war der damals 43 Jahre alte Alfredo Curzi, ein Fischer aus Forte dei Marmi. Ihn vernahmen wenige Wochen nach dem Massaker drei US-amerikanische Offiziere. Ein Auszug aus dem Protokoll:

Wie lange dauerte die Schießerei?
Ungefähr vier Stunden.
Wie hoch schätzen Sie die Zahl der Toten allein auf dem Dorfplatz?
Zwischen 200 und 300.
Haben Sie noch andere Tote gesehen?
Ja, viele, viele andere.
Wie wurden sie getötet?
Verbrannt.

In der Tagesmeldung des Armeeoberkommandos 14 ist keine Rede von gepfählten Kindern und massakrierten Frauen. Dort steht unter Punkt 4 („Bandenlage“) knapp:

PAOLO LAZZERONI / RÖPI

Überlebender Mancini, Opferfotos: *Erinnerung an ein ausradiertes Dorf*

Bei laufendem Bandenunternehmen N 183/45 Ortschaft N 183/30 und 1 km nördlich niedergebrannt; 7 Muni-Lager, davon eines in der Kirche, sind gesprengt. 270 Banditen niedergemacht.

Ortschaft N 183/30 – das war die Gegend um das kleine Bergdorf Sant’Anna di Stazzema hoch über dem Meer.

Die Blutspur der Division „Reichsführer SS“ zog sich weiter durch die Toskana Richtung Bologna; sie endete erst im Städtchen Marzabotto. Dort wurden im angeblichen Kampf gegen Partisanen 770 Menschen getötet, auch hier meist Frauen, Kinder und Säuglinge.

In nur zwei Monaten, zwischen August und Oktober 1944, hatten die Soldaten der Waffen-SS über 2000 Zivilisten ermordet. Historiker schätzen, dass es während der gesamten deutschen Besatzungszeit etwa 10 000 zivile Opfer gab.

Nur zwei Angehörige der Division wurden je von der Strafjustiz belangt: SS-Sturmbannführer Walter Reder, der Einsatzführer in Marzabotto, und Max Simon, sein Divisionskommandeur. Reder saß bis zu seiner Begnadigung 1985 in der Festung Gaeta. Simon, von den Briten in Padua zum Tode verurteilt, wurde ins Kriegsverbrechergefängnis nach Werl nahe Hamm gebracht, das Urteil 1951 in lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt.

Schon bald fanden sich prominente Fürsprecher, die um Simons Entlassung baten, darunter der Kölner Erzbischof Josef Frings. Simons Taten, entschuldigte der hohe katholische Würdenträger, seien „während der Partisanenkämpfe in Italien unter dem Einfluss der hierdurch geschaffenen gesteigerten Erbitterung begangen“ worden – ohne „verbrecherischen Willen“.

Schon am 30. November 1954 kam Simon frei. Es war die Zeit des Kalten Krieges, und die Angst vor dem Kommunismus schweißte zusammen – auch beim kollektiven Vergessen. In Italien wurden die Akten von fast 700 Kriegsverbrecherfällen in einen Schrank des römischen Palazzo Cesi gepackt, des Sitzes vom Generalstaatsanwalt. Der Schrank wurde mit der Tür zur Wand gedreht und durch ein Eisengitter gesichert. Dienstbare Geister säuberten alle Register, und schon bald, formulierte später eine Untersuchungskommission, habe sich „kein Hinweis auf die Kriegsverbrecherakten“ mehr gefunden.

Erst Mitte der neunziger Jahre wurde der „Schrank der Schande“, wie ihn die Italiener nennen, wieder geöffnet, die archivierten Verfahren wurden endlich bearbeitet – der Prozess in La Spezia ist eine Folge. Das Mordermittlungsverfahren der Stuttgarter Justiz ist eher ein Zufall. Ein alter Kamerad hatte vor viereinhalb Jahren gegenüber einer Journalistin über den Tag in Sant’Anna di Stazzema gesagt: „Wir waren ein bissel rücksichtslos.“

In dem Ort erinnert heute ein kleines Museum an diesen schrecklichen 12. August 1944. Verwalter Enio Mancini zeigt den Besuchern Memorabilien eines ausradierten Dorfs – Eheringe beispielsweise, angesengte Papiere oder das Zifferblatt einer Uhr, die genau acht Minuten vor sieben stehen geblieben war.

Mancini war sieben Jahre alt, als die Deutschen kamen. Immer noch hat er „Schwierigkeiten zu beschreiben, was ich dort sah“, sagte er dem Magazin „raumzeit“. Dabei hat sich die Erinnerung unerbittlich tief eingefressen: „Ich sah im Haus verbrannte Menschen, der Geruch von verbranntem Fleisch war extrem.“ Nach 60 Jahren gehe es jetzt nicht um Rache, so Mancini, sondern „um Gerechtigkeit“.

GEORG BÖNISCH

JUBILARE

Grüne Kröten für den Kanzler

Seinen 60. Geburtstag feierte Gerhard Schröder mit seinen 400 engsten Freunden – darunter Wladimir Putin und Thomas Gottschalk.

Wenn man bedenkt, dass es in der Bundesrepublik bald mehr Hundertjährige als Säuglinge geben wird, dann ist ein sechzigster Geburtstag eigentlich nichts Besonderes. Ein Zwischenstopp auf halber Strecke, eine kurze Pause zum Überlegen, wie es weitergehen soll. So mag auch der Kanzler gedacht haben, der am 7. April 60 Jahre alt wurde, aber erst neun Tage später ein Fest feierte, und das nicht in Berlin, wo er regiert, sondern in Hannover, wo er sich heimisch fühlt. „Der wollte daraus keinen Staatsakt machen“, sagt Manfred Bissinger, ein alter Freund und Weggefährte des Kanzlers.

Und so wurde es eine Art Privatparty, zu der Franz Müntefering, der neue Vorsitzende der SPD, rund 400 Gäste vergangenen Freitagabend in das „Theater am Aegi“ in Hannover eingeladen hatte. Die Presse musste draußen bleiben, das Fernsehen auch. Ausdrücklich hatte der Kanzler darum gebeten, „an Stelle von eventuell zugedachten Geschenken“ Spenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung auf das „Sonderkonto Gerhard Schröder“ zu überweisen, zur Förderung begabter Studenten.

HOLGER HOLLEMANN / DPA

Ehepaare Schröder, Putin: *„Glänzender Profi“*

Doch nicht alle hielten sich an die Bitte. Der Arbeiter-Samariter-Bund und die Tabaluga Kinderstiftung, unterstützt von Peter Maffay, schickten Esskörbe mit Wurstwaren, Wein, Olivenöl und „Schafskäse in Kartoffelkruste“; die Puhdys schenkten eine Zigarrenkiste mit einer Widmung: „Lieber Gerd, in allen Lebenslagen wünschen wir genügend Zeit und Muße für eine schöne Zigarre. Wir haben uns erlaubt, auch das nötige Feuer dazuzugeben.“

Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Katrin Göring-Eckardt, brachte vier grüne Kröten aus Marzipan und der Vorsitzende der grünen Partei, Reinhard Bütikofer, eine grün glasierte Schoko-Rum-Torte, dazu ein scharf geschliffenes Messer mit der eingravierten Empfehlung: „Besser abschneiden mit den Grünen“.

Es war, als hätte sich die sozialdemokratische Wählerinitiative neu konstituiert, freilich mit den bekannten Verdächtigen: Günter Grass und Klaus Staeck, Hark Bohm, der 1961 „heimlich in die SPD eingetreten“ war, und Peter Rühmkorf, Gesine Schwan und Reinhold Beckmann, Michael Naumann von der „Zeit“ und Klaus Meine von den Scorpions.

Dazu die Veteranen des Aufbruchs von 1998: Jürgen Trittin, der eben von einem verregneten Urlaub auf Mallorca zurückkam, die immer gut gelaunte Renate Künast und einige, die ihre Zukunft schon hinter sich haben: Florian Gerster und Olaf Scholz, Hans Eichel und Klaus Zwickel. Manfred Stolpe kam mit zweistündiger Verspätung an, Ernst Welteke wäre wahrscheinlich gekommen, wenn er nicht ein paar Stunden zuvor sein Amt abgegeben hätte, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping wurden nicht einmal vermisst.

Thomas Gottschalk war wieder der Größte und Schröders Mutter die Älteste. Glücklich und zufrieden verfolgte sie das Treiben im Foyer des Theaters: „Ich hätte nie geglaubt, dass mein Sohn Kanzler wird oder dass ich mal 90 werde.“

Doch, es war ein schönes Fest, und der Kanzler genoss es in vollen Zügen. Selten in den letzten Wochen hat man ihn so entspannt gesehen, so aufgekratzt und kommunikativ. Über der Bühne hing ein Schröder-Porträt von Bruno Bruni, sechs Scheinwerfer warfen spitze Lichtkegel auf einen blauen Vorhang, und Franz Müntefering („Liebe Sympathisanten und Sympathisierer“) hielt die erste Rede. Er nannte Schröder einen „Situationspolitiker und Meister des Augenblicks“ und bat ihn: „Vergiss uns nicht.“

Johannes Rau hielt wieder eine Predigt, erinnerte an Gustav Heinemann, der Willy Brandt zum Sechzigsten, und an Walter Scheel, der Helmut Schmidt aus demselben Anlass gratuliert hatte. Und er konnte sich die Bemerkung nicht verkneifen, dass „Adenauer in einem Alter Kanzler wurde, in dem ich meine Ämter abgebe“.

Der Superstar des Abends war aber der russische Präsident Wladimir Putin, der mit seiner Frau Ljudmila angereist war und zwei gigantische Geschenke mitgebracht hatte: ein Balalaika-Orchester und einen Kosakenchor, der die ganze Bühne füllte. Das Balalaika-Orchester spielte Glenn-Miller-Melodien, und der Kosakenchor sang das Niedersachsen-Lied: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen, heil Herzog Wittekinds Stamm.“ Auch Wladimir Putin sprach fließend Deutsch, lobte Schröder als „glänzenden Profi, fleißigen, feinen Politiker“ und wünschte dem Freund „Glück, Erfolg und Wohlergehen“.

Das Leben, räsonierte darauf Günter Grass, sei „doch manchmal voller Überraschungen“, nie hätte er sich vorstellen können, „dass ich nach Putin sprechen werde“. War dies eine leise, zärtliche Kritik an der Männerfreundschaft zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten? Kaum, denn gleich im übernächsten Satz dankte der Dichter dem Kanzler, „dass er die deutsche Souveränität genutzt und uns vor einer Verstrickung“ in den Irak-Krieg bewahrt habe.

Dann wurde es gemütlich. Klaus Meine sang „Maybe I, Maybe You“, und Karl Dall verging sich an dem Klassiker „La Paloma“: „Ich singe noch die zweite Strophe, euch mache ich fertig.“ Da hatte es Schröders Mutter, die zum Abschluss des „bunten Überraschungsprogramms“ auf die Bühne gebeten wurde, leicht, gegen den Komiker zu punkten.

Gefragt, was sie an ihrem Sohn am meisten schätze, antwortete die alte Dame: „Er war sehr fleißig und wollte immer was werden. Und das hat er jetzt geschafft.“

HENRYK M. BRODER

BESCHÄFTIGUNG

Bezahlbare Arbeit

Der unerwartete Boom der Mini-Jobs hat die Debatte um den Aufbau Ost und die Lösung der deutschen Jobkrise in eine neue Richtung gelenkt: Helfen staatliche Lohnsubventionen?

Es ist ein steter, trüber Strom an schlechten Nachrichten, der die Regierung in diesen Wochen von der Reformfront erreicht. Die Wirtschaft will und will nicht wachsen, die Zahl der Arbeitslosen steigt, wo sie doch längst hätte sinken müssen, und die Pleitewelle ebbt nicht ab.

So dick ist der Nebel der Tristesse, dass die einzig positive Meldung seit langem fast 14 Tage brauchte, bevor sie in Berlin als solche wahrgenommen wurde. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten sei unerwartet stark gestiegen, meldete die zuständige Bundesknappschaft bereits am 1. April. Doch Regierung und Opposition reagierten erst mit zwei Wochen Verspätung.

MARC DARCHINGER

Minister Clement, Stolpe: *„Abwarten, bis die Reform wirkt“*

Von einem „wichtigen Schritt“ nach vorn sprach die bayerische Sozialministerin Christa Stewens (CSU) dann schließlich. Und SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner entdeckte plötzlich eine „Erfolgsstory“, ein „Musterbeispiel“ für die Verbindung von „Flexibilität und sozialer Sicherheit“.

Nach wochenlangem Gefeilsche hatten sich Union und Koalition bereits im Dezember 2002 darauf verständigt, Mini-Jobs besser zu fördern als bisher – und so einen Boom ausgelöst, der sie selbst überraschte.

Seit Arbeitnehmer auf Verdienste bis 800 Euro deutlich weniger Sozialabgaben zahlen müssen als zuvor, ist die Zahl der so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vor allem in Kneipen, Geschäften und Privathaushalten innerhalb kürzester Zeit auf etwa 7,5 Millionen geradezu explodiert. Ein Rekord, der immerhin dafür sorgte, dass Konsum und Konjunktur in den vergangenen Monaten zumindest etwas belebt wurden.

Die unerwartete Erfolgsmeldung vermengte sich in der vergangenen Woche plötzlich mit der heftigen Debatte um die Zukunft Ostdeutschlands. Liegt hier möglicherweise die Antwort auf die deutsche Jobkrise, die in den neuen Ländern mit fast 20 Prozent Arbeitslosigkeit besonders bedrohlich ist?

Sind Mini-Jobs und subventionierte Billig-Arbeitsplätze womöglich die Lösung? Und vor allem: Wie können Geringverdiener gefördert werden, ohne neue milliardenschwere Subventionen auszulösen?

Von Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe bis zum sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt, vom Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall Hans Werner Busch bis zu DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer: Experten aus allen Lagern überschlugen sich in der vergangenen Woche mit ihren Forderungen nach einem „Niedriglohnsektor für einfache Tätigkeiten“ oder „Kombilöhnen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt“.

Manche der Jobförderer haben schon genaue Zeitpläne im Kopf. So verlangt etwa der SPD-Wirtschaftsexperte Rainer Wend, dass die rot-grüne Koalition noch in dieser Legislaturperiode „ein bundesweites Konzept für Lohnzuschüsse anpacken muss. Und zwar“, so der Parlamentarier, „nicht nur für Langzeitarbeitslose, sondern für alle Geringverdiener“.

Auch der sächsische Wirtschaftsminister Martin Gillo (CDU) will noch vor den Landtagswahlen im September ein durchgerechnetes Niedriglohnkonzept für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit vorlegen. „Die Regierung hat mit den Hartz-Reformen den Leidensdruck auf Arbeitslose erhöht“, sagt Gillo. „Nun müssen wir dafür sorgen, dass sich arbeiten auch finanziell wieder stärker lohnt.“

Es geht um ein Thema, das nach Meinung der meisten Experten mehr ist als nur ein Randproblem. Spitzenjobs lassen sich dadurch schaffen, dass stärker in Bildung, Forschung und Innovationen investiert wird. Am unteren Ende des Arbeitsmarkts aber hilft nur eines: Einfache Arbeit muss bezahlbar sein, und bezahlbar ist nur, was für den Arbeitgeber Gewinn abwirft.

Doch genau das ist das Problem: Der Staat belastet einfache Jobs mit so hohen Sozialabgaben, dass sich die meisten nicht mehr rechnen. Auf den Nettolohn eines einfachen Arbeiters wird, wenn man Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beitrag zusammenzählt, ein Sozialaufschlag von derzeit 42 Prozent erhoben, der in der öffentlichen Debatte zu Unrecht als „Lohnnebenkosten“ bezeichnet wird.

Denn für die Mehrzahl der kleinen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland sind diese Nebenkosten die Hauptkosten, die für die ständig steigende Schere zwischen Netto und Brutto verantwortlich sind.

Vom Bruttogehalt einer Verkäuferin zum Beispiel, im Durchschnitt 2100 Euro, bleiben in Deutschland nur 1346 Euro übrig. Die Lohnsteuer schlägt lediglich mit 295 Euro zu Buche, die Sozialabgaben hingegen liegen bei 442 Euro und damit mehr als 50 Prozent über der Steuerbelastung.

Das ist die große Ungerechtigkeit am deutschen System der Sozialstaats-Finan-

FRANK ROGNER / NETZHAUT

Putzfrauen (in Dortmund): *Fehlendes Angebot*

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

zierung: Nur die unteren und mittleren Lohngruppen zahlen den vollen Sozialaufschlag von 42 Prozent, alle Einkommensteile oberhalb der so genannten Beitragsbemessungsgrenze werden nicht herangezogen, wenn es um seine Finanzierung geht.

Während das Steuersystem die Schwachverdiener gering und die Spitzenverdiener stark belastet, verhält es sich bei den Sozialabgaben genau umgekehrt. Die Folgen sind verheerend: Einfache Jobs verschwinden, werden gar nicht erst angeboten oder in die Schattenwirtschaft gedrängt. Menschen ohne Schulausbildung oder Lehre haben damit kaum noch Chancen, eine reguläre Stelle zu finden. Gut ein Drittel der mindestens 1,5 Millionen Langzeitarbeitslosen sind so genannte Geringqualifizierte.

SEBASTIAN WILLNOW / DDP

Reformer Milbradt: *Leidensdruck auf Arbeitslose erhöhen?*

Und so fehlen in Deutschland jene Jobangebote für Parkhauswächter, Tankwarte oder Putzhilfen, die in anderen Ländern Millionen geringer Qualifizierte in Lohn und Brot gebracht haben. Für einen Verdienst zwischen 800 und 1000 Euro arbeiten in Deutschland schätzungsweise 70 000 Menschen, nur 2,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Für Politiker und Ökonomen liegt eine Antwort auf dieses Problem im Konzept des so genannten Kombilohns: Damit sich Kleinverdienste wieder lohnen, soll der Staat entsprechende Jobs durch staatliche Zuschüsse, zum Beispiel zu den Sozialbeiträgen, fördern. Doch was die Regierenden dazu in den vergangenen Jahren auf den Weg brachten, hatte bislang alles andere als Erfolg:

- Seit April vergangenen Jahres müssen Mini-Jobber bis zu einem Monatsverdienst von 400 Euro überhaupt keine Sozialabgaben abführen. Arbeitgeber zahlen seither eine pauschale Abgabe von 25 Prozent. Bis 800 Euro gibt es für Arbeitnehmer gestaffelte Hilfen. Das hat Hunderttausende neuer Stellen gebracht, wenn auch überwiegend für Rentner, Studenten oder Menschen, die noch eine andere Stelle haben. Langzeitarbeitslose dagegen haben bislang kaum profitiert. Für sie lohnt sich das Modell nicht, weil die Mini-Job-Grenzen in der Regel niedriger liegen als Sozial- oder Arbeitslosenhilfe.
- Im „Mainzer Modell“ förderte der Staat auch höhere Verdienste mit einem gestaffelten Zuschuss zu den Sozialbeiträgen. Doch das Vorhaben war von Anfang an mit bürokratischen Auflagen überfrachtet und nur auf einen kleinen Empfängerkreis zugeschnitten. Und: Die Zuschüsse fielen oft geringer aus als die anderer Förderprogramme des Arbeitsamtes.

„Das wird nicht der Renner“, ahnte Wolfgang Britt, Chef der Arbeitsvermittlung im Arbeitsamtsbezirk Neuruppin bereits beim Start. So kam es dann auch. Im vergangenen Frühjahr wurde das Programm eingestellt – wegen erwiesener Erfolglosigkeit.

Das Mini-Job-Gesetz – zu wenig Wirkung. Das Mainzer Modell – ein Flop. Um den Niedriglohnsektor wirklich in Schwung zu bringen, darin sind sich die Ökonomen einig, sind Reformen ganz anderen Kalibers notwendig: Niedriglöhne müssten nach dem Vorbild Frankreichs oder der USA flächendeckend gefördert und Dauerarbeitslose zugleich stärker zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. So würden auch solche Billig-Jobs attraktiv, deren Verdienst nur wenig über der Sozialhilfe liegt.

Die rot-grüne Koalition setzt stattdessen auf ein anders Konzept. Mit der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe will sie Langzeitarbeitslosen die Leistungen kräftig zusammenstreichen und sie gleichzeitig dazu zwingen, jede Arbeit anzunehmen, selbst wenn bis zu 30 Prozent unter Tariflohn bezahlt wird. Doch ob dadurch mehr Billig-Jobs entstehen, ist fraglich. Die Lohnzuschüsse, die Dauerarbeitslose in Beschäftigung bringen sollen, gehen kaum über das heutige Niveau hinaus.

Ein weit radikaleres Rezept hat dagegen Hans-Werner Sinn entwickelt, Chef des Münchner Ifo-Instituts. Sein Konzept einer „aktivierenden Sozialhilfe“ sieht nicht nur kommunale Jobangebote für jeden Dauerarbeitslosen vor, sondern auch flächendeckende Zuschüsse zu niedrigen Löhnen. Das würde „den Arbeitsmarkt im gesamten Niedriglohnbereich beleben“, ist Sinn überzeugt, und zwar „weit über den Bereich der Sozialhilfeempfänger hinaus“.

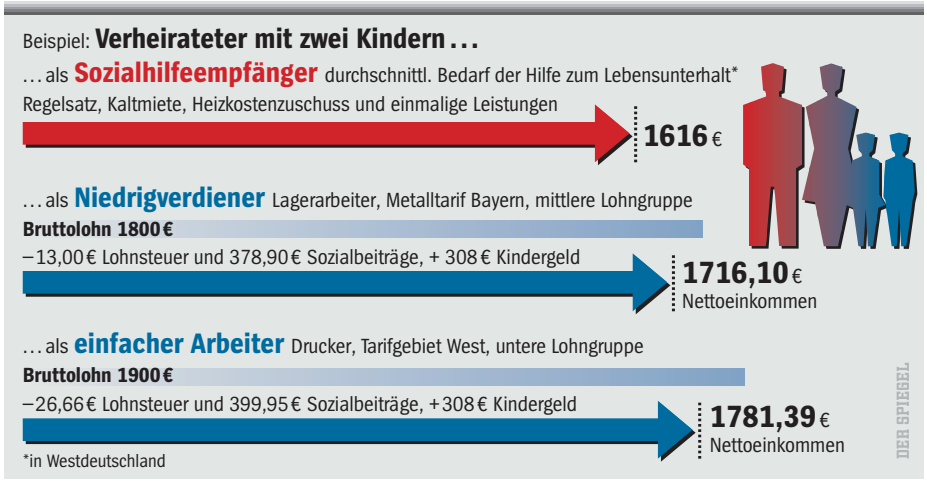
Zu radikal, findet Wirtschaftsminister Clement: „Das würde das gesamte Lohnsystem deutlich nach unten drücken. Das ist nicht zu machen.“ Aber Clement wäre nicht Clement, wenn er nicht selbst drastischere Lösungen für denkbar hielte – im Bedarfsfall, versteht sich.

„Jetzt warten wir erst einmal ab, bis unsere Reform voll wirkt“, sagt er. „Dann wird sich zeigen, ob man noch nachlegen muss.“

MICHAEL SAUGA

Arbeit ohne Reiz

Das Problem: Niedriglohnarbeiter haben netto oft kaum mehr als Sozialhilfeempfänger.



DEBATTE

WAHRHEITSLÜCKEN

VON KLAUS VON DOHNANYI

KLAUS FRANKE / DPA

Dohnanyi, 75, ist Mitglied des „Gesprächskreises Ost“, der für die Bundesregierung eine Bilanz der Wiedervereinigung zog und „für eine Kurskorrektur des Aufbaus Ost“ plädierte (SPIEGEL-Titel „1250 Milliarden Euro – Wofür?“, Heft 15/2004).

Nicht Markt, sondern Verteilung; nicht Effizienz, sondern Planerfüllung; nicht Initiative, sondern Anpassung prägten das Wirtschaftssystem der DDR. Als im November 1989 der täuschende Schleier gelüftet wurde, brach es völlig verrottet zusammen. Für das gute Auge eines objektiven Beobachters musste klar sein: Hier galt es, von vorn anzufangen. Hier ging es nicht um „Reparatur“ Ost: Hier ging es um den Neuaufbau.

Ein „Aufbau“ unter den für eine Marktwirtschaft so völlig ungeeigneten Ausgangsbedingungen des Ostens konnte nicht mit den Instrumenten, Regeln und sozialen Ansprüchen geleistet werden, die in der alten Bundesrepublik West in 40 Jahren ebenso harter, aber eben marktwirtschaftlich erfolgreicherer Arbeit geschaffen worden waren. Grundlage der Zukunft Deutschlands hätten also zwei Wahrheiten sein müssen.

THOMAS IMO

Einheitsfeier am 3. Oktober 1990 vor dem Berliner Reichstag

Die erste: Der Osten musste, um „aufzubauen“, anders, härter und von den Erfolgslasten des Westens freier arbeiten können als der Westen. Und man hätte es deutlich sagen müssen: Es liegen harte, ungleiche, aber Erfolg versprechende Zeiten vor euch im Osten – diese Wahrheit schuldete die Politik den Bewohnern der ehemaligen DDR.

Die zweite Wahrheit: Wir leben in einem Land, also dürfen extreme soziale Unterschiede im Osten nicht entstehen, der Westen werde helfen müssen, und das komme teuer. Denn: 17 Millionen Menschen, mehr als in den Niederlanden und faktisch ohne wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, auf einer Fläche halb so groß wie die alte Bundesrepublik, das war kein Pappenstiel. Auch dies hätte deutlich erklärt werden müssen: Das kostet viel Geld und auf Zeit auch bei euch im Westen Opfer und Verzicht – diese Wahrheit schuldete die Politik den Bewohnern der alten Bundesrepublik.

Aber beide Teile Deutschlands wurden, wie wir wissen, damals getäuscht. Doch die Realität holt einen immer ein, und so befinden wir uns jetzt in einer Debatte, die wir 1990 versäumt haben. Fast 15 Jahre zu spät und unter nun erschwerten Bedingungen. Denn aus der Täuschung wurde Selbsttäuschung, und allzu lange haben wir in dieser Selbsttäuschung gelebt: der Osten in der Erwartung einer Angleichung der Lebensbedingungen in überschaubarer Zeit, der Westen in der Erwartung, man werde zwar eine finanzielle Kraftanstrengung machen müssen, aber doch nur für eine relativ kurze Zeit, und da käme es dann auch auf ein paar Milliarden zusätzlicher Schulden nicht an.

Doch nun ist Schluss mit den Schulden, nicht nur wegen Maastricht. Auch ohne Stabilitätspakt erdrückt die Zinslast – trotz eines vorübergehend niedrigen Zinsniveaus – die Bewegungsfreiheit des Staates in seinen Reaktionsmöglichkeiten auf Globalisierung und konjunkturelle Einbrüche. Der Westen kann den gegenwärtigen Transfer nach Osten von jährlich rund 90 Milliarden Euro oder vier Prozent des Sozialprodukts nur noch mit gefährlichen Einschnitten in seine eigene Leistungskraft erbringen. Die Wahrheiten haben uns eingeholt. Es gibt keine bequemen Fluchtwege mehr.

Nun sollte man denken, die beiden einfachen Wahrheiten würden zu einer logischen Debatte führen: Können wir es im Osten besser machen, den Mitteleinsatz effektiver, eine selbst tragende Ostwirtschaft schneller herbeiführen? Dazu müssten wir jedoch eine wahrheitsgemäße politische Debatte führen. Und das ist oft schwieriger, als Wahrheiten zu erkennen. Die Täuschungen der Vergangenheit machen es notwendig, Fehler einzugestehen und dafür vermutlich Schelte einzufahren. Und die Wahrheiten heute stoßen auf lange gefestigte Erwartungen, die sich zu Interessen verhärtet haben und nur schwer aufzulösen sein werden. Noch gravierender aber ist: In den 15 Jahren seit der Wende hat sich auch ein auf den Unwahrheiten der Vergangenheit gründendes, unwahres Deutschland-Bild entwickelt, das tief in die öffentlichen Überzeugungen, ja sogar bis hinein in die politischen Strategien reicht.

Dieses Deutschland-Bild, das vielleicht am schwierigsten zu überwinden sein wird, heißt: Schon die alte Bundesrepublik war 1989 reformüberfällig. Sie, die alte BRD, hatte deswegen nicht die nötige Kraft, um den Osten voranzubringen. Also „bremst der Westen den Osten aus“, wie es der Hallenser Wirtschaftsforscher Rüdiger Pohl postuliert. Und die Konsequenz daraus würde lauten: Sollten alle Sozialstaatsreformen erst einmal auf den Weg gebracht sein, dann werde der Osten auch mit einem – im Wesentlichen – „Weiter so“ gesunden.

Es ist verständlich, wenn diejenigen befürchten, die über so viele Jahre vergebens nach Reformen im Westen gerufen haben, dass eine Verkettung der Ursachen der heutigen deutschen Wachstumsschwäche mit der Vereinigung den Reformwillen im Ganzen beeinträchtigen könnte. Schließlich debattieren wir über Bevölkerungsentwicklung bis hin zu Renten und Arbeitslosigkeit nun schon 30 Jahre. Dennoch ist die These „Der Westen bremst den Osten aus“ eine gefährliche Wahrheitslücke. Sie macht es denen zu leicht, die meinen, das „deutsche Modell“ sei generell ein Auslaufmodell, die alte Bundesrepublik setze heute nur einen Abstieg fort, der längst vor der Vereinigung eingesetzt habe.

Natürlich wäre es falsch zu behaupten, in Deutschland gebe es keinen unbewältigten Reformbedarf – und habe es auch während der siebziger und achtziger Jahre nicht gegeben. Aber: Auch im letzten Jahr der alten Republik, 1989, lagen wir beim Wachstum noch vor den USA und Großbritannien, um nur diese Beispiele zu nennen, und wurden unter den großen westlichen Industrie-

ländern in der Arbeitslosenquote (5,6 Prozent) nur von den USA (5,3 Prozent) unterboten.

Wer nun immer noch zwei Jahre Stagnation für problematischer hält als jährlich vier Prozent realen Transfer von West nach Ost, sollte den Bericht „Germany's Growth Performance in the 1990's" (Deutschlands Wachstumsleistung in den neunziger Jahren) der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2002 sorgfältig lesen. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, „erhebliche Teile – bis zu zwei Drittel – der Wachstumslücke zwischen Deutschland und seinen europäischen Partnern seit Mitte der neunziger Jahre müssen direkt oder indirekt den Wirkungen der Vereinigung in Verbindung mit Entwicklungen in der westdeutschen Bauindustrie zugeschrieben werden". Und der Bericht wird später sehr deutlich: „Es scheint, dass die populäre These, die Verlangsamung des deutschen Wachstums in den neunziger Jahren sei einem nachhaltigen Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit im Gefolge der Vereinigung zuzuschreiben, einer weiteren Qualifikation bedarf." Deutschland habe schließlich im Export, trotz nachteiliger Wachstumsentwicklungen und eines steilen Anstiegs der Lohnstückkosten, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre seine Position halten können.

W. MAUSOLF

Sprengung leer stehender Plattenbauten im Osten

Was also gilt? Haben wir an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt als Folge mangelnder Reformen? Warum dann aber die Exporterfolge? Diese scheinbar widersprüchlichen Daten führen uns direkt zu einer von den Gewerkschaften immer wieder vorgebrachten Argumentation: „Schauen wir uns doch einmal die Wettbewerbserfolge auf den Exportmärkten an – zeigen sie nicht, dass Deutschland flexibel genug auf den Arbeitsmärkten ist?"

Sind der Kern der deutschen Wachstumsschwäche wirklich die Höhe der Steuern, das Steuersystem, die Starre des Arbeitsmarktes? Man kann diese Frage nicht eindimensional, eben nicht ohne Blick auf die Vereinigungsfolgen beantworten. Im Osten sind dies gewiss zentrale Probleme, und deswegen brauchen wir dort noch schneller entsprechende Entscheidungen. Auch im Westen sind diese Reformen nötig, um Arbeitslosigkeit und deren individuelle Ungerechtigkeiten und gesellschaftliche Kosten zu reduzieren. Aber was die pauschale deutsche Wachstumsdebatte angeht, sollte man doch etwas tiefer bohren.

Neben den Exporterfolgen gibt es andere, widersprüchliche Daten. Für den „Global Competitiveness Report 2002 – 2003" (Globaler Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von 80 Nationen) befragte das World Economic Forum 4800 weltweit führende Unternehmen. Im Gesamtergebnis belegte Deutschland nur Platz 14 – davor nicht nur die USA, sondern 7 europäische Nationen. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen? Wie kommt es dann aber, dass derselbe Bericht Deutschland unter 80 möglichen Plätzen auf Platz 1 setzt, was den Wertschöpfungsprozess, die Markenvielfalt, die Einzigartigkeit der Produkte, die Innovationskapazität, die Präsenz auf den Weltmärkten, die Qualität lokaler Zulieferer oder anspruchsvolle Standards angeht? Allerdings: In den Kategorien „Steuersystem", „Einstellung und Entlassung" und „Flexibilität der Lohnsetzung" erreichen wir hinterste Plätze – auch bei der „individuellen Einkommensteuersetzung".

Es lässt sich hieraus lernen, wo wir uns bewegen müssen. Wir müssen eben klar zwischen Ost und West unterscheiden, so wie die Europäische Kommission in ihrem Bericht feststellt: „Westdeutschland fährt offenkundig fort, ganz erhebliche Handelsbilanzüberschüsse zu produzieren, ganz wie in den achtziger Jahren. Richtiger ist, dass die günstige Wettbewerbsposition Westdeutschlands den extremen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit im Osten verbirgt." Richtig: Und um diesen zu verbergen, zahlt der Westen eben an den Osten rund 90 Milliarden Euro pro Jahr, schwächt dadurch seine eigene (insbesondere öffentliche) Investitionskraft und wird folglich am Ende von dieser Aufgabe selbst beeinträchtigt und geschwächt werden.

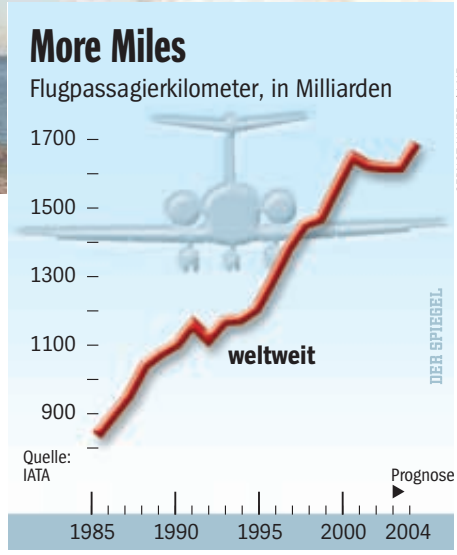
Konsequent verlangen die EU-Experten, das Bilanzdefizit des Ostens „auf ein erträgliches Maß zu reduzieren". Gelinge das nicht, werde das „einerseits zu einem Hindernis für weitere Verbesserungen im Westen führen und andererseits als ein süßes Gift die Entwicklung im Osten zurückhalten". Jede sachkundige Analyse der heutigen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik muss daher zu dem Ergebnis kommen, dass beide ehemaligen Teile Deutschlands noch immer verschiedene Strategien der Erneuerung benötigen. Es ist deswegen falsch, das heutige Deutschland pauschal kritisch mit den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen zu vergleichen – es sei denn als Ansporn. Aber wissenschaftlich und für Zwecke der Wirtschaftspolitik müssen beide Teile statistisch getrennt betrachtet werden. Der Westen bedarf – wie auch der Osten – natürlich grundsätzlicher Strukturreformen, wie sie die Agenda 2010, die Programme der CDU oder CSU und auch die Grundgedanken der FDP-Programmatik enthalten: mehr Eigenverantwortung, mehr Dezentralisierung, mehr Beweglichkeit, mehr Forschung und Bildungsausgaben, weniger Subventionen für veraltete Strukturen. Und das quer durch alle Aufgabenfelder der Gesellschaft. Da mag man über Einzelheiten des sozialen Ausgleichs und zweckmäßigere Instrumente streiten – bei der Richtung stehen offenbar nur die Gewerkschaften im Wege.

Beim Aufbau Ost wird dieser notwendige Weg jedoch noch nicht zum Ziel führen. Die erforderlichen und zugesagten Transfermittel müssen dafür zukünftig wirkungsvoller eingesetzt werden. Denn wenn der Osten nicht vorankommt, dann werden die Reformen auch im Westen nur begrenzt wirken. Werden nämlich dort öffentliche Investitionen und Konsum durch Transferzahlungen eingeschränkt, hat das natürlich Folgen für das Wachstum. Und der Transferbedarf wird nicht allein von Überregulierung, mangelnder Flexibilität und allgemein hohen Sozialstaatslasten bestimmt: Diesen zum Trotz ist der Westen ja noch immer, wenn auch immer mühsamer, in der Lage, einen enormen Transferbedarf zu befriedigen und doch wettbewerbsfähig zu bleiben. Um die Ungleichheiten schrittweise auszugleichen, braucht der Osten mehr eigenständige Wirtschaftskraft, und für diese müssen eine exportfähige Industrie und deren Dienstleistungsgefolge systematisch aufgebaut werden. Im Westen gibt es beides – sie müssen dort „nur" bessere Lebensbedingungen erhalten.

Für die Stärkung der Ostindustrie brauchen wir in erster Linie bessere Erträge. Wie wir das machen, ist offen. Vorschläge gibt es genug: offene Flächentarife; vertiefte Förderung von Forschung und Entwicklung; Lohnkostenzuschüsse zum Ausgleich niedriger, aber wettbewerbsfähiger Löhne; günstigere Ertragsteuern. Entscheidend bei allen Regulierungen ist vielmehr Eigenständigkeit. Machen wir weiter wie bisher, lähmt der Osten den Westen immer mehr, und dieser verliert schließlich die hohe Wettbewerbsfähigkeit, die er heute noch hat. Und aus der allein auch ein erfolgreicher Aufbau Ost langfristig finanzierbar sein wird. Es geht beim Aufbau Ost also um Deutschland, nicht um Ost oder West. ◆

Touristenziel Karibik*
„Klimaneutral fliegen“

GERNOT HUBER / LAIF



KLIMASCHUTZ

Wärmedämmung im Township

Ein privater Abgashandel soll ökologisch korrekte Flugreisen ermöglichen.

Bevor Hans Wiesner, 50, Geschäftsführer eines Luzerner Reiseunternehmens, in den Flieger steigt, holt er sich neuerdings ein Klimaticket. Über die Ostertage zum Beispiel war der gelernte Umweltingenieur in Kanada. Für die Strecke Zürich–Montreal und zurück blätterte Wiesner 62 Euro zusätzlich zum Flugpreis hin. Das Klimazertifikat besorgte er sich online beim schweizerischen Öko-Dienstleister Myclimate. „Die Flüge sind international so preiswert geworden, da muss das drin sein“, sagt Wiesner.

Die vor zwei Jahren in Zürich gegründete Umweltfirma ist Vorreiter bei einer neuen Art von privatem Emissionshandel, mit dem sich Flugreisende ein ökologisch reines Gewissen verschaffen können. Myclimate bietet eine Kalkulationstabelle für jedes Ziel an. So werden bei einem Trip von 6169 Kilometern zwischen Frankfurt und New York 1100 Kilogramm Kohlendioxid pro Passagier veranschlagt – macht 30 Euro. Die Strecke Köln–Pisa kostet 8,40 Euro.

Der Abgashandel ist im Kern ein Kompensationsgeschäft: Dem Fluggast wird eine bestimmte Menge Kohlendioxid, die bei der Kerosinverbrennung entweicht, angelastet. Zum Ausgleich finanziert er Projekte, die dazu beitragen, den CO_2-Ausstoß zu verringern – „klimaneutral fliegen“ heißt das in der jungen Branche. Als Beispiel nennt Myclimate eine Schule in Costa Rica, in der bislang „täglich große Mengen an Wasser mit Diesel geheizt“ worden seien. Jetzt komme Sonnenenergie zum Einsatz.

Im laufenden Jahr wollen die Schweizer eine viertel Million Franken (rund 170 000 Euro) umsetzen. „Wir sind selbst von der Nachfrage überrascht“, sagt Geschäftsführer Thomas Camerata, 30. Nach einer Marktübersicht der Umweltorganisation Germanwatch bieten bereits 15 Öko-Firmen – von der deutschen „500ppm GmbH“ (benannt nach der Mengeneinheit für Klimagase: parts per million) bis zur US-amerikanischen „Native Energy“ – ihre Dienste an.

Die deutsche Uno-Delegation, die 2002 zum Umweltgipfel nach Johannesburg flog, erwarb bei „500ppm“ Zertifikate über einige Tonnen Kohlendioxid – unter anderem auch für den grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Das Geld floss, abzüglich einer Provision, in Townships am Kap – etwa für Wärmedämmung oder für den Bau von Energiesparhäusern.

Umweltminister Trittin, der im Streit um den Emissionshandel der Industrie zurückstecken musste, findet die Privatinitiativen prima. „Wir wollen solche Projekte der fairen Klimabalance zwischen Nord und Süd ausbauen“, sagt er. Geplant ist für den Mai die Vorstellung des Projekts „klimabewusst fliegen“.

Die Fluggesellschaften hoffen ebenfalls auf einen Erfolg der freiwilligen Leistungen. Denn noch sind die milliardenschweren Unternehmen von Klimaschutz-Zwängen nach EU-Emissionshandel verschont.

Dabei hat die Luftfahrt die höchsten Zuwachsraten bei der Umweltbelastung. Nach Prognosen der Welttourismusorganisation werden Fernreisen erheblich stärker zunehmen als der regionale Verkehr. Die so genannten Billigflieger beschleunigen die Lust am schnellen Jetten mit Preisen wie im Taxi. Erschwerend kommt hinzu, dass Kohlendioxid in 10 000 Meter Flughöhe viermal wirksamer als am Boden zum Treibhauseffekt beiträgt. „Fliegen ist der Klimakiller Nummer eins“, urteilen die großen deutschen Umweltverbände in einem Positionspapier. Umso erstaunlicher, dass im Klimaschutz-Protokoll von Kyoto der Flugverkehr ausgespart wurde.

Inzwischen laufen etwa bei der Lufthansa die Vorbereitungen für ein Klimazertifikat. Trotz des scharfen Wettbewerbs soll gleich beim Ticketkauf ein CO_2-Vermeidungsangebot gemacht werden. „Wir rechnen noch“, sagt Jan-Ole Jacobs von der Lufthansa-Umweltkoordination. Größtes Problem: Der Konzern weiß bisher nicht, in welche Projekte er die eingesammelten Ticketaufschläge stecken soll. „Das muss unangreifbar sein“, sagt Jacobs.

Ob die Kundschaft mitzieht, ist umstritten. Bei einer Umfrage unter Passagieren auf dem Flughafen Zürich bekannte sich zwar eine Mehrheit zum Klimaschutz. Doch nach den Erfahrungen von Myclimate-Chef Camerata schrumpft die „tatsächliche Zahlungsbereitschaft“, wenn es an den Geldbeutel geht. Das Potenzial der Öko-Flieger schätzt er auf „zwei bis zehn Prozent“.

Immerhin unterstützt bereits einer der größten schweizerischen Reisekonzerne, die RBM-Gruppe, die CO_2-Abgabe. Eine private Gesellschaft für Geschäftsreisen in der Eidgenossenschaft bucht ebenfalls automatisch das Klimazertifikat für ihre Firmenkunden. Und in Deutschland hat sich der Tourismusverband „anders reisen“ für den neuen Öko-Handel formiert.

Sorglose Vielfliegerei soll durch den Kohlendioxidhandel allerdings nicht gefördert werden. Auf den Internet-Buchungsseiten von Myclimate etwa erfahren Interessenten immer auch, wie viel klimaschonender der Umstieg auf die Bahn wäre.

Doch manche Angaben bleiben reichlich theoretisch. Zum CO_2-Verbrauch bei einem Trip nach Bali heißt es: „Damit könnte eine Person ungefähr 238 660 Kilometer Zug fahren.“

SEBASTIAN KNAUER

Klimaticket-Offerten (im Internet): *Reines Gewissen*

* Landeanflug über der Insel Sint Maarten.

BEUTEKUNST

Das Fell des Bären

Der Kunstfahnder Clemens Toussaint verdient Millionen damit, verschollene Werke bedeutender Künstler aufzuspüren, die von den Nazis enteignet wurden oder durch die Kriegswirren verschollen waren. Doch seine Methoden sind umstritten – und waren zuletzt nicht immer erfolgreich.

Von seiner Wohnung in Monte Carlo fährt Clemens Toussaint, 43, gern zum Lunch über die kurvenreiche Corniche nach Nizza. Zur Rechten ragen Palmen und Pinien vor den Bergen der Côte d'Azur empor, zur Linken glitzert ruhig das Mittelmeer – und vor ihm schnurren die zwölf Zylinder seines weißen, 30 Jahre alten Jaguar E-Type: So sehen die ruhigen Momente im Leben des Kunstfahnders aus.

Ansonsten ist Toussaint ein eher umtriebiger Mensch. Zwischen Frankreich und Japan jettet er hin und her sowie zwischen Deutschland und den USA – immer auf der Jagd nach Kunstwerken, die von den Nationalsozialisten als „entartet" beschlagnahmt worden waren oder seit den Wirren des Krieges mitunter Jahrzehnte verschollen blieben. Der Fahnder spürt etwa Gemälden hinterher, die auf dubiose Weise in Museen oder privaten Galerien und Sammlungen landeten, er ermittelt die rechtmäßigen Erben, lässt sich Vollmachten geben und verlangt die Herausgabe der Bilder.

Regelmäßig legt sich der gebürtige Saarländer dabei mit renommierten Museen in aller Welt an. Ob das New Yorker Museum of Modern Art, das Stedelijk Museum in Amsterdam, die Basler Fondation Beyeler oder das Kölner Museum Ludwig: Überall ist Toussaint gefürchtet. Hat er ein Werk zweifelhafter Herkunft entdeckt und verweigern die Museen dessen Herausgabe oder eine Entschädigung, inszeniert er Pressekampagnen und brandmarkt sie öffentlich als Missetäter, die vom Bildersturm der Nazis oder der Sowjet-Kommunisten profitieren. Hilft auch das nicht, zerrt er sie vor Gericht – und kassiert im Erfolgsfall ab wie kaum ein anderer.

In jüngster Zeit aber wird das Geschäftemachen für Toussaint schwieriger. Erben begehren gegen ihn auf, kündigen Verträge mit ihm und versuchen auf eigene Faust, an das große Geld zu kommen. Auch der Ausgang seines jüngsten Falls ist ungewiss: Im Auftrag von 35 Erben des russischen Künstlers Kasimir Malewitsch, Anfang des vorigen Jahrhunderts ein Mitbegründer der abstrakten Kunst, hat Toussaint über die New Yorker Kanzlei Herrick Feinstein Anfang des Jahres die Stadt Amsterdam verklagt.

Der District Court in Washington soll die Kommune dazu verurteilen, ein Herzstück des städtischen Stedelijk Museums herauszugeben: 14 Werke Malewitschs, die im vergangenen Jahr in den USA gezeigt wurden und deren Gesamtwert laut Klageschrift auf 150 Millionen Dollar geschätzt wird – der größte Streitwert, über den je ein Gericht bei einem Raubkunst-Prozess befinden musste. Es könnte für Toussaint, der sich vertraglich 50 Prozent aller Erlöse aus dem Verkauf der Bilder oder aus einem Vergleich mit dem Museum zusichern ließ, das Geschäft seines Lebens werden – oder ein millionenschwerer Reinfall.

CARSTEN HOLM / DER SPIEGEL

Kunstfahnder Toussaint (in Nizza): *„Ich will immer gewinnen"*

Schon in den neunziger Jahren, zu seiner Kölner Zeit, wurde Toussaint wegen seiner ungewöhnlichen Methoden zur Legende – wenn auch zu einer umstrittenen. Einmal schickte er in klassischer Geheimdienstmanier in Rotterdam einen als Fleurop-Kurier getarnten Mitarbeiter in eine Villa. Der Auftrag des Spions: nachsehen, ob da ein verdächtiges Gemälde hing. Fehlanzeige.

Ein anderes Mal engagierte er in Kalifornien für eine Geheimoperation einen Schauspieler. Mit gechartertem Lear-Jet und gemieteter Limousine, Insignien in der Welt des Kapitals, sollte sein Mann einen steinreichen Kunstmäzen geben und Interesse am Kauf eines angeblich von den Nazis konfiszierten Renoir vortäuschen. Abermals Fehlanzeige.

Solchen Flops stehen Erfolge gegenüber – etwa am Abend des 11. Mai 2000. In der New Yorker Zentrale des Auktionshauses Phillips fiel der Hammer, ein unbekannter Bieter bekam für 17 Millionen Dollar den Zuschlag für die „Suprematistische Komposition" von Malewitsch, ein Meisterwerk der Moderne. Vorn im Saal, vor den Kameras, strahlte in roter Abendrobe die Hollywood-Schönheit Sharon Stone; sie sollte drei Prozent des Erlöses für ihre Aids-Stiftung erhalten. Weiter hinten saß der eigentliche Gewinner des Abends: Clemens Toussaint. Der Hammerschlag hatte ihn um 8,5 Millionen Dollar reicher gemacht, seine Kosten allerdings nicht gerechnet.

Es sind Geschäfte wie dieses, welche die Missgunst der Neider, aber auch den bisweilen zweifelhaften Ruf des „historischen Unternehmers" (Toussaint über Toussaint) nähren. Der Kunstdetektiv hatte den Weg des Bildes aus Nazi-Deutschland ins New Yorker Museum of Modern Art rekonstruiert, hatte in Russland, Polen, Turkmenistan, der Ukraine, Kanada und in den USA die Erben Malewitschs ausfindig gemacht und, nach Jahren der Recherche und Verhandlungen, die Herausgabe des Bildes erwirkt. Für fünf weitere Bilder des Russen, die in dem Museum blieben, wurde zudem

eine Abfindung von 5 Millionen Dollar vereinbart – noch einmal 2,5 Millionen für Toussaint.

In dem Vertrag, den Toussaint 1993 mit den Malewitsch-Nachkommen geschlossen hatte, setzt der Bilderjäger, wie fast immer, auf alles oder nichts: Er bezahlt die Recherche, er bezahlt die Anwälte und trägt allein das Risiko für seine Investitionen. Im Erfolgsfall erhält er dafür die Hälfte der Erlöse – im Streitfall der Malewitsch-Erben immerhin war die Strategie erfolgreich. Die Erben kassierten, je nach ihrem Erbanteil, zwischen 42 000 und etwa 3 Millionen Dollar.

Das Millionengeschäft in Manhattan machte Toussaint zum Buhmann der Branche. „James-Bond-hafte Skrupellosigkeit“ warf ihm die „Kunstzeitung“ vor, „moralisch kolossal verwerflich“ findet Bernd Dütting, Sprecher der Basler Galerie Beyeler, Toussaints Erfolgshonorar von 50 Prozent. „Einfach indiskutabel“ nennt der Historiker und Kunstexperte Willi Korte die Honorarforderungen Toussaints, dessen Recherchekunst er dennoch rühmt.

„Ja, vermögend“ sei er durch seine Arbeit geworden, sagt Toussaint. Dass er sich eine Luxuswohnung in Monte Carlo mit Blick aufs Meer leisten kann, neben seinem Jaguar-Oldtimer einen 400 PS starken Maserati Quattroporte fährt und ein Domizil in New York unterhält, dementiert er nicht.

Seine Kritiker, empört sich Toussaint, wüssten doch, dass er wegen seiner hohen Kosten niemals tatsächlich 50 Prozent der Erlöse einnehme. Nach der Versteigerung von Malewitschs „Suprematistischer Komposition“ etwa habe sein Anteil auf dem Papier zwar elf Millionen Dollar betragen – aber fast sieben Millionen Dollar habe er zuvor in Anwalts-und Recherchekosten investiert. „Was übrig bleibt, ist nicht wenig. Ist es bei meinem Risiko wirklich zu viel?“, fragt er.

Der Vorwurf, er zocke Hinterbliebene von Holocaust-Opfern ab, verletze ihn, sagt er: „Mir ging es nicht ums Geld. Mir geht es um Gerechtigkeit. Deswegen will ich immer gewinnen“

So gefällt Toussaint sich selbst: in der Rolle des Rächers der Enterbten, die um die Kunstschätze ihrer Vorfahren betrogen wurden – und denen er als moderner, polyglotter Robin Hood zu ihrem Recht verhilft. So präsentierte sich der Kunstdetektiv dann auch einem ARD-Fernsehteam, das ihn auf der Suche nach verschollenen Bildern ein ganzes Jahr lang kreuz und quer durch die Welt begleiten durfte: Toussaint frühmorgens unter der Dusche, Toussaint in Manhattan im Taxi, Toussaint auf Spritztour durch die französischen Seealpen.

Solche Bilder nähren den Argwohn seiner Kritiker. Toussaint setze ein knallhartes Business-Modell um, ihm gehe es keineswegs um Gerechtigkeit, heißt es. Er behaupte, den so genannten kleinen Leuten, den oft mittellosen Erben der Künstler oder früheren Besitzern der Gemälde, zu helfen, habe aber „nur die Idee im Kopf, viel Geld zu machen“, sagt Mathias Rastorfer, Mitinhaber der Kölner Galerie Gmurzynska und Toussaint in inniger Feindschaft verbunden.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Kunstfrevler Hitler, „entartete“ Kunst*
Ins Ausland verscherbelt

Es schert den Bilderjäger keineswegs, wenn Kunstwerke, die öffentliche Museen auf seinen Druck oder nach einem Gerichtsverfahren herausgegeben haben und die dann von den Erben versteigert werden, auf Nimmerwiedersehen in privaten Sammlungen verschwinden. Es sei doch nicht rechtens, dass Museen Bilder ausstellten, die weder der Künstler noch seine Familie jemals verkauft hätten, kontert Toussaint. Die Öffentlichkeit habe „kein Recht auf gestohlene Kunst“.

Toussaint ist als verbissener Verhandlungspartner gefürchtet – mitunter aber wäre etwas weniger Härte vielleicht zielführender: Im Streit zwischen der Basler Fondation Beyeler und dem russischen Kunsterben Jen Lissitzky, 73, einem Sohn des russischen Künstlers El Lissitzky und der Deutschen Sophie Küppers, scheint Toussaints harsche Methode jedenfalls gescheitert zu sein. Der Fall endete im vorigen Dezember vor dem Landgericht in Frankfurt am Main mit einem Vergleich – halb Sieg, halb Niederlage für den Kunstfahnder, der sich zugute hält, „mit einem finanziellen Desaster, aber erhobenen Hauptes“ aus dem Gerichtssaal gegangen zu sein.

Was vor dem Landgericht verhandelt wurde, waren letztlich späte Folgen der Nazi-

EVAN AGOSTINI / GETTY IMAGES

US-Schauspielerin Stone, Malewitsch-Werk: *Zuschlag für 17 Millionen Dollar*

* 1937 in der Ausstellung „Entartete Kunst“ in München.

Barbarei und einer deutsch-russischen Liebe der Weimarer Zeit. Im Mittelpunkt des Geschehens stand, im Hannover der zwanziger Jahre, Sophie Küppers, die Grande Dame der Kunstszene an der Leine. Hannover war ein Zentrum der Modernisten, und in ihrem Salon gab die Küppers rauschende Feste mit Paul Klee, Wassily Kandinsky, Piet Mondrian, Otto Dix und anderen später weltbekannten Künstlern. Nachdem ihr Ehemann gestorben war, verliebte sie sich in den russischen Künstler El Lissitzky und zog 1927 zu ihm nach Moskau. Sie besaß eine umfangreiche Sammlung und vertraute sie als Leihgabe dem damaligen Provinzial-Museum in Hannover an.

El Lissitzky starb 1941 an Tuberkulose, die Lakaien Stalins, die seine Kunst nicht schätzten, verbannten Sophie und den gemeinsamen Sohn Jen nach Sibirien, als Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte. In großer Armut lebten beide in Nowosibirsk, Küppers starb 1978.

Ihrem Sohn übergab sie vor ihrem Tod noch eine handgeschriebene Liste der 13 Kunstwerke, die sie in Hannover zurückgelassen hatte. Wertvollstes Exponat war Wassily Kandinskys frühes Meisterwerk „Improvisation Nr. 10“. Die Nazis hatten es 1937 als „entartete Kunst“ sichergestellt, auf verschlungenen Pfaden kam es in die Schweiz und hing seit 1951 in der Basler Galerie Beyeler.

Als Jen Lissitzky 1989, nach der Öffnung der Grenzen im Osten, nach Deutschland kam, beauftragte er Toussaint damit, die verschollenen Kunstwerke wieder zu beschaffen – zu den üblichen 50 Prozent im Erfolgsfall.

Toussaint hätte trotz hoher Recherche- und Anwaltskosten enormen Profit machen können, wenn Beyeler das Bild herausgegeben hätte und es versteigert worden wäre – der Wert des Kandinsky wurde auf 25 Millionen bis 30 Millionen Dollar taxiert.

Anwalt Kaye, Toussaint
Millionen-Klage in Washington

Künstler-Clan Lissitzky-Küppers*: *Rauschende Feste im Salon*

Kandinsky-Bild „Improvisation Nr. 10“: *Frühes Meisterwerk*

VG BILD-KUNST, BONN 2004

Es sei an der Zeit, „das Fell des Bären zu verteilen“, hatte Toussaint denn auch am 13. November 1999 voller Optimismus in einem Brief geschrieben. Aber Beyeler weigerte sich nachzugeben, zudem tauchten drei weitere Erben auf, von denen Toussaint zunächst nichts gewusst hatte, Nachfahren von Kindern aus der ersten Ehe von Sophie Küppers.

Auf Anraten Toussaints klagte Jen Lissitzky in Basel auf Herausgabe des Bildes. Dann passierte, aus Sicht Toussaints, eine Katastrophe: Am Morgen des 6. Juli 2002 erfuhr der Bilderjäger aus der „Leipziger Volkszeitung“, die Lissitzky-Erben hätten sich, beraten von dem Leipziger Anwalt Christoph von Berg, mit der Fondation Beyeler außergerichtlich geeinigt. Kandinskys „Improvisation Nr. 10“ bleibe gegen eine geheim gehaltene Entschädigung in der Fondation Beyeler.

Schlagartig wurde Toussaint klar, dass er ausmanövriert worden war – und leer ausgehen sollte. Rund 2,8 Millionen Euro hatte er bis zu diesem Tag für Recherchen und Anwaltskosten im Fall Lissitzky bereits ausgegeben – und nun hatten die Erben das Geschäft ohne ihn gemacht.

* El Lissitzky, Dsiga Wertow, Sophie Küppers, Ruvim Lissitzky, 1932.

Verbittert setzte sich Toussaint vor Gericht gegen das Verhalten seines ehemaligen Freundes Jen Lissitzky, der heute im spanischen Andalusien lebt, zur Wehr. 46-mal mussten sich die Gerichte in Köln und in Frankfurt am Main zwischen Juli 2002 und Dezember 2003 mit dem Fall beschäftigen.

Im Februar vorigen Jahres hielt das Landgericht in Frankfurt am Main einen Anspruch Toussaints auf einen Teil der Beyeler-Millionen für begründet – und attestierte ihm einen „mitkausalen Erfolgsbeitrag“. Pech für den Kunstdetektiv: Das Gericht sprach ihm nur die Hälfte des Anteils von Jen Lissitzky zu, nicht aber die Hälfte der rund sechs Millionen Euro, den die Basler Stiftung bei dem Vergleich an alle Erben zahlte.

Am 9. Dezember 2003 einigten sich die Parteien vor demselben Gericht. Laut Vergleich erhielt Toussaint eine Abfindung von 1,1 Millionen Euro, dazu zwei Fotos aus dem Lissitzky-Nachlass, deren Wert auf insgesamt 200 000 Euro geschätzt wird – und das Klee-Aquarell „Fliegenstadt“, das 500 000 Euro wert sein soll.

Der Kunstfahnder ist vertraglich verpflichtet, über den Vergleich zu schweigen. Er soll bei seiner Arbeit für Lissitzky trotz des Vergleichs etwa eine Million Euro Verlust gemacht haben.

Toussaints Hoffnungen ruhen nun auf einem anderen Fall: Am 9. Januar reichten die Malewitsch-Erben in Washington Klage gegen die Stadt Amsterdam ein. Sie hatten damit so lange gewartet, bis die 14 Malewitsch-Bilder aus dem Stedelijk Museum in den USA ausgestellt wurden. Als Leihgabe waren sie bis Anfang Januar zunächst im New Yorker Guggenheim-Museum und anschließend in Houston zu sehen gewesen – damit waren formal die Voraussetzungen dafür erfüllt, dass der Gerichtsstand in den USA sein kann.

Aus gutem Grund: Toussaint und sein US-Anwalt Lawrence Kaye spekulieren darauf, dass US-Richter eher zu Gunsten der Opfer von Raubkunst urteilen als ihre Kollegen in Europa. Die Sensibilität gegenüber Werken, die eindeutig niemals von den Künstlern verkauft wurden, sei „in Amerika erheblich größer als bei uns“.

Die Stadt Amsterdam beauftragte White & Case, eine der renommiertesten Anwaltskanzleien der Welt. Die Holländer wollen die Bilder nicht herausgeben: Sie halten weder den Anspruch der Malewitsch-Nachkömmlinge für berechtigt noch eine Klage in den USA für zulässig – und wollen das in ihrer Klageerwiderung jetzt dem Gericht darlegen. Nun droht ein lan-

ger Rechtsstreit, der, so fürchtet Toussaint, jährlich ein bis zwei Millionen Dollar verschlingen könnte.

Die Odyssee der Malewitsch-Bilder begann 1927 in Berlin. Mit mehr als 100 Gemälden und Zeichnungen reiste Malewitsch von Leningrad an die Spree. Seine Werke sollten in der Berliner Kunstausstellung gezeigt werden.

Der Russe galt als Mitbegründer der abstrakten Kunst, seit 1915 entwickelte er eine Form der ungegenständlichen Darstellung, die als Suprematismus Einzug in die Kunstgeschichte hielt. Seine geometrischen Formen auf weißem Grund zieren heute Postkarten und Poster rund um den Globus.

Doch im Juni 1927 verlangten Stalins Behörden seine Rückkehr in die Sowjetunion. Vor seiner überstürzten Abreise überließ Malewitsch seine Bilder der Obhut des Berliner Architekten Hugo Häring und des Direktors des Provinzial-Museums in Hannover, des heutigen Niedersächsischen Landesmuseums, Alexander Dorner. Malewitsch ahnte nicht, dass er seine Werke nie wiedersehen würde. Die stalinistischen Kulturpolitiker diskreditierten seine Kunst und machten ihm das Leben schwer. Ohne noch einmal Kontakt zu seinen Freunden in Deutschland aufnehmen zu können, starb Malewitsch 1935 in Leningrad an Krebs.

Doch auch bei Dorner und Häring waren seine Werke nicht sicher. Aus Angst vor den Kunsträubern der Nazis versteckte Dorner die Bilder im Keller des Museums in Hannover, sechs Werke schaffte er mit Hilfe des damaligen Direktors des Museum of Modern Art, Alfred Barr, aus dem Land. 1937 floh Dorner vor dem Nazi-Terror in die USA – mit zwei weiteren Bildern im Gepäck, die er später dem Busch-Reisinger-Museum an der Harvard University als Leihgabe überließ.

Jahrelang wühlte Toussaint in Akten und Katalogen, bis er den weiteren Verbleib der Kunstwerke rekonstruieren konnte: Häring hatte die restlichen Bilder 1943 von Berlin ins schwäbische Biberach geschafft, nach Kriegsende erfuhr Willem Sandberg, damals Direktor des Amsterdamer Stedelijk Museums, von den Avantgarde-Schätzen im Ländle und versuchte sie zu erwerben. Häring widersetzte sich lange: Er könne nicht verkaufen, was ihm nicht gehöre.

SIMON / ULLSTEIN BILDERDIENST

Niedersächsisches Landesmuseum in Hannover
Letzte Zuflucht für „entartete" Kunst

Die Zeit aber spielte für den Holländer. 1958, als nach deutschem Recht alle Ansprüche Dritter verjährt und die Zeichnungen und Gemälde in Härings Besitz übergegangen waren, überließ der mittlerweile sterbenskranke Architekt die verbliebenen 86 Werke dem Amsterdamer Museum. Die Holländer zahlten dafür 120 000 Mark – die Bilder sind heute mehr als das Hundertfache wert.

Toussaint und die Malewitsch-Erben wollen nun vor Gericht klären lassen, ob Häring die Bilder jemals hätte verkaufen dürfen. Sie sind davon überzeugt, dass er nie Eigentümer der Kunstwerke wurde, weil er die Arbeiten nur treuhänderisch verwahrt habe. Die Nachfahren aber konnten ihre Ansprüche bis zum Fall des Eisernen Vorhangs nicht anmelden. Die meisten lebten in Osteuropa und wussten nicht einmal, wo sie nach den Bildern ihres Ahnen hätten suchen können.

Toussaint hilft ihnen, zu seinen üblichen Konditionen: Übernahme aller Kosten und des Risikos, keinen Erfolg zu haben – und 50 Prozent des Erlöses bei Erfolg.

Die millionenschwere Einigung mit dem Museum of Modern Art, die Toussaint und den Malewitsch-Erben vor vier Jahren Millionen brachte, war aus Sicht des Kunstfahnders „nur der Anfang". Im Streit mit dem Stedelijk Museum hofft er auf den großen Reibach – für die Erben und für sich.

Doch das kann dauern. Der Fall gerät schwieriger als erwartet. Das Museum signalisiert keine Kompromissbereitschaft – etwa indem es eine angemessene Abfindung anböte. Zudem gibt es Unruhe unter den Erben. So kündigte am 19. Dezember 2003 ein polnischer Malewitsch-Nachfahre über seinen Anwalt den Vertrag mit Toussaint „auf Grund des Vertrauensverlusts und des fehlenden Kontakts zu Ihnen".

Das musste Toussaint Angst machen – nachdem er ja im Fall Lissitzky nach Jahren der Recherche ausgebootet worden war. Inzwischen aber, versichert Toussaint, sei wieder Ruhe eingekehrt, der abtrünnige Erbe habe seine Kündigung zurückgenommen. Ob aber alle Erben tatsächlich noch zu ihm stehen, wird sich in den nächsten Monaten zeigen, wenn er mit ihnen über die Verlängerung seines im November auslaufenden Fünf-Jahres-Vertrags verhandeln muss.

Der Bilderjäger räumt ein, dass das Prozesskosten-Risiko bei der Klage gegen das Stedelijk Museum für ihn allein „eine Nummer zu groß" sei. Mit US-Anwälten verhandelt er über eine Lösung: Die Advokaten sollen auf einen Teil ihres Honorars verzichten und werden dafür, im Fall des Erfolgs, an Toussaints Erlös beteiligt.

Die Aussicht auf Einnahmen von weit über 100 Millionen Dollar, die ein Erfolg vor dem District Court in Washington erbringen könnte, treibt indes seltsame Blüten. So sucht der Berliner Geschäftsmann Marc W., der Toussaint aus Studienjahren kennt, in Briefen an potenzielle Interessenten Kapitalgeber, die sich mit einer Million Euro an den Prozesskosten beteiligen wollen. Für eine erfolgreiche Vermittlung biete er eine Provision von 250 000 Euro, die „im Fall eines erfolgreichen Prozessverlaufs von mir an Sie gezahlt werden".

W. behauptet in seinem Angebot, bereits einen „Anteil" an dem Verfahren zu haben. „Das geschieht weder in meinem Namen noch mit meiner Kenntnis", sagt Toussaint dazu.

Was Toussaint jetzt braucht, sind Erfolge – und seien sie noch so bescheiden. Ende Februar gelang es ihm, ein zweites Malewitsch-Werk namens „Suprematistische Komposition, Rechteck und Kreis", welches das Busch-Reisinger-Museum 1999 auf Druck Toussaints herausgab, zu verkaufen. Ein amerikanischer Privatsammler erwarb es für drei Millionen Dollar. Vor Jahren hatte Toussaint gegenüber den Erben davon gesprochen, dass „acht bis zehn Millionen Dollar" zu erzielen seien.

Schon schmiedet der Bilderjäger neue Pläne. Etwa 50 bis 100 Fälle von verschwundener Beutekunst gebe es weltweit noch zu klären, glaubt er. So sollen in einem Schloss in der Nähe von Kassel Bilder hängen, die während der Nazi-Zeit konfisziert worden waren.

„Ich weiß noch nicht, wie man da reinkommen kann", sagt Toussaint, „vielleicht als Gärtner." Carsten Holm, Jörg Schmitt

KURT REICHENBACH / RINGIER

Basler Kunstsammler Beyeler
Toussaint einfach ausgetrickst

Was war da los, Frau Laasri?

Das marokkanische Fotomodell Fadela Laasri, 30, über einen Spaziergang im Königreich Bahrein

„Provokativ sollte unser Auftritt schon sein, schließlich wollten wir auffallen. Sehr viel nackte Haut sieht man sonst nicht in Bahrein. Wir waren dort als Hostessen für eine Pizzeria unterwegs, ‚Ciro's Pizza Pomodoro'. Den örtlichen Scheichs hat's gefallen: Sie starrten uns an, verteilten Komplimente und pfiffen uns nach. Es war, als wäre ich in Italien. Am lustigsten fand ich, dass viele der Scheichs Sandalen mit Plateau-Absätzen trugen. Natürlich hätte ich gern Michael Schumacher kennen gelernt, da war ja an dem Tag das Formel-1-Rennen, aber in die Boxengasse durften wir nicht. Dafür haben wir am Abend noch eine Pizza mit Prinz Albert gegessen. Immerhin."

ALEXANDER HASSENSTEIN / BONGARTS

Laasri (r.) in Manama

GESCHLECHTER

Der Sog der Frauen

Männer schließen Bausparverträge ab, Männer freuen sich auf die Fußball-WM, auch wenn die erst im Jahr 2006 stattfindet – sie beweisen durchaus Sinn für Künftiges. Voraussetzung: dass keine schönen Frauen sie verwirren. Ein kanadisches Psychologenteam erbrachte hierfür den experimentellen Beweis. Die Wissenschaftler boten 209 Studentinnen und Studenten folgenden Deal an: 35 Dollar sofort – oder 70 Dollar in einer Woche. In der ersten Runde entschieden sich die allermeisten Probanden für den höheren Geldbetrag, auch wenn sie sich zu gedulden hatten. In einer zweiten Runde mussten die Versuchsteilnehmer zuvor Fotos attraktiver Frauen und Männer betrachten; dann erst machten die Wissenschaftler ihnen den Vorschlag mit dem Geld. Resultat: Nachdem die Männer schöne Frauen gesehen hatten, ließen sie alle Voraussicht sausen, ein signifikant höherer Anteil entschied sich für die sofortige Auszahlung. Dies funktionierte allerdings nur nach dem Anblick attraktiver Frauen, bei Fotos luxuriöser Sportwagen blieben die Männer eher vernünftig. Die Frauen der Versuchsgruppe ließen sich weder von schönen Männern noch von schicken Autos irritieren – sie blieben bei ihrer Entscheidung.

RANDY FARIS / CORBIS

Flirtendes Paar

FAST FOOD

Coole Würstchen

Pommes frites, nach belgischem Rezept, dazu edle Würste in einem Bad von Tomaten-Currysauce, dazu Champagner: Ein treudeutsches Gericht soll demnächst seinen internationalen Durchbruch feiern. Der Kölner Edel-Imbiss „3frits" will die Wurst, der einst Herbert Grönemeyer eine Hymne sang, exportieren – allerdings in der Luxusklasse. „Wir verhandeln", sagt der Geschäftsführer Kudret Kapilar, 39, „derzeit über Filialen in Italien, Spanien, Indonesien." In der Kölner Ehrenstraße existiert der coole Imbiss – viel Stahl, viel Glas – seit vergangenem Sommer; inzwischen hat Kapilar einen weiteren Laden in Bonn eröffnet. Er ist nicht der einzige Wurst-Veredler: In Aachen brät ein Sterne-Koch Currywürste, in Düsseldorf betreibt das Imbissunternehmen „Curry" bislang zwei Filialen, die mit raffinierten Saucen-Kreationen werben – „die Läden laufen gut, sind aber leider noch keine Geldmaschine", so der „Curry"-Chef Jürgen Mauermann. Was vielleicht an den Preisen liegt: Die Wurst kostet bei „Curry" knapp drei Euro; für einen Euro bekommt man bei „3frits" eine Frittengabel, natürlich designt.

OLIVER SCHMAUCH / LAIF

Luxus-Imbiss „3frits"

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Der Hamsterflüsterer

Warum es 2,7 Millionen Euro kostet, 90 Nager umzusiedeln

An klaren Tagen reicht der Blick im Mainzer Süden fünf Kilometer in jede Richtung, über blanke, baumlose Äcker. Die Krumen oben an der Kruste sind ockergelb, und wenn man sie zwischen den Fingern zerquetscht, stauben sie auf wie Blütenpollen. Aber tiefer, wo der Lössboden die Feuchtigkeit noch gehalten hat, klebt er lehmig und fest.

Guter Boden ist das, im Mainzer Süden. Guter Boden für den geplanten Wirtschaftspark-Süd, eine blühende Landschaft mit hoffentlich irgendwann 6000 Arbeitsplätzen und hoffentlich irgendwann 600 Millionen Euro Investitionen. Guter Boden für Ferdinand Graffé, der die Ackerflächen als Prokurist der städtischen Grundstücksverwaltungsgesellschaft zusammengekauft und erschlossen hat, um sie an Firmen weiterzureichen. 42 Millionen Euro hat sich die Stadt Mainz diesen Boden schon kosten lassen.

Guter Boden, dachte auch Holger Hellwig, guter Hamsterboden. Das hat der Biologe, 33 Jahre alt und von Beruf Landschaftspfleger, sofort gesehen, als er im April 2002 an den Pfosten für die geplante Westumgehung vorbeikam. Er stieg aus. Er stiefelte über das Feld. Keiner weiß über Hamster so viel wie er, sagt Graffé über Hellwig. Keiner findet Hamster so schnell wie er, sagt Hellwig über Hellwig. Er schaute nach Löchern. So wie er das immer tut, wenn er mal wieder einen Auftrag braucht. Und nach ein paar Minuten hatte er alles, was er suchte. Die Löcher. Die Hamster. Den Auftrag. Kurz danach schrieb er an die Stadt. Es gebe da ein Problem. Aber er könne helfen. Er, der Geschäftsführer des „Landschaftspflegeverbandes Rheinhessen-Nahe“ und Umzugsexperte für Feldhamster, die Baugebieten im Weg sind.

Das Problem mit dem Hamster: Früher erschlugen ihn die Landwirte, ersäuften ihn, erstachen ihn, und für jeden Schwanz, den sie bei der Gemeinde ablieferten, bekamen sie 50 Pfennig. Millionen Nager fraßen sich damals durch die Felder. In Polen wird er auch heute noch verfolgt, in Ungarn gern gebraten, in der EU aber hat sich 1992 die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie seiner erbarmt. Seitdem darf er weder erschlagen noch erstochen, noch ersäuft werden, und die Missachtung von Hamsterrechten kann mit Stilllegung von Baugebieten nicht unter zwei bis drei Jahren geahndet werden.

Allerdings weiß kein Mensch, wie viele Hamster es noch gibt in Deutschland, denn er lässt sich nicht gern blicken, schon gar nicht am helllichten

Hamster-Umzug kostet 2,7 Millionen Euro

MAINZ. Die Bauarbeiten für den Wirtschaftspark Mainz-Süd können im April beginnen. Bauausschuß und Stadtrat haben einem veränderten Bebauungsplan für das Areal an der Rheinhessenstraße zwischen Hechtsheim und Ebersheim zugestimmt. Danach sinken die Kosten für die Umsiedelung der unter Naturschutz

Aus der „FAZ“

OKAPIA

Feldhamster

Tag. Auch Hellwig hat in seinem Leben erst einen frei laufenden Hamster gesehen, aber im Gewerbegebiet von Mainz-Süd 90 Hamsterlöcher gezählt. 90 Löcher, also 90 Tiere, so seine Analyse.

Zuerst hörte Hellwig nichts auf seinen Brief an die Stadt. Dabei war er sich sicher, dass er „hier hamstermäßig eines der Epizentren“ aufgespürt hatte. Dann aber, nach drei Tagen, rotierten sie im Rathaus. Der Umweltdezernent. Der Baudezernent. Der Wirtschaftsdezernent. Und mittendrin Graffé, der Prokurist. In vier Wochen sollte der Straßenbau beginnen. Am liebsten hätte Graffé dem Hamster-Mann „den Hals umgedreht“, hätte ihn einfach fortgejagt.

Aber, was will man machen, er hat Hellwig beauftragt, der Kerl ist ja der Einzige, der sich mit Hamstern auskennt.

Erste schnelle Maßnahme der Rettungsaktion: Die Nager, die mit ihren Löchern den Bau der Zugangsstraße blockierten, musste Hellwig einfangen, um den Baubeginn zu retten. Aber eigentlich will er die Tiere nicht anfassen, er sieht sich als Freund der Hamster. Außerdem ist ihm mal einer krepiert, Herzschlag; da musste er einen Bericht schreiben, wie das passieren konnte.

Also darf Hellwig jetzt im Wirtschaftspark Mainz-Süd etwas ganz Neues ausprobieren: die Vergrämung. Obwohl „Verlockung“ richtiger wäre. Der Hamster, sonst erdverwachsen und heimattreu, wird mit Futterringen zum Wandern animiert; je weiter weg, desto leckerer. Ring eins: Zuckerrüben; Ring zwei: Roggen, Weizen, Gerste; Ring drei: Hafer, Klee, Luzerne.

Leider schaffen die Nager so nur 100 Meter im Jahr, weshalb das Umzugsprogramm auf mindestens fünf Jahre angelegt ist. Leider haben ältere Tiere auch gar keine Lust auf einen neuen Bau, sie müssen also – leider – doch gefangen werden. Und leider schlafen die meisten Hamster jetzt noch, also kann der Umzug erst in einigen Wochen beginnen. Und das Bauen noch später.

Schade auch, dass die Ersatzflächen, die Graffé jetzt besorgen musste, und die wissenschaftliche Begleitung und die satellitengestützte Kartierung der Hamsterlöcher, dass all das die Stadt insgesamt 2,7 Millionen Euro kosten wird. Natürlich ohne dass Hellwig versprechen kann, die Hamster wirklich in Bewegung zu bringen. Und ohne dass er so recht verrät, wie viel Honorar er als Hamsterlobbyist für seinen Verband hereinholt, für seinen „Landschaftspflegeverband“, der ein Ein-Mann-Unternehmen ist.

Manchmal wünscht sich Graffé einfach nach Italien, Griechenland, Spanien. Was man in Südeuropa mit Hamstern im Baugebiet machen würde? 2,7 Millionen Euro zahlen? In Südeuropa? „Ha, ha“, prustet Graffé und setzt sich erst mal auf die Ladefläche seines Toyotas. Und mit Hellwig? Was würden die mit dem machen in Südeuropa? „Na“, sagt Hellwig und gibt die Antwort selbst, „die würden mich wohl am Frontlader aufhängen.“

JÜRGEN DAHLKAMP

VÖLKERMORD

Das Gewissen der Welt

Vor zehn Jahren hat General Roméo Dallaire, Kommandeur der Uno-Truppen in Ruanda, untätig mit angesehen, wie 800 000 Menschen ermordet wurden. Jetzt kehrte Dallaire zum ersten Mal nach Ruanda zurück, auf der Suche nach Vergebung. *Von Uwe Buse*

LUC DELAHAYE / SIPA PRESS

Massakrierte Tutsi in Kigali: *Als das Morden begann, zogen die meisten Uno-Soldaten ab*

Es riecht nach Seife im Foyer des Hotel Intercontinental in Kigali, der Marmor des Fußbodens glänzt feucht. Vor dem Eingang halten dunkle Limousinen und silberne Jeeps mit kugelsicheren Scheiben. „Democratic Republic of Congo“, „Tanzania“ steht in Blockbuchstaben auf den Nummernschildern.

Festlich gekleidete Diplomaten betreten das Foyer und schlendern zwischen weinroten Stellwänden, auf denen verstümmelte Menschen zu besichtigen sind. Einigen fehlt ein Arm, ein Bein, andere haben alptraumartige Kerben in den Köpfen. Auf einem Tisch, bedeckt mit schwarzem Samt, liegen eine rostige Machete, eine eiserne Hacke und ein Knüppel, aus dessen Kopf Nägel ragen.

Dann öffnen breitschultrige Männer eine Seitentür, die Gespräche verstummen und die Augen der Anwesenden richten sich auf den Mann, der das Foyer auf diese seltsame Weise betritt. Seine Augen sind gerötet und glasig, sein Schritt ist unsicher. 800 000 Tote wiegen schwer.

Der Name des Mannes ist Roméo Dallaire, sein Titel: General a. D., sein Alter: 57 Jahre. Vor zehn Jahren befehligte der Kanadier die Uno-Schutztruppe Unamir hier in Ruanda, Afrika.

Dallaire geht eilig, leicht gebeugt, den Blick hat er fest auf die Tür des Konferenzsaals am anderen Ende der Eingangshalle geheftet. Dort, auf dem Podium, steht ein Stuhl für ihn bereit. Er schiebt sich durch die Menge, die sich vor ihm teilt. Als Dallaire das Podium erreicht, setzt er sich, stützt die Ellenbogen auf den Tisch,

faltet die Hände, dann schließt er die Augen.

Vor genau zehn Jahren begann das große Schlachten in Ruanda. 800 000 Menschen starben in nur 100 Tagen.

Damals fuhr er durch die Straßen Kigalis, sah Mülllaster, auf ihren Ladeflächen schwankten Leichenberge.

Er passierte Straßensperren, es waren Hunderte, an ihnen standen die Killer und gingen ihrem Handwerk nach.

Er fuhr über Brücken, die aus ihren Fundamenten gehoben wurden von den Körpern, die sich unter ihnen stauten.

Dallaire wusste, dass die Menschen, die vor seinen Augen starben, an ihn geglaubt hatten, dass sie dachten, er würde sie beschützen. Er war ein General, er repräsentierte das Gewissen der Welt.

Er war ein Soldat. Er hatte den Befehl erhalten, zuzusehen und nicht zu handeln.

Und er gehorchte.

Den Befehl gab Kofi Annan, damals Koordinator aller Uno-Missionen, jetzt Generalsekretär der Uno.

Weil der Soldat Dallaire gehorchte, nahm der Mensch Dallaire Schaden an Leib und Seele.

Hätte er sich dem entscheidenden Befehl widersetzen sollen? Hätte er Annan nicht doch überzeugen können? Hat er zu früh aufgegeben?

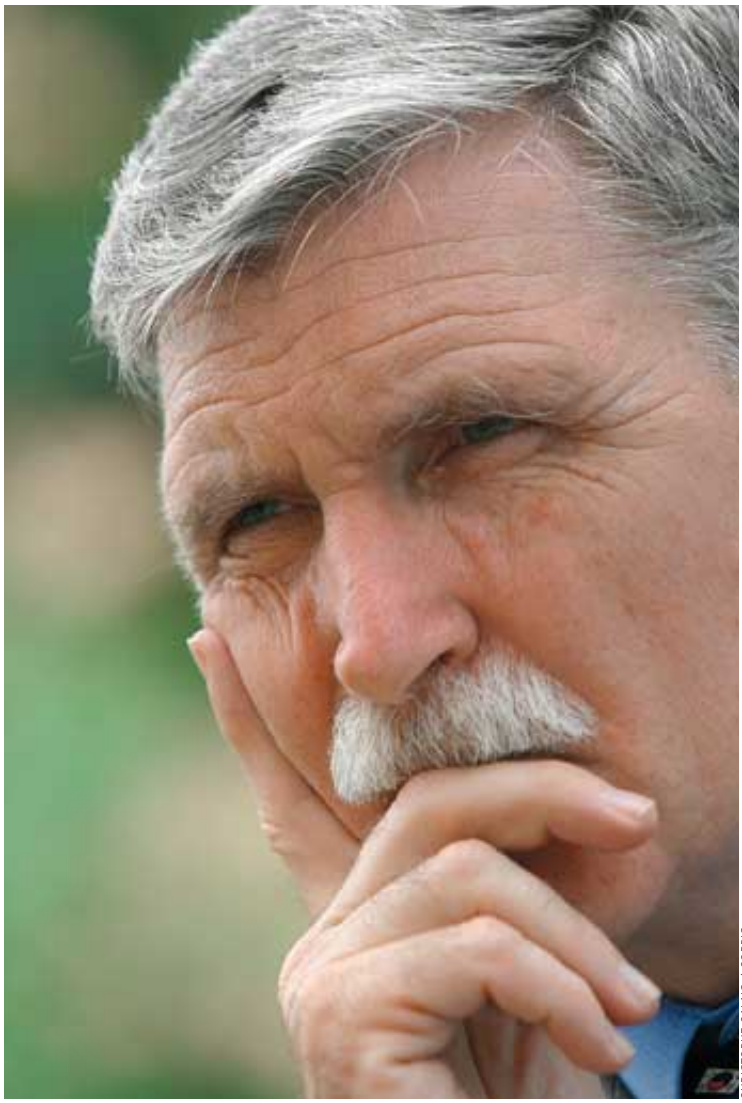
Das sind die Fragen, die Dallaire seit zehn Jahren quälen, die ihn in Depressionen trieben und in einen misslungenen Selbstmord. Das sind die Fragen, auf die er nur in Ruanda eine Antwort zu finden glaubt.

Seit dem Völkermord hat er dieses Land nicht mehr betreten. Paul Kagame, der Mann, der das Morden mit seiner Rebellenarmee schließlich beendete und der heute Präsident Ruandas ist, hat Dallaire eingeladen, am zehnten Jahrestag des Völkermords der Toten zu gedenken.

Die Regierung hat ihn in einer Villa einquartiert, deren Lage geheim gehalten wird. Soldaten bewachen das Haus. Es gibt Überlebende des Völkermords, die Dallaire dafür hassen, dass er sich damals, im Januar 1994, drei Monate vor Beginn der Massaker, den Befehlen seiner Vorgesetzten fügte.

Dallaire hat 800 000 Gründe, diese Überlebenden zu fürchten, er hat Anlass, die Hände zu falten und zu beten. Nicht nur das Gewissen drückt ihn nieder, auch das Wissen. Er weiß seit zehn Jahren, wie Weltgeschichte passiert, welche Zufälle sie beeinflussen, wie der Mensch sie lenkt und was passiert, wenn der Mensch das Falsche tut.

Dallaire ist Berufssoldat, er ist der Sohn eines Berufssoldaten. Sein Vater tat das Richtige, er kämpfte im Zweiten Weltkrieg und half, die Niederlande zu befreien. Solange Dallaire denken konnte, wollte er es seinem Vater gleichtun und ein Land befrieden.



CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

General Dallaire: *Überlebende der Morde hassen ihn, weil er sich fügte*

Er wuchs in Quebec auf, auf der falschen Seite der Stadt, dort, wo die Armen wohnen. Er meldete sich zur Armee, machte Karriere und begann, Soldaten auszubilden. Sie wurden in Krisengebiete geschickt und konnten sich bewähren. Nur Dallaire blieb jedes Mal zurück. Als man ihn fragte, ob er nach Ruanda gehen wollte, fragte er: „Das ist in Afrika, oder?“

Es ist ein Anruf, der Roméo Dallaire am Nachmittag des 10. Januar in den Sog der Weltgeschichte stößt. Das Telefon steht in Dallaires Hauptquartier in Kigali, er nimmt den Hörer ab. Am anderen Ende der Leitung ist einer seiner Offiziere, der mitteilt, er habe Kontakt zu einem Ruander, der beweisen könne, dass eine rassistische Clique, angeführt von der Frau des ruandischen Präsidenten und ihren Brüdern, einen Völkermord plane. Die Clique trage den Namen „Clan de la Madame“.

Der Offizier berichtet weiter, dass der Informant ein Soldat sei, ein ehemaliges Mitglied der präsidialen Garde. Der Informant behaupte, er habe den Auftrag erhalten, Listen mit den Namen aller Tutsi und der moderaten Hutu in Kigali zu erstellen. Der Informant selbst hasse die Tutsi, sie seien eine Schande für Ruanda, aber er wolle kein Komplize der Völkermörder sein.

Um die Authentizität seiner Informationen zu beweisen, biete der Informant an, Dallaires Soldaten zu geheimen Waffenlagern in Kigali zu führen. Als Gegenleistung fordere er, dass er und seine Familie in Sicherheit gebracht werden, dass seine ruandischen Francs in Dollar umgetauscht werden.

Dallaire weiß, in Ruanda existiert eine rassistische Clique, ein Gangster-Clan, dessen Mitglieder den brüchigen Frieden und den Erfolg seiner Mission gefährden. Aber bis zu diesem Moment besitzt er keine Beweise für die Existenz des Clans.

Die Uno-Truppen sind drei Monate zuvor nach Ruanda entsandt worden, um die Umsetzung des Friedensabkommens von Arusha zu fördern. Das Abkommen hat einen drei Jahre währenden Bürgerkrieg zwischen der Armee von Präsident Juvénal Habyarimana und den Rebellen der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) beendet, und er besiegelt zugleich das Ende des Apartheidsystems, das Habyarimana von seinem Vorgänger übernommen hatte. Habyarimana hatte den Bürgerkrieg so gut wie verloren.

Profiteure des Apartheidsystems sind Hutu wie Habyarimana, sie stellen die Mehrheit der Bevölkerung Ruandas, sie kontrollieren die Politik, das Militär, die Justiz. Die Opfer sind Tutsi, sie sind so etwas wie die Juden Ruandas. Statt eines Sterns tragen sie Pässe, in denen das Wort „Tutsi“ zu lesen ist.

Das Friedensabkommen von Arusha sieht Wahlen vor, es garantiert den Tutsi 40 Prozent aller Offiziersstellen im neu zu bil-

CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

Schädel von Opfern in der Kirche von Ntarama: *Nichts soll vergessen werden, aber alles vergeben*

denden Militär, unter anderem. Für die Mitglieder des Clans, allesamt Hutu-Herrenmenschen, ist das nicht akzeptabel. Sie träumen von der „Endlösung der Tutsi-Frage“, von neuem Lebensraum im am dichtesten besiedelten Land Afrikas. Für sie ist Habyarimana, der das Friedensabkommen unterzeichnete, ein Volksverräter. Er muss sterben.

Nachdem Dallaire den Hörer zurück auf die Gabel gelegt hat, setzt er ein Fax auf an seine Vorgesetzten im Hauptquartier der Uno in New York:

„Truppenkommandeur hat Kontakt zu Informant. Informant ist ein hochrangiger Ausbilder der Interhamwe-Miliz … Er wurde angewiesen, alle Tutsi in Kigali zu registrieren. Er ist überzeugt, sie sollen vernichtet werden. Informant gab Beispiel. Sein Personal könne in 20 Minuten 1000 Tutsi töten … Informant ist bereit, genauen Ort eines Waffenlagers mit mindestens 135 Waffen offen zu legen. Er hat bereits 110 Waffen, davon 35 mit Munition, verteilt. Es handelt sich um G3 und AK47 … Es ist unsere Absicht, innerhalb der nächsten 36 Stunden aktiv zu werden.“

Dallaire sendet das Fax an die globale Einsatzzentrale aller Uno-Missionen im 36. Stock des Uno-Hauptquartiers. Der offizielle Name dieser Einsatzzentrale lautet „Department of Peace Keeping Operations“, kurz DPKO. Der Chef des DPKO ist Kofi Annan.

Es ist eine von vielen Meldungen, die das DPKO an diesem Tag erreichen, und wie alle anderen wird auch sie von den Krisenmanagern in New York mit Skepsis betrachtet. Im DPKO hat man die Erfahrung machen müssen, dass Truppenkommandeure dazu neigen, die Situation vor Ort zu dramatisieren. Eine kurze Besprechung findet statt, an der Annans Stellvertreter Iqbal Riza teilnimmt. Annan erfährt erst später von dem Fax, von der Besprechung. Er hält die Reaktion seines Stellvertreters für angemessen und korrigiert sie nicht.

Als Dallaire am nächsten Morgen in sein Hauptquartier kommt, findet er das Antwortfax aus dem DPKO auf seinem Tisch. Annans Stellvertreter untersagt ihm strikt, das Waffenlager auszuheben. Die von Dallaire angekündigte Aktion sei durch das Mandat, mit dem die Uno-Truppen ausgestattet sind, nicht gedeckt. Dallaire hat zwar die Mittel und die Männer, um das Waffenlager auszuheben, aber er hat nicht die Macht.

Fragt man Dallaire heute nach dem Fax aus dem DPKO, sinkt er in sich zusammen, dann antwortet er resigniert: „Sehr schwierig, eine sehr schwierige Situation. Und völlig unverständlich.“

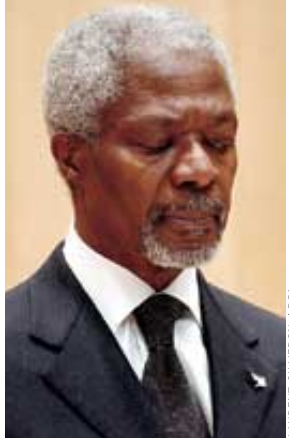
Dallaire ist überzeugt, hätte er dieses Waffenlager ausgehoben, hätte er die Chance gehabt, den Lauf der Geschichte zu ändern. Er hätte weitere Waffenlager geleert, im ganzen Land. Er hätte bewiesen, dass Tausende Hutu in Ausbildungscamps der ruandischen Armee das Töten mit der Machete trainieren, dass Präsident Habyarimana die Kontrolle über das Militär an eine rassistische Clique verloren hat oder selbst Teil dieser Clique ist. Das Morden hätte nie begonnen.

Dallaire kann die Absage aus New York nicht akzeptieren. In den folgenden Wochen schickt er täglich Lageberichte an das DPKO, in denen er Annan mitteilt, dass der Clan plane, Soldaten des belgischen Kontingents zu töten, um den Bürgerkrieg fortzusetzen und ihn doch noch zu gewinnen, irgendwie. Dallaire sendet weitere Faxe, in denen er bittet, endlich handeln zu dürfen.

Die Antwort des DPKO ist immer dieselbe: Nein, auf keinen Fall.

Es gibt europäische Diplomaten in Kigali, die sagen nach ein paar Gläsern Wein, dass Butros Butros Ghali, der damalige Uno-Generalsekretär, mehr Schuld trage an dem Morden als Kofi Annan. Butros Butros Ghali habe Annan zum Nichtstun verurteilt, so wie Annan Dallaire dazu zwang.

Und einer der Diplomaten, der seinen Namen nicht genannt sehen möchte, weil er um seine Karriere fürchtet, sagt: „Dieser Kerl sollte nicht frei herumlaufen. Er sollte mit den Völkermördern vor den Richtern des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Arusha stehen.“



LAURENT GILLIERON / DPA

Uno-Generalsekretär Annan
Das Eingreifen untersagt

CANADIAN PRESS / ACTION PRESS

Dallaire in Ruanda (1994): *5000 Soldaten hätten ausgereicht, um das Morden zu stoppen*

Ghali war ein politischer Freund von Habyarimana, dem Präsidenten Ruandas. Als ägyptischer Staatsminister fädelte er im Jahr 1990 einen Waffenhandel ein, der wichtig war für Habyarimana, der damals als Diktator herrschte. Als der Völkermord nach Wochen die Zeitungen füllt, Hunderttausende sind bereits ermordet worden, weigert sich Butros Butros Ghali, eine Europa-Reise abzubrechen und ins New Yorker Hauptquartier zurückzukehren.

Die Mitglieder des Weltsicherheitsrats hätten Dallaires Bitte nach mehr Truppen erfüllen können, nach einem neuen Mandat, das ihm die Möglichkeit geben würde, Menschen zu retten, statt Zeuge ihres Sterbens zu werden. 5000 Soldaten, ein Zwanzigstel der US-Truppen, die heute im Irak stehen, hätten ausgereicht, um 800 000 Menschen zu retten, darin sind sich Militärexperten einig. Für die Soldaten wären die Völkermörder, die meisten trugen nur Macheten, keine Bedrohung gewesen.

Aber statt Dallaire Truppen zu schicken, statt dem Auftrag der Uno gerecht zu werden, nahmen die Mitglieder des Weltsicherheitsrats ihm die wenigen Soldaten, die er hatte. Als das Morden begann, als moderate Hutu und zehn Belgier getötet wurden, zogen die Regierungen von Belgien, von Bangladesch ihre Soldaten ab, und Dallaire musste es geschehen lassen. Nicht die Uno, sondern die Regierungen, die Truppen zur Verfügung stellen, entscheiden bis heute, wann sich ihre Einheiten aus umkämpften Gebieten zurückziehen.

Dallaire blieb mit 450 Mann zurück. Er sollte mit den Völkermördern verhandeln, um „den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen“. Wenn Dallaire sich mit Oberst Théoneste Bagosora traf, dem Mann, den er „den obersten Völkermörder“ nennt, dann leerte Dallaire seine Dienstwaffe. Er fürchtete, er würde die Beherrschung verlieren und Bagosora erschießen.

Im Mai 1994, fünf Wochen nach Beginn des Völkermords, rund eine halbe Million Tutsi waren tot, konnten die Mitglieder des

Weil der Soldat Dallaire gehorchte, nahm der Mensch Dallaire Schaden an Leib und Seele.

Weltsicherheitsrats das Morden nicht länger ignorieren. Sie verabschiedeten die Resolution 918, die vorsah, 5500 Mann nach Ruanda zu schicken. Aber die Resolution war nichts wert. Es gab keinen Zeitplan, es gab keine Nation, die Truppen zur Verfügung stellen wollte.

Dallaire bat um gepanzerte Fahrzeuge, damit sich seine Soldaten im Land bewegen konnten, um den Völkermord wenigstens zu protokollieren. Er besaß nur noch 5 fahrbereite Wagen, er verlangte 100. Die Amerikaner besaßen 50, sie standen nutzlos in einem Lager, aber es gab wichtige Fragen zu klären: Wer bezahlt die vier Millionen Dollar Leihgebühr? Ist Ratenzahlung möglich? In welcher Farbe sollen die Wagen lackiert werden? Wie sollen sie beschriftet werden? Wer soll sie lackieren? Am Ende des Völkermords hatte kein einziges Fahrzeug Ruanda erreicht. Aber alle Europäer, alle Amerikaner waren mit Truppentransportern aus Ruanda ausgeflogen worden.

Will man begreifen, was damals geschah, was Dallaire bis heute auf der Seele liegt, kann man an viele Orte fahren. Ein mögliches Ziel liegt südlich Kigalis, an einer Sandpiste, es ist gesäumt von Lehmhütten mit löchrigen Wellblechdächern. Zwischen den Hütten steht ein Gebäude aus rotem Backstein. Besucher öffnen ein Eisentor, gehen die Auffahrt hinauf und sehen dann einen Mann, dessen Eltern hofften, er könne Ruanda irgendwann einmal verlassen und das Meer sehen. Der Mann ist ein Tutsi, er heißt Pacifique Rutanganga.

Er hebt einen Knochen auf und legt ihn in einen alten Reissack. Es ist ein menschlicher Knochen, das Becken eines Kindes. Rutanganga bückt sich erneut, diesmal liegen die Rippen eines Erwachsenen auf seiner Hand, dann ein paar Wirbel, ein Stück Fuß, ein Unterkiefer. Er legt alle Knochen in den halb vollen Sack. Vier gefüllte Säcke lehnen bereits an einer weiß verputzten Wand.

Es sind die kleinen Knochen, die in den Säcken landen. Die großen, sperrigen stapelte Rutanganga in Regalen. Oberschenkelknochen liegen dort. Und Schädel. Es sind Hunderte. Sie liegen akkurat ausgerichtet in einem weißen Holzregal und blicken über Holzbänke auf einen Tisch am anderen Ende des Raumes. Auf dem Tisch steht ein staubbedeckter Becher, neben dem Becher liegt ein weiterer Schädel, unterkieferlos. Er starrt auf das Regal.

Der Tisch ist ein Altar.

Der Raum ist eine Kirche.

Der Name dieses Ortes ist Ntarama. Am Nachmittag des 15. April 1994 starben hier 5000 Menschen. Pacifique Rutanganga gehört zu den wenigen Überlebenden. Er verlor 12 Familienmitglieder.

Heute ist Rutanganga Hausmeister dieses Ortes und Fremdenführer. Er staubt die Schädel ab, und für 5000 ruandische Francs, etwa 7,50 Euro, holt er die Bilder jenes Nachmittags aus seinen Erinnerungen und erzählt, was vorgefallen ist.

Er sagt, es mache ihm nichts aus. Er habe es schon oft erzählt. Auch sei es einfacher, seinen Lebensunterhalt auf diese Art zu verdienen als durch harte Arbeit auf dem Feld. Alpträume habe er so oder so.

Es war eng in der Kirche, damals, am neunten Tag des Völkermords. Lautsprecherwagen der Armee fuhren durch die Dörfer. Tutsi sollten sich in die Kirche flüchten, so lautete die Nachricht, dort würde das Militär sie beschützen können vor den Killern.

Pacifique Rutanganga saß schon seit zwei Tagen unter einem eisernen Kreuz, zusammen mit seiner Familie. Sie singen, sie beten, sie versuchen zu schlafen. Sein Vater hatte ihn und die anderen gedrängt, hierher zu kommen. Rutangangas Vater hatte im Jahr 1959 Massaker in einer Kirche wie dieser überlebt. Die Hutu-Killer

RADU SIGHETI / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Reinigung von exhumierten Leichen: *Die Oberschenkel liegen in Regalen*

hatten es nicht gewagt, im Haus Gottes zu morden.

Gott werde sie auch diesmal beschützen, sagt Rutangangas Vater.

Es ist schwierig, sich in der Kirche zu bewegen, es ist fast unmöglich zu sitzen. Es sind einfach zu viele Menschen hier, sie drücken, sie schieben, sie schwitzen. Es riecht nach Angst. Neuankömmlinge sagen, dass draußen gemordet wird in großem Stil.

Wenn Rutanganga nicht fallen will, muss er sich von der Menge treiben lassen. Er wird von seiner Familie getrennt. Er steht in der Mitte der Kirche, als die Killer angreifen. Das rettet ihm das Leben. Die Leiber der vor ihm Stehenden sind sein Schutzschild.

Die Türen fliegen auf, Handgranaten segeln durch die Luft und explodieren. Draußen stehen über 5000 Killer. Panisch weichen die Eingeschlossenen vor den Granaten zurück. Männer, Frauen und Kinder, die an den Wänden stehen, werden zerquetscht. Handgranaten reißen Löcher in die Wände. Schrapnelle und Steine zerschlagen Körper. Hände erscheinen im Rauch, Arme, sie zerren die Verwundeten heraus, töten sie, an ihre Stelle werden Maschinengewehre gestellt, die ihre Läufe schwenken und Kugeln speien. Der menschliche Schutzwall vor Pacifique Rutanganga fällt Reihe um Reihe.

Rutanganga lässt sich zu Boden fallen. Leichen und Sterbende bedecken ihn. Die Last auf seinem Körper wächst. Er atmet schwer. Er verliert das Zeitgefühl. Irgendwann, es scheint noch hell zu sein, enden die Explosionen und das Schießen. Er hört Männer reden, hört sie fluchen. Es ist das Aufräumkommando der Killer. Sie balancieren über die Toten, suchen die Halbtoten und erschlagen sie. Rutanganga spürt einen Schlag, fühlt Blut über sein Gesicht rinnen, aber er stirbt nicht.

Als er sich aus der Kirche wagt, ist es dunkel. Er findet den Körper seines Vaters, den seiner Mutter, er findet seinen Bruder Ruzindana, der noch lebt. Rutanganga kann sich von ihm verabschieden. Heute nennt er das Glück. Und er sagt, er sei froh, dass die Killer nur Handgranaten hatten und Maschinengewehre, als sie nach Ntarama kamen. An anderen Orten trugen die Killer auch Tränengasgranaten. Um alle Verwundeten zwischen den Toten zu finden, warfen sie die Granaten zwischen die Leiber ihrer Opfer und töteten die, die noch weinen konnten.

Hat Pacifique Rutanganga jemals daran gedacht, Rache zu nehmen an den Mördern seiner Familie? Hat er jemals daran gedacht, Hutu zu töten?

„O nein“, sagt der Hüter der Toten, dieser Gedanke sei ihm nie gekommen. Es sei die Aufgabe der Regierung, die Täter zu bestrafen. Er habe diesen Leuten verziehen, Leuten wie Reverien Ngiruwonsanga, der sieben Tutsi auf dem Gewissen hat.

Er habe keine Wahl gehabt, sagt Reverien Ngiruwonsanga. Er sitzt auf einem Hocker, 200 Kilometer von der Hauptstadt Kigali entfernt, in einer Hütte, die er sich mit seinen Schweinen teilt. Hätte er nicht gehorcht, wäre erst er ermordet worden, und dann wären die gestorben, die er hätte töten sollen. Es hätte keinen Unterschied gemacht.

Ein Abgesandter der Regierung sei vor seiner Hütte erschienen und habe ihm befohlen, morgen um 17 Uhr in der Bar im Dorf zu erscheinen. Dort werde er erfahren, zu welchen Häusern er gehen solle, welche Menschen er zu töten habe.

Ngiruwonsanga blickt auf seine nackten Füße, als er das erzählt. Er schnippt ein wenig Lehm von seiner Ferse.

Er gehorchte. Am nächsten Tag saß er in der Bar, mit etwa 20 weiteren Hutu. Macheten und Äxte lagen vor ihnen auf den Tischen, lehnten an ihren Stühlen. Ngiruwonsanga hielt einen angespitzten Stock in der Hand. Die Männer hatten die Waffen aus ihren Häusern mitgebracht.

Der Abgesandte der Regierung nannte die Häuser, die Ngiruwonsanga und die anderen Hutu „säubern“ sollten. Zusammen mit ein paar anderen Männern aus dem Dorf machte Ngiruwonsanga sich auf den Weg. Es war nicht weit, sie gingen nur ein paar Minuten. Sie fanden ihre Opfer in der Ecke eines Raumes, zerrten sie hinaus auf die Straße und erschlugen sie. Sie taten das zusammen, erinnert sich Ngiruwonsanga, „so war es einfacher für uns. Wir wussten nicht, wer die tödlichen Schläge getan hat“. Dann ging er nach Hause.

„Ich habe für meine Taten gebüßt“, sagt Ngiruwonsanga, „jetzt ist alles gut.“ Er klingt trotzig.

Die Mörder erschlugen ihre Opfer gemeinsam. So wusste keiner, wer den tödlichen Schlag führte.

Sechs Jahre saß Ngiruwonsanga in einem Gefängnis in der Nähe des Dorfes. Dann gestand er die Morde und wurde entlassen, wie so viele andere. Er lebt in der Hütte, die vor dem Morden sein Zuhause war. Er sagt, er verstehe sich gut mit den Tutsi, die jetzt in dieser Gegend wohnen. Sie treffen sich in der Kirche, sagt Ngiruwonsanga, sie beten zusammen zu demselben Gott. Was die Tutsi von Gott erbitten, will er nicht wissen.

CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

Mörder Ngiruwonsanga
„Jetzt ist alles gut“

Während des gesamten Gesprächs sitzt neben Ngiruwonsanga der Bürgermeister des Ortes. Zu Männern wie ihm gehen Journalisten, wenn sie in Ruanda Völkermörder suchen. Er ist ein Tutsi, er kennt die Mörder, er bringt die Fremden zu ihnen und achtet darauf, dass die Täter angemessen bereuen.

Die staatlich verordnete Reue der Täter, das staatlich

CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

Gräber in Nyanza: *Ruanda soll mehr sein als eine gigantische Selbsthilfegruppe*

verordnete Verzeihen der Opfer, die große Versöhnung, sie soll das Fundament sein, auf dem ein neues Ruanda entsteht. So will es Paul Kagame, der Präsident des Landes. Ruanda soll jetzt, nach zehn Jahren, endlich mehr sein als eine gigantische Selbsthilfegruppe, bevölkert von Schwerttraumatisierten, es soll mehr sein als ein Land, um das Investoren und Touristen einen großen Bogen machen. Auch Dallaires Anwesenheit dient diesem Ziel, der großen Versöhnung. Nichts soll vergessen werden, aber alles vergeben.

Dallaire würde sich darüber freuen.

Er sitzt nicht mehr allein im großen Konferenzsaal des Hotel Intercontinental in Kigali auf dem Podium, die Plätze links und rechts von ihm sind besetzt mit anderen Referenten, der Zuhörersaal hat sich gefüllt. Es sind Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die dort sitzen, Soziologen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Völkermorde der Welt zu vergleichen, Diplomaten, Politiker und Überlebende des Genozids. Sie alle sind Opfer oder Helfer, auf die eine oder andere Weise. Nur Dallaire, er ist die Ausnahme, er ist halb Opfer, halb Täter. Die Blicke aus dem Zuschauerraum richten sich auf ihn. Er rutscht unruhig auf seinem Stuhl hin und her.

Bevor er damals nach Ruanda kam, gab es für ihn nur zwei Sorten Soldaten: Helden und Feiglinge. Inzwischen weiß er, dass derselbe Soldat halb Held sein kann und halb Feigling. Dass überall dort, wo Uno-Soldaten das Gewissen der Welt verteidigen, Feiglinge zu Helden und Helden zu Feiglingen werden. Und dass viele von ihnen, so wie er, als Kriegsverletzte zurückkehren, psychisch beschädigt für den Rest ihres Lebens.

Nachdem Dallaire Ruanda verlassen hatte, kehrte er zurück nach Kanada und versuchte, sich mit Arbeit zu betäuben. Er blieb in der Armee, vorerst, hielt Vorträge, über das, was er gesehen hatte, und er hoffte, dass ihm das Reden helfen würde, sich selbst zu vergeben. Aber das gelang ihm nicht, die Toten kehrten Nacht für Nacht zu ihm zurück und schließlich auch am Tag. 1998, in dem Jahr, in dem er zum ersten Mal die Völkermörder wiedersah, vor dem Internationalen Gerichtshof in Arusha, gaben sein Körper und sein Geist auf. Er brach zusammen, wurde aus der Armee entlassen, begann eine Therapie. Noch heute nimmt er Psychopharmaka.

Damit anderen Soldaten, anderen Kommandeuren das erspart bleibt, was er erleben musste, damit kein neuer Völkermord geschieht, fordert er, wie viele andere auch, eine Armee unter dem Kommando der Uno. Sie soll ausrücken, wenn es die Menschlichkeit erfordert, und nicht, wenn es politisch opportun erscheint.

Dallaire will diese Konferenz in ein Tribunal verwandeln, das die wahren Schuldigen verurteilt: die Bosse der Uno, die Mitglieder des Weltsicherheitsrats, die belgische Regierung. Die Belgier waren die Ersten, die ihre Truppen abzogen, sie leiteten den Exodus der Uno-Truppen ein. Sie nahmen ihm die besten Kämpfer, auch sie verurteilten ihn mit zum Zusehen.

„800 000 Menschen mussten sterben, weil sich die Welt einen Scheißdreck um Ruanda kümmerte. Hier starben ja nur Schwarze“, donnert Dallaire in den Saal, er erntet nur spärlichen Applaus.

In den Gesichtern der Überlebenden ist zu lesen: Du hättest es ändern können. Du hattest es in der Hand.

„So viel habe ich gefordert“, sagt Dallaire und hält die ausgestreckten Arme auf Schulterbreite wie ein Angler, dem der Fang seines Lebens entgangen ist. „Und so viel haben sie mir gegeben.“ Seine Hände rücken auf Fingerbreite zusammen. Er klingt entschlossen, dann verzweifelt. Er redet viel zu lange, der Tagungsleiter blickt auf seine Uhr. Das Publikum beginnt zu murmeln. Er wird zu einem Ärgernis.

Schließlich verstummt er, nach einer halben Stunde.

Zu hören ist nur höflicher Applaus.

Nach ihm spricht Joël Kotek, Dozent an der Freien Universität in Brüssel, ein belgischer Holocaust-Experte. Er spricht aus, was viele Überlebende denken: „Warum haben Sie sich den unmenschlichen Befehlen der Uno nicht widersetzt, Herr Dallaire?“

Dallaire sucht nach Worten.

Was soll der General dem Mann auch sagen? Dass er nun weiß, wie Weltgeschichte funktioniert? Dass ein einzelner Mensch manchmal zu schwach ist, sich ihrem Lauf zu widersetzen? Und dass dieser Mensch sich selbst nicht verzeihen kann? Nur ein paar dünne Sätze fallen Dallaire ein, nur wenige hören ihm zu.

„800 000 Menschen mussten sterben, weil sich die Welt einen Scheißdreck um sie kümmerte.“

Dallaire steht auf und geht.

Draußen am Pool warten Journalisten. Dallaire gibt lustlos und erschöpft ein paar minutenlange Interviews, dann ist er allein. Eine Frau kommt zögernd auf ihn zu, sie trägt einen Blumenstrauß.

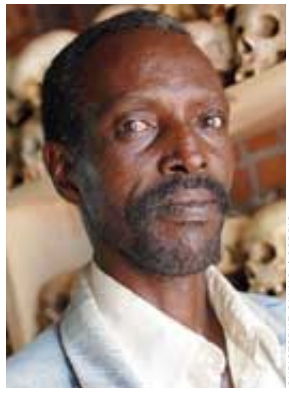
Sie heißt Donatile, sie ist etwa 40 Jahre alt, eine stämmige Frau, die das Morden überlebt hat und jetzt als Therapeutin mit Traumatisierten arbeitet. Sie geht auf Dallaire zu, reicht ihm die Hand und sagt, sie sei ihm dankbar. Er sei dageblieben, als alle anderen gingen. Dann reicht sie ihm die Blumen. Es sind gelbe Tulpen, ihre Blüten leuchten in der Sonne.

Dallaire nimmt die Blumen, er lächelt schwach.

Wenigstens eine hat ihm verziehen.

Reicht ihm das?

Er sieht nicht so aus. ◆



CHRISTOPHE CALAIS / CORBIS

Überlebender Rutanganga
Niemals Rache nehmen

Forza Germania

Ortstermin: In der Berliner Humboldt-Uni lehrt der Ex-Profi Oliver Bierhoff, was Deutschland vom Fußball lernen kann.

Zwei Herren betreten den Hörsaal 201. Der eine trägt sein Haar bis knapp über die Ohren und einen Schnauzer wie der späte Gerd Müller. Der andere könnte von McKinsey sein.

Der Mann mit dem Bundesliga-Schnauzer ist Joachim Schwalbach, Professor für Internationales Management. Der andere heißt Oliver Bierhoff. Er hat Deutschland am 30. Juni 1996 in der 95. Minute zum Europameister gemacht. Das erste „Golden Goal" der Fußballgeschichte. Jetzt soll dieser deutsche Held das Land aus der Krise reden. Schwalbach setzt sich auf die Bank.

Es ist der zweite Tag des Sommersemesters. Der Hörsaal ist dicht gefüllt. Da sind künftige Controller mit Rastalocken, Gummi kauende Studentinnen mit Business-Kostüm und Samtschleife im Haar, ein hagerer Ost-Rentner, der entschlossen seinen Kuli hält. Oliver Bierhoff schaut in den Hörsaal und kneift die Augen zusammen, als müsse er gegen die Sonne spielen.

Hinter ihm steht ein Schild „Chancen für alle. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft". Der Mittelstürmer soll darüber reden, „was die Gesellschaft vom Sport lernen kann". Bierhoff steht ziemlich allein am Pult. Ein Mann und eine Metapher. Er fängt an. „Mir kommt die aktuelle Situation in Deutschland vor wie bei einer Mannschaft, die überraschend gegen den Abstieg spielt."

Bierhoff hat den Fußball aufgegeben. Er hat heute Verträge mit Nike und Sat.1 und muss nachher noch zu einem Geschäftstreffen mit Coca-Cola. Als Nationalspieler war er beliebt bei den Fans, aber zu brav, zu gesittet, um auch geliebt zu werden. „Vor dem Tor derfst net das Studieren anfangen", hat Gerd Müller gesagt.

Bierhoff aber schrieb sich bei der Fernuni in Hagen ein und studierte zwischen den Spielen Betriebswirtschaft. Bierhoff müllerte nicht. Er köpfte hin und wieder und machte Werbung für Haarshampoo. Auch im Hörsaal 201 liest er vom Blatt.

„Der Erfolg bleibt aus, jeder ist irgendwie unzufrieden, die eigenen Ansprüche sind andere, als der aktuelle Tabellenplatz darstellt …" In diesem Augenblick werden vom Rang des Hörsaals rosafarbene Flugblätter geworfen, ein Transparent wird entrollt, auf dem steht: „Total balla balla". Als Bierhoff von „Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb" spricht, fängt der Rastagelockte an, mit bunten Plastikbällen nach dem Redner zu werfen, setzt sich dann aber wieder, ein wenig schüchtern lächelnd.

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" wird vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gesponsert und soll die Wirtschaft von allen Zumutungen befreien. Bierhoff sagt: „Der Klassenerhalt kann im weltweiten Wettbewerb nicht Deutschlands Anspruch sein. Es muss für uns immer um die Meisterschaft gehen." Das Land müsse „über den Kampf zum Spiel finden, sich wieder auf seine Stärken konzentrieren". Er sagt: „Der Erfolg kommt nur, wenn jeder sich an die eigene Nase packt und alle an einem Strang ziehen."

So muss es im Fußball zugehen.

Die Initiative habe ihm eine Redevorlage geschickt, wird Bierhoff später sagen. Er habe dann an seiner Vorlesung zwei, drei Tage gearbeitet, sagt Bierhoff. Zuletzt klangen auch seine eigenen Sätze wie die Sätze in der Vorlage. Da war er zufrieden.

Bierhoff spricht, als habe er den Text am Abend vorher einige Male Probe gelesen. Er spricht vom kraftvollen Sprint, vom Trainerwechsel, von Abseits und riskanten Pässen. Er redet, so weit ihn die Metaphern tragen: „Aber genauso wenig wie beim Fußball der Schiedsrichter ein Spiel nicht ‚zerpfeifen' darf, sollte der Staat sich nicht zu sehr in die Wirtschaft einmischen", sagt Bierhoff. Wie bei der Fifa brauche man ein Minimum an Regeln, ansonsten freie Märkte, flexible Löhne und die Lockerung des Kündigungsschutzes.

Bierhoff war nie ein Hinterhofkicker. Er hatte Abitur und gerade Beine. Er wusste, wie man die Gabel hält. Sein Vater saß im Vorstand der RWE. Vielleicht hat Bierhoff nie wirklich verstanden, weshalb die Menschen ins Stadion gehen. Weil auf dem Rasen die Regeln einfach sind und die Verhältnisse klarer als draußen. Weil die Menschen im Stadion mit dem Rücken zur Welt sitzen können.

„Man kann mal", sagt er, „in einigen Spielen zwei Spieler mit Erkältung durchschleppen, aber sind es mehr, kann das auf Dauer nicht funktionieren. Wenn Deutschland langfristig vier Millionen Arbeitslose hat, werden die Sozialsysteme so stark belastet, dass dies die Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft schwächt."

Bierhoff hatte seine größte Zeit in Italien. Er wurde Torschützenkönig und Meister mit dem AC Milan. Das ist der Verein, der Silvio Berlusconi gehört.

Berlusconi hat die Weisheiten des Fußballs in die Politik getragen. Er nannte seine Partei nach einem Schlachtruf, Forza Italia, und ist seither dabei, ein Land mit einfachen Wahrheiten aus der Welt der Stadien zu regieren.

Bierhoff ist mit seinen Metaphern am Ende. Er zitiert noch Mahatma Gandhi, wonach die Zukunft von dem abhängt, was heute getan wird, dann hebt er die Stimme, sagt: „Lassen Sie uns heute beginnen!", und man erwartet, dass er die Arme hochreißt.

Und man fragt sich, zu welchem Verein er wechseln will, FC Schröder 04 oder Eintracht Merkel?

ALEXANDER SMOLTCZYK

FOTOS: NORBERT MICHALKE

Redner Bierhoff: *„Über den Kampf zum Spiel"*

FAHNDER

Gespenstische Aktion

Mit einem Großeinsatz sucht die Kölner Polizei die Leichen zweier Kinder – angeblich wurden sie Opfer eines deutschen Päderastenrings.

Der Belgische Schäferhund Baykal zerrt an seinem Halsband. In einem Backsteingewölbe schnüffelt das Tier, auf den Geruch von Leichen trainiert, an Bierflaschen, Holzlatten, Bauschutt. „Wieder nichts“, sagt Hundeführer Dirk Grünhagen, 31, als er mit Baykal aus der Kelleröffnung kriecht, „weiter geht's.“

Weiter durch Gestrüpp und alte Gemäuer auf einem 65 000 Quadratmeter großen früheren Militärgelände im Kölner Stadtteil Porz-Westhoven, das seit vorvergangenem Mittwoch Schauplatz eines gewaltigen Polizeieinsatzes ist: 100 Beamte rücken hier aus, und zwar täglich. Sie haben bis zu 18 Spürhunde dabei sowie 30 Fahrzeuge, vom Unimog bis zur Raupe. Ausgerüstet mit Atemmasken gegen den meterhoch wirbelnden Staub, mit Schutzanzügen und schnittfesten Handschuhen, suchen sie nach den Leichen zweier Kinder.

Die gespenstische Aktion ist einer der größten Sucheinsätze in der Geschichte der Republik. Er wurde ausgelöst durch anonyme Hinweise auf einen Kölner Kinderschänderring – und durch die Angst der Beamten vor einem Fall Dutroux in Deutschland. Der mutmaßliche Mädchenmörder Marc Dutroux steht in Belgien vor Gericht, und aufgebrachte Bürger geben Polizei und Justiz dort wegen schleppender Ermittlungen eine Mitschuld am Tod von vier missbrauchten Kindern. Attacken wie denen in Belgien will sich in Köln kein Beamter aussetzen. „Die Vorwürfe sind erheblich“, sagt der Chef der Kölner Staatsanwaltschaft, Jürgen Kapischke, deswegen sei auch „die Höhe der Kosten egal“.

Dabei hat bislang niemand die angeblich ermordeten Kinder als vermisst gemeldet. Anlass der Großaktion ist ein anonymer, aber ziemlich detaillierter Brief, eingegangen bei der Kölner Polizei am 11. Dezember vorigen Jahres. Straßenkinder aus Bulgarien und Rumänien, so das Papier, würden von einem Kinderschänderring in der Domstadt feilgeboten – für „1000 und mehr Euro pro Nacht“.

Die Mädchen und Jungen, meist acht bis zwölf Jahre alt, kämen mit falschen Dokumenten in Kleinbussen nach Deutschland – zunächst würden sie in einem Kölner Hotel versteckt und dann von dort aus an betuchte Kundschaft vermittelt. „Auf ekelhafteste Weise“ würden die Kinder bei Sexspielen missbraucht. Vor drei Jahren, so will der Briefeschreiber erfahren haben, seien dabei zwei Kinder gestorben – und „klein gehackt“ auf dem Gelände in Porz-Westhoven vergraben worden.

Ein Jahr lang zweifelte der Unbekannte nach eigenem Bekunden, ob er sein Wissen preisgeben sollte. Und nennt am Ende doch Namen und Anschriften angeblicher Mitwisser und Täter: Ein pensionierter Geistlicher taucht da zum Beispiel auf, in dessen Wohnung gingen auch „deutsche kleine Jungen aus und ein“.

Ein gebürtiger Teheraner wird genannt, dessen Sohn „wegen dubioser Geschichten erschossen“ worden sei. Ferner ein Reitsportfreund und Geschäftsmann. Und ein Kölner Hotelier türkischer Herkunft.

Das Ganze klingt zu abenteuerlich, als dass es stimmen könnte – doch als Fahnder die Angaben überprüften, fingen sie an zu staunen. So ergab eine Recherche des Bundeskriminalamts, dass der Sohn des Teheraners tatsächlich 1997 in den USA ermordet worden war. Und dem Kölner Geschäftsmann war eine Reitanlage auf dem Gelände in Porz-Westhoven gut bekannt. Auch nannte der Verfasser des Berichts einen Spitznamen des Hoteliers, den nur Insider der Rotlichtszene kennen.

MARC DARCHINGER

Ermittler Kapischke
Anonyme Hinweise

Die Ermittler handelten rasch. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft genehmigte das Amtsgericht Köln Telefonüberwachungen bei den Verdächtigen. Ein V-Mann machte sich an die Beschuldigten heran. Ende März durchsuchten Polizisten sechs Wohnungen und Büros in Köln und in der Eifel. Sie fanden – neben etwas Opium – Videos und Computerdateien, die noch auf pornografische Inhalte geprüft werden.

Außerdem förderten die Polizisten pikante Details aus dem Leben der Verdächtigen zu Tage. Sie belauschten den Hotelier bei Telefonaten, in denen es um die Einschleusung osteuropäischer Frauen ging. Sie dokumentierten ausgiebige Kontakte des Geschäftsmanns im Rotlichtmilieu. Und sie erfuhren, dass der pensionierte Geistliche Stundenhotels aufsuchte und Prostituierte mit nach Hause nahm.

Die Ermittler fanden zudem Hinweise, dass sich zumindest einige der Verdächtigen kennen könnten: So sollen der Teheraner und der Theologe früher ein homosexuelles Verhältnis gehabt haben.

Gegen die Beschuldigten läuft inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf sexuellen Missbrauch von Kindern und auf Mord. Alle wurden vernommen, sie bestreiten die Vorwürfe.

Trotzdem wollen die Polizisten weitersuchen, in Porz-Westhoven voraussichtlich mindestens bis zum nächsten Wochenende. Ende vergangener Woche mussten noch rund 6000 Quadratmeter Gebäudeflächen von Bauschutt befreit werden. Danach sollen Hunde auch diese abschnüffeln.

Einsatzleiter Tobias Clauer, 43, will nicht ruhen, „bis jeder Quadratmeter abgesucht ist“. Doch selbst dann, so Clauer, könne man nicht ausschließen, „dass irgendwo auf diesem Gelände noch eine Leiche liegt“.

GEORG BÖNISCH, ANDREA BRANDT

HENNING KAISER / DDP

Polizeieinsatz in Porz-Westhoven: *1000 Euro für ein Kind?*

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Fusion stockt

OLIVER LANG / DDP

Weise

Vor neuen Problemen bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe steht die Bundesagentur für Arbeit. Die Entwicklung der Software für die Berechnung des neuen Arbeitslosengeldes II befindet sich derzeit in einem „kritischen Status“, heißt es in einem internen Papier des Agenturvorstands. Die bislang fertig gestellten Konzepte wiesen allesamt „große Mängel auf“, der technische Aufwand des Projekts sei „massiv unterschätzt worden“. Das Papier übt zudem deutliche Kritik an der Frankfurter Telekom-Tochter T-Systems, die derzeit die neue Software für die Bundesagentur entwickelt. Die Firma habe zu wenig Personal eingesetzt, und die beschäftigten Fachkräfte seien nicht ausreichend qualifiziert gewesen. Nun will Agenturchef Frank-Jürgen Weise „risikominimierende Verfahren“ einleiten. Das Software-Konzept soll teilweise von Agenturkräften selbst überarbeitet, der Zeitplan für die Einführung gestreckt werden. Noch vor wenigen Wochen hatte Weise dem zuständigen Bundestagsausschuss zugesagt, dass die Fusion wie geplant zum 1. Januar kommenden Jahres starten könne.

„Pride of America“

DAVID HECKER / DDP

WERFTEN

Poker um Pannen-Schiff

Für die Bremerhavener Lloyd Werft könnte die Havarie des Luxusliners „Pride of America“ Anfang des Jahres gravierendere Folgen haben als bislang bekannt. Das rund 300 Millionen Euro teure Flaggschiff der malaysischen Großreederei Star Cruises war am 14. Januar nach einem Sturm in Schieflage geraten – und soll nun auf Kosten der Versicherer für einen dreistelligen Millionenbetrag repariert werden. Die Geschäftsführung der inzwischen insolventen Werft war zunächst davon ausgegangen, den Schaden selbst zu beheben, der nach neuesten Erkenntnissen durch provisorisch abgedeckte Arbeitsschächte an der Außenwand entstand, in die Wasser eindrang. Doch wie ein Vertreter des Versicherungskonsortiums nun bestätigt, sind die Wiederaufbauarbeiten neu ausgeschrieben worden, um Kosten zu sparen und weitere Pannen auszuschließen. Sollte ein anderes Unternehmen den Zuschlag erhalten, dürfte sich das Insolvenzverfahren für die Lloyd Werft empfindlich verlängern. Branchenkenner erwarten, dass der Auftrag zum Endausbau des Kreuzfahrtschiffes dann an die Konkurrenz gehen könnte.

TELEKOMMUNIKATION

Debitel in der Warteschleife

Der Verkauf des größten deutschen Mobilfunkdienstleisters Debitel an die britische Investmentgesellschaft Permira ist erneut verschoben worden. Ein fest geplanter Abschlusstermin in der vergangenen Woche wurde überraschend vertagt, weil Vertragsdetails zwischen der Debitel-Mutter Swisscom und dem potenziellen Käufer, Permira, immer noch nicht geklärt sind. Damit droht das Geschäft allmählich zu einer peinlichen Hängepartie zu werden. Seit Ende vergangenen Jahres verhandelt die Swisscom mit den Briten über die geplante Übernahme. Wichtige Eckpunkte wie der Preis von rund 700 Millionen Euro stehen seit langem fest. Doch anstatt dass die Verträge zügig unterzeichnet würden, ziehen sich die Gespräche weiter in die Länge. Seit Anfang März wurden bereits mehrere Vertrags-Abschlusstermine abgesagt. Ob, wie nun geplant, in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt werden kann, ist offen. Für das Handy-Unternehmen hat das Verhandlungsmarathon gravierende Folgen. Mitarbeiter, Kunden und Lieferanten sind verunsichert. Beim Abschluss einiger wichtiger Verträge und Investitionsentscheidungen für den Start ins UMTS-Zeitalter sind dem Vorstand wegen der offenen Eigentümerfrage die Hände gebunden.

STEFAN BONESS / IPON

Debitel-Messestand

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Weniger Bürokratie wagen

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) will in dieser Woche das „umfangreichste Programm zum Bürokratieabbau, das bislang gewagt wurde“, ins Kabinett einbringen. Mit einem Paket von rund 35 Einzelmaßnahmen möchte der Ressortchef bürokratische Hemmnisse für Existenzgründer und bei der Genehmigung neuer Anlagen abbauen. Zudem sollen zahlreiche Auflagen für Berufsgruppen oder Branchen gestrichen werden. Das Konzept soll – anders als bislang vorgesehen – nicht erst in einzelnen Testregionen erprobt, sondern sofort bundesweit eingeführt werden. So plant Clement unter anderem, die Aufsicht über den betrieblichen Arbeitsschutz künftig allein bei den Berufsgenossenschaften anzusiedeln. Derzeit sind in vielen Fällen auch die Gewerbeaufsichtsämter der Länder zuständig. Zudem sollen die Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfacht und die Auflagen für Firmenräume oder Fabrikanlagen reduziert werden. Friseure oder Bäcker dürfen ihren Kunden künftig in größerem Umfang Getränke oder Speisen anbieten. Die Landesregierungen erhalten mehr Spielraum, um den Ladenschluss an Sonn- und Feiertagen zu regeln. Das so genannte Schornsteinfegermonopol, nach dem Heizungsanlagen vom Kaminkehrer des jeweiligen Bezirks überwacht werden müssen, wird gestrichen. Clement verspricht sich von dem Vorhaben „gewaltige Erleichterungen für die Unternehmen“.

GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Clement

LIU JIN / AFP

Transrapid-Strecke in Pudong

TRANSRAPID

Rangeln um Rabatte

Die in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Probleme beim Betrieb der Transrapid-Strecke in Shanghai beunruhigen die Herstellerfirmen ThyssenKrupp und Siemens stärker, als sie offiziell zugeben wollen. Mehrere chinesische Zeitungen hatten vorigen Dienstag moniert, dass sich die 30 Kilometer lange Trasse vom Finanzbezirk im Osten der Stadt zum Flughafen Pudong – bei magerer Auslastung der Züge – um mehrere Millimeter gesenkt hat. Die Aktienkurse beider Unternehmen, die darauf um bis zu vier Prozent absackten, erholten sich erst, als ein Transrapid-Sprecher versicherte, die Stützkonstruktion ließe sich leicht nachjustieren. Branchenkenner vermuten, dass die Chinesen den Bericht gezielt lancierten, um Druck auf die Verhandlungen über eine weitere Schnellstrecke von Shanghai ins rund 180 Kilometer entfernte Hangzhou auszuüben. In den nächsten Wochen wollen hochrangige ThyssenKrupp-Vorstände nach Peking reisen und den Deal perfekt machen. Doch die Asiaten verlangen einen Preisnachlass von bis zu 30 Prozent, um die Verbindung rentabel betreiben zu können – offenbar aus gutem Grund: Von den 440 Transrapid-Plätzen waren seit Beginn des regulären Betriebs Anfang Januar im Schnitt nur gut 70 Sitze belegt. Der Preis für die einfache Fahrt soll nun um fast ein Drittel auf umgerechnet fünf Euro reduziert werden.

McKinsey-Deutschland-Chef Kluge (1. Reihe, 3. v. l.), Mitarbeiter: *„34 ist die Obergrenze, bei 32 wird's schon kritisch“*

FUCHS/MANAGER MAGAZIN

ARBEITSMARKT

Unternehmen Jugendwahn

Wer über 50 ist, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen. Selbst 40-Jährige bekommen in vielen Branchen keinen Job mehr. Die Folgen sind verheerend – für die Betroffenen, die Volkswirtschaft und langfristig auch für die Betriebe. Nun formiert sich eine parteiübergreifende Gegenbewegung.

Kreativ, flexibel, belastbar, mobil, vor allem aber: jung. So sollen die Mitarbeiter sein, nach denen deutsche Unternehmer in Stellenanzeigen fahnden – wenn sie überhaupt suchen.

Gibt es ausnahmsweise Bedarf nach einem „Senior“, dann allenfalls nach einem 35-Jährigen. So ist es üblich, nicht nur in Banken, Unternehmensberatungen und Werbeagenturen, wo der Nachwuchs sich schon nach wenigen Berufsjahren „Senior Consultant“ nennen darf.

Der Automobilzulieferer Brose meinte es ganz anders, als er inserierte: „Senioren gesucht“. Das Unternehmen aus dem fränkischen Coburg hielt tatsächlich Ausschau nach 50- oder 55-, ja sogar nach 60-Jährigen. Je älter, desto erfahrener, glauben die Verantwortlichen bei Brose. Und Erfahrung ist ihnen wichtig.

Das Durchschnittsalter ihrer rund 7500 Beschäftigten im In- und Ausland war über die Jahre immer weiter gesunken – mit der Konsequenz, dass es immer weniger ältere Beschäftigte gab, die jüngeren etwas von ihrem Wissen weitergeben konnten. Fehler schlichen sich ein, bewährte Arbeitsmethoden wurden vernachlässigt, die Effizienz sank.

„Wir haben den Jugendwahn natürlich wie alle anderen Unternehmen auch mitgemacht“, sagt Personalchefin Esther Loidl. Dass sie jetzt Ältere einstellt, sei „kein Marketing-Gag“, sondern Notwendigkeit. „Wir meinen es definitiv ernst.“

So kam auch Angelika Stapf-Meyer nach Coburg. Die gelernte Buchhändlerin hatte zuvor bei einem großen US-Computerhersteller die Zertifizierungsabteilung geleitet. Als das Unternehmen mit einem Konkurrenten fusionierte, gab es zwei solcher Abteilungsleiter. Sie musste gehen. „Wo ich auch nach neuen Jobs schaute, überall war ich zu alt. Da konnte einem schon manchmal die Galle hochkommen“, sagt Stapf-Meyer. Sie ist 43.

Broses Senioren-Taktik ist die Ausnahme: Fast nirgendwo in Europa verzichten die Unternehmen so rigoros auf das Potenzial älterer Arbeitnehmer wie in Deutschland. Nirgendwo sonst haben schon 40- oder 50-Jährige so schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In kaum

einem anderen Land werden die Leute so früh aus dem Arbeitsleben katapultiert. Auf Kosten der Sozialkassen haben die Konzerne fast komplette Jahrgänge aus ihren Fabriken und Büros in die mehr oder weniger freiwillige Frührente gedrängt.

Nur ein gutes Drittel der 55- bis 64-Jährigen ist noch erwerbstätig. Der Durchschnitt in den Industrienationen liegt rund 10 Prozent höher. Länder wie die Schweiz, Norwegen oder Schweden übertrumpfen Deutschland mit Quoten zwischen 65 und 70 Prozent, Island gar mit fast 90 Prozent.

Doch inzwischen scheint sich so langsam die Erkenntnis durchzusetzen, dass das Aussondern Älterer ein Irrweg ist. Wie sonst erklärt sich der Erfolg von Frank Schirrmachers Buch „Das Methusalem-Komplott“ (SPIEGEL 12/2004), in dem der 44-jährige „FAZ“-Mitherausgeber zum Aufstand gegen Jugendwahn und Altersrassismus aufruft? Auch die Politik fängt plötzlich an umzudenken.

So forderte vergangene Woche der CDU-Sozialexperte Andreas Storm eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Unternehmen zur Beschäftigung Älterer. Auf der einen Seite verlangten Arbeitgebervertreter, wie BDA-Chef Dieter Hundt, die Deutschen sollten länger arbeiten, am besten bis 67. Andererseits sei heute jeder zweite Ostdeutsche arbeitslos, bevor er in Rente gehe. „Blanker Zynismus“ sei das, schimpfte Storm.

Flugs forderte das Bundessozialministerium den Industrie-Lobbyisten auf, bei seinen Mitgliedern „für die Einstellung älterer Arbeitnehmer zu werben“, statt dauernd nach dem Gesetzgeber zu rufen.

„In den Köpfen der Personalverantwortlichen“ müsse endlich ein „Umdenken“ beginnen, verlangte auch Klaus Brandner, Arbeitsmarktexperte der SPD, unter dem Beifall einer neuen Allianz von Deutschem Gewerkschaftsbund bis zum Sozialverband VdK. Die Wirtschaft habe eine „moralische Bringschuld“, wetterte VdK-Präsident Walter Hirrlinger.

Die parteienübergreifende Koalition ist neu. Das Problem dagegen ist längst bekannt, wird aber nicht nur von Personalchefs gern verdrängt.

Mit Älteren bringen sie noch immer all das in Verbindung, worauf Arbeitgeber keinen Wert legen: höheres Krankheitsrisiko, zu hohe Tariflöhne und Gehälter, zu strenge Kündigungsschutzregeln, vermeintliche Unflexibilität oder geringe Motivation.

Ein Vorurteil – wie Martin Kugel, 48, tagtäglich beweist. Der Jurist handelt seit kurzem für seinen neuen Arbeitgeber Brose verzwickte Verträge mit internationalen Partnern aus. „Ein 30-Jähriger kostet vielleicht nur die Hälfte, aber der weiß auch nur die Hälfte“, sagt Kugel selbstbewusst. Immobil? Langsam? Unmotiviert? Von wegen: Kugel pendelt zwischen seinem Wohnort München und seinem Arbeitsort Coburg, führt eine Wochenendbeziehung und sieht seine Kinder nur an den freien Tagen.

Kugel hatte noch Glück. Denn mit jedem Lebensjahr nehmen die Beschäftigungschancen ab. In vielen Branchen fällt die unsichtbare Schranke schon für 40-Jährige.

Dabei geben nur wenige Unternehmen wie etwa McKinsey offen zu, Bewerber tatsächlich aus Altersgründen abzulehnen. Die Unternehmensberatung sucht ausschließlich Studenten und Doktoranden sowie „junge Führungskräfte mit erster Berufserfahrung“. Menschen mit Persönlichkeit und „exzellenten akademischen Leistungen“ sind gefragt.

Ein 50-Jähriger hätte bei McKinsey keine Chance, ganz gleich, ob er langjährige Erfahrungen mitbringt oder in leitender Position angestellt war. Selbst ein Mentor aus dem Kreis der erfahrenen Partner, der die Hochschulabsolventen beim Einstieg berät, ist selten älter als 40. „Bei Einstellungen sind 34 Jahre die Obergrenze, bei 32 wird’s schon kritisch“, sagt Jürgen Kluge, 50, Deutschland-Chef von McKinsey. Die jungen Leute seien nun mal „die Avantgarde mit unverstelltem Blick“.

Komplette Wirtschaftszweige verfielen in den vergangenen Jahrzehnten so dem Jugendwahn, aber nirgendwo wird er so kultiviert wie in der Werbebranche. Bei der Hamburger Agentur FCB Wilkens ist sogar der Portier erst 31. Die Wand der Lobby ziert der hehre Spruch „Wir sind ein Team, nur so wird das Ganze mehr als die Summe der Teile“.

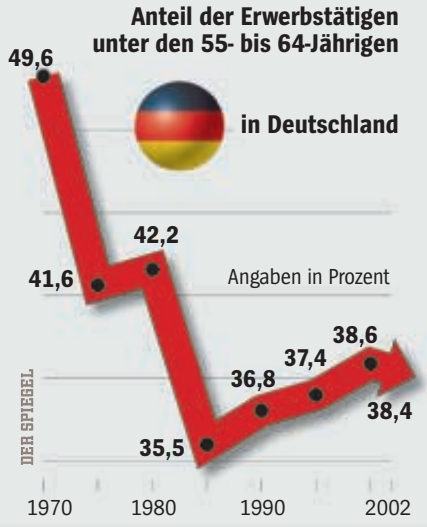
Zum Team gehört allerdings niemand jenseits der 50. Im Schnitt sind die Angestellten 30 Jahre alt. „Unsere Branche ist ganz klar altersfeindlich“, sagt Soheil Dastyari, 31, einer der Geschäftsführer des 300-Mann-Unternehmens. „Das Ganze ist systemimmanent, keine Agentur kann sich diesem Druck entziehen.“

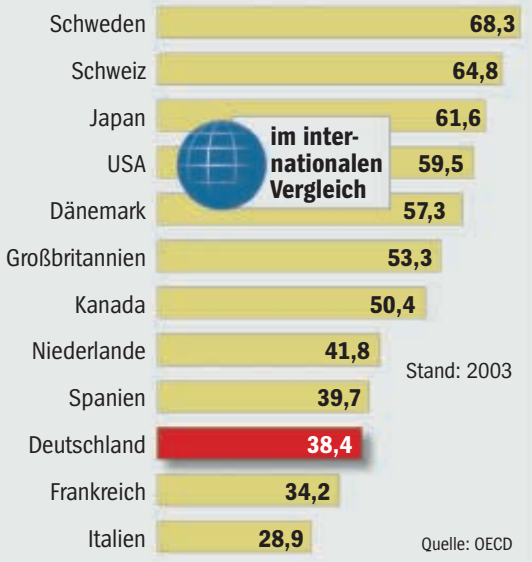
Ein typischer Arbeitstag beginnt um 9 Uhr und endet selten vor 20 Uhr. „Den Speed hält kein 50-Jähriger“, glaubt Dastyari. „Wenn doch, ist er akut infarktgefährdet.“ Selbst ein Älterer, der sich als schnell, kraftvoll und dynamisch einschätzt, „wird dadurch ja nicht wieder jung“. Soll heißen: Er hat es auch im kreativen Bereich nicht mehr drauf. Denn er hat andere Werte und eine andere Arbeitsauffassung, glaubt Dastyari. „Wer den Absprung nicht schafft, gilt leider als stecken geblieben.“

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Anteil der arbeitslosen 40- bis 55-Jährigen um 38 Prozent auf 1,7 Millionen Menschen erhöht.

Sie stehen mitten im Leben – und schon am Ende ihres Ar-

Aus dem Spiel





SVEN PAUSTIAN

Brose-Mitarbeiter Kugel, Stapf-Meyer: *Überall zu alt*

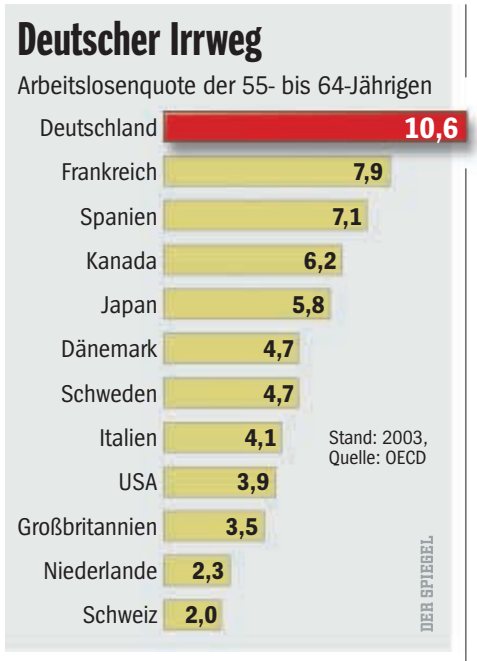
beitslebens. Selbst wenn die Wirtschaft wieder anzieht, wird für viele von ihnen kein Platz mehr sein im auf Jugend fixierten Arbeitsmarkt. Längst hat sich die Gesellschaft damit abgefunden, dass Arbeit jenseits der 55 oder 60 eine Ausnahme ist. Die Betroffenen fühlen sich ausgegrenzt und abserviert – können aber nichts dagegen tun.

Es ist diese Ausweglosigkeit, die Menschen wie Margit Radke, 55, so zermürbt. Seit fünf Jahren ist sie ohne Job. Die gelernte Papiermacherin hat sich im Laufe ihres Berufslebens oft weiterqualifiziert, ein Fachschulstudium absolviert, Weiterbildungslehrgänge für gehobenes Management besucht und Computerlehrgänge gemacht. Sie würde fast jede Arbeit annehmen, auch ihren Wohnort Weißenborn bei Freiberg in Sachsen und damit Ehemann und Enkelkind während der Woche verlassen und der Arbeit hinterherziehen.

Doch Engagement und Flexibilität nutzen ihr nichts, denn niemand nimmt sie zur Kenntnis. „Es redet ja keiner mit mir. Das ist es, was mich so ärgert. Alle vermuten immer nur, dass ich es nicht mehr kann. Sie wollen gar nicht erst vom Gegenteil überzeugt werden“, sagt Radke. So bleibt ihr nichts weiter übrig, als sich mit 400-Euro-Jobs über Wasser zu halten.

Jahrelang hat die Politik den Jugendwahn der Unternehmen nach Kräften gefördert. Mit großzügigen Regelungen zur Frühverrentung wurde es den Unternehmen leicht gemacht, ihre Belegschaften stetig zu verjüngen. In den meisten Stahlwerken Deutschlands liegt das Durchschnittsalter der Mitarbeiter deshalb schon heute unter 40 Jahren – ähnlich auch im Maschinenbau und in der Autoindustrie.

Eine solch bequeme Personalpolitik kann sich jedoch niemand mehr leisten: Die Unternehmen nicht, die den Frühren-



ten-Boom letztlich mit höheren Lohnnebenkosten mitfinanzieren. Die Sozialkassen nicht, die eine wachsende Zahl von Leistungsempfängern immer länger zu versorgen haben. Die Frührentner nicht, die schon jetzt spürbare Abstriche beim Lebensstandard in Kauf nehmen müssen. Und erst recht nicht die heute Berufstätigen, die Rentner von morgen, die Rekordabgaben zahlen und selbst später dafür nur Mini-Renten bekommen werden.

„Die Älteren sind schlicht Opfer der Verhältnisse“, sagt Bert Rürup, Politikberater und Namensgeber der Regierungskommission zur Sicherung der Sozialsysteme. „Es gibt für die Unternehmen einfach zu viele gesetzliche und tarifliche Anreize, die Leute vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden zu lassen. Die Verhaltensweise ist nur allzu rational“, sagt Rürup.

Im Durchschnitt werden die Deutschen heute mit 60 Jahren in Rente geschickt. Für viele beginnt der mehr oder weniger freiwillige Ruhestand sogar mit 55 oder 58 Jahren. 65 Jahre wären es nach dem Gesetz.

Und obwohl von der Wissenschaft längst widerlegt, sitzt in den Köpfen der Personalentscheider weiter das Vorurteil fest, wer 20 Jahre den gleichen Job machen musste, habe längst „innerlich gekündigt“. Von 16 000 Unternehmen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im vergangenen Jahr befragte, gaben 41 Prozent an, nur noch Personal unter 50 Jahren zu beschäftigen.

Dabei haben mehr als 100 Studien zur Job-Effizienz nachgewiesen, „dass es keine signifikanten Unterschiede zwischen der Arbeitsleistung älterer und jüngerer Arbeitnehmer gibt, wenn als Maßstab das erbrachte Arbeitsergebnis zu Grunde gelegt wird“. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft in Saarbrücken im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.

Bislang jedoch glichen alle Appelle den üblichen Schaufensterreden. Die Erfahrung Älterer sei unbezahlbar, mahnt Kanzler Gerhard Schröder, 60: „Wir dürfen die, die über 50 sind, nicht einfach zum alten Eisen rechnen.“ Der frühere CDU-Sozialminister Norbert Blüm redet gar nur noch von „Altersverschrottung“.

Ausgerechnet Blüm: Er war es, der diese „Altersverschrottung“ im großen Stil erst ermöglichte, als er Mitte der achtziger Jahre die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 12 auf 32 Monate verlängerte. Sie diente den Unternehmen als Vehikel, ältere Arbeitnehmer Kosten sparend loszuwerden und damit das Personal zu verjüngen.

Die Arbeitgeber kündigen nicht selten mit dem Einverständnis der Mitarbeiter und der Gewerkschaften so punktgenau, dass die lange Dauer des Arbeitslosengeldes gerade die Zeit bis zum frühestmöglichen Eintritt in die Rente überbrückt.

Die so Entlassenen bekommen vom Arbeitsamt „Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen“, also auch dann, wenn sie nicht mehr arbeiten wollen und sich gleichzeitig verpflichten, frühestmöglich die Rente zu beantragen. Meist füllen die alten Arbeitgeber die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und letztem Nettolohn mit so genannten ratierten Abfindungen auf.

Gerade weil diese Regelung im Zuge der Agenda 2010 abgeschafft worden ist, versuchen nun noch viele Unternehmen, sie in letzter Minute zu nutzen. Sie berufen sich dabei auf den 26-monatigen Vertrauensschutz, den ihnen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) eingeräumt hat. Die neuen Fristen für das Arbeitslosengeld treten daher frühestens ab 2006 in Kraft.

Eines der Unternehmen, das sich dabei besonders eifrig zeigt, ist Siemens. Zehn Tage vergingen nach Schröders Regierungserklärung am 14. März des vergangenen Jahres, bei der er die Abschaffung der langen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ankündigte, da zog der Münchner Weltkonzern schon Konsequenzen. Schnell verbreitete Personalmann Walter Huber intern, es solle „baldmöglichst geprüft werden, ob und in welchen Fällen eine vorzeitige Beendigung abgeschlossen werden kann“.

Mit „vorzeitiger Beendigung“ meinte er nicht weniger als das Ausscheiden älterer Mitarbeiter, damit die noch in den Genuss der 32-monatigen Versicherungsleistung kommen. Im Betriebsrat regt sich gegen dieses Vorgehen heftiger Widerstand. „Das

MARTIN JEHNICHEN

Margit Radke, 55

Die arbeitslose Sächsin kämpft gleich mit zwei Problemen: Erstens ist sie potenziellen Arbeitgebern zu alt, und zweitens gibt es im strukturschwachen Osten ohnehin kaum Unternehmen, die Stellen anbieten.

MARION LOSSE

Joachim Hoos, 53

Der Außendienstler aus Buxtehude wurde 2003 von seinem Arbeitgeber Castrol in die Frührente gedrängt. Der Ölkonzern reduzierte sein Personal um 600 Mitarbeiter. An einen neuen Job glaubt er nicht.

ist schon kriminell, die älteren Mitarbeiter so zu verwirren und ihre Unsicherheit auszunutzen. Ich kann nur jedem raten, sich an seinen Job zu klammern“, sagt Siemens-Betriebsrätin Karin Hujer.

Auch die angeschlagene Commerzbank wird angesichts von 3100 Stellen, die bis Ende des Jahres noch abgebaut werden sollen, „sicher noch schnell die alte Möglichkeit des Vorruhestands nutzen“, sagt Betriebsratschef Uwe Tschäge. „Solange es noch geht, wird es noch gemacht.“

So könnte Schröders ursprüngliche Idee, die älteren Arbeitnehmer mittelfristig länger ans Unternehmen zu binden und damit die Lohnnebenkosten zu senken, kurzfristig genau zum Gegenteil führen. „Es wird eine deftige Entlassungswelle Älterer geben“, prophezeit Ernst Kistler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie. „Die Unternehmen werden die alte Regelung noch nutzen, um ihre Restrukturierungsmaßnahmen noch von den Sozialkassen finanzieren zu lassen“, glaubt der Wissenschaftler.

Joachim Hoos hat diese Erfahrung bereits hinter sich. Seit 1989 war er bei der British-Patrol-Tochter Castrol im Außendienst beschäftigt. Dort verkaufte er Schmierstoffe an den Autohandel und an Tankstellen. Nach der Übernahme der größten deutschen Tankstellenkette Aral durch British Patrol (BP) im Jahre 2001 wurde Hoos per E-Mail mitgeteilt, dass nun 600 Mitarbeiter zu viel im Unternehmen seien. Alle Beschäftigten, die am 31. März 2004 53 Jahre und älter waren, sollten das Unternehmen verlassen. Hoos hatte die Altersgrenze zum Stichtag überschritten. „Aus Angst vor dem Altersmobbing“ willigte er ein und ging.

Auch die BP nutzt zusätzlich die lange Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. 26 Monate werden es bei Hoos sein. Danach bekommt er noch bis zum 60. Lebensjahr einen Teil seines letzten Nettogehaltes, um dann die Rente zu beantragen. 225 Millionen Dollar lasse sich der Mineralölkonzern diese Maßnahme kosten, weiß Hoos. Da die Börse Personalentlassungen häufig mit steigenden Kursen belohnt, sei die Investition „schnell wieder drin“, glaubt er.

Die Folge dieses lange geduldeten Missbrauchs: Die Zahl der Vorruheständler stieg in den vergangenen zehn Jahren um fast das Dreifache auf 399 000 an. Die Lasten tragen die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Rentenversicherungsträger und damit die Solidargemeinschaft. Blüms Modell hat sich dabei derart verselbständigt, dass die BA der Posten Frührente knapp 11 Milliarden Euro pro Jahr kostet. Addiert man die Ausgaben für die älteren Erwerbslosen bei den Sozialämtern und Rentenkassen dazu, summieren sich die staatlichen Belastungen auf über 37 Milliarden Euro.

Die gängige Praxis saugt nicht nur die sozialen Sicherungssysteme aus. Sie sorgt vor allem dafür, dass ein Teil des vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit – und damit auch des Wissens und der Erfahrung – schlicht ungenutzt ist.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat berechnet, dass ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zwischen 23 Milliarden und 184 Milliarden Euro möglich wäre, wenn es gelänge, Ältere stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In ihrer pessimistischen Variante nehmen die Wissenschaftler an, dass nur ein Viertel aller Erwerbslosen über 55 Jahren arbeitet und dabei die Hälfte der Durchschnittsproduktivität erreicht. In der optimistischen Variante sind alle Älteren integriert und in vollem Umfang produktiv.

Doch woher sollen die Jobs kommen, die einen solch gigantischen Boom hervorrufen könnten? Werden die Leute nicht deshalb rausgeschmissen, weil es keine Arbeit für sie gibt?

„Ein Irrtum“, sagt Lothar Funk vom IW. „Die Arbeit ist da. Sie wird nur auf immer weniger Schultern verteilt.“ Es sei eine Mär zu glauben, das Arbeitsvolumen insgesamt könne nicht zunehmen. „Unsere Nachbarländer haben doch gezeigt, dass mehr Jobs auch für Ältere geschaffen werden können, wenn nur die Rahmenbedingungen stimmen.“

In Irland, der Schweiz oder Dänemark heißt das vor allem: an Alter und Produktivität angepasste Lohnstrukturen, niedrigere Lohnnebenkosten, weil das Rentensystem zum Teil auf kapitalgedeckte Säulen gestellt wurde, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeitarbeitskräften, Pflicht zur Weiterbildung, bessere Arbeitsbedingungen für Ältere oder Steuer- und andere Vorteile für den längeren Verbleib im Arbeitsleben.

In Dänemark zum Beispiel erhalten Ältere zwölf Tage mehr Urlaub im Jahr, wenn sie bis 62 im Dienst bleiben. Arbeiten sie gar bis zum 65. Lebensjahr honoriert ihnen das der Arbeitgeber mit einer jährlichen Extraprämie. In Großbritannien verweigert der Staat gar ganz die Rente, wenn das gesetzliche Rentenalter noch nicht erreicht ist. Um die Älteren im Job zu halten, gewährt der Staat finanzielle Beihilfen zur Weiterbildung, ein so genannter Employment Credit füllt maximal 52 Wochen mögliche Einkommenseinbußen auf, wenn man als über 50-Jähriger im Job bleibt oder sich selbständig macht. In Irland existiert seit 1999 gar ein arbeitsrechtliches Gleichbehandlungsgesetz. Demnach darf weder der Staat, noch der Arbeitgeber einen 18-Jährigen anders behandeln als einen 65-Jährigen. Eine unterschiedliche Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf Grund des Alters ist dort tabu.

Wäre das bundesdeutsche Arbeitslosengeld schon heute generell auf zwölf Monate befristet, könnten die Beiträge der Arbeitslosenversicherung sofort um 0,7 Prozentpunkte von 6,5 auf 5,8 Prozent sinken, glauben Experten. Florian Gerster, der kürzlich geschasste Chef der Bundesagentur für Arbeit, ging sogar noch weiter: „Hätte man die Bezugsdauer des Arbeits-

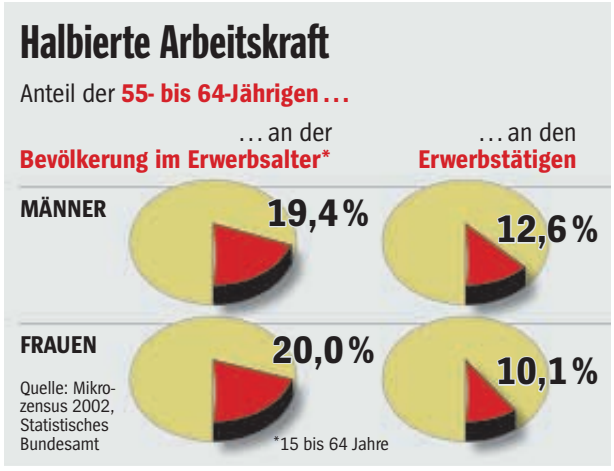
BERND SCHOENBERGER

Wolfgang Jörgens, 57

Weil er keine Arbeit fand, fährt der Betriebswirt jetzt als Aushilfsfahrer für die Spedition seines Sohnes. „Wenn man keinen Mäzen hat, bekommt man ab einem bestimmten Alter keinen Job mehr.“

losengeldes in den achtziger Jahren nicht auf 32 Monate heraufgesetzt, wären heute zwei Drittel der älteren Erwerbslosen gar nicht arbeitslos“, so Gerster. Die lange Versicherungsleistung war für viele Betriebe der Hauptanreiz, so Gerster, Ältere kostengünstig zu entlassen.

So hat sich, was gut gemeint war, als verhängnisvoller Fehler erwiesen: Die Arbeitnehmer immer früher aufs Altenteil zu schicken, ist nicht nur nicht finanzierbar, es erweist sich geradezu als Mühlstein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.



Geradezu dramatisch wird es, wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung in naher Zukunft zu stoppen. Die Bevölkerung schrumpft und altert weiter, junger Nachwuchs wird fehlen, das System der sozialen Sicherung kollabieren.

Dann müssen die Deutschen länger arbeiten, nicht nur, wie eigentlich schon heute gesetzlich vorgeschrieben, bis 65, sondern wahrscheinlich sogar bis 67. Dann werden auch die gebraucht, die heute aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Eigentlich müssten sich die Unternehmen bereits jetzt auf diese Entwicklung einstellen. Sie müssten schon heute auf das gesundheitliche Wohlergehen ihrer Mitarbeiter Einfluss nehmen, altersgerechte Arbeitsplätze einrichten oder ihre Belegschaft weiterbilden. „Nur so kann man den Übergang in die greise Gesellschaft möglichst gleitend vollziehen“, sagt Hartmut Buck vom Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO). Stattdessen greifen die Firmen permanent auf Nachwuchs zurück und werden überrascht sein, wenn es nicht mehr genügend junge Kräfte gibt.

Wie dramatisch die demografische Entwicklung ist, offenbart der Blick nach Ostdeutschland. Dort wurden im Jahr 2002 nur noch rund 110 000 Kinder eingeschult – rund 50 Prozent weniger als noch zehn Jahre zuvor. „In diesem Jahrhundert werden wir nie wieder so viele Jugendliche haben wie heute“, sagt Herwig Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld. „Es ist mir schleierhaft, wie die Wirtschaft ihre jetzige Personalplanung auch in Zukunft realisieren will.“

Auch der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage rät den Unternehmen, ihre älteren Mitarbeiter weiterzubilden, „und zwar aus dem ureigenen Motiv, bei abnehmendem Arbeitsangebot der alternden Gesellschaft in Zukunft hinreichend über qualifizierte Arbeitnehmer zu verfügen“.

Dabei gibt es neuerdings eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen, die es sehr viel einfacher machen, ältere Arbeitnehmer einzustellen:

- Die Bundesregierung hat es durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz deutlich erleichtert, ältere Arbeitslose einzustellen. Schon heute kann jeder Betrieb bei einer Neueinstellung ohne Grund Befristungen ohne zeitliche Höchstgrenze vereinbaren. Die Altersgrenze hierfür wurde von 58 auf 52 Jahre gesenkt.
- Arbeitgeber haben die Möglichkeit, Arbeitslose zwölf Wochen lang ohne festen Arbeitsvertrag in einer Art „Trainingsmaßnahme“ zu testen. Der Arbeitslose erhält währenddessen weiterhin Arbeitslosengeld oder -hilfe sowie Fahrtkosten und Zuschüsse zur Arbeitskleidung.
- Bis zu 60 Monate lang gibt es „Eingliederungszuschüsse“, die bis zu 70 Prozent des berücksichtigungsfähigen Lohns ausmachen können. Bedingung: Der Arbeitnehmer muss mindestens 50 Jahre alt und sein aktuelles Gehalt niedriger sein als das letzte.
- Seit Anfang 2003 werden Arbeitgeber von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit, wenn sie über 55-jährige Arbeitslose einstellen.
- Eine so genannte Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer über 50 Jahre garantiert, dass auch Renteneinbußen abgedämpft werden, die aus einem niedrigeren Lohn resultieren.

MARION LOSSE

Rigo Anders, 43

17 Jahre Berufserfahrung als Controller, ein MBA-Abschluss, Führungsqualitäten, Projekterfahrung: Trotz 250 Bewerbungen ist der seit 15 Monaten arbeitslose Hamburger nie zu einem Gespräch eingeladen worden. Er glaubt, schon zu alt zu sein.

Ein weiteres, wenn auch noch nicht diskutiertes Element wäre die Abkehr vom so genannten Senioritätsprinzip. Im Klartext: Warum muss ein 58-Jähriger deutlich mehr verdienen als ein 35-Jähriger?

„Dass heute die 50-Jährigen keine Jobs bekommen, hängt auch damit zusammen, dass sie bestimmte Lohn- und Einkommenserwartungen und auch bestimmte Joberwartungen haben“, glaubt der Wirtschaftsweise Rürup. Das Lohnproblem könnte gelöst werden, indem mehr ertragsabhängige Lohnkomponenten auf betrieblicher Ebene eingeführt würden.

Rürup plädiert für einen grundlegenden Bewusstseinswandel. „Wir müssen auf die Unternehmen einwirken. Sie werden heute keinen 60-Jährigen einstellen, aber sie müssen sich darauf einstellen, dass sie es in 20 Jahren müssen.“

JENS WUNDERLICH

FCB-Wilkens-Geschäftsführer Dastyari (l.), Mitarbeiter
„Den Speed hält kein 50-Jähriger“

Beim Coburger Autozulieferer Brose ist diese Erkenntnis schon heute angekommen. Wie schwer es ist, diese Einsicht aber auf breiter gesellschaftlicher Ebene zu verwirklichen, zeigt die Erfahrung von Personalchefin Loidl: Dutzende Organisationen haben sich bei ihr inzwischen über ihre Erfahrungen mit den Älteren erkundigt. Sozialverbände waren dabei, Politiker, Wissenschaftler.

Auch Unternehmen? Die Managerin zuckt mit den Schultern: „Kein einziges.“

JANKO TIETZ

DER SPIEGEL

Ausgabe 17 Seite 103 vom 19.04.2004

PHARMAINDUSTRIE

"Nationalistisches Gerede"

Von Martens, Heiko

Aventis-Manager Heinz-Werner Meier zur hitzigen Übernahmeschlacht zwischen Aventis und Sanofi

Meier, 51, ist Personalvorstand bei Aventis und Geschäftsführer der Aventis Pharma Deutschland GmbH in Frankfurt am Main.

SPIEGEL: Frankreichs Premierminister Jean-Pierre Raffarin hat vorige Woche seinen neuen Industrieminister zurückgepfiffen, der sich für Neutralität der Politik im Übernahmekampf zwischen den Pharmagrößen Sanofi und Aventis ausgesprochen hatte. Raffarin will dagegen weiter über das "nationale und strategische Interesse" der beiden Unternehmen wachen. Ist damit der Schweizer Interessent Novartis, der freundlich mit Ihnen zusammengehen will, aus dem Rennen?

Meier: Nein, Novartis wartet auf ein Neutralitätszeichen aus Paris. Das ist verständlich. Niemand fusioniert gern mit einem großen Konzern mit Stammsitz in Frankreich, wenn die dortige Regierung mit heftigen Drohgebärden opponiert.

SPIEGEL: Raffarin beansprucht Aventis als französisches Unternehmen, obwohl sich die alte Hoechst AG vor fünf Jahren als gleichgewichtiger Partner mit Rhône-Poulenc zusammengetan hat.

Meier: Das ist schon eine merkwürdige Mischung aus Anmaßung und nationalem Bluthochdruck, die dieser Tage in Paris hochkommt. Am Standort Deutschland sind wir darüber besonders ungehalten, weil Aventis nie als rein französischer Champion vorgesehen war. Die Pariser Regierung behandelt Aventis nun als eine Art Verfügungsmasse und übersieht völlig, dass Hoechst 1999 mit der französischen Rhône-Poulenc einen "merger of equals" vereinbart hatte, eine gleichberechtigte deutschfranzösische Partnerschaft, die sich hervorragend bewährt hat.

SPIEGEL: Steht das auch in den Verträgen?

Meier: Ganz klar. Deshalb kommt für uns das nationalistische Gerede in Paris auch so überraschend. Im Aventis-Gründungsvertrag von 1999 ist der Standort Deutschland, ist Frankfurt als Sitz des Pharmageschäfts festgelegt. Im Gegenzug wurde Straßburg als Sitz der Holding gewählt. Diese nationalen Abgrenzungen sind für uns nicht mehr so wichtig, weil wir uns längst zu einem globalen Konzern weiterentwickelt haben. Falls in Paris jetzt aber wieder die nationale Karte gezogen wird, werden wir auf diesen Punkt zurückkommen.

SPIEGEL: Warum glauben Sie, dass Novartis für den Standort Deutschland der bessere Partner wäre?

Meier: Im Unterschied zu Sanofi, die uns zu völlig unakzeptablen Bedingungen schlucken wollen, bietet Novartis eine freundschaftliche Fusion. Da können wir mitreden und unsere Zukunft - vor allem auch die des Standorts Deutschland - aktiv mitgestalten. Dazu kommt, dass Novartis ein wirklich global aufgestelltes Unternehmen ist, über exzellente Produkte verfügt und mit seinen Arbeitsgebieten unsere Aktivitäten ergänzen würde.

SPIEGEL: Raffarin behauptet, Aventis müsse noch französischer werden, damit Paris Zugriff auf Ihre Impfstoffe habe.

Meier: Das ist ein lächerlicher Vorwand, um ein nationales Interesse geltend machen zu können. Nur so wäre nämlich nach EU-Recht eine Einflussnahme der Politik zu rechtfertigen. Aber anzunehmen, Frankreich bekäme im Krisenfall weniger Impfstoff, wenn Aventis mit Novartis fusioniert, das ist schlicht absurd.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich angesichts dieser massiven Eingriffe aus Paris die Zurückhaltung der deutschen Regierung?

Meier: Wir fordern keine Intervention aus Berlin, da wir sie auch aus Paris ablehnen. Aber die Regierungschefs Gerhard Schröder und Jacques Chirac haben vor laufenden Kameras zugesagt, sich aus diesem Übernahmekampf zweier privater europäischer Unternehmen herauszuhalten. SPIEGEL: Sollte die deutsche Regierung den französischen Präsidenten an dieses Versprechen erinnern?

Meier: Angesichts der fortgesetzten und unverblümten Missachtung der Neutralitätszusagen wäre ein Ordnungsruf aus Berlin absolut angebracht.

INTERVIEW: HEIKO MARTENS

© DER SPIEGEL 2004
Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

KONZERNE

Farblose Zukunft

Seit zwei Monaten sucht der Getränke-Gigant Coca-Cola vergeblich nach einem Nachfolger für den amtsmüden Firmenchef. Auf den Neuen warten eine Menge Probleme.

Mit der Kür eines neuen Präsidenten hatten die Aufsichtsräte im Coca-Cola-Konzern früher nie Probleme. Nach dem Ausscheiden eines Firmenchefs vergingen meist nur wenige Tage, bis die Gralshüter in der Konzernzentrale in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia den Nachfolger ernannten.

Schließlich waren die Vorgaben klar umrissen: Ein Coke-Präsident musste die Karriereleiter im Konzern möglichst von ganz unten emporgeklettert sein. Er musste den Verkauf der braunen Brause mit fast religiösem Eifer betreiben und die konservativen Denkmuster der 1886 gegründeten Firma verinnerlicht haben.

Diesmal jedoch ist alles anders. Seit nunmehr zwei Monaten schon fahndet der größte Getränkehersteller der Welt nach einem Nachfolger für den Ende des Jahres ausscheidenden Firmenchef Douglas Daft, 60. Zum ersten Mal in der Firmengeschichte wurden sogar professionelle Headhunter beauftragt, auch außerhalb des Coca-Cola-Kosmos nach geeigneten Managern zu suchen. Bislang erfolglos.

Eigentlich sollte es an Kandidaten für den mit jährlich rund 5,5 Millionen Dollar dotierten Chefposten nicht mangeln. Dafts Ankündigung, zum Jahresende sein Büro im 26. Stock zu räumen, kam keineswegs überraschend.

Schon bei seiner Ernennung im Dezember 1999 hatte der eher unauffällige Australier klargemacht, dass er nur fünf Jahre an der Coke-Spitze bleiben wolle. Im Herbst vergangenen Jahres bekräftigte Daft seinen Entschluss noch einmal, nachdem er zuvor bereits den Firmenneuling Steven Heyer, 51, zu seinem Kronprinzen gekürt hatte.

Doch statt den einstigen AOL-Manager zum Coke-Chef zu bestimmen, ließ sich der hochkarätig besetzte Aufsichtsrat, zu dem Investment-Gurus wie Warren Buffett oder Herbert Allen und einflussreiche Politiker wie der Ex-Senator Sam Nunn gehören, erst einmal Zeit. „Wir machen das schon richtig und sind guter Dinge“, vertröstet Coke-Veteran James Williams, der seit einem Vierteljahrhundert im Kontrollgremium sitzt.

Das Führungsvakuum trifft den Traditionskonzern in einer schwierigen Umbruchphase. Und auf den neuen Chef warten eine Menge Probleme – allen voran die böse Panne beim Start auf dem europäischen Wassermarkt und die starke Abhängigkeit vom Ur-Produkt Coca-Cola.

ACTION PRESS

Coca-Cola-Chef Daft: *Leitungswasser veredelt*

Die Marke ist zwar immer noch die bekannteste und wertvollste der Welt – mit gut 70 Milliarden Dollar wird sie von den Experten der US-Agentur Interbrand veranschlagt. Aber neue Märkte sind nicht in Sicht, nachdem der Getränkemulti in der Vergangenheit ein Land nach dem anderen eroberte und die durstigen Verbraucher mit der süßen Brause beglückte, die einer der Daft-Vorgänger einst als „Essenz des Kapitalismus“ definierte.

Neun Millionen Geschäfte weltweit verkaufen die Limonade. Nur noch Kuba, Myanmar und Syrien fehlen auf der Weltkarte des rot-weißen Imperiums.

Die Folge: Im Schnitt der vergangenen zehn Jahre stieg der Umsatz nur noch um vergleichsweise magere fünf Prozent auf zuletzt 21 Milliarden Dollar. Der größte Teil dieses Wachstums kam nicht einmal aus dem klassischen Geschäft mit der braunen Limonade, deren 1886 von dem Apotheker John Pemberton erfundenes Geheimrezept in einem Tresor der Suntrust Bank in Atlanta aufbewahrt wird.

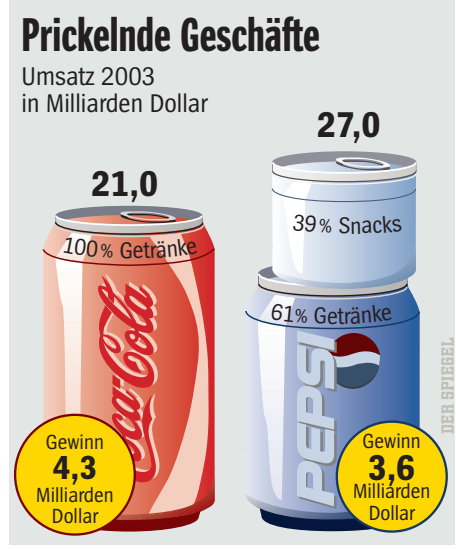
Auch die neuen Varianten mit Vanille- oder Zitronengeschmack brachten nach erfolgversprechenden Anfängen keinen dauerhaften Aufschwung. In den USA brach der Absatz von Vanilla Coke 2003 sogar um 21 Prozent ein, errechnete der Branchendienst „Beverage Digest“.

Selbst die alten Marketing-Rezepte und die mit gigantischem Aufwand betriebenen Werbeaktionen scheinen nicht mehr so zu zünden wie früher. Fast sechs Milliarden Dollar steckte der Südstaaten-Konzern in den vergangenen drei Jahren in die Werbung – und konnte doch nicht verhindern, dass der Marktanteil von Coke Classic in den USA im gleichen Zeitraum von 19,9 auf 18,6 Prozent sank.

Ähnlich wie die Fleischklöpse von McDonald’s sind die kalorienreichen Limonaden aus Atlanta ins Gerede gekommen – bei Ärzten und Verbraucherschützern gelten sie als eine der Ursachen für die sprunghaft steigende Zahl von übergewichtigen oder an Diabetes leidenden Jugendlichen.

Erzkonkurrent Pepsico, der ebenfalls Milliarden in die Werbung steckt und unter anderem Popstar Britney Spears ins Rennen schickt, kämpft mit den gleichen Problemen – und verzeichnet ähnlich schwache Wachstumsraten wie der Branchenprimus. Doch anders als der Marktführer ist der ewige Zweite im globalen Brause-Business längst nicht mehr so stark vom Traditionsprodukt abhängig.

Mit der Übernahme der Snack-Produzenten Frito-Lay und Quaker Oats hat Pepsico das Geschäft auf eine deutlich breitere Basis gestellt. Die Lebensmittelsparte trägt schon fast 40 Prozent zum Gesamtumsatz von knapp 27 Milliarden Dollar bei. Beim Gewinn machte sie im



ersten Quartal 2004 sogar gut 50 Prozent aus.

Die Manager aus Atlanta tun sich dagegen schwer, in neue Märkte vorzustoßen. Immer noch verkaufen sie ausschließlich alkoholfreie Getränke, rund 60 Prozent des Absatzes entfallen auf die klassische Coke und ihre Varianten, weitere 30 Prozent auf Softdrinks wie Fanta oder Sprite.

Das ist zwar ein lukratives Geschäft, doch an der Börse findet die Strategie des Erzkonkurrenten mehr Anklang. Seit dem Jahrtausendwechsel entwickelt sich die Pepsi-Aktie deutlich besser als die des Coke-Konzerns, dessen Börsenwert um fast 30 Milliarden auf heute 125 Milliarden Dollar gesunken ist.

Dabei hatte es nicht an Versuchen gefehlt, die Konzernbasis zu verbreitern. Doch mal scheiterte das Projekt am Veto der Kartellbehörden – wie bei der geplanten Übernahme des Konkurrenten Cadbury Schweppes. Mal prallten die Manager am Widerstand des eigenen überaus konservativen Aufsichtsrates ab – wie bei der geplanten Akquisition der Firma Quaker Oates, die dann von Pepsico geschluckt wurde.

Um zumindest die gefährliche Abhängigkeit vom Coke-Geschäft zu verringern, wies Konzernchef Daft deshalb seine Manager an, das Geschäft mit dem Wasser auszubauen. Denn bislang machen Flaschenwasser und Säfte gerade mal zehn Prozent des Umsatzes aus. Die Zukunft sollte farblos werden.

Neu war die Idee nicht. Denn in Flaschen verpacktes Wasser gilt seit vielen Jahren als eines der größten Wachstumssegmente in der Getränkeindustrie. In den Industriestaaten treibt die Wellness-Welle den Boom an, in den ärmeren Ländern ist es der Wunsch nach sauberem Trinkwasser, der die Umsätze sprudeln lässt.

Weltweit werden inzwischen mehr als 125 Milliarden Liter Wasser in Flaschen abgefüllt. Das boomende Geschäft beschert den Herstellern einen Umsatz von schätzungsweise 40 Milliarden Euro – allen voran den beiden Branchenriesen, dem Schweizer Nestlé-Konzern (Vittel, Contrex, Perrier, San Pellegrino) und Danone (Volvic, Evian) aus Frankreich, die schon vor Jahren den zukunftsträchtigen Markt entdeckten.

So genanntes Tafelwasser, bei dem es sich nicht um natürliches Mineral-, sondern um aufbereitetes Leitungswasser handelt, gehört unter Markennamen wie Bonaqua zwar seit langem zur Produkt-Palette des Coke-Imperiums. Doch ernsthaft angegangen wurde das Geschäft erst unter der Ägide von Daft.

A. FROESE / CARO

Coke-Abfüllung in Deutschland: *„Essenz des Kapitalismus“*

Zunächst schien alles nach Plan zu laufen. Innerhalb kurzer Zeit eroberte der Konzern in Indien, Mexiko und der Türkei mit Marken wie Kinley, Ciel und Turkuaz Platz eins. In den USA, wo Erzkonkurrent Pepsi mit Aquafina die Spitzenposition hält, sprang Coke mit dem 1999 kreierten Tafelwasser Dasani auf Platz zwei.

Für 2004 stand die Eroberung Europas auf dem Masterplan der Manager aus Atlanta. Denn die Kunden in Europa sind mit Abstand am durstigsten, wenn es um Wasser geht, vor allem in Italien und Frankreich. Aber auch die Deutschen holen kräftig auf.

Pepsi-Werbestar Spears: *Gigantischer Aufwand*

Seit 1970 hat sich hier zu Lande der Pro-Kopf-Verbrauch von Mineralwasser verzehnfacht. Im vergangenen Jahr tranken die Deutschen sogar erstmals mehr Wasser als Bier.

„So rein, wie Wasser sein kann“ überschrieben die Strategen des US-Multis ihre Werbekampagne, als sie Anfang des Jahres in England mit Dasani den Angriff auf den europäischen Markt starteten. Das „Getränk der Entspannung, der Reinheit und der Erneuerung“ werde mit einem aus der Raumfahrttechnik bekannten Verfahren aufbereitet. Durch die anschließende Zugabe von Mineralien werde ein „perfektes Gleichgewicht“ erzielt, tönten die Werber – ohne zu bedenken, dass Tafelwasser bei europäischen Verbrauchern meist als zweitklassig eingestuft wird.

So brach schon ein Sturm der Entrüstung los, als die Engländer entdeckten, dass es sich bei dem Getränk schlicht um aufbereitetes Leitungswasser handelt. Denn im Laden kostete die Flasche umgerechnet rund 1,40 Euro, während die gleiche Menge Wasser aus dem Hahn für 0,05 Cent zu haben ist.

Als sich dann noch herausstellte, dass bei der Aufbereitung das an sich saubere Leitungswasser mit Schadstoffen versetzt wurde, die bei längerer Einnahme zu Krebserkrankungen führen können, war der GAU perfekt. Eilig ließ der Konzern Millionen von Flaschen aus den Supermärkten zurückholen und stellte Ende März die komplette Produktion ein.

Kurz darauf wurden auch die Pläne zur Einführung von Dasani in Frankreich und Deutschland gestoppt. Der Werbespot verschwand im Archiv.

Anders als in England sollte Dasani auf dem Kontinent zwar aus Mineralquellen abgefüllt werden. Doch ob dieser Unterschied den Kunden nach dem Flop in England noch zu vermitteln ist, bezweifeln selbst die Experten beim Coke-Giganten. Die Entscheidung, heißt es in der Deutschland-Zentrale in Berlin, werde wohl erst Dafts Nachfolger treffen.

Das selbstgesteckte Ziel, bis Ende 2005 zu einem der führenden Anbieter im heiß umkämpften europäischen Wassermarkt zu werden, hat der Konzern aus Atlanta jedenfalls erst einmal gründlich verfehlt.

KLAUS-PETER KERBUSK

INDIEN

Digitale Demokratie

Modernste Technik soll verhindern, dass es bei den am Dienstag beginnenden Parlamentswahlen zu Unregelmäßigkeiten kommt. Fast 700 Millionen Inder können, in vier Etappen, bis zum 10. Mai in sämtlichen 700 000 Wahllokalen mit Hilfe digitaler Boxen abstimmen – selbst im 5200 Meter hoch gelegenen Himalaja-Dorf Pastan. Die Apparate werden per Knopfdruck bedient, speichern die Voten und gelten als manipulationssicher. Sie sollen die jahrzehntelange Praxis des Urnendiebstahls verhindern und außerdem Analphabeten, immerhin an die 40 Prozent aller Inder, die Stimmabgabe erleichtern. Experten sind eigens aus Russland, den USA und sogar aus Pakistan angereist, um der vollelektronischen Wahl in der größten Demokratie der Welt beizuwohnen. Weitere Neuerungen sollen für zusätzliche Transparenz sorgen: Alle Kandidaten müssen ihre Eigentumsverhältnisse, Steuererklärungen und etwaige Vorstrafen öffentlich darlegen.

Hauptrivalen um die Macht in Neu-Delhi sind die mit einer Vielparteienkoalition regierende Hindu-Partei BJP von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee sowie Sonia Gandhis oppositionelle Kongress-Partei. Beide führten einen teilweise grellen Wahlkampf unter Einsatz von muskelbepackten Filmstars und Schönheitsköniginnen, die sich sogar huldvoll in Slums bemühten. Der Auftritt des Wahlkampfmanagers von Vajpayee in dessen Wahlkreis Lucknow vergangene Woche stand allerdings unter keinem guten Stern. Beim Ansturm auf Saris (Marktwert 0,80 Euro), die als Werbegeschenke verteilt wurden, kamen 26 Frauen und Kinder ums Leben.

Jüngste Umfragen gehen von einem deutlichen Sieg des populären Amtsinhabers und Hobbydichters Vajpayee aus – wegen Indiens positiver Wirtschaftsdaten und des Versöhnungskurses gegenüber Pakistan. Seine Nationale Demokratische Allianz kann mit 279 von 543 Sitzen rechnen, mit 197 allein die BJP. Gandhis Kongress-Partei hingegen werden nur 101 Mandate vorhergesagt. Es wäre das schlechteste Ergebnis in der Parteigeschichte.

RAJESH KUMAR SINGH / AP

Ministerpräsident Vajpayee

EMMANUEL DUNAND / AFP

Oppositionsführerin Gandhi

ACTION PRESS

Tarnkappenbomber F-117

TSCHECHIEN

Heißes Gerät

China interessiert sich offenbar für das tschechische Luftüberwachungssystem „Věra-E“, ein Hightech-Produkt, das auch Briten und Franzosen schon getestet haben. Věra-E soll auf bis zu 450 Kilometer Entfernung sogar Tarnkappenbomber wie die amerikanischen F-117-Jets lokalisieren können. Das Gerät wird von der ostböhmischen Firma Era in Pardubice hergestellt. Es sendet, anders als ein Radar, keine Strahlen aus, sondern fängt passiv Signale auf, die von Flugzeugen ausgehen. Industrieminister Milan Urban hat der Waffenexportfirma Omnipol bereits eine Ausfuhrgenehmigung erteilt. Tschechien setzt große Hoffnungen in den Rüstungsartikel: Er könne Präsident Václav Klaus, der dieser Tage mit einer Handelsdelegation China bereist, „die Türen öffnen“, schreibt die Zeitung „Právo“. Widerstand gegen einen solchen Deal kommt jedoch aus dem Außenministerium, dessen Chef Cyril Svoboda Verstimmungen in Washington und Brüssel befürchtet. Věra-E wird bisher nur von der tschechischen Armee eingesetzt, unter anderem am Prager Flughafen Ruzyné zum Schutz gegen Terrorangriffe.

CHINA

„Die roten Zahlen schrumpfen“

Zhang Lichang, 64, gehört als Mitglied des 25-köpfigen KP-Politbüros zum innersten Kreis der Pekinger Führung. Der Parteichef und ehemalige Bürgermeister der Industrie- und Hafenstadt Tianjin gilt als ausgewiesener Reformer.

CNS / IMAGINECHINA

SPIEGEL: Die Regierung freut sich über das kräftige Wirtschaftswachstum. Doch angesichts einer Steigerung von 9,2 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt warnen selbst chinesische Fachleute vor einer Überhitzung der Konjunktur. Besorgt Sie das?

Zhang: Statistiken und Prozentzahlen erzählen nicht die ganze Geschichte. Verglichen mit Deutschland liegen wir etwa beim technischen Fortschritt und beim Durchschnittseinkommen noch weit zurück. Wir haben nach vielen Jahren harter Anstrengungen erst einmal gute Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung geschaffen.

SPIEGEL: Müssen Sie abbremsen?

Zhang: Nein, wir haben zwar zeitweilig unter Deflation gelitten; der Absatz von Konsumgütern stagnierte – weltweit und auch auf unseren Märkten. Aber die Führung hat trotzdem mit Staatsanleihen die Investitionen angekurbelt, vor allem in den Inlandsprovinzen. Das hat noch rascheres Wachstum beschert, sollte uns aber nicht schrecken.

SPIEGEL: Dennoch gibt es eine dramatische Kluft zwischen reichen Küstenprovinzen und rückständigen Inlandsregionen.

Zhang: Glauben Sie mir, die Führung ist sich der Probleme bewusst. Ja, die Konjunktur wächst erstaunlich, und zugleich verdienen die Bauern noch viel zu wenig. Auch die Arbeitslosigkeit wächst.

SPIEGEL: So schnell wie die Verschuldung?

Zhang: Immerhin sanken 2003 die Staatsschulden um eine Milliarde Euro. Überdies haben wir Ausgaben in Höhe von rund drei Milliarden um ein Jahr verschoben. Die roten Zahlen schrumpfen.

Tianjin

SPIEGEL: Dafür steigen die Preise.

Zhang: Wir leugnen das Problem nicht. Dennoch sind die Lebenshaltungskosten in den letzten 20 Monaten einigermaßen stabil geblieben. Hätten wir wirklich eine überhitzte Konjunktur, dann müsste sich das in einer steigenden Inflationsrate niederschlagen. Grundsätzlich stimmt die Richtung. Gerade ein Land wie Deutschland profitiert doch vom Tempo und Ausmaß unseres Aufbaus, durch Großaufträge beim Stahl oder Anlagenbau …

SPIEGEL: … wogegen in den USA im Wahlkampf die Frage gestellt wird, ob Arbeitsplätze nach China exportiert werden.

HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

„Koffieshop“ in Harlem

NIEDERLANDE

Ende der Toleranz

Seit der Ermordung des Rechtspopulisten Pim Fortuyn im Mai 2002 stellen die Regierungsparteien fast alles auf den Prüfstand, was bislang die traditionelle niederländische Toleranzkultur ausmachte. Neuerdings wollen sie Einwanderern in den ersten sieben Jahren das Recht auf Wohlfahrtsleistungen verweigern, die doppelte Staatsbürgerschaft endgültig abschaffen und renitente Schüler in Besserungsanstalten stecken. Besondere Aufmerksamkeit widmet die rechtsorientierte Koalition neben dem Reizthema Immigranten der Drogenszene. Bereits Anfang des Jahres hatten die oppositionellen Sozialisten angeregt, „Koffieshops“ aus Wohnvierteln zu verbannen und den illegalen Cannabisanbau daheim schärfer zu verfolgen. Gesundheits-, Justiz- und Innenminister schlagen nun außerdem vor, Ausländern den Kauf weicher Drogen generell zu untersagen, zumindest im Grenzgebiet, womöglich aber auch in Amsterdam und anderen Städten. Für Einheimische hat die Regierung ein Verbot von „Nederwiet“ in petto: Diese holländische Cannabissorte sei derart hochgezüchtet, dass man sie fast als harte Droge bezeichnen müsse. Ein Großteil der Bevölkerung begrüßt den restriktiven Kurs der Regierung. Kritik kommt lediglich vom äußersten linken Flügel des Parteienspektrums. Die größte Oppositionspartei hingegen, die sozialdemokratische PvdA, ist in den wesentlichen Punkten ganz an der Seite des christdemokratischen Premiers Jan Peter Balkenende.

IRAK

Atomschrott aus Saddams Fabriken

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) warnt vor einem schwunghaften Handel mit Schrott aus dem irakischen Nuklearkomplex, der

BULLIT MARQUEZ / AP

IAEA-Inspektoren bei Bagdad (2003)

IMAGINECHINA

Zhang: Es gibt Länder, die uns vorwerfen, unsere Produkte seien zu billig und wir verkauften zu Dumping-Preisen. Daraus folgen dann Reibungen und Streit um Handels- und Zahlungsbilanzen. Deshalb bauen wir unsere Exportvergünstigungen ab, senken die Zölle für Importe und erleichtern ausländische Investitionen.

SPIEGEL: Was erhoffen Sie sich davon?

Zhang: Wir wollen mit dem Import von Kapital und Know-how, fortschrittlicher Technik und modernem Management neue Produkte schaffen. Davon profitieren die ausländischen Unternehmer und unsere chinesischen Arbeitnehmer.

teilweise hoch verstrahlt ist. In einem Brief an den Uno-Sicherheitsrat forderte der Chef der Behörde, Mohammed al-Baradei, dass die von den USA geführten Besatzungstruppen die Bewachung der ehemaligen Atomeinrichtungen übernehmen sollten. Nur so ließen sich weitere Plünderungen verhindern.

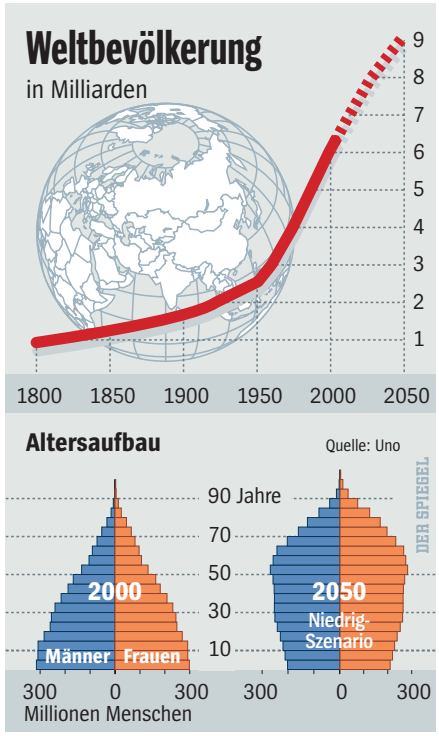
Bereits im vergangenen Dezember war auf einem Schrottplatz nahe der niederländischen Hafenstadt Rotterdam ein Metallbehälter mit irakischem Uranoxidpulver aufgetaucht. Die alarmierten Atomkontrolleure stellten mit Hilfe von Satellitenbildern fest, dass vor allem Maschinen und Bauteile, die zur Anreicherung von Uran dienen können, verschwanden. Sogar ganze Gebäude in stillgelegten Atomanlagen seien demontiert worden. Die IAEA hatte die Einrichtungen versiegelt, nachdem Inspektionen ergaben, dass dort entgegen Behauptungen der US-Regierung in Washington nicht an der Atombombe gearbeitet worden war.

Nach den bisherigen Feststellungen verkaufen Iraker hochwertige Materialien aus den stillgelegten Fabriken und auch Teile demontierter Raketen an einen jordanischen Schrotthändler. Der exportiert das Material weiter nach Europa.

DEMOGRAFIE

Immer mehr, immer älter

Eine in Washington vorgelegte Regierungsstudie liefert frische Zahlen zum Bevölkerungswachstum und zur aktuellen Altersdebatte. Demnach werden Mitte des Jahrhunderts weltweit 9,2 Milliarden Menschen leben, 3 Milliarden mehr als heute. Jeder Dritte werde älter als 65 Jahre sein, gut 400 Millionen seien sogar über 80 – mehr als die momentane Bürgerschaft der Europäischen Union. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen hingegen bleibe weitgehend konstant. Für 88 Staaten erwarten die Demografen einen Schwund, abhängig nicht zuletzt von Empfängnisverhütung und dem Ausmaß der Aids-Pandemie. Noch 1990 gebar jede Frau durchschnittlich 3,3 Kinder, 2002 waren es 2,6. Derzeit vermehre sich die Menschheit Jahr für Jahr um die Einwohnerzahl Ägyptens (74 Millionen). Besonders kritisch sei die Lage Indiens: Dort werde die Bevölkerung um 500 Millionen wachsen – auf die Rekordmarke von 1,6 Milliarden.



S. ZHUMATOV / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Präsident Nasarbajew

ANDY FREEBERG

Ex-Berater Giffen

KASACHSTAN

Heimliche Konten

Wegen massiver Korruptionsvorwürfe gerät Nursultan Nasarbajew, Präsident der ölreichen ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan, unter Druck. Der seit 13 Jahren autoritär regierende frühere KP-Chef, berüchtigt für Einschränkungen von Wahl- und Medienfreiheit, muss fürchten, Gegenstand eines spektakulären Prozesses in den USA zu werden. Gegen seinen ehemaligen Berater James Giffen, Privatbanker und US-Bürger, wird Mitte Mai vor einem New Yorker Bezirksgericht ein Verfahren wegen Korruption im Ausland eröffnet.

Die Anklage wirft Giffen vor, er habe mittels seiner Bank Mercator von 1995 bis 2000 wichtige Beamte Kasachstans mit 78 Millionen Dollar bestochen und außerdem mit Luxusyachten und Juwelen bei Laune gehalten. Es ging um Ölgeschäfte; Giffen war unter anderem für Mobil Oil als Vermittler tätig. Allein für Anteile am Tengis-Ölfeld soll er die Zahlung von 22 Millionen Dollar auf ein Schweizer Nummernkonto veranlasst haben, das „von zwei hochrangigen kasachischen Offiziellen“ kontrolliert wurde. Giffen überraschte die Ermittler jetzt mit der Aussage, er sei mit Wissen der CIA tätig gewesen. Der Geheimdienst hat dies bislang weder bestätigt noch dementiert, Giffen bestreitet alle Vorwürfe. Nasarbajew droht im Zuge des Prozesses eine Einreisesperre in die USA und damit die internationale Isolation. Ohnehin gilt der Bauernsohn und frühere Hilfsarbeiter dort wegen seiner Schaukelpolitik zwischen Moskau und Washington als zu Russland-freundlich; Bushs Leute verstärken deshalb momentan ihre Kontakte zur kasachischen Opposition. Republikanische Hardliner setzen bereits auf einen Sturz des Herrschers nach dem Vorbild der georgischen „Rosen-Revolution“.

IMAGINECHINA

Zhang: Es gibt Länder, die uns vorwerfen, unsere Produkte seien zu billig und wir verkauften zu Dumping-Preisen. Daraus folgen dann Reibungen und Streit um Handels- und Zahlungsbilanzen. Deshalb bauen wir unsere Exportvergünstigungen ab, senken die Zölle für Importe und erleichtern ausländische Investitionen.

SPIEGEL: Was erhoffen Sie sich davon?

Zhang: Wir wollen mit dem Import von Kapital und Know-how, fortschrittlicher Technik und modernem Management neue Produkte schaffen. Davon profitieren die ausländischen Unternehmer und unsere chinesischen Arbeitnehmer.

teilweise hoch verstrahlt ist. In einem Brief an den Uno-Sicherheitsrat forderte der Chef der Behörde, Mohammed al-Baradei, dass die von den USA geführten Besatzungstruppen die Bewachung der ehemaligen Atomeinrichtungen übernehmen sollten. Nur so ließen sich weitere Plünderungen verhindern.

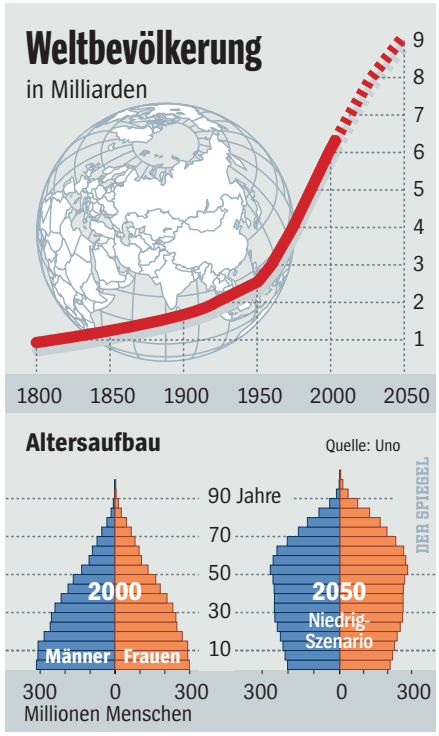
Bereits im vergangenen Dezember war auf einem Schrottplatz nahe der niederländischen Hafenstadt Rotterdam ein Metallbehälter mit irakischem Uranoxidpulver aufgetaucht. Die alarmierten Atomkontrolleure stellten mit Hilfe von Satellitenbildern fest, dass vor allem Maschinen und Bauteile, die zur Anreicherung von Uran dienen können, verschwanden. Sogar ganze Gebäude in stillgelegten Atomanlagen seien demontiert worden. Die IAEA hatte die Einrichtungen versiegelt, nachdem Inspektionen ergaben, dass dort entgegen Behauptungen der US-Regierung in Washington nicht an der Atombombe gearbeitet worden war.

Nach den bisherigen Feststellungen verkaufen Iraker hochwertige Materialien aus den stillgelegten Fabriken und auch Teile demontierter Raketen an einen jordanischen Schrotthändler. Der exportiert das Material weiter nach Europa.

DEMOGRAFIE

Immer mehr, immer älter

Eine in Washington vorgelegte Regierungsstudie liefert frische Zahlen zum Bevölkerungswachstum und zur aktuellen Altersdebatte. Demnach werden Mitte des Jahrhunderts weltweit 9,2 Milliarden Menschen leben, 3 Milliarden mehr als heute. Jeder Dritte werde älter als 65 Jahre sein, gut 400 Millionen seien sogar über 80 – mehr als die momentane Bürgerschaft der Europäischen Union. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen hingegen bleibe weitgehend konstant. Für 88 Staaten erwarten die Demografen einen Schwund, abhängig nicht zuletzt von Empfängnisverhütung und dem Ausmaß der Aids-Pandemie. Noch 1990 gebar jede Frau durchschnittlich 3,3 Kinder, 2002 waren es 2,6. Derzeit vermehre sich die Menschheit Jahr für Jahr um die Einwohnerzahl Ägyptens (74 Millionen). Besonders kritisch sei die Lage Indiens: Dort werde die Bevölkerung um 500 Millionen wachsen – auf die Rekordmarke von 1,6 Milliarden.



S. ZHUMATOV / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Präsident Nasarbajew

ANDY FREEBERG

Ex-Berater Giffen

KASACHSTAN

Heimliche Konten

Wegen massiver Korruptionsvorwürfe gerät Nursultan Nasarbajew, Präsident der ölreichen ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan, unter Druck. Der seit 13 Jahren autoritär regierende frühere KP-Chef, berüchtigt für Einschränkungen von Wahl- und Medienfreiheit, muss fürchten, Gegenstand eines spektakulären Prozesses in den USA zu werden. Gegen seinen ehemaligen Berater James Giffen, Privatbanker und US-Bürger, wird Mitte Mai vor einem New Yorker Bezirksgericht ein Verfahren wegen Korruption im Ausland eröffnet.

Die Anklage wirft Giffen vor, er habe mittels seiner Bank Mercator von 1995 bis 2000 wichtige Beamte Kasachstans mit 78 Millionen Dollar bestochen und außerdem mit Luxusyachten und Juwelen bei Laune gehalten. Es ging um Ölgeschäfte; Giffen war unter anderem für Mobil Oil als Vermittler tätig. Allein für Anteile am Tengis-Ölfeld soll er die Zahlung von 22 Millionen Dollar auf ein Schweizer Nummernkonto veranlasst haben, das „von zwei hochrangigen kasachischen Offiziellen“ kontrolliert wurde. Giffen überraschte die Ermittler jetzt mit der Aussage, er sei mit Wissen der CIA tätig gewesen. Der Geheimdienst hat dies bislang weder bestätigt noch dementiert, Giffen bestreitet alle Vorwürfe. Nasarbajew droht im Zuge des Prozesses eine Einreisesperre in die USA und damit die internationale Isolation. Ohnehin gilt der Bauernsohn und frühere Hilfsarbeiter dort wegen seiner Schaukelpolitik zwischen Moskau und Washington als zu Russland-freundlich; Bushs Leute verstärken deshalb momentan ihre Kontakte zur kasachischen Opposition. Republikanische Hardliner setzen bereits auf einen Sturz des Herrschers nach dem Vorbild der georgischen „Rosen-Revolution“.

Das Comeback eines Krieges

Amerikas tiefste Ängste lassen sich in einem Wort zusammenfassen: Vietnam. Nun konfrontiert das Chaos im Irak die Supermacht mit ihrem Trauma. Viele US-Bürger fürchten bereits, dass ihr Land abermals im Sumpf eines Guerillakriegs versacken könnte.

Sie kommen nach Hause. Nicht als strahlende Sieger ferner Schlachten, von begeisterten Landsleuten als Helden umjubelt, Konfetti-umweht. Sie kommen in aller Heimlichkeit, meist nachts, Fotografieren streng verboten. Sie kommen in Leichensäcken.

Alle im Irak-Krieg gefallenen amerikanischen Soldaten müssen nach den Vorschriften der amerikanischen Streitkräfte zuerst in die Dover Air Force Base im US-Staat Delaware gebracht werden, nicht später als 48 Stunden nach ihrem Tod. Riesige C-5-Galaxy-Transportflugzeuge spucken die Särge mit den menschlichen Überresten aus, mit Sternenbannern geschmückt. Kleinlaster transportieren sie über das weite Rollfeld hinüber zum nahen Leichenschauhaus. Dort spricht einer der sechs Priester des Luftwaffenstützpunkts ein kurzes Gebet, bevor die Identifizierung beginnt, dann das Herrichten für die letzte Reise zu den trauernden Familien.

Eine „Atmosphäre wie in einer Kathedrale“ herrsche hier, meint einer der Ärzte. „Amerika erfährt nicht, wie respektvoll mit den Überresten umgegangen wird“, sagt bedauernd Kaplan John Groth einem Reporter der „New York Times“, der sich beim ersten Journalistenbesuch seit langer Zeit nur ohne Kamera bewegen darf. „Obwohl die Särge nach der Untersuchung geschlossen und versiegelt werden, bügeln Soldaten die Uniformen der Gefallenen immer noch einmal auf. ‚Herrichten‘ beschreibt nicht einmal annähernd, was die Kameraden tun.“

Präsident George W. Bush hat bisher noch kein Militärbegräbnis besucht, Dover bleibt in den Fernsehnachrichten ausgeblendet. Amerika soll mit den menschlichen Kosten des Irak-Kriegs offensichtlich möglichst wenig konfrontiert werden.

US-Soldaten bei der Gefangennahme von Gegnern in Vietnam (1966): *Verlorene Unschuld*

Auf dem Stützpunkt spricht man vom „Dover-Test“, den vor allem das Pentagon fürchte: Wie viele Tote akzeptiert die amerikanische Öffentlichkeit, bevor sie gegen einen Truppeneinsatz in einem fremden Land rebelliert – womöglich wie damals vor gut 35 Jahren, als es diesen anderen amerikanischen Alptraumkrieg gab, noch weiter weg, im Fernen Osten?

Das V-Wort sprechen sie nicht aus auf der Basis, es ist tabu bei Ärzten, Soldaten, Seelsorgern. Und doch: Wenn jetzt die Opferzahlen so bedrohlich steigen, werden da

US-Soldaten im Irak

Staatschef Bush (am 13. April)
„Stabile Lage“

nicht zwangsweise schmerzliche Erinnerungen wach an Tet-Offensive, Ho Tschiminh und Apocalypse Now?

Das V-Wort – „Vietnam“ –, verbunden mit dem „Sumpf“ („quagmire“), aus dem die amerikanische Nation sich so lange nicht befreien konnte, tauchte erstmals in den Tagen auf, als der Vormarsch der übermächtigen US-Armee Ende März 2003 im Sandsturm vor Bagdad vorübergehend ins Stocken geriet. Der Vergleich hat die amerikanischen Unternehmungen im Irak weiter begleitet, vor allem in den letzten Monaten, als klar wurde, dass ein immer größerer Anteil der einheimischen Bevölkerung die Amerikaner heute wie damals eher als Besatzungsmacht denn als Befreier sieht.

Doch erst jetzt, da ein allseits anerkannter Elder Statesman der amerikanischen Politik, im achten Jahrzehnt seines Lebens und im fünften Jahrzehnt seiner Senatoren-Karriere, bei einer öffentlichen Rede Bagdad mit Saigon verglichen hat, sind die Dämme gebrochen: Amerika diskutiert die Frage: Irak gleich oder ungleich Vietnam, mit all ihren schmerzhaften Konsequenzen. Edward Moore Kennedy, 72, demokratischer Senator aus Massachusetts, letzter politisch aktiver Spross der legendären „Camelot“-Familie und Bruder von JFK (der die Eskalation des amerikanischen Vietnam-Engagements mit jenen ersten 16 000 Soldaten begann, die er nach Fernost schickte), sagte vor der Brookings Institution: „Dieser Präsident hat das Band des Vertrauens zum amerikanischen Volk zerschnitten und uns außenpolitisch isoliert. Das Land braucht einen neuen Führer. Der Irak ist Bushs Vietnam.“

Wie eine Bombe schlug das Wort des alten Löwen Kennedy ein und spaltete die amerikanische Öffentlichkeit. „Ein absolut unzutreffender Vergleich“, wiegelte der Präsident auf seiner Pressekonferenz am vorigen Dienstag ab. Er will verhindern, dass die Dämonen der Vergangenheit auch dieses Unternehmen belasten, das er inzwischen ausschließlich als Befreiungsschlag für das irakische Volk betrachtet.

Zu spät. Im gleichen Augenblick, in dem der US-Präsident – weit jenseits aller Rea-

CORBIS / PICTURE PRESS (L.); CRIS BOURONCLE / AFP (M.); ROGER L. WOLLENBERG / UPI / GAMMA /STUDIO X (R.)

AP (L.); ROMEO GACAD / AFP (R.)

Amerikanische Kampfhubschrauber in Südvietnam: *„Ich liebe den Geruch von Napalm im Morgengrauen“*

lität – von einer überwiegend „stabilen Lage“ sprach, taumelte der Irak dem Chaos entgegen. Die beiden ersten Wochen im April gerieten zur blutigsten Zeit des gesamten Irak-Kriegs, den der Präsident nach einem peinlichen Macho-Auftritt auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ bereits vor einem Jahr für beendet gewähnt hatte: „Mission accomplished“.

Nichts war erledigt: Überfälle auf die Besatzer und Gefechte mit Aufständischen erschütterten das ganze Land. 99 gefallene Soldaten in 14 Tagen hatten die Amerikaner zu beklagen. Die Anzahl der getöteten Gegner – die Schätzungen belaufen sich auf 1500 bis 2500 – gaben die Besatzungstruppen gar nicht erst bekannt. Aus Furcht, Erinnerungen an die „body counts“ des Vietnam-Kriegs zu wecken.

Nach anhaltenden blutigen Gefechten leerten sich vorige Woche in Bagdad die Straßen. Die Läden, die sonst bis auf die Bürgersteige überquellen mit Elektronik und Haushaltswaren, blieben geschlossen, die Kinder trauten sich nicht mehr zur Schule. Auch wirtschaftlich erlitt der neue Irak durch die Wiederkehr des Krieges einen ernsten Rückschlag – eine mit großem Aufwand geplante Messe für weltweite Investoren musste vorletzte Woche wegen der Kampfhandlungen abgesagt werden.

Auf ihre neuesten Verbündeten, die von privaten amerikanischen Sicherheitsfirmen nun im Rekordtempo gedrillte irakische Armee, konnten sich die Besatzer nicht verlassen – die Rekruten flohen, als die ersten Schüsse durch die Straßen peitschten. Internationalen Aufbauhelfern war das Chaos ein Signal zur Flucht. Als erste ausländische Nation startete Russland eine Rückholaktion für seine Landsleute. Mit Flugzeugen des Zivilschutzes sollten insgesamt 800 Russen und Bürger früherer Sowjetrepubliken evakuiert werden. Auch die meisten Helfer des Roten Kreuzes flogen ihre Mitarbeiter nach Amman aus, was im ganzen Land zu Engpässen in den Krankenhäusern führte.

Der überstürzte Aufbruch erschien unvermeidlich – alle Mitglieder der Koalition der Willigen, aber auch andere Westler, waren ins Visier der Aufständischen geraten. Für viele wurde die Haupteinfallstraße in den Irak, die Autobahn von Amman nach Bagdad, zur Falle. Den Angriffen fielen auch zwei Deutsche zum Opfer. Die beiden GSG-9-Beamten, abgestellt zum Schutz der deutschen Botschaft, wurden in der Nähe von Falludscha aus dem Hinterhalt erschossen.

Ungefähr 40 Ausländer befanden sich noch Ende vergangener Woche in der Gewalt von Enführern. Drei japanischen Geiseln, inzwischen wieder in Freiheit, hatten die Kidnapper angedroht, sie bei lebendigem Leib zu verbrennen, wenn ihre Forderung nach Abzug der japanischen Hilfetruppen nicht erfüllt würde. Wie ernst solche Erpressungen gemeint waren, zeigte die Hinrichtung der italienischen Geisel Fabrizio Quattrocchi (siehe Seite 126).

Und noch ein Alptraum: Hunderte von Kämpfern und Terroristen aus der arabischen Welt sickerten ins Land ein, mit nur einem einzigen Ziel – den Besatzern ein blutiges Gefecht zu liefern. Vorigen Freitag setzten die Amerikaner ihre mächtigsten Waffen ein, um die sunnitische Rebellenhochburg Falludscha ruhig zu stellen. Der Rauchpilz einer 1000-Kilogramm-Bombe hüllte ganze Straßenzüge ein.

Auch der gefährlichste Konflikt, dem sich die Amerikaner im besetzten Irak gegenübersahen, ist noch immer nicht entschärft – die Konfrontation mit den radikalen Anhängern des Schiiten-Führers Muktada al-Sadr. US-Truppen umzingelten vorige Woche die heiligen Städte der Schiiten, Kerbela und Nadschaf. Auf Bitten der Koalition hatten die Glaubensbrüder in Iran eine Unterhändlerkommission geschickt, die sich aber weigerte, mit den Amerikanern zu verhandeln – Unbekannte hatten einen iranischen Diplomaten mitten in Bagdad in seinem Wagen erschossen.

Sadr, der junge Wilde aus dem angesehenen Ajatollah-Geschlecht der Sadrs, hatte alle Schiiten zum Aufstand gegen die Amerikaner aufgerufen, die ihn, laut Aussage von US-General Ricardo Sanchez „tot oder lebendig“ ergreifen wollten. Seine in der so genannten Armee des Mahdi zusammengefassten Milizen hatten in Bagdad US-Soldaten in den Hinterhalt gelockt und getötet.

Nun brennen die islamistischen Kämpfer darauf, den Amerikanern eine blutige Lektion im Guerillakampf zu erteilen, sollten sie es wagen, ihre Drohung wahr zu machen, die heilige Stadt zu erobern und Sadr festzunehmen.

Schon hat auch der von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit geachtete – und bislang moderate – Großajatollah Ali al-Sistani angekündigt, er werde alle Iraker zur Intifada aufrufen, falls die Amerikaner es wagen sollten, in die Pilgerstadt Nadschaf einzumarschieren.

Dort, inmitten seiner zum Martyrium nur allzu bereiten Anhänger verschanzt, weigert sich Sadr beharrlich, die Armee des Mahdi aufzulösen, wie es die Koalitionstruppen fordern. Über Vertreter wandte er sich direkt an den US-Präsidenten. In einer verlesenen Predigt drohte er: „Ich wende mich an meinen Feind Bush – jetzt kämpfst du gegen eine ganze Nation, von Nord nach Süd, von Ost nach West. Wir raten dir, dich aus dem Irak zurückzuziehen,

Aufmarsch von Armee-Einheiten in der Wüste von Kuweit (2003): *Apocalypse again?*

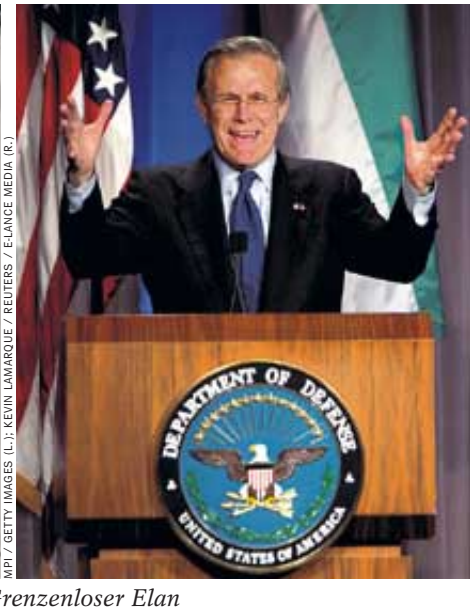
oder du verlierst die Wahlen, für die du so kämpfst."

Ein tückischer Rat. Fast augenzwinkernd macht Sadr seinem Gegner die unabdingbare Voraussetzung klar, ohne die Bush sich keine Hoffnung auf eine zweite Amtszeit zu machen braucht – Ruhe im Irak. Doch genau die ist derzeit nicht zu haben.

Denn die Bilder von kämpfenden Aufständischen, von überfallenen Konvois, von brennenden Moscheen, von getöteten Ausländern; die Bilder von sterbenden amerikanischen Soldaten und von Kampfeinheiten, die über der Leiche eines gefallenen Kameraden beten, von den Marineinfanteristen, die in US-Flaggen gehüllte Särge eskortieren – sie alle rufen in jedem Amerikaner, der sich noch daran erinnern kann, Assoziationen an die bestenfalls verdrängten Jahre von Vietnam hervor.

Lange Zeit hatte George W. Bush wie ein Super-Teflon-Präsident gewirkt, an dem jede Kritik, jeder Rückschlag auf dem Schlachtfeld abzuprallen schien. Doch jetzt sind seine Umfragewerte abgerutscht, sieben Punkte fiel er hinter seinen Herausforderer John Kerry zurück. 51 Prozent finden nun auch seine Vorgehensweise im Irak falsch, eine Mehrheit sieht durch die Invasion die Terrorgefahr nicht gemindert, sondern gesteigert. Und vier von zehn Amerikanern sind laut US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" in diesen Tagen besorgt darüber, dass aus dem Irak ein neues Vietnam wird.

Wieso wird die Nation dieses Trauma nicht los? Was spricht für, was gegen den Vergleich des Irak-Kriegs mit dieser großen, offensichtlich nie verheilenden kollektiven Wunde?



MPI / GETTY IMAGES (L.); KEVIN LAMARQUE / REUTERS / E+LANCE MEDIA (R.)

Kriegsplaner McNamara (1965), Rumsfeld: *Grenzenloser Elan*

Der Krieg, der nie wirklich zu Ende ging, der auch 30 Jahre nach der Flucht des letzten Hubschraubers vom Dach der US-Botschaft in Saigon noch schmerzt, war der erste in Übersee gefochtene Krieg, der die Amerikaner als Nation nicht enger zusammenschweißte. Vietnam zerriss das Land und das gleich mehrfach: Die smarten Söhne der weißen Mittelklasse, College-Kids wie Bill Clinton, der spätere Präsidenten-Vize Dan Quayle oder George W. Bush, konnten sich legal, halblegal, illegal dem Einberufungsbescheid entziehen. Vietnam war für Dumme, für Arme – und für Schwarze.

Diejenigen die kämpften, diejenigen, die, wie Pete Seeger sang, „bis zum Bauch im Schlamm steckten" und sich „vom Narren" in Washington immer tiefer in den Sumpf treiben lassen mussten, fühlten sich verhöhnt, wenn Filme wie Francis Ford Coppolas „Apocalypse Now" das Unternehmen Vietnam als unaufhaltbaren Abstieg in den Wahnsinn geißelten – zu den Klängen von Wagners Walkürenritt und mit dem Ruf: „Ich liebe den Geruch von Napalm im Morgengrauen."

Eine neue Erfahrung für Amerikaner: Ihre Truppen stellten nicht mehr die rettende Kavallerie, um die Geschichte zu einem guten Ende zu bringen. Jetzt ging die Jugend der ganzen Welt, im Westen wie im Osten, auf die Straße und demonstrierte zur ungläubigen Verblüffung der Amerikaner für den Feind: „Ho, Ho, Ho Tschi-minh". Und sie prangerte Exzesse an, wie den Blutrausch der Mörder in US-Uniform gegenüber den Dorfbewohnern von My Lai.

Im eigenen Land verlangten die Vietnam-Gegner von ihrem Präsidenten, der inzwischen Lyndon B. Johnson hieß, Antwort auf die Frage: „Hey, hey, LBJ, how many kids did you kill today?" Innerhalb von drei Jahren hatte Johnson die US-Präsenz in Vietnam von 23 000 auf rund eine halbe Million Soldaten verstärkt.

Dann begann der Krieg an der Heimatfront. Nachdem am 4. Mai 1970 Nationalgardisten auf dem Campus der Kent State University von Ohio vier Studenten erschossen, die gegen den Vietnam-Kurs von Präsident Richard Nixon demonstrierten, verwandelten sich die Universitäten im ganzen Land in Bürgerkriegszonen.

In Vietnam verlor Amerika seinen Kinderglauben an die guten Absichten seiner Präsidenten, die angemessene Mittel für hehre Ziele einsetzen. In Vietnam ging das Vertrauen in Amerikas moralische Sonderstellung unter den Nationen zu Grunde,

an seine militärische Unbesiegbarkeit und seine besondere Rolle in der Geschichte. Nach Vietnam war Amerika nicht mehr dasselbe Land wie zuvor: voller Selbstzweifel und auf der Suche nach den Schuldigen für den Verlust der Unschuld.

58 000 Amerikaner fielen im Zeitraum zwischen 1961 und 1973 – im Zweiten Weltkrieg waren es 400 000 gewesen, im ähnlich traumatischen Bürgerkrieg gar 500 000. Und doch war es die Lektion aus dem Vietnam-Krieg, die in den nächsten Dekaden dafür sorgte, dass US-Präsidenten Militäreinsätze nur in begrenztem Umfang anordnen konnten.

Für die Zeit nach dem schmählichen Abzug galt in der Außenpolitik das Dogma Henry Kissingers von der schwindenden Macht der USA, die der Altmeister der Diplomatie durch ein Netz von Abkommen und Rüstungsbeschränkungen mit den kommunistischen Rivalen absichern wollte. Selbst ein durch seine Brandreden ausgewiesener Bellizist wie Ronald Reagan ließ sich auf Militäreinsätze nur ein, wenn seine Luftwaffe sie ohne große Verluste ausführen konnte oder wenn es galt, ein paar US-Bürger auf einer Karibik-Insel wie Grenada in Sicherheit zu bringen.

Noch bei Clinton zeigte sich das Vietnam-Syndrom in ungebrochener Wirksamkeit. Der Kriegsgegner von einst holte US-Friedenstruppen aus Somalia sofort zurück, als die Fernsehstationen Bilder eines toten GI gezeigt hatten, den ein Mob durch die Straßen von Mogadischu schleifte.

Zwar hatte der Vater des jetzigen Präsidenten vor seinem Golfkrieg die Hoffnung geäußert, wenn alles vorbei sei, wäre „auch das so genannte Vietnam-Syndrom ein für alle Mal erledigt“. Nach der Befreiung Kuweits von irakischer Besatzung war er sich nicht mehr so sicher. Auf die Frage, warum er nicht nach Bagdad durchmarschiert sei, antwortete er lange nach dem Wüsten-Krieg: „Wenn wir uns für eine Invasion entschieden hätten, wären wir womöglich noch heute eine Besatzungsmacht in einem zutiefst feindlichen Land.“

Sein Sohn scheint von solchen Ängsten frei. Seine Landsleute sind es nicht: Das Wort „Irakisierung“ ruft den gefürchteten Ausdruck „Vietnamisierung“ hervor, jenen Euphemismus, der seit 1969 den allmählichen Rückzug der Amerikaner kaschieren sollte. In Wahrheit brachte er eine Ausweitung des Krieges nach Laos und Kambodscha mit sich. Er kostete weit über zwei Millionen Asiaten das Leben.

Robert Byrd, einer der ältesten Senatoren, fordert von seiner Regierung bereits einen Fahrplan für dem Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Denn auch Byrd vernimmt im Chaos des eigentlich längst besiegten Zweistromlands „Echos von Vietnam“ – und fürchtet sie.

Die Hybris der Macht

Alle Fehler nehmen ihren Anfang mit der Arroganz, die neu gewählte Präsidenten offenbar besonders leicht überkommt. Wie die Regierung Kennedy hielt sich die Regierung Bush für das Beste und Klügste, was Amerika zu bieten hat.

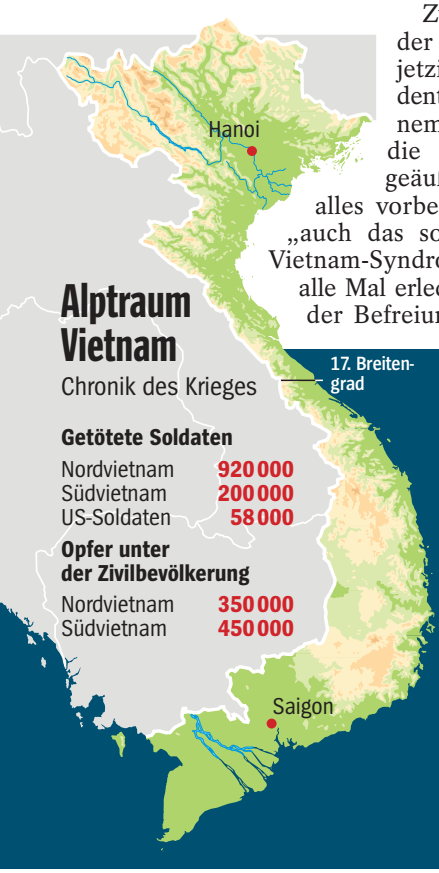
Auch die Verachtung für den Vorgänger teilten die beiden persönlich so unterschiedlichen Präsidenten. Kennedy kritisierte an Dwight D. Eisenhower, er sei viel zu zögerlich gewesen, als es um die kommunistische Bedrohung Südostasiens ging. Seinen Demokraten war vorgeworfen worden, nach dem Zweiten Weltkrieg China an die Kommunisten verloren zu haben. Aber Ike, der Weltkriegssieger über Deutschland, hatte die Niederlage der Franzosen und die Teilung Vietnams in einen kommunistischen Norden und einen prowestlichen Süden zugelassen. Er, Kennedy, wollte keinen weiteren Vormarsch der Kommunisten erlauben.

Nationalgarde-Pilot George W. Bush in Texas (1969),

Ganz ähnlich warf Bush seinem Vorgänger vor, amerikanisches Militär viel zu zögerlich und obendrein falsch eingesetzt zu haben. Sicher, auch Clinton hatte den Irak bombardiert, sogar jahrelang, aber immer nur mit geringsten Schäden – Luftabwehrstellungen in den beiden Flugverbotszonen des Landes. Dem Diktator von Bagdad konnten solche Nadelstiche nicht gefährlich werden.

Kennedys Selbstbeschreibung, er sei ein Idealist ohne Illusionen, würde sicher auch Bush für sich in Anspruch nehmen. Tatsächlich scharte sich Amerika nach den furchtbaren Anschlägen in New York und Washington wieder so vertrauensvoll um Bush, als sei das „Vietnam-Syndrom“ wirklich Vergangenheit.

Vorbei schien die Skepsis, dass der Präsident seine Überfülle an Macht falsch nutzen könne. Vorbei damit auch die Zeit der strengen Auflagen für die Instrumente der Macht aus Angst vor ihrem Missbrauch. Die Rehabilitation des Militärs, der CIA und des FBI verstanden sich nach dem 11. September 2001 zunächst wie von selbst. In der Woge des Patriotismus war es der Weltmacht auch keine große Debatte wert, ob der Krieg eigentlich das geeignete Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus



Alptraum Vietnam

Chronik des Krieges

Getötete Soldaten

Nordvietnam	920 000
Südvietnam	200 000
US-Soldaten	58 000

Opfer unter der Zivilbevölkerung

Nordvietnam	350 000
Südvietnam	450 000

1945 Kommunisten übernehmen nach Abzug der Japaner die Macht im Norden Vietnams, Ho Tschi-minh proklamiert in Hanoi die unabhängige Demokratische Republik Vietnam.

1946 Frankreich ruft in Südvietnam eine Gegenregierung aus.

1950 China und die Sowjetunion erkennen die Regierung in Nordvietnam an; Großbritannien und die USA schlagen sich auf die Seite Südvietnams.

1954 Auf der Genfer Indochina-Konferenz wird eine provisorische Teilung Vietnams entlang dem 17. Breitengrad und die Vorbereitung freier Wahlen beschlossen.

1955 Beginn der militärischen Unterstützung Saigons durch die USA.

1956 Südvietnams Machthaber Diem blockiert aus Angst vor einem Sieg der Kommunisten die geplanten gesamtvietnamesischen Wahlen.

1960 Bildung der Guerillaorganisation Vietcong in Südvietnam.

1962 Die USA stocken ihr Kontingent an militärischen Beratern von 700 auf 16 000 Mann auf.

1964 Nordvietnamesische Schiffe beschießen den US-Zerstörer „Maddox“ im Golf von Tonking. Der US-Kongress gibt in der Folge US-Präsident Johnson einen Blankoscheck für Militäraktionen in Vietnam.

Amerikanische B-52-Bomber über Vietnam

AP (L.); LAWRENCE FRANK (R.)

Vietnam-Kriegs-Gegner Kerry (1971): *Große Desillusionierung*

sein kann. Plötzlich kam dem Militärischen wieder der Primat zu.

Das war Anfang der sechziger Jahre nicht viel anders gewesen. Die Vorstellung, kleine, schlecht ausgerüstete Asiaten könnten gegen eine hochgerüstete Armee irgendetwas ausrichten, schien absurd. Wofür hielt man sich die teure, schimmernde Wehr? Das Vertrauen in die eigene technologische Überlegenheit war grenzenlos – bei den Kennedy-Kämpen wie bei den Bush-Kriegern. Wenn man es nur richtig anpackte, so die Überzeugung damals wie heute, war alles machbar.

Fallende Dominos

Wie damals in Vietnam gab sich das Weiße Haus auch diesmal hochfliegenden Ideen über den unausweichlichen Erfolg seiner Machtpolitik hin. Der Neokonservativismus ersetzte den Kalten Krieg durch den langen heißen Krieg gegen Osama Bin Laden und sein weit verzweigtes Netzwerk. Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen, hieß es in Washington.

Was ehedem Vietnam gewesen war – ein Bollwerk gegen die weitere Ausdehnung des Kommunismus –, sollte nun der Irak sein. Klang es nicht logisch, dass sich der weltweite Terrorismus in ebenjenen gescheiterten Schurkenstaaten eine Basis sucht, die allenfalls noch in ihrer erbitterten Gegnerschaft zu den USA zusammengehalten werden? Musste ein Diktator wie Saddam Hussein nicht zwangsweise Verbindungen zum Qaida-Terror haben? Bush wollte den Irak zu dem Staat machen, an dem sich die Zukunft der ganzen Weltgegend entscheidet.

1963 hatte US-Verteidigungsminister Robert McNamara in einer Sicherheitsdirektive vor den Folgen eines Falls von Südvietnam gewarnt. Ganz Ostasien werde unter kommunistische Herrschaft geraten, Thailand, die Philippinen würden alsbald folgen, Indien, ja sogar Australien wären bedroht. Nichts davon traf zu: Anders als die Präsidenten Kennedy und Johnson gemutmaßt hatten, war Ho Tschiminh zuerst ein Nationalist und keineswegs nur der Handlanger Moskaus oder Pekings im Kampf um die Vorherrschaft in Asien.

Der alten Dominotheorie gaben neokonservative Überzeugungstäter wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle nun eine neue Wendung: Wenn denn erst einmal ein demokratischer, marktwirtschaftlich orientierter Nach-Saddam-Staat in voller Blüte stehe, würden sich die anderen Staaten im Nahen Osten ein Beispiel daran nehmen, das Zeitalter des Feudalismus hinter sich lassen und ins Zeitalter der Demokratie eintreten. Derzeit jedoch geht vom Modell Irak nicht die geringste Überzeugungskraft aus, und die neue Dominotheorie scheint genauso unzutreffend, wie es die alte war.

Bei seiner Pressekonferenz am vorigen Dienstag hat Präsident Bush die Theorie abermals in ungewöhnlicher Emphase beschworen. Dabei trat bei ihm Freiheit an die Stelle der Demokratie, aber die eine ist wie die andere aus der Sicht des wiedergeborenen Christen „vom Allmächtigen den Menschen gegeben“ – und Amerika sein missionarischer Sendbote. So gedankenschlicht, so demonstrativ gläubig, so politisch naiv ist schon lange kein Präsident mehr vor seine Nation getreten.

Oder sollte es im Irak doch immer schon primär um etwas anderes gegangen sein: um Zugriff auf riesige Erdölreserven, auf strategische Militärbasen?

Die Kriegslüge

Vietnam und Irak, beides waren Kriege, die den USA nicht aufgezwungen worden waren. Die Regierungen hatten den Waffengang gewollt, hatten ihn vorbereitet, Anlass und Begründung wurden in beiden Fällen nachgeliefert.

Die Taliban waren zerschlagen, Osama Bin Laden in die Flucht gejagt, als US-Präsident Bush am 29. Januar 2002 in seiner Rede zur Lage der Nation die Zukunft des Kriegs gegen den Terrorismus beschrieb. Die gegnerischen Schurkenstaaten und ihre terroristischen Verbündeten hätten, so Bush, eine „Achse des Bösen“ gebildet. Sie könnten sich mit den Terroristen verbünden. Das jedoch werde er nicht zulassen: „Die USA werden es den gefährlichsten Regimen der Welt nicht erlauben, uns mit den verheerendsten Waffen zu bedrohen.“

Der Vorsatz zum Sturm auf Bagdad war da längst gefasst. Schon während des Afghanistan-Feldzugs ließ Bush den Irak-

1965 Mit der Operation „Rolling Thunder“ beginnen die USA mit der massiven Bombardierung Nordvietnams. Erste US-Kampftruppen landen in Südvietnam. Am Jahresende sind dort 200 000 US-Soldaten stationiert.

1966 Der US-Aufmarsch weitet sich aus. Am Jahresende sind 400 000 US-Soldaten in Südvietnam.

1967 Zunehmende Proteste gegen den Vietnam-Krieg in den USA. Am Jahresende sind 500 000 US-Soldaten in Südvietnam.

1968 Tet-Offensive des Vietcong; Guerillaeinheiten nehmen sogar Teile der Hauptstadt Saigon ein. Massaker von US-Truppen an Zivilisten im Dorf My Lai. US-Präsident Lyndon B. Johnson stoppt die Bombardierungen. In Paris beginnen erste Friedensgespräche. Richard Nixon wird zum neuen amerikanischen Präsidenten gewählt, Henry Kissinger wird sein Sicherheitsberater.

1969 Mit dem Begriff der „Vietnamisierung“ umschreibt Präsident Nixon seine Politik des schrittweisen Rückzugs von US-Truppen.

1972 Reguläre Truppen Nordvietnams stoßen über den 17. Breitengrad auf südvietnamesisches Territorium vor. Intensivierung amerikanischer Bombenangriffe auf Nordvietnam.

1973 Mit dem Waffenstillstandsabkommen in Paris endet die direkte amerikanische Beteiligung am Vietnam-Krieg, Ende März verlassen die letzten US-Truppen das Land. Der Bürgerkrieg aber geht unvermindert weiter.

1975 Am 30. April fällt Saigon, die kommunistischen Truppen erobern die Stadt. Der Vietnam-Krieg ist beendet.

US-Präsident Johnson besucht Truppen vor der Verlegung nach Vietnam

Von Amerikanern zerstörtes Dorf My Lai

DAP, AP, R. HAEBERLE/LIFE

JEROME DELAY / AP (L.); HUSSEIN MALLA / AP (R.)

US-Soldaten auf dem Rückzug, Demonstration in Adhamija*: *„Wir müssen uns zusammentun“*

Flitterwochen am Tigris

In Bagdads Sunniten-Viertel Adhamija formiert sich ein neues irakisches Nationalgefühl.

Es ist Samstag früh. Bagdads Straßen sind still und menschenleer, da trifft den Kriegsinvaliden Salam Omar, 50, zum zweiten Mal in seinem Leben das Unglück. Er schnallt seine Beinprothese fest, bindet sich eine Leibbinde um und humpelt zur Tür hinaus.

Mitten im Adhamija-Viertel steht ein US-Panzer. Geschützrohr und MG-Lauf sind hinauf in die Aischrin-Straße gerichtet, geschlossene Autowerkstätten und eine leer stehende Schule im Visier. Schwitzend quält sich Omar aus einer Seitengasse auf sein Lokal zu. Er nimmt den Panzer nicht wahr, er sieht nur den Trümmerhaufen – jene Stelle, an der am Vortag noch sein Teehaus stand. Von Wut gepackt, steuert er geradewegs auf die Ruine zu.

Da tauchen zwei junge Männer auf; Omar ist sich nicht sicher, ob es Aufständische sind. Sie halten ihn an der Schulter fest. Einer von ihnen legt den Finger auf den Mund, nimmt einen Ziegelstein und wirft ihn auf die Hauptstraße hinaus. Ein ohrenbetäubender Knall zerreißt die Stille, der Ziegelstein explodiert, im Kugelhagel splittern ringsum die Scheiben.

Omar hat im Krieg gegen Iran ein Bein verloren, eine tiefe Schrapnell-Narbe zieht sich über seinen Rücken. 30 Sekunden Maschinengewehrfeuer bringen ihn nicht aus der Ruhe. Aber was die Amerikaner hier, mitten in Bagdad, aus seinem Teehaus gemacht haben, seinem einzigen, mühsam ersparten, durch Krieg und Sanktionsjahre geretteten Besitz, macht ihn verrückt.

„Sie zahlen mir 20 Dollar Invalidenrente im Monat, zehnmal mehr als unter Saddam. Und gleichzeitig schießen sie das ganze Land kurz und klein“, sagt Omar. „Es hat keinen Sinn mehr. Wir müssen uns zusammentun. Die Besatzer müssen verschwinden.“

Die Nachbarn kennen seine Geschichte, sie nicken bei jedem Wort. Es sind groß gewachsene Männer mit frisch rasierten Gesichtern und sauberen Händen. Leute mit guter Schulbildung, der Mittelstand des etwa 250 000 Einwohner zählenden Stadtviertels Adhamija: Beamte, Kaufleute, ehemalige Offiziere, entlassene Soldaten.

Zwei von ihnen haben vor Jahresfrist dort gestanden, wo Samstag früh der Panzer auffuhr und seine Granate in Omars Teehaus versenkte. Aus gut 200 Meter Entfernung hatten sie damals den letzten öffentlichen Auftritt Saddam Husseins verfolgt – jene Szene am 9. April 2003, als der eigentlich schon Entmachtete auf ein Autodach kletterte und sich von seinen Anhängern feiern ließ. Im Zentrum der Stadt war bereits die Statue des Despoten gestürzt, in Adhamija aber fühlte er sich nach wie vor unter seinesgleichen.

Das Viertel im Nordwesten von Bagdad ist das Herz des sunnitischen Irak. Hier stehen das Familiengrab der Haschemitenkönige, der Schrein des Sunniten-Gelehrten Abu Hanifa, die verfallenden alten und die opulenten neureichen Villen jener Kaste, die seit osmanischen Tagen das Land regierte. Nirgendwo in Bagdad ist der Widerstand so zäh wie hier. Dutzende Tote gab es, als die U. S. Marines am Tag nach Saddams Verschwinden Adhamija einnahmen, sieben Iraker wurden bei einer Demonstration nach seiner Festnahme im Dezember erschossen.

Fast jede Nacht schicken die Amerikaner Patrouillen durch das Viertel. Sie haben es Straße für Straße durchkämmt und Hunderte von Saddams Fedajin-Kämpfern festgenommen. Sie haben die Hecken auf den Verkehrsinseln rasiert, um das Verstecken improvisierter Bomben zu erschweren. Sie haben Erfolge. Doch fast jede Nacht schlagen die Aufständischen zurück.

Bislang war Adhamija eine Widerstandsdomäne des alten Regimes, eine Art urbanes Sunniten-Dreieck. Seit dem Kampf um Falludscha und dem Konflikt der Besatzer mit dem Schiiten-Führer Muktada al-Sadr dreht jetzt der Wind. Adhamijas Tore öffnen sich – selbst für Leute, die hier bisher nichts zu suchen hatten. Und die Stimmung ist blendend, ganz anders als bei den Besatzern.

„Wir waren etwas müde geworden nach Saddams Festnahme“, sagt Karim al-Kaissi, ehemals Armee-Offizier und Hausbesitzer in Adhamija. Selbst Leute wie er hätten begonnen, sich bei den vermummten Aufständischen zu beschweren: „Was soll die Schießerei jede Nacht? Unsere Kinder bringen schon scharfe Handgranaten vom Spielplatz mit.“ Spione hätten die Gegend durchsetzt, Misstrauen habe sich breit gemacht.

Seit zwei Wochen, sagt Kaissi, haben die Guerilleros ihre Gesichtsmasken abgelegt und regulieren vor ihren Operationen für-

* Links: am 10. April in Bagdad nach Zusammenstößen mit Sunniten; rechts: am 23. März vor der Abu-Hanifa-Moschee.

SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Lebensmittelsammlung für die Aufständischen von Falludscha: *„Aasgeier, folgt uns“*

sorglich den Verkehr: „Nehmt lieber einen Umweg, in dieser Straße wird es gleich Ärger geben.“

Optimismus habe das Viertel erneut ergriffen, das Gefühl, der Widerstand richte etwas aus gegen die Besatzer. „Jede Nacht um halb zwölf knallt es hier draußen“, erzählt Kaissi, „und wir sitzen drinnen vor dem Fernseher und freuen uns, das Weiße in den Augen von Bush zu sehen. Seine Hände zittern. Er hat Angst.“

Folklore aus Iraks kriegerischer Vergangenheit taucht wieder auf, Sprüche aus dem Befreiungskampf gegen die Briten zum Beispiel. „Was ist stärker – mein Stock oder dein Karabiner?“, hieß es Anfang der zwanziger Jahre. Heute klingt es kaum anders: „Was ist stärker – meine Kalaschnikow oder dein Helikopter?“ Auch ein Propagandalied aus den Schützengräben des Kriegs gegen Iran sei neuerdings wieder zu hören, sagt der ehemalige Kanonier Kaissi: „Aasgeier, folgt uns. Wir ziehen weiter zum nächsten Schlachtfeld.“

Washingtons fatale Entscheidung, gegen die sunnitischen Aufständischen in Falludscha vorzugehen und gleichzeitig den radikalen Schiiten-Führer Sadr herauszufordern, habe in breiten Schichten der Bevölkerung einen Nerv getroffen, „den die Amerikaner aus ihrer Sicht besser nicht hätten treffen sollen“, sagt der Politologe Wamid Nadhmi: „Die fast verschüttete Empfindung, dass es jenseits des Trennenden zwischen beiden Religionsgruppen auch so etwas wie ein irakisches Nationalgefühl gibt, für das es sich zu kämpfen lohnt.“

Auch Nadhmi wohnt in Adhamija. Von seiner Terrasse geht der Blick über den Tigris hinüber nach Kadhimija, dem historischen Schiiten-Viertel von Bagdad. Von dort waren am vorvergangenen Montag Kämpfer von Sadrs Mahdi-Armee herübergekommen – nicht um einen Bürgerkrieg anzuzetteln, sondern um vereint mit den Sunniten zu demonstrieren. Ein gemeinsames Gefecht gegen die Besatzer folgte.

Schahr al-Asal – „Honigmond“ – heißt Adhamija seither im Jargon der Sympathisanten. Das Wort hat dieselbe Bedeutung wie im Englischen: Die beiden Widerstandsgruppen feiern Flitterwochen, sagt ein Nachbar von Kaissi: „Die Amerikaner sind herzlich eingeladen.“

Eine krude, kriegerische Logik herrscht in Adhamija, geprägt von einem archaischen Ehrbegriff und weitab jeder Vorstellung, das Besatzungsregime der Amerikaner vielleicht aussitzen zu können: Schlagt die Besatzer, lautet die Parole. Erteilt ihnen eine Lektion. Nur so werden wir sie los.

Die Waffenstillstandsangebote der Amerikaner in Falludscha legitimieren in den Augen vieler Iraker genau diesen Widerstandsgeist, glaubt der Politikwissenschaftler Nadhmi: „Wären das alles nur Gangster und Terroristen, hätte man erst gar nicht mit ihnen verhandelt.“ Es zeuge von einem „erschreckenden Mangel an Weitsicht“, wie sich die US-Zivilverwaltung selbst ausmanövriert habe, unterstützt ihn sein Kollege Gailan Mahmud Ramis.

Ramis hat in Oxford, Princeton und Harvard studiert, war eine Zeitlang Botschafter im irakischen Außenministerium, Anfang der neunziger Jahre verließ er das Land. Kurz vor dem Krieg kehrte er in sein Elternhaus am Südrand von Adhamija zurück. „Ich war zu alt geworden, um mich noch länger vor Saddam zu fürchten.“

Die Amerikaner seien in eine Falle getappt, sagt Ramis. „Obwohl sie uns von Saddam befreit haben und obwohl inzwischen der materielle Wohlstand steigt – sie haben an den Irakern vorbeigeplant.“

Neulich sei ihm ein ehemaliger Infanteriegeneral auf der Straße begegnet, gemeinsam hätten sie über das Chaos und die Gesetzlosigkeit lamentiert. „Gebt mir nur zwei Wochen Zeit“, schlug der General vor. „Ich baue fünf Divisionen auf, die Soldaten brauchen nichts weiter als Schlagstöcke. Ich schwöre dir: Drei Tage später wird im ganzen Land Ruhe und Ordnung sein.“

Bernhard Zand

Krieg vorbereiten, weist der Autor Bob Woodward in seinem neuen Buch nach.

Gut ein Dreivierteljahr später erhielt Bush vom Parlament die Erlaubnis, gegen Saddam Hussein loszuschlagen. Als Gründe führten die Parlamentarier an, wovon der Präsident sie überzeugt hatte: Der Irak besitze und entwickle biologische, chemische und nukleare Massenvernichtungswaffen und unterstütze überdies weiterhin Terrororganisationen.

Bush hatte die Abgeordneten getäuscht. Monatelang hatten vor allem die Experten des Verteidigungsministeriums versucht, den Nachweis zu erbringen, dass Saddam Hussein noch immer Massenvernichtungswaffen besitzt oder sie doch jederzeit herstellen könnte. Gesandte, etwa der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey, wurden zu befreundeten Geheimdiensten geschickt, um auch noch die kleinsten Indizien für die Präsenz solcher Waffen zusammenzuholen. Genau die gleiche verzweifelte Suche richtete sich auf Belege für eine Zusammenarbeit des höchst weltlichen Despoten mit den Agenten des islamistischen Terrors.

Doch alles, was die Suchexpeditionen auftreiben konnten, waren die wohlfeilen Aussagen der Überläufer des Irakischen Nationalkongresses, dessen Chef, der in Jordanien wegen Betrugs verurteilte Banker Ahmed Tschalabi, Saddam Hussein schon immer beerben wollte. Jedes Mal, wenn die Gehilfen der Hardliner Donald Rumsfeld und Richard Cheney das Ergebnis ihrer Fischzüge den Geheimdiensten zur Prüfung vorlegten, holten sie sich eine Abfuhr. Die Quellen seien unzuverlässig, die Behauptungen unbeweisbar.

Doch die Märchen aus 2001er-Nacht erwiesen sich als zäh: Die mobilen Chemielabors, von denen ein Tschalabi-Vertrauter berichtet hatte, tauchten trotz Geheimdienstwarnungen aus aller Welt in der Ansprache von Außenminister Colin Powell vor der Uno auf. Heute gibt Powell zu, dass seine Rede, die das Scheitern der Waffeninspektoren beweisen sollte, „auf schwachen Grundlagen“ beruhte.

Auch die nie bewiesene Verbindung zwischen dem irakischen Baath-Regime und al-Qaida führte ein unausrottbares Eigenleben. Noch bei Beginn des jüngsten Wüstenfeldzugs waren 55 Prozent der Amerikaner überzeugt, nun werde ein Schuldiger für die Anschläge von New York und Washington bestraft.

Eine vergleichbare Täuschung legitimierte auch die Ausweitung des Vietnam-Kriegs vom Kampf gegen die Guerilla im Süden zum Flächenbrand in der gesamten Region. Am 2. August 1964 war der US-Zerstörer „Maddox“ vor der Küste Nordvietnams angegriffen worden. Die Attacke war schnell abgeschlagen. Der Zwischenfall wäre im Weißen Haus nicht weiter beachtet worden, hätten Regierungsberater nicht die Möglichkeit erkannt, den Nordvietna-

mesen erneut Stärke zu demonstrieren. Also erhielt die „Maddox“ am übernächsten Tag Verstärkung durch ihr Schwesterschiff „C. Turner Joy“ – und wieder fielen Schüsse: Die Amerikaner sahen Gespenster, auf die sie aus allen Rohren feuerten. Wenige Tage später räumte Präsident Johnson privat ein, dass die „saudummen Matrosen“ allenfalls „auf Fische geschossen“ hätten.

Dennoch rief der Präsident die Kongressführer ins Weiße Haus, verlangte eine Vollmacht für die Ausweitung des Krieges und schlug noch am Abend nach einem längst vorbereiteten Plan los: Zum ersten Mal bombardierten die USA nordvietnamesische Marinebasen. Johnson war sicher, dem Krieg die entscheidende Wende gegeben zu haben: „Ich habe Ho Tschi-minh den Schwanz abgeschnitten.“

Es gibt allerdings einen großen Unterschied, der die beiden Täuschungsmanöver kennzeichnet. Bush gewann den Krieg im Irak, konnte aber den Frieden nicht sichern. Johnson verlor seine Präsidentschaft über einen Krieg, den er gar nicht erst gewinnen konnte.

Die Glaubwürdigkeitslücke

Berühmt-berüchtigt waren die Pressekonferenzen in Saigons Hotel „Rex“, bei denen regelmäßig ein rosiges bis schlichtweg verlogenes Bild von der Kriegslage entworfen wurde; die „body counts“ einzelner US-Kommandeure waren, was die Anzahl getöteter Vietcong betraf, regelmäßig erheblich übertrieben. „Five o’clock Follies“ („Verrücktheiten um fünf“) hießen die Journalisten-Desinformationsveranstaltungen beim Pressekorps. Auch die Bush-Krieger tendieren heute zu einem merkwürdigen Informations- und Sprachverständnis: Pentagon-Speak, die zweite.

Der Präsident sprach noch am vergangenen Dienstag davon, dass die US-Streitkräfte „brillant“ operierten. Brigadegeneral Mark Kimmitt in Bagdad sagte (mit dem Gestus des Vietnam-Generals William Westmoreland) über die rebellische Sunniten-Stadt Falludscha: „Wir werden sie befrieden.“ Anschließend qualifizierte er kritisch fragende arabische Reporter als „nicht unserem Standard entsprechend“ ab.

Im Sprachgebrauch der Militärs handelte es sich bei den Aufständen um die „Taten einzelner Terroristen“. Dan Senor, Sprecher der US-Zivilverwaltung, erinnerten die blutigen Auseinandersetzungen an „Schlaglöcher“ auf dem Weg zur erfolgreichen irakischen Demokratisierung à la USA. Alles halb so schlimm, signalisiert die Besatzungsmacht – und schien, wie damals in Saigon, gar nicht zu bemerken, wie unglaubwürdig sie sich dadurch machte.

Dabei sind einige beunruhigende Gemeinsamkeiten beider Kriege mit Händen zu greifen. Im Irak wie in Vietnam stehen die Truppen vor dem Dilemma, entweder „die Herzen und den Verstand“ der Einheimischen zu erobern oder als hart durchgreifende Besatzungsmacht die Bevölkerung zu radikalisieren. Vor allem die US-Marineinfanteristen waren stolz darauf, sich im Irak nicht als roboterhafte Kampfmaschinen aufzuführen – abschreckendes Beispiel: die Kollegen von der Armee –, sondern eher leichter bewaffnet aufzutreten, offen auf die Iraker zuzugehen und sich nicht hinter Sonnenbrillen zu verstecken. Ihre meisten Panzer hatten die Ledernacken bereits nach Hause geschickt.

AP

Nordvietnamesische Kampfverbände beim Training (1966): *Sieger im Guerillakampf*

Nun müssen sie erkennen, dass sie sich Kämpfern gegenübersehen, die nur eines wollen: den als Zerstörer ihrer Identität begriffenen Besatzer, mit welchen Mitteln auch immer und so schnell wie möglich, aus dem Land zu jagen. Der Urwald-Dschungel ist durch einen urbanen Dschungel abgelöst worden, die Heckenschützen und Sprengstofffallen sind die gleichen geblieben. Die Anschläge auf die Konvois der Amerikaner könnten den Lehrbüchern des Vietcong entstammen.

Und wenn es am Boden nicht mehr weitergeht, bleibt heute wie damals der Hilferuf an die Luftwaffe. Bei allen – gewaltigen – Unterschieden zwischen beiden Kriegen eint die Regierungen von damals und heute ein unerschütterlicher Glaube an die Allmacht der Luftwaffe. Nordvietnam müsse „an den Verhandlungstisch gebombt werden“, lautete das Credo von Präsident Nixon, dem die Aufgabe zugefallen war, den Krieg zu liquidieren. Die Luftwaffe lieferte den sichtbarsten Beweis für die angeblich ununterbrochene Kette von Erfolgen, welche dann die Pentagon-Sprecher – in Saigon wie in Bagdad – verkünden konnten.

Das Personal

Von den drei Millionen heimgekehrten amerikanischen Vietnam-Soldaten begingen Tausende Veteranen Selbstmord. Im Wüstenkrieg von Bush junior ließen bislang etwa 700 Amerikaner ihr Leben. Doch auch unter den Heimkehrern vom Golf ist schon jenes „posttraumatische Stress-Syndrom“ zu beobachten, das viele zu Gewaltausbrüchen treiben kann – gegen sich oder gegen andere.

Die Organisatoren der Kriege von damals und heute sind so grundverschieden wie nur denkbar – im Vietnam-Krieg die liberalen Regierungen von Kennedy und Johnson, die gleichwohl der Welt zeigen wollten, dass sie sich nichts bieten lassen; im Irak-Krieg die konservativen Missionare der Bush-Administration, welche nun die Welt nach dem Vorbild Amerikas gestalten möchten. Und doch gingen die beiden Hauptverantwortlichen, Kennedys Verteidigungsminister Robert McNamara und Bushs Donald Rumsfeld, mit einem Elan an ihr Kriegshandwerk, der verblüffende Ähnlichkeiten aufweist.

McNamara war immer ein Puritaner, wirkte wie die Verkörperung von Anstand und Redlichkeit. Er grenzte sich wohltuend von den „richtigen“ Politikern ab. Umso größer fiel daher das Unverständnis aus, als aus diesem Mr. Untadelig allmählich „Mr. Vietnam-Krieg“ geworden war – der Verteidigungsminister der Weltmacht USA, der viele Jahre lang im Daueroptimismus schwelgte, ehe sich die trostlose Wahrheit nicht mehr leugnen ließ.

Von dem gleichen ungebärdigen Optimismus scheint auch Rumsfeld beseelt. Der Krieg im Irak war George W. Bushs Wahl. Wie ihn Amerika führt, war aber Rumsfelds Entscheidung. Mit brachialer Arroganz setzte er sich über alle Einwände der Militärs hinweg – so wie damals McNamara gegen seine Generäle kämpfte, deren bürokratische Routine er erschüttern wollte. Die Generäle von heute haben dagegen ihre Erfahrungen in Vietnam gemacht und die Konsequenz daraus gezogen, dass

STEFAN ZAKLIN / DPA

Schiiten-Miliz „Armee des Mahdi“: *Brennende Kampfeslust*

Amerika nur noch Kriege mit überwältigender Schlagkraft bei genau umrissenen praktischen Zielen und mit der Unterstützung der gesamten Nation führen sollte.

Rumsfeld aber wollte einen modernen Krieg mit einer schlagkräftigen und schlanken Armee führen. So gewann Amerika schnell den Krieg – und ist seither dabei, ihn wieder zu verlieren. Eine größere Besatzungsmacht mit Plänen für den Frieden hätte aller Wahrscheinlichkeit nach das Nachbeben des untergegangenen Regimes verhindert und damit auch den aufflackernden Aufständen den Boden entzogen.

US-Außenminister Powell und sein Stellvertreter Richard Armitage haben im Vietnam-Krieg gedient. Sie halten die Streitkräfte für viel zu wertvoll, um sie leichtfertig in die Schlacht zu schicken, und sind deshalb eher geneigt, nach politischen Lösungen zu suchen. Die anderen, die um Vietnam irgendwie herumgekommen sind, zeigen sich ohne größere Skrupel bereit, Amerikas Militärmacht auch einzusetzen.

Die Koryphäen des Neokonservativismus, Richard Perle beispielsweise oder Paul Wolfowitz, wanden sich aus sämtlichen Vietnam-Verpflichtungen heraus. Sie ließen sich weder einziehen, noch schoben sie Dienst in der sicheren Etappe. Die klassische Begründung für das Drücken um den vaterländischen Einsatz stammt von Vizepräsident Cheney: „Ich hatte in den Sechzigern andere Prioritäten als den Militärdienst.“

Auch sein Chef George W. leistete sich eine der klassischen Karrieren seiner Zeit und spiegelt die Geschichte des Vietnam-Kriegs auf eine Art wider, an die viele Amerikaner nicht mehr erinnert werden möchten. Das Netzwerk seines Vaters bewahrte ihn vor dem Einzug in die Armee. Für einige Zeit leistete er seinen Dienst in der Nationalgarde, der Rest ist nicht aktenkundig. Immerhin ging er den – wenig riskanten – Kompromiss ein, die Heimatfront als Pilot zu verteidigen.

Dass nun die Parallelen zu Amerikas unendlichem Krieg wieder diskutiert werden, kann aber auch seinem demokratischen Herausforderer nicht sehr gelegen kommen. Denn auch in John Kerrys Biografie spiegelt sich die hochgradige Ambivalenz wider, mit der die meisten Amerikaner seiner Generation den Vietnam-Krieg betrachten.

Es gehörte Mut dazu, sich nach dem Studium freiwillig zum Militär zu melden, und Kerry gehörte damit zur verschwindend geringen Minderheit aus reichem Elternhaus, die sich nicht drückte. Als er von seiner zweiten „Nam-Tour“ heimkehrte, waren seine Altersgenossen längst auf der Straße, hatten die Universitäten übernommen, demonstrierten in allen großen Städten gegen den Krieg.

Der vielfach dekorierte Leutnant vollzog die Wandlung nach und hatte seinen ersten großen politischen Auftritt in Washington als Sprecher der Vietnam-Veteranen, die in Uniform in Washington gegen den Krieg demonstrierten. Dass er sowohl für als auch gegen den Vietnam-Krieg zu sein vermochte, halten ihm die Republikaner nun als liberale Prinzipienlosigkeit vor. Aber so wie Kerry erging es dem ganzen Land: Erst glaubte es, der Präsident werde schon das Richtige tun. Dann kam die große Desillusionierung über den Krieg und die Regierung.

Solche Einsicht ist von Donald Rumsfeld wohl nicht zu erwarten – Robert McNamara, der Mann, dem er wider Willen so ähnlich sieht, hat sie vollzogen. „Fog of War“ heißt die Dokumentation über den mittlerweile 87-jährigen McNamara, mit der der amerikanische Filmemacher Errol Morris gerade einen Oscar gewann: Der „Nebel“ im Titel steht für die Blindheit im Krieg. McNamara ist heute ein Geläuterter. Die Regierung Kennedy habe sich „mit geringer Kenntnis, mangelhafter Erfahrung und vereinfachenden Annahmen“ im Dschungel Vietnams verirrt, gesteht er ein. Entscheidungen seien „auf äußerst brüchiger Grundlage“ gefallen.

Wenn der Film beginnt, ist ein alter Mann zu sehen, der sich sehr aufrecht hält. Am glatt zurückgekämmten Haar und seiner Stakkato-Stimme ist er immer noch leicht erkennbar. Manchmal ringt er um Worte, vor allem aber ringt er um Glaubwürdigkeit. Manchmal ist er dem Weinen nahe, etwa in jener Passage, als er seinen Sohn Craig erwähnt, der zu den Studenten in Kalifornien gehörte, die gegen den Vietnam-Krieg seines Vaters Sturm liefen. Robert McNamara bittet niemanden um Verzeihung oder Vergebung. Ein Übermaß

ROGER VIOLLET (L.); GETTY IMAGES (R.)

US-Feinde Ho Tschi-minh (1946), Bin Laden: *Bruchlos den Gegner ersetzt*

Auf die falsche Karte gesetzt

Mit dem Ausbau privater Sicherheitsdienste geraten nun auch ausländische Zivilisten ins Visier von Killern und Aufständischen. Die Zahl der Geiselnahmen wächst.

Sie sollten für Sicherheit sorgen und wurden doch selbst Opfer der Gewalt. Wie 15 000 andere „security guards“ arbeiteten auch die vier entführten Italiener als Schutz-Männer und hofften auf einen goldenen Handschlag für ihren Risiko-Job – bis sie am vorvergangenen Wochenende von den „Grünen Brigaden Mohammeds“ entführt wurden. Am vergangenen Mittwoch bezahlte Fabrizio Quattrocchi, 36, seinen Irak-Einsatz mit dem Leben.

Als Erster der insgesamt etwa 40 entführten Ausländer wurde Quattrocchi mit zwei Kopfschüssen hingerichtet – vor einem Grab, das er zuvor mit den anderen Geiseln hatte ausheben müssen. Stolz hielten die Killer die unmenschliche Szene auf Video fest. Sekunden vor seinem Tod versucht Quattrocchi, die um seinen Kopf geschlungene Binde zu entfernen, um seinem Mörder ins Gesicht zu schauen, und er sagt: „Ich werde dir zeigen, wie ein Italiener stirbt!“

Die Todesbrigaden begründeten ihre Tat damit, dass Roms Regierungschef Silvio Berlusconi sich weigere, seine Truppen aus dem Irak abzuziehen. Wenn sich das Volk nicht gegen die Regierung erhebe und für ein sofortiges Ende des Irak-Krieges sorge, würden auch die anderen Geiseln umgebracht, „eine nach der anderen“.

Italien war geschockt. In den Lagezentren der westlichen Welt wird seither stündlich mit neuen Todesnachrichten von der Geiselfront gerechnet.

Selbst in den chaotischen Nachkriegstagen hatten sich die zivilen Ausländer im Irak relativ sicher gefühlt. Wer nicht als Militär unterwegs war, galt – den Vorkriegserfahrungen zufolge – als Journalist oder Techniker. Gegen diese Gruppen gab es nie Feindseligkeiten; im Übrigen waren sie auch nach dem Krieg von Besatzungstruppen zu unterscheiden.

Die Lage änderte sich mit der rapide wachsenden Zahl von zivil gekleideten, aber oft schwer bewaffneten Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen. Sie erweckten als eine Art Paramilitärs den Argwohn der Iraker. Schon die vier Ende März in Falludscha gelynchten Amerikaner gehörten zu einer der auch unter Westlern in Bagdad umstrittenen Schutztruppen.

Vor allem US-Journalisten, aber auch Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen beklagten, dass die vorher klar gezogene Trennlinie zwischen Zivilisten und Besatzungstruppen damit verwischt werde. Nun könnten Nicht-Militärs, lautete die Sorge, fälschlich in die Schusslinie geraten. Sie sollten Recht behalten.

DPA

Italienische Geiseln*: *Unmenschliche Szene gefilmt*

Trotzdem wagten sich in den vergangenen Monaten immer mehr ausländische Zivilisten aus den zum Teil deprimierend eingebunkerten Hotels hinaus und mieteten sich in Privatwohnungen oder Häusern ein. Ein gut gesichertes Gartentor mit ein, zwei irakischen Wächtern davor schien den Medien und kleineren Hilfsorganisationen in der Regel genug.

Die Entführungswelle der vergangenen zwei Wochen hat diesen Trend umgekehrt. Viele Ausländer haben ihre Privathäuser verlassen und sind in die geschützten Hotels zurückgekehrt, vor allem in das weiträumig abgesperrte Gelände um das Palestine und das ehemalige Sheraton. Inoffiziell besteht seit Ostern ein Evakuierungsplan der US-Armee für diese zentral gelegene Sicherheitszone. Für andere Hotels gelte er ausdrücklich nicht, heißt es in Bagdad.

Einmal in der Hand von irakischen Entführern, ist das weitere Schicksal von Geiseln kaum berechenbar. Nachdem Roms Geheimdienste keinen Kontakt zu den Entführern fanden, hatte sich die Regierung Berlusconi Hilfe suchend an die iranische Regierung gewandt – und damit auf die ganz falsche Karte gesetzt.

Das Regime in Teheran, so hoffte man, könne seinen großen Einfluss in der muslimischen Welt zu Gunsten der entführten Italiener geltend machen. Dafür zeigte sich die Regierung in Rom auch erkenntlich: Ganz zufällig durchkämmten Sondereinheiten der italienischen Polizei vorigen Mittwoch Büros und Wohnungen von iranischen Dissidenten, die dem Regime der Mullahs und Ajatollahs schon seit zwei Jahrzehnten ein Dorn im Auge sind, bislang jedoch in Italien unbehelligt blieben.

Die freundliche Geste half nicht viel. Die iranische Geistlichkeit hat zwar die schiitischen Fanatiker, mit denen sich die US-Truppen derzeit besonders herumschlagen müssen, halbwegs im Griff. Die Entführer der Italiener aber sind ganz offenbar Sunniten, und die wollen mit der Teheran-Clique nichts zu tun haben. Erst mit Verspätung versuchte Rom, auch sunnitische Vermittler zu finden – für die Geisel Quattrocchi jedoch zu spät.

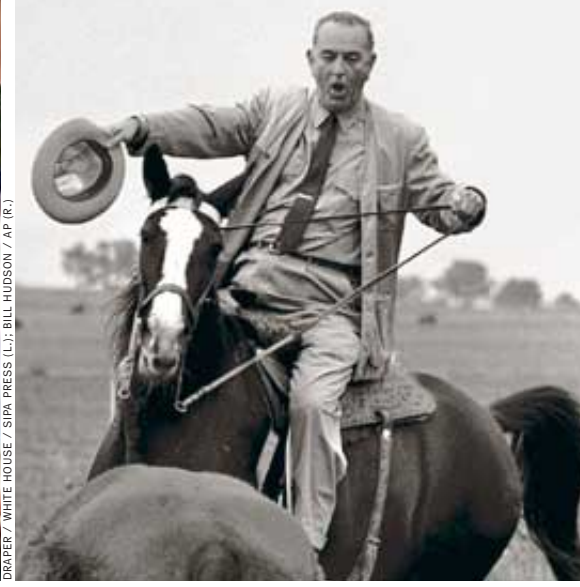
Die Beteuerungen westlicher Regierungen, den Geiselnehmern im Irak keinesfalls nachzugeben, werden die Entführungswelle kaum stoppen: Vergangenen Freitag wurden ein US-Soldat, ein Däne und ein Bürger der Vereinigten Arabischen Emirate gekidnappt.

Am Tag zuvor veröffentlichte eine bislang nicht in Erscheinung getretene Organisation namens Saradscha al-Mudschahidin einen Aufruf an „die Familien von Bagdad“, bis zum 23. April Schulen, Büros und Universitäten zu meiden. Geschäftsleute werden aufgefordert, ihre Läden geschlossen zu halten, denn „das Feuer des Widerstands“ werde von den Städten Ramadi, Chaldija und Falludscha auf die Hauptstadt ausgedehnt.

Private Sicherheitsfirmen verteilten das Flugblatt per E-Mail an ihre Kunden in Bagdad mit dem eigentlich unnötigen Zusatz: „Die Warnung ist ernst zu nehmen.“

Hans-Jürgen Schlamp, Bernhard Zand

* 2. von rechts: Quattrocchi.



DRAPER / WHITE HOUSE / SIPA PRESS (L.); BILL HUDSON / AP (R.)

Kriegspräsidenten Bush, Johnson (1964): *Die Welt nach dem Vorbild Amerikas gestalten*

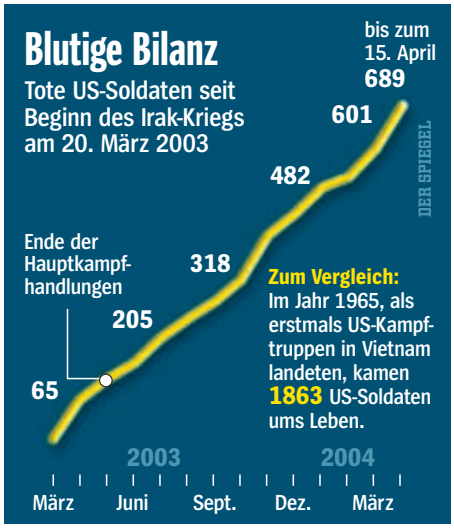
an Demut verbietet ihm der alles überwölbende Stolz.

Der Mann, der so viel Autorität und so viele Vollmachten besaß wie kein Verteidigungsminister vor ihm, ist heute zum Kriegsskeptiker geworden. „Wir missbrauchen unseren Einfluss“, sagt er über das Abenteuer im Irak. „Was wir da machen, ist einfach falsch – moralisch, politisch, ökonomisch.“ Natürlich sieht jemand wie er Parallelen zwischen gestern und heute. Vor allem aber sieht er die Wiederkehr der Irrtümer, denen er selbst zum Opfer fiel.

Ähnlich, nicht gleich

Bei allen Parallelen zwischen dem Vietnam-Krieg von damals und dem Irak-Krieg heute fällt ein gravierender Unterschied ins Gewicht: die Stärke, Motivation und Geschlossenheit des Gegners.

Die Vietcong waren erfahrene und oft schon im Kampf gegen die französische Kolonialmacht gestählte Dschungelkämpfer. Sie hatten eine straffe Führung und eine ausgetüftelte, aber dennoch flexible Kriegsplanung; selbst die Amerikaner mussten damals zähneknirschend zugeben, dass Ho Tschi-minh und sein General Giap außergewöhnlich begabte Guerillastrategen waren und ihre Truppen – die im Bauernland wegen ihrer Bedürfnislosigkeit und Volksnähe nach Maos Lehre „wie Fische im Wasser schwimmen“ konnten – extrem gut im Griff hatten.



Washington sieht sich heute einem militärisch weit weniger gewieften, weit weniger disziplinierten Gegner gegenüber: einer zusammengewürfelten, amorphen Truppe. Wo immer in diesen Tagen eine Patrouille angegriffen, ein Helikopter abgeschossen, ein Ausländer entführt wird, tauchen die Hilfskonstruktionen mit den üblichen Verdächtigen auf: „Elemente des alten Saddam-Regimes“, „ausländische al-Qaida-Terroristen“, „radikal-islamistische einheimische Schiiten und Sunniten“ – oder, in der bekannt schlichten Wortwahl des amerikanischen Präsidenten „Feinde des Fortschritts und der Demokratie“. Immer wieder sagen US-Politiker und US-Militärs geradezu beschwörend, es handele sich jedenfalls um eines nicht: um eine Rebellion gegen die Besatzer, um einen Volksaufstand.

Nach der Invasion blieben zwar die von US-Vizepräsident Cheney versprochenen Blumenteppiche für die einziehenden US-Truppen aus, was sicher auch mit den „Kollateralschäden“ durch das US-Bombardement zu tun hatte – 4000 bis 7000 Zivilisten kamen bei der Operation „Freiheit für Irak“ ums Leben, keiner weiß es genau. Die überwältigende Mehrheit der Iraker begrüßte jedoch zweifelsohne den Sturz des verhassten Diktators Saddam Hussein. Sie versprach sich neue politische Freiheiten, auch eine Verbesserung der Lebensumstände, mehr Konsum – und persönliche Sicherheit.

Von Anfang an aber zeigten sich die Amerikaner nicht in der Lage oder willens, auf irakische Prioritäten und Empfindlichkeiten einzugehen. Sie schützten weder Nationalschätze in den Museen, noch kümmerten sie sich um die Wiederherstellung der Energieversorgung – in Bagdad dauerte es ein Jahr, bis auch nur in etwa so viele Haushalte mit Strom und Wasser versorgt waren wie unter Saddam. Rund um die Uhr geschützt wurde nur das Ölministerium.

Amerikanische Soldaten demonstrierten ihre kulturelle Ignoranz, wenn sie beim Durchsuchen irakischer Häuser alte Männer zum Ausziehen und Frauen zur Leibesvisitation zwangen. Einen großen Teil der Sicherungsaufgaben hat die US-Zivilverwaltung an private Firmen vergeben, deren Verhalten sie ohnehin kaum überprüfen kann. Und als schlimm empfinden viele Iraker auch, dass die Amerikaner einzelnen Volksgruppen (wie den Kurden) und Privatpersonen (wie Tschalabi) erlaubt haben, eigene Milizen zusammenzustellen.

Viele Iraker klagen über die hohe Arbeitslosigkeit. Alle leiden extrem unter der Sicherheitslage, die eine mit Polizeiaufgaben völlig überforderte US-Armee nicht in den Griff bekommt. „Was nützen mir neue Freiheiten, wenn ich mich nicht aus dem Haus getraue und es für meine Kinder zu riskant ist, die Schule zu besuchen?“, fragt ein Bagdader Ingenieur.

So schnell wie möglich soll nun die Souveränität über das Land an die Iraker zurückgegeben werden – wenngleich auch weiterhin sorgsam überwacht durch die mit 3000 Angestellten dann größte US-Botschaft der Welt. Als ihr Chef wird wohl der heutige Uno-Botschafter John Negroponte Zivilverwalter Paul Bremer ablösen. Doch nur zehn Wochen vor diesem Zeitpunkt weiß noch niemand, wer die zurückgegebene Souveränität tragen soll.

Wenige der von Washington eingesetzten 25 Ratsmitglieder genießen das Vertrauen der Bevölkerung. Als sich jetzt in der vorvergangenen Woche die sporadischen antiamerikanischen Kundgebungen zu einer landesweiten Intifada ausweiteten, versuchte sich gleich eine Hand voll der Herren von der amerikanischen Besatzungsmacht abzugrenzen.

Muschin Abd al-Hamid von der schiitischen Daawa-Partei verurteilte die Tötung „unschuldiger Söhne unseres irakischen Volkes“ durch die USA. Dabei war auch Adnan Patschatschi, den die Amerikaner

für einen der Washington besonders Wohlgesinnten hielten. „In Falludscha hat es eine kollektive Bestrafung für den Tod von vier Amerikanern gegeben“, klagte der Mann, der schon in der Vor-Saddam-Zeit Außenminister seines Landes war. Der alte Fuchs hat ein feines Gespür für Stimmungen: Er weiß, dass man langfristig im Irak nur etwas werden kann, wenn man mit den USA nicht identifiziert wird.

Die Sunniten-Hochburg Falludscha: Für viele ist sie der entscheidende Testfall, manche wollen aus ihr schon die irakische „Heldenstadt“ machen.

Immer wieder griffen radikale Sunniten in den letzten Monaten amerikanische Patrouillen an und töteten US-Soldaten sowie die von ihnen ausgebildeten Polizisten. Die grausamste Tat in der 300 000-Einwohner-Stadt, 55 Kilometer westlich von Bagdad, geschah dann vor drei Wochen: Maskierte Männer beschossen einen US-Geländewagen mit Granaten, ein johlender Mob zerrte die vier Leichen aus dem brennenden Wrack, bespuckte sie, schleifte sie durch die Straßen und hängte die Überreste zweier Ermordeter an einer Brücke auf. Nach einem „New York Times“-Bericht soll US-Präsident George W. Bush beim Anblick der Fernsehbilder gesagt haben: „Dafür will ich Köpfe rollen sehen.“

Die amerikanische Reaktion war hart bis an die Grenze der Brutalität: die Operation „Wachsame Entschlossenheit“ („Vigilant Resolve“). US-Kommandeure schickten über 1500 Marines und Kommandosoldaten, um die Stadt zu erobern. Kampfhubschrauber feuerten Raketen – unter anderem auf das Gelände der Samarrai-Moschee, die angeblich von Aufständischen besetzt worden war.

Straßenzug um Straßenzug wurde von den Amerikanern gesäubert. Irakische Rebellen starben beim Häuserkampf, aber vermutlich auch mehr als 600 Zivilisten. Viele wurden auf Fußballfeldern begraben – die Friedhöfe Falludschas liegen am Stadtrand, außerhalb der für die Bevölkerung erreichbaren Zone. „Die Kriegstaktik ist wie im 17. Jahrhundert“, sagte Feldwebel Michael Ventrone in einem Telefongespräch aus Falludscha. „Es ist eine regelrechte Belagerung.“

Reporter der arabischen TV-Stationen al-Arabija und al-Dschasira, die als Einzige aus der Stadt berichteten, behaupteten gar, die US-Armee habe auch Zivilisten absichtlich ins Visier genommen. US-General John Abizaid bestritt das empört. Dass aber bei den „sehr präzisen Luftschlägen“ auch viele Frauen und Kinder ums Leben kamen, ließ sich schlecht leugnen. Jo Wilding, eine freiwillige Helferin, die am vorletzten Wochenende Krankenhäuser in Falludscha besuchen konnte, gab zu Protokoll: „Ich sah zwei Kinder, die Einschüsse im Kopf hatten, beide starben. Und in einem anderen Zimmer eine alte Frau mit einer Schusswunde – die hielt immer noch eine weiße Flagge in den Händen.“

Zwischenzeitlich erlaubten die Belagerer dann, dass für einige Stunden verletzte Kinder und Frauen von Falludscha nach Bagdad transportiert wurden. Immer wieder gab es Kampfpausen, die verlängert wurden – und dann wieder in Feuergefechte mündeten. „Wenn das ein Waffenstillstand ist, dann wüsste ich gern, wie ein Krieg aussieht“, sagte einer der Erschöpften von Falludscha.

Immer neue menschliche Tragödien. Die Mutter des vierjährigen Abdelhakim Ismail, im sechsten Monat schwanger, wird in ein Feldlazarett am Rande der Stadt eingeliefert. Sie verliert ihr ungeborenes Kind, weil ihr Unterbauch von einem Schrapnell getroffen wurde. Ihren Sohn Abdelhakim, der einen Kopfschuss erlitten hat, nehmen die Amerikaner nach Bagdad mit, um ihn dort operieren zu lassen. Tatsächlich erreicht die Frau später die Nachricht, man habe den Jungen aus Bagdad ausgeflogen, er soll im Ausland behandelt werden. Sie weiß nicht, ob und wann sie ihr Kind wiedersieht: Die junge Frau kommt um den Verstand.

Im Irak, aber auch in der ganzen übrigen arabischen Welt wird die Stadt zum Symbol des Widerstands, Opfer-Legenden machen die Runde – der Ausgangspunkt der Kampfhandlungen, das von Sunniten begangene Unrecht, die in jeder islamischen Tradition scharf verurteilte Totenschändung, ist überlagert durch die neuen Bilder. So gut wie vergessen.

Einstweilen sieht es deshalb so aus, als werde die Weltmacht noch tiefer in den Sumpf einsinken. Vollmundig hatte das Pentagon noch vor wenigen Wochen verkündet, man brauche nicht mehr amerikanische Truppen, um den Irak in den Griff zu bekommen. In der vergangenen Woche wurde 20 000 Soldaten die Heimkehr in die USA gestrichen – drei Monate länger als geplant sollen sie nun in und um Bagdad bleiben. Vorläufig.

Und als Rettung ist für die Bush-Regierung am Horizont einzig die Uno in Sicht. Ausgerechnet die Uno, die führende US-Politiker noch vor gut einem Jahr verächtlich eine „Schwatzbude“ nannten: Kofi Annans Sondergesandter Lachdar Brahimi wird – anders als US-Prokonsul Bremer – vom mächtigen Schiiten-Führer al-Sistani empfangen. Nur mit einer Resolution der Vereinten Nationen könnte eine Übergangsregierung im Irak Legitimität erhalten und damit der US-Regierung die Luft verschaffen, die sie zur „Machtübergabe“ an eine Bagdader Vertretung am 30. Juni braucht.

Was aber kommt nach diesem Zwischenschritt? Was wird, wenn eine im nächsten Jahr legitim gewählte, von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit gestellte Führung wirklich unabhängig agieren, sich mit Teheran verbünden, die Erdölquellen verstaatlichen sollte? Wird das dann zum Ausgangspunkt eines nahöstlichen Dominospiels?

So hat sich das der einstige Pentagon-Berater Richard Perle, der nach dem Fall von Bagdad das Buch zum Krieg geschrieben hat, sicher nicht vorgestellt. „An End to Evil“ heißt sein Werk – „Angetreten, das Böse auszurotten“.

Erich Follath, Hans Hoyng, Gerhard Spörl

YURI KOZYREV / TIME (L.); NICK UT / AP (R.)

Kriegsopfer Ali Ismail Abbas (2003), Phan Thi Kim Phuc (M., 1972): *„Präzise Schläge“ auch gegen Frauen und Kinder*

JEROME DELAY / AP (L.); HUSSEIN MALLA / AP (R.)

US-Soldaten auf dem Rückzug, Demonstration in Adhamija*: *„Wir müssen uns zusammentun“*

Flitterwochen am Tigris

In Bagdads Sunniten-Viertel Adhamija formiert sich ein neues irakisches Nationalgefühl.

Es ist Samstag früh. Bagdads Straßen sind still und menschenleer, da trifft den Kriegsinvaliden Salam Omar, 50, zum zweiten Mal in seinem Leben das Unglück. Er schnallt seine Beinprothese fest, bindet sich eine Leibbinde um und humpelt zur Tür hinaus.

Mitten im Adhamija-Viertel steht ein US-Panzer. Geschützrohr und MG-Lauf sind hinauf in die Aischrin-Straße gerichtet, geschlossene Autowerkstätten und eine leer stehende Schule im Visier. Schwitzend quält sich Omar aus einer Seitengasse auf sein Lokal zu. Er nimmt den Panzer nicht wahr, er sieht nur den Trümmerhaufen – jene Stelle, an der am Vortag noch sein Teehaus stand. Von Wut gepackt, steuert er geradewegs auf die Ruine zu.

Da tauchen zwei junge Männer auf; Omar ist sich nicht sicher, ob es Aufständische sind. Sie halten ihn an der Schulter fest. Einer von ihnen legt den Finger auf den Mund, nimmt einen Ziegelstein und wirft ihn auf die Hauptstraße hinaus. Ein ohrenbetäubender Knall zerreißt die Stille, der Ziegelstein explodiert, im Kugelhagel splittern ringsum die Scheiben.

Omar hat im Krieg gegen Iran ein Bein verloren, eine tiefe Schrapnell-Narbe zieht sich über seinen Rücken. 30 Sekunden Maschinengewehrfeuer bringen ihn nicht aus der Ruhe. Aber was die Amerikaner hier, mitten in Bagdad, aus seinem Teehaus gemacht haben, seinem einzigen, mühsam ersparten, durch Krieg und Sanktionsjahre geretteten Besitz, macht ihn verrückt.

„Sie zahlen mir 20 Dollar Invalidenrente im Monat, zehnmal mehr als unter Saddam. Und gleichzeitig schießen sie das ganze Land kurz und klein“, sagt Omar. „Es hat keinen Sinn mehr. Wir müssen uns zusammentun. Die Besatzer müssen verschwinden.“

Die Nachbarn kennen seine Geschichte, sie nicken bei jedem Wort. Es sind groß gewachsene Männer mit frisch rasierten Gesichtern und sauberen Händen. Leute mit guter Schulbildung, der Mittelstand des etwa 250 000 Einwohner zählenden Stadtviertels Adhamija: Beamte, Kaufleute, ehemalige Offiziere, entlassene Soldaten.

Zwei von ihnen haben vor Jahresfrist dort gestanden, wo Samstag früh der Panzer auffuhr und seine Granate in Omars Teehaus versenkte. Aus gut 200 Meter Entfernung hatten sie damals den letzten öffentlichen Auftritt Saddam Husseins verfolgt – jene Szene am 9. April 2003, als der eigentlich schon Entmachtete auf ein Autodach kletterte und sich von seinen Anhängern feiern ließ. Im Zentrum der Stadt war bereits die Statue des Despoten gestürzt, in Adhamija aber fühlte er sich nach wie vor unter seinesgleichen.

Das Viertel im Nordwesten von Bagdad ist das Herz des sunnitischen Irak. Hier stehen das Familiengrab der Haschemitenkönige, der Schrein des Sunniten-Gelehrten Abu Hanifa, die verfallenden alten und die opulenten neureichen Villen jener Kaste, die seit osmanischen Tagen das Land regierte. Nirgendwo in Bagdad ist der Widerstand so zäh wie hier. Dutzende Tote gab es, als die U. S. Marines am Tag nach Saddams Verschwinden Adhamija einnahmen, sieben Iraker wurden bei einer Demonstration nach seiner Festnahme im Dezember erschossen.

Fast jede Nacht schicken die Amerikaner Patrouillen durch das Viertel. Sie haben es Straße für Straße durchkämmt und Hunderte von Saddams Fedajin-Kämpfern festgenommen. Sie haben die Hecken auf den Verkehrsinseln rasiert, um das Verstecken improvisierter Bomben zu erschweren. Sie haben Erfolge. Doch fast jede Nacht schlagen die Aufständischen zurück.

Bislang war Adhamija eine Widerstandsdomäne des alten Regimes, eine Art urbanes Sunniten-Dreieck. Seit dem Kampf um Falludscha und dem Konflikt der Besatzer mit dem Schiiten-Führer Muktada al-Sadr dreht jetzt der Wind. Adhamijas Tore öffnen sich – selbst für Leute, die hier bisher nichts zu suchen hatten. Und die Stimmung ist blendend, ganz anders als bei den Besatzern.

„Wir waren etwas müde geworden nach Saddams Festnahme“, sagt Karim al-Kaissi, ehemals Armee-Offizier und Hausbesitzer in Adhamija. Selbst Leute wie er hätten begonnen, sich bei den vermummten Aufständischen zu beschweren: „Was soll die Schießerei jede Nacht? Unsere Kinder bringen schon scharfe Handgranaten vom Spielplatz mit.“ Spione hätten die Gegend durchsetzt, Misstrauen habe sich breit gemacht.

Seit zwei Wochen, sagt Kaissi, haben die Guerilleros ihre Gesichtsmasken abgelegt und regulieren vor ihren Operationen für-

* Links: am 10. April in Bagdad nach Zusammenstößen mit Sunniten; rechts: am 23. März vor der Abu-Hanifa-Moschee.

SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Lebensmittelsammlung für die Aufständischen von Falludscha: *„Aasgeier, folgt uns“*

sorglich den Verkehr: „Nehmt lieber einen Umweg, in dieser Straße wird es gleich Ärger geben.“

Optimismus habe das Viertel erneut ergriffen, das Gefühl, der Widerstand richte etwas aus gegen die Besatzer. „Jede Nacht um halb zwölf knallt es hier draußen“, erzählt Kaissi, „und wir sitzen drinnen vor dem Fernseher und freuen uns, das Weiße in den Augen von Bush zu sehen. Seine Hände zittern. Er hat Angst.“

Folklore aus Iraks kriegerischer Vergangenheit taucht wieder auf, Sprüche aus dem Befreiungskampf gegen die Briten zum Beispiel. „Was ist stärker – mein Stock oder dein Karabiner?“, hieß es Anfang der zwanziger Jahre. Heute klingt es kaum anders: „Was ist stärker – meine Kalaschnikow oder dein Helikopter?“ Auch ein Propagandalied aus den Schützengräben des Kriegs gegen Iran sei neuerdings wieder zu hören, sagt der ehemalige Kanonier Kaissi: „Aasgeier, folgt uns. Wir ziehen weiter zum nächsten Schlachtfeld.“

Washingtons fatale Entscheidung, gegen die sunnitischen Aufständischen in Falludscha vorzugehen und gleichzeitig den radikalen Schiiten-Führer Sadr herauszufordern, habe in breiten Schichten der Bevölkerung einen Nerv getroffen, „den die Amerikaner aus ihrer Sicht besser nicht hätten treffen sollen“, sagt der Politologe Wamid Nadhmi: „Die fast verschüttete Empfindung, dass es jenseits des Trennenden zwischen beiden Religionsgruppen auch so etwas wie ein irakisches Nationalgefühl gibt, für das es sich zu kämpfen lohnt.“

Auch Nadhmi wohnt in Adhamija. Von seiner Terrasse geht der Blick über den Tigris hinüber nach Kadhimija, dem historischen Schiiten-Viertel von Bagdad. Von dort waren am vorvergangenen Montag Kämpfer von Sadrs Mahdi-Armee herübergekommen – nicht um einen Bürgerkrieg anzuzetteln, sondern um vereint mit den Sunniten zu demonstrieren. Ein gemeinsames Gefecht gegen die Besatzer folgte.

Schahr al-Asal – „Honigmond“ – heißt Adhamija seither im Jargon der Sympathisanten. Das Wort hat dieselbe Bedeutung wie im Englischen: Die beiden Widerstandsgruppen feiern Flitterwochen, sagt ein Nachbar von Kaissi: „Die Amerikaner sind herzlich eingeladen.“

Eine krude, kriegerische Logik herrscht in Adhamija, geprägt von einem archaischen Ehrbegriff und weitab jeder Vorstellung, das Besatzungsregime der Amerikaner vielleicht aussitzen zu können: Schlagt die Besatzer, lautet die Parole. Erteilt ihnen eine Lektion. Nur so werden wir sie los.

Die Waffenstillstandsangebote der Amerikaner in Falludscha legitimieren in den Augen vieler Iraker genau diesen Widerstandsgeist, glaubt der Politikwissenschaftler Nadhmi: „Wären das alles nur Gangster und Terroristen, hätte man erst gar nicht mit ihnen verhandelt.“ Es zeuge von einem „erschreckenden Mangel an Weitsicht“, wie sich die US-Zivilverwaltung selbst ausmanövriert habe, unterstützt ihn sein Kollege Gailan Mahmud Ramis.

Ramis hat in Oxford, Princeton und Harvard studiert, war eine Zeitlang Botschafter im irakischen Außenministerium, Anfang der neunziger Jahre verließ er das Land. Kurz vor dem Krieg kehrte er in sein Elternhaus am Südrand von Adhamija zurück. „Ich war zu alt geworden, um mich noch länger vor Saddam zu fürchten.“

Die Amerikaner seien in eine Falle getappt, sagt Ramis. „Obwohl sie uns von Saddam befreit haben und obwohl inzwischen der materielle Wohlstand steigt – sie haben an den Irakern vorbeigeplant.“

Neulich sei ihm ein ehemaliger Infanteriegeneral auf der Straße begegnet, gemeinsam hätten sie über das Chaos und die Gesetzlosigkeit lamentiert. „Gebt mir nur zwei Wochen Zeit“, schlug der General vor. „Ich baue fünf Divisionen auf, die Soldaten brauchen nichts weiter als Schlagstöcke. Ich schwöre dir: Drei Tage später wird im ganzen Land Ruhe und Ordnung sein.“

Bernhard Zand

Krieg vorbereiten, weist der Autor Bob Woodward in seinem neuen Buch nach.

Gut ein Dreivierteljahr später erhielt Bush vom Parlament die Erlaubnis, gegen Saddam Hussein loszuschlagen. Als Gründe führten die Parlamentarier an, wovon der Präsident sie überzeugt hatte: Der Irak besitze und entwickle biologische, chemische und nukleare Massenvernichtungswaffen und unterstütze überdies weiterhin Terrororganisationen.

Bush hatte die Abgeordneten getäuscht. Monatelang hatten vor allem die Experten des Verteidigungsministeriums versucht, den Nachweis zu erbringen, dass Saddam Hussein noch immer Massenvernichtungswaffen besitzt oder sie doch jederzeit herstellen könnte. Gesandte, etwa der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey, wurden zu befreundeten Geheimdiensten geschickt, um auch noch die kleinsten Indizien für die Präsenz solcher Waffen zusammenzuholen. Genau die gleiche verzweifelte Suche richtete sich auf Belege für eine Zusammenarbeit des höchst weltlichen Despoten mit den Agenten des islamistischen Terrors.

Doch alles, was die Suchexpeditionen auftreiben konnten, waren die wohlfeilen Aussagen der Überläufer des Irakischen Nationalkongresses, dessen Chef, der in Jordanien wegen Betrugs verurteilte Banker Ahmed Tschalabi, Saddam Hussein schon immer beerben wollte. Jedes Mal, wenn die Gehilfen der Hardliner Donald Rumsfeld und Richard Cheney das Ergebnis ihrer Fischzüge den Geheimdiensten zur Prüfung vorlegten, holten sie sich eine Abfuhr. Die Quellen seien unzuverlässig, die Behauptungen unbeweisbar.

Doch die Märchen aus 2001er-Nacht erwiesen sich als zäh: Die mobilen Chemielabors, von denen ein Tschalabi-Vertrauter berichtet hatte, tauchten trotz Geheimdienstwarnungen aus aller Welt in der Ansprache von Außenminister Colin Powell vor der Uno auf. Heute gibt Powell zu, dass seine Rede, die das Scheitern der Waffeninspektoren beweisen sollte, „auf schwachen Grundlagen“ beruhte.

Auch die nie bewiesene Verbindung zwischen dem irakischen Baath-Regime und al-Qaida führte ein unausrottbares Eigenleben. Noch bei Beginn des jüngsten Wüstenfeldzugs waren 55 Prozent der Amerikaner überzeugt, nun werde ein Schuldiger für die Anschläge von New York und Washington bestraft.

Eine vergleichbare Täuschung legitimierte auch die Ausweitung des Vietnam-Kriegs vom Kampf gegen die Guerilla im Süden zum Flächenbrand in der gesamten Region. Am 2. August 1964 war der US-Zerstörer „Maddox“ vor der Küste Nordvietnams angegriffen worden. Die Attacke war schnell abgeschlagen. Der Zwischenfall wäre im Weißen Haus nicht weiter beachtet worden, hätten Regierungsberater nicht die Möglichkeit erkannt, den Nordvietna-

Auf die falsche Karte gesetzt

Mit dem Ausbau privater Sicherheitsdienste geraten nun auch ausländische Zivilisten ins Visier von Killern und Aufständischen. Die Zahl der Geiselnahmen wächst.

Sie sollten für Sicherheit sorgen und wurden doch selbst Opfer der Gewalt. Wie 15 000 andere „security guards“ arbeiteten auch die vier entführten Italiener als Schutz-Männer und hofften auf einen goldenen Handschlag für ihren Risiko-Job – bis sie am vorvergangenen Wochenende von den „Grünen Brigaden Mohammeds“ entführt wurden. Am vergangenen Mittwoch bezahlte Fabrizio Quattrocchi, 36, seinen Irak-Einsatz mit dem Leben.

Als Erster der insgesamt etwa 40 entführten Ausländer wurde Quattrocchi mit zwei Kopfschüssen hingerichtet – vor einem Grab, das er zuvor mit den anderen Geiseln hatte ausheben müssen. Stolz hielten die Killer die unmenschliche Szene auf Video fest. Sekunden vor seinem Tod versucht Quattrocchi, die um seinen Kopf geschlungene Binde zu entfernen, um seinem Mörder ins Gesicht zu schauen, und er sagt: „Ich werde dir zeigen, wie ein Italiener stirbt!“

Die Todesbrigaden begründeten ihre Tat damit, dass Roms Regierungschef Silvio Berlusconi sich weigere, seine Truppen aus dem Irak abzuziehen. Wenn sich das Volk nicht gegen die Regierung erhebe und für ein sofortiges Ende des Irak-Krieges sorge, würden auch die anderen Geiseln umgebracht, „eine nach der anderen“.

Italien war geschockt. In den Lagezentren der westlichen Welt wird seither stündlich mit neuen Todesnachrichten von der Geiselfront gerechnet.

Selbst in den chaotischen Nachkriegstagen hatten sich die zivilen Ausländer im Irak relativ sicher gefühlt. Wer nicht als Militär unterwegs war, galt – den Vorkriegserfahrungen zufolge – als Journalist oder Techniker. Gegen diese Gruppen gab es nie Feindseligkeiten; im Übrigen waren sie auch nach dem Krieg von Besatzungstruppen zu unterscheiden.

Die Lage änderte sich mit der rapide wachsenden Zahl von zivil gekleideten, aber oft schwer bewaffneten Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen. Sie erweckten als eine Art Paramilitärs den Argwohn der Iraker. Schon die vier Ende März in Falludscha gelynchten Amerikaner gehörten zu einer der auch unter Westlern in Bagdad umstrittenen Schutztruppen.

Vor allem US-Journalisten, aber auch Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen beklagten, dass die vorher klar gezogene Trennlinie zwischen Zivilisten und Besatzungstruppen damit verwischt werde. Nun könnten Nicht-Militärs, lautete die Sorge, fälschlich in die Schusslinie geraten. Sie sollten Recht behalten.

DPA

Italienische Geiseln*: *Unmenschliche Szene gefilmt*

Trotzdem wagten sich in den vergangenen Monaten immer mehr ausländische Zivilisten aus den zum Teil deprimierend eingebunkerten Hotels hinaus und mieteten sich in Privatwohnungen oder Häusern ein. Ein gut gesichertes Gartentor mit ein, zwei irakischen Wächtern davor schien den Medien und kleineren Hilfsorganisationen in der Regel genug.

Die Entführungswelle der vergangenen zwei Wochen hat diesen Trend umgekehrt. Viele Ausländer haben ihre Privathäuser verlassen und sind in die geschützten Hotels zurückgekehrt, vor allem in das weiträumig abgesperrte Gelände um das Palestine und das ehemalige Sheraton. Inoffiziell besteht seit Ostern ein Evakuierungsplan der US-Armee für diese zentral gelegene Sicherheitszone. Für andere Hotels gelte er ausdrücklich nicht, heißt es in Bagdad.

Einmal in der Hand von irakischen Entführern, ist das weitere Schicksal von Geiseln kaum berechenbar. Nachdem Roms Geheimdienste keinen Kontakt zu den Entführern fanden, hatte sich die Regierung Berlusconi Hilfe suchend an die iranische Regierung gewandt – und damit auf die ganz falsche Karte gesetzt.

Das Regime in Teheran, so hoffte man, könne seinen großen Einfluss in der muslimischen Welt zu Gunsten der entführten Italiener geltend machen. Dafür zeigte sich die Regierung in Rom auch erkenntlich: Ganz zufällig durchkämmten Sondereinheiten der italienischen Polizei vorigen Mittwoch Büros und Wohnungen von iranischen Dissidenten, die dem Regime der Mullahs und Ajatollahs schon seit zwei Jahrzehnten ein Dorn im Auge sind, bislang jedoch in Italien unbehelligt blieben.

Die freundliche Geste half nicht viel. Die iranische Geistlichkeit hat zwar die schiitischen Fanatiker, mit denen sich die US-Truppen derzeit besonders herumschlagen müssen, halbwegs im Griff. Die Entführer der Italiener aber sind ganz offenbar Sunniten, und die wollen mit der Teheran-Clique nichts zu tun haben. Erst mit Verspätung versuchte Rom, auch sunnitische Vermittler zu finden – für die Geisel Quattrocchi jedoch zu spät.

Die Beteuerungen westlicher Regierungen, den Geiselnehmern im Irak keinesfalls nachzugeben, werden die Entführungswelle kaum stoppen: Vergangenen Freitag wurden ein US-Soldat, ein Däne und ein Bürger der Vereinigten Arabischen Emirate gekidnappt.

Am Tag zuvor veröffentlichte eine bislang nicht in Erscheinung getretene Organisation namens Saradscha al-Mudschahidin einen Aufruf an „die Familien von Bagdad“, bis zum 23. April Schulen, Büros und Universitäten zu meiden. Geschäftsleute werden aufgefordert, ihre Läden geschlossen zu halten, denn „das Feuer des Widerstands“ werde von den Städten Ramadi, Chaldija und Falludscha auf die Hauptstadt ausgedehnt.

Private Sicherheitsfirmen verteilten das Flugblatt per E-Mail an ihre Kunden in Bagdad mit dem eigentlich unnötigen Zusatz: „Die Warnung ist ernst zu nehmen.“

Hans-Jürgen Schlamp, Bernhard Zand

* 2. von rechts: Quattrocchi.

HEIDI SCHUMANN / GAMMA / STUDIO X

Schiitische Demonstranten in Nadschaf, US-Soldaten: *„Unter den Irakern ist die Angst groß, dass wir für viele Jahre dort sein werden“*

„Verstrickung ohne Ergebnis“

Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über den Vietnam-Krieg, das Besatzungsregime im Irak und Amerikas falsche Strategie im Kampf gegen den Terror

Der gebürtige Pole Brzezinski, 76, Politologie-Professor und einer der wichtigsten strategischen Denker in den USA, war unter Präsident Jimmy Carter Nationaler Sicherheitsberater.

SPIEGEL: Herr Brzezinski, in Ihren jungen Jahren haben Sie die Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson beraten. Die jetzige Misere im Irak erinnert an Vietnam – ein Thema, das für Amerikaner noch immer der ultimative Alptraum ist. Wieso vergeht diese Vergangenheit nicht?

Brzezinski: Wegen der Rückwirkungen auf dieses Land. Am Ende wurde Präsident Johnson aus dem Amt vertrieben, weil sich der Konflikt hinzog. Präsident Nixon bekam wegen Vietnam zunehmend politische Probleme. Spätere Präsidenten verfolgte Vietnam wie ein Gespenst. In diesem Sinn gibt es bis heute ein Echo aus jener Zeit. Analogien gibt es vor allem aber eher mit Algerien Ende der fünfziger Jahre.

SPIEGEL: Welche meinen Sie?

Brzezinski: In Algier tobte ein urbaner Zermürbungskrieg, vor allem nach der Niederlage der algerischen Befreiungsfront 1958 gegen die Franzosen auf dem offenen Schlachtfeld. Es gab gelegentlich terroristische Anschläge, dann traten Erschöpfungspausen ein, und es gab dieses Gefühl, dass alles fruchtlos ist. In Vietnam dagegen existierten ein externes Rückzugsgebiet und eine reguläre Armee, die mit modernen Waffen versorgt wurde, nicht nur aus dem Norden, sondern auch aus der Sowjetunion und aus China. Es gab einen langwierigen Guerillakrieg mit vielen Opfern.

SPIEGEL: Was bleibt für Amerika singulär an Vietnam: Ist der Gedanke unerträglich, dass die USA eine „viertklassige Macht“, wie Henry Kissinger die Nordvietnamesen nannte, nicht zu besiegen vermochte, oder liegt es daran, dass der Krieg zur moralischen Katastrophe geriet?

Brzezinski: Schwerer wiegt, dass der Sieg im Krieg ausblieb, wenn auch manche Amerikaner die moralische Dimension beunruhigte. Aber für ein moralisch fundiertes Urteil brauchte man präzisere Informationen, mehr jedenfalls, als die meisten Menschen gewöhnlich haben wollen. In den sechziger Jahren spielte schon das Fernsehen eine bedeutende Rolle für die Meinungsbildung. Und die Amerikaner sahen einen Konflikt, der sich hinzieht, und sie sahen Tote.

SPIEGEL: Wie heute im Irak. Welche Irrtümer oder Fehleinschätzungen haben die Misere dort verursacht?

Brzezinski: Ich glaube, dafür sind zwei Fehleinschätzungen verantwortlich, vielleicht handelt es sich dabei sogar um gezielte Fehlinformationen: Die erste bezog sich auf die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen, die als Grund für das extreme Vorgehen herhielt – nämlich die einseitige Anwendung von Gewalt. Und die zweite bezog sich auf die leichtfertige Prognose, wir würden dort als Befreier willkommen geheißen, wobei auf höchster Regierungsebene der Einzug im Irak mit der Befreiung Frankreichs 1944 gleichgesetzt wurde. So haben es ganz offensichtlich die Iraker nicht gesehen, und ich halte das für keine Überraschung.

SPIEGEL: Weil Länder die Befreiung lieben, doch nicht den Befreier?

Brzezinski: Dieser Effekt tritt ein, wenn die Befreier zu lange im Land bleiben und

CHRIS USHER / APIX

Sicherheitsexperte Brzezinski: *„Terror ist eine Technik“*

ROBERTO MALDONADO / GAMMA / STUDIO X (L.); CHRISTOPHE SIMON / AFP (R.)

Bombenanschlag auf Bali (Oktober 2002), Attentat von Madrid am 11. März: *„Wer sind diese Terroristen? Was treibt sie an?“*

wenn die Besetzten kein kollektives Schuldgefühl haben. Wir haben uns in Frankreich nicht als Besatzer niedergelassen. Wären wir länger geblieben und hätten wir zum Beispiel verhindert, dass de Gaulle zu Frankreichs Führungsfigur aufsteigt, hätten wir uns Sympathien verscherzt. Deutschland konnten wir länger besetzen, weil dort ein kollektives Gefühl der Schuld am Zweiten Weltkrieg und an den Kriegsverbrechen existierte. Unter den Irakern ist die Angst groß, dass wir für viele Jahre dort sein werden, wobei der Konflikt in diesem Land mittlerweile in den Augen der Araber mit dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern verschmolzen ist. Und natürlich denken sie deshalb, dass ihnen Ähnliches wie dem Westjordanland bevorsteht, das seit 37 Jahren besetztes Gebiet ist.

SPIEGEL: Bisher ist wenig mehr als ein Jahr seit dem Kriegsausbruch vergangen.

Brzezinski: Das ist nicht sehr lang, und bislang rührt sich auch kein flächendeckender nationaler Widerstand – wenngleich die jetzigen Aufstände durchaus Grund zur Besorgnis aufwerfen. Aus amerikanischer Sicht wird das Problem durch Fernsehbilder dramatisiert. Aus irakischer Sicht vergrößert sich das Problem, weil viele irakische Zivilisten sterben.

SPIEGEL: Das Dilemma im Irak ist das Unvermögen der Besatzungsarmee, Sicherheit zu gewährleisten. Was läuft da schief?

Brzezinski: Das lässt sich am Vergleich zwischen Afghanistan und Irak illustrieren. Hier wie dort gibt es Schwierigkeiten, aber im Irak mehr als in Afghanistan.

SPIEGEL: Woran liegt es?

Brzezinski: In Afghanistan leisten unsere europäischen Verbündeten mit ihren Soldaten einen großen Beitrag zur Stabilisierung des Landes. Sie helfen auch mit Geld. Dazu sind viele Afghanen unsere Freunde, denn sie sind dankbar dafür, dass wir sie schon im Widerstand gegen die Sowjets unterstützt haben. Deshalb gibt es eine breite Schicht loyaler Afghanen, die auf unserer Seite stehen. Außerdem verhält sich der Botschafter Amerikas ...

SPIEGEL: Zalmay Khalilzad, ein gebürtiger Afghane …

Brzezinski: … konzilianter und kompromissbereiter, so dass sich anstehende Probleme leichter lösen ließen. Keine dieser drei Bedingungen gibt es im Irak, und deshalb häufen sich dort die Probleme.

SPIEGEL: Was wäre Ihr Rat – mehr Bodentruppen?

Brzezinski: Ja, wenn sie nötig sind. Doch gleichzeitig muss die Bereitschaft wachsen, Befugnisse an die Vereinten Nationen abzutreten und auch der Wille, mit den Europäern eine Strategie für den Irak in der Region zu entwickeln. Dazu gehört der Verzicht auf Überraschungen wie die gemeinsame Bush-Scharon-Erklärung vergangene Woche.

SPIEGEL: „Newsweek“ schreibt in seiner jüngsten Ausgabe: „Noch ist es kein Sumpf, aber es riecht schon vertraut.“

Brzezinski: Ein vernünftiger Satz.

SPIEGEL: Was ist denn die größte Gefahr im Irak?

Brzezinski: Amerikas andauernde Verstrickung ohne eindeutiges Ergebnis.

SPIEGEL: Ist der Irak das richtige Ziel im so genannten Krieg gegen den Terrorismus?

Brzezinski: „Krieg gegen den Terrorismus“ – das ist für mich eine nichts sagende Formel. Das ist so, als würde man sagen, der Zweite Weltkrieg wurde nicht gegen die Nazis, sondern gegen den „Blitzkrieg“ geführt. Terror ist eine Technik. Wollen wir uns aber wirkungsvoll mit der terroristischen Gefahr auseinander setzen, müssen wir schon fragen: Wer sind diese Terroristen? Woher kommen sie? Doch stattdessen reden wir in theologischen Gemeinplätzen über Terrorismus und gehen im Alleingang so vor wie im Irak, womit wir aller Wahrscheinlichkeit nach die Zahl der Terroristen vermehren, die uns Schaden zufügen wollen.

SPIEGEL: Terroristen haben Anschläge auf Bali und in Nordafrika, in Saudi-Arabien und Spanien verübt. Es ist ziemlich schwierig herauszufinden, wer es jeweils war, und sie dann zu verfolgen.

Brzezinski: So schwer ist es nicht, wobei Ihre Liste unvollständig ist. Terroristen gibt es in Nordirland, in Kaschmir, in Israel, in Lateinamerika und anderswo. Allerdings greifen die Terroristen in Kaschmir nicht Finnland an, sondern Indien. Die in Nordirland gehen nicht gegen Amerikaner vor, sondern gegen Briten. Und jene Terroristen, die uns angreifen und aus dem Nahen Osten stammen, hassen uns, und so stellt sich die Frage: Was treibt sie an? Schwungvolle Formeln verdunkeln nur das Problem, das der Terrorismus für uns aufwirft.

SPIEGEL: Womit müssen wir rechnen?

Brzezinski: Wir müssen uns auf weitere Anschläge auf die Vereinigten Staaten einstellen, da wir den Konflikt im Nahen Osten noch ausgeweitet haben. Aus arabischer Sicht geht es nicht nur um den Irak, sondern auch um die Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern. Und so flammt zunehmend eine Art Gotteskriegshaltung gegen uns auf.

SPIEGEL: Präsident Bush unterstützt jetzt den Plan Israels, den Gaza-Streifen zu räumen. Zudem sagte er erstmals, dass die Mehrzahl der Siedlungen im Westjordanland „vorhandene Fakten“ seien. Das ist eine Hilfe für Scharon, der ums politische Überleben kämpft, aber was löst sie aus?

Brzezinski: Der Plan erschwert einen Kompromissfrieden, auf den sich Palästinenser und Israelis, wie man immer noch hofft, einigen könnten. Damit entsteht die Gefahr, dass der Frieden den Palästinensern von Amerikanern und Israelis auferlegt wird. Dann mangelt es ihm an Legitimation im Nahen Osten und wahrscheinlich auch an internationaler Unterstützung.

SPIEGEL: Im Irak will Bush die Macht am 30. Juni an eine provisorische Regierung übergeben. Ist der Termin einzuhalten?

Brzezinski: Ich glaube, wir müssen ihn einhalten, obwohl wir uns eingestehen sollten, dass es sich um einen mythenumrankten Stichtag für ein mythenumranktes Ereignis handelt. Was eigentlich soll das Gewähren von Souveränität bedeuten? Im Land bleiben 135 000 amerikanische Soldaten, die Sicherheit bleibt in amerikanischer Hand, so ziemlich das ganze irakische Vermögen im Ausland bleibt unter Kontrolle. Das ist nicht mehr als ein symbolischer Schritt, solange es an den wirklichen Attributen der Souveränität fehlt.

INTERVIEW: GERHARD SPÖRL

NAHOST

Mitten ins Herz

Nach dem Pakt von Washington beginnt für Israels Premier Scharon der politische Kampf an der Heimatfront. Für die Schützenhilfe zahlt US-Präsident Bush einen hohen Preis.

Der Gang ins israelische Parlament war für Jerusalems Premier Ariel Scharon in den vergangenen Monaten fast immer eine schwere Bürde. Nicht selten erwarteten den Regierungschef heftige Vorwürfe, zuletzt wegen angeblicher Verwicklung in einen Korruptionsskandal; zahlreiche Misstrauensvoten überlebte der Premier nur um Haaresbreite. Selbst Mitglieder seiner eigenen Koalition ließen ihn schon im Stich. Mitunter saß Scharon ziemlich einsam auf der Regierungsbank.

Wenn jedoch an diesem Donnerstag die 120 Abgeordneten der Knesset wie geplant zu einer Sondersitzung zusammenkommen, werden sie den Premier wohl selbstbewusster erleben als je zuvor. Zwar wird die Sitzung von Oppositionsparteien einberufen, um Scharon für seine Washington-Verhandlungen in der vergangenen Woche zur Rechenschaft zu ziehen. Denn: Es sei „nicht in Ordnung, dass er zuerst seine Pläne dem US-Präsidenten offen legt, bevor er sie dem israelischen Volk erklärt“, giftete eine Sprecherin.

Doch der Premier sieht sich als Sieger – und weiß die öffentliche Meinung hinter sich. „Scharon bekam alles, was er wollte“, und „Bush hat sich ergeben“, feierten israelische Zeitungen den Gipfel mit dem US-Präsidenten. Auf eigene Faust hatte Scharon in Washington einen sensationellen Deal gemacht. Im Gegenzug für die Räumung der israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen segnet der US-Präsident Siedlungsblöcke im besetzten Westjordanland ab. Ein Blatt druckte die Schlagzeile vom Triumph in Washington sogar in den Nationalfarben weiß und blau ab.

Wird sich Israel wirklich aus dem Gaza-Streifen zurückziehen? Glaubt man Premier Ariel Scharon, will er binnen Jahresfrist den verarmten, übervölkerten palästinensischen Landstrich räumen. 7800 Siedler haben sich dort unter dem Schutz der Armee ausgebreitet, in einer Gegend, in der 1,3 Millionen Palästinenser leben. Anders als 1982, als Israel nach dem Friedensabkommen mit Ägypten die jüdischen Siedlungen auf dem Sinai bis zur letzten Schraube abmontierte, sollen diesmal sogar Häuser und Infrastruktur den Palästinensern überlassen werden – so sieht es zumindest der „Loslösungsplan“ vor, den Scharon am Freitag veröffentlichen ließ.

LARRY DOWNING / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Partner Scharon, Bush*: *„Stolz, den Premier meinen Freund zu nennen“*

Dass sich ausgerechnet Siedlervater Scharon nach fast 37 Jahren Besatzung zu dem historischen, längst überfälligen Schritt durchgerungen hat, bringt Israels Siedler und Ultrarechte auf die Barrikaden. Sie sprechen von Verrat und bekämpfen den Plan so, wie sie früher die Friedenspolitik von Jizchak Rabin und Schimon Peres attackierten.

Innenpolitisch kämpft Scharon dabei gleich an mehreren Fronten – gegen seine alten Siedlerfreunde, aber auch gegen Widersacher in seiner Partei und seinem Kabinett. Sollten wie angedroht die ultrarechten und religiösen Minister abspringen, wenn er seinen Abzugsplan in die Tat umsetzt, droht eine Regierungskrise. „Der Abzug belohnt die Terroristen“, machten Siedler wie Ultras gegen Scharon mobil.

Selbst von den eigenen Likud-Ministern hat der Regierungschef bisher nur etwa die Hälfte klar auf seiner Seite. Eine Schlüsselrolle dabei spielt Finanzminister Benjamin Netanjahu, einer der aussichtsreichsten Scharon-Erben. Der ehrgeizige Ex-Premier hielt sich bis zuletzt bedeckt, ob er den Abzug unterstützt oder nicht.

Scharon, der ausgebuffte Regierungschef, hat zwar vorgesorgt. Zerbricht durch den Abzug der Rechten seine Koalition, steht die Arbeitspartei als Mehrheitsbeschaffer oder womöglich als Regierungspartner bereit. Die Linksliberalen wollen den Rückzug aus dem Gaza-Streifen, den sie selbst propagierten, nicht torpedieren. Und dem 80-jährigen Parteichef Schimon Peres wird ungebrochene Lust auf ein weiteres Regierungsamt nachgesagt.

Doch die Trumpfkarte Große Koalition darf der Premier nicht zu früh ausspielen. Zunächst muss er das Referendum, das für den 2. Mai angesetzt ist, in seiner Likud-Partei gewinnen. Dort kann sich Scharon dann auch auf ein glänzendes Zeugnis aus Washington berufen. Welchem Premier wurde im Weißen Haus schon je so geschmeichelt: Scharon habe eine „kühne und historische Entscheidung“ getroffen, so Bush, „gut gemacht, gut gemacht! Ich bin stolz, den Premier meinen Freund zu nennen“.

Mit der überraschenden Unterstützung durch George W. Bush sind Scharons Chancen, das Referendum zu gewinnen, „deutlich gestiegen“, prognostiziert der Jerusalemer Parteienexperte Abraham Diskin. Aktuelle Umfragen unter Parteimitgliedern zeigten immerhin eine Mehrheit für den Plan der „einseitigen Loslösung“ von den Palästinensern.

Zum Dank für den Rückenwind aus Washington scheute sich Scharon nicht, seinerseits George W. Bush öffentlich Wahlkampfhilfe zu leisten. „Ich habe nie einen Führer getroffen“, so das überschäumende Lob des Premiers, „der sich so engagiert dem Kampf gegen den Terror und für die Freiheit verschrieben hat.“ Bush-Herausforderer John Kerry, der sich um ein wahlwirksames Treffen bemüht hatte, ließ der israelische Premier abblitzen.

* Am vergangenen Mittwoch im Weißen Haus.

FLASH 90 / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Einsatz israelischer Soldaten gegen jüdische Siedler*: *„Der Abzug belohnt Terroristen“*

Als große Verlierer des Gipfels der Nahost-Strategen Bush und Scharon sehen sich hingegen die Palästinenser. Rücksichtslos ließ Bush sie spüren, dass er die Arafat-Riege als Verhandlungspartner abgeschrieben hat. Ohnmächtig klagt die Autonomie-Führung, Scharon müsse „Frieden mit den Palästinensern machen, nicht mit Bush“.

Es ist die Strafe dafür, dass sie sich im Anti-Terror-Kampf für die falsche Seite entschied. Statt einen Stopp der bewaffneten Intifada mit ihren Selbstmordattentaten durchzusetzen, versuchen Jassir Arafat und sein kraftloser Premier Ahmed Kurei derzeit einen Schmusekurs mit Hamas, dem Islamischen Dschihad und den Fatah-nahen „al-Aksa-Märtyrerbrigaden“.

Die jüngste Bush-Erklärung, darin sind sich selbst Palästinenser unterschiedlichster Fraktionen einig, ist eine ihrer schwersten Niederlagen. „Präsident Bush hat uns mitten ins Herz getroffen“, klagt Kurei, „keiner hat das Recht, die Palästinenser ihrer Rechte zu berauben.“ Der Widerstand gegen „Israels Verbrechen“ werde sich nur noch verschärfen, drohte ein sichtlich aufgebrachter Arafat – und legte einmal mehr nahe, dass er Gewalt offensichtlich für ein opportunes Mittel hält.

Auch international löste Bushs Solidaritätserklärung für Scharon Verärgerung aus bei Uno und EU, den Co-Schirmherren im Nahost-Friedensprozess.

Der Pakt mit Scharon ist für Washington durchaus ein gewagter Alleingang. Denn er beschädigt die seit Jahrzehnten gepflegte US-Vermittlerrolle. Auch wenn sich die Amerikaner stets Israel weitaus enger verbunden fühlten als den Palästinensern, achteten sie beim Polit-Poker doch immer darauf, die palästinensischen Interessen nicht zu übergehen.

Mitte voriger Woche verletzte Bush jedoch nicht nur dieses Tabu. Mit seinen Aussagen über die Grenzen in Nahost und die Zukunft der Flüchtlinge schrieb er gleichsam Inhalte fest, über die sich beide Parteien erst bei den Endstatus-Verhandlungen einigen sollten. Die Palästinenser, ohnehin vom Hass gegen Amerika beseelt, werden US-Vermittlungsbemühungen künftig wohl nur noch schwer akzeptieren.

Im Gespräch mit dem Washington-Besucher Tony Blair versuchte Bush am Freitag die Kritik abzufedern. Natürlich, versicherte er, müssten alle Fragen eines endgültigen Abkommens von Israelis und Palästinensern gemeinsam ausgehandelt werden.

Dass aber dürfte Scharons Erfolg an der Heimatfront kaum schmälern. Sein eiserner Anti-Terror-Kurs, unter dem die palästinensische Zivilbevölkerung in bisher ungekanntem Ausmaß leidet, blieb von Washington weitgehend unangefochten. Den umstrittenen Sperrzaun darf er nach kleinen Korrekturen weiterbauen. Als Krönung erklärt der US-Präsident den vollständigen Rückzug Israels an die Waffenstillstandslinie von 1949 für „unrealistisch“.

Scharons Kalkül scheint damit vorerst aufzugehen: Er opfert Gaza, um einen großen Rest des Westjordanlands zu retten. Gerade mal 4 von über 140 Siedlungen will er dort räumen. Damit bliebe ihnen, klagen die Palästinenser, nur rund die Hälfte des Gebietes übrig – zu wenig für einen lebensfähigen Staat.

Was Scharon nun schaffe, seien „Bantustans“ nach dem Vorbild der früheren südafrikanischen Schwarzen-Homelands, kritisieren Aussöhnungsaktivisten. Optimisten in Israel und der EU trösten sich damit, der Abzug werde schon eine Eigendynamik in Gang setzen – und sei der „Beginn vom Ende der Okkupation“.

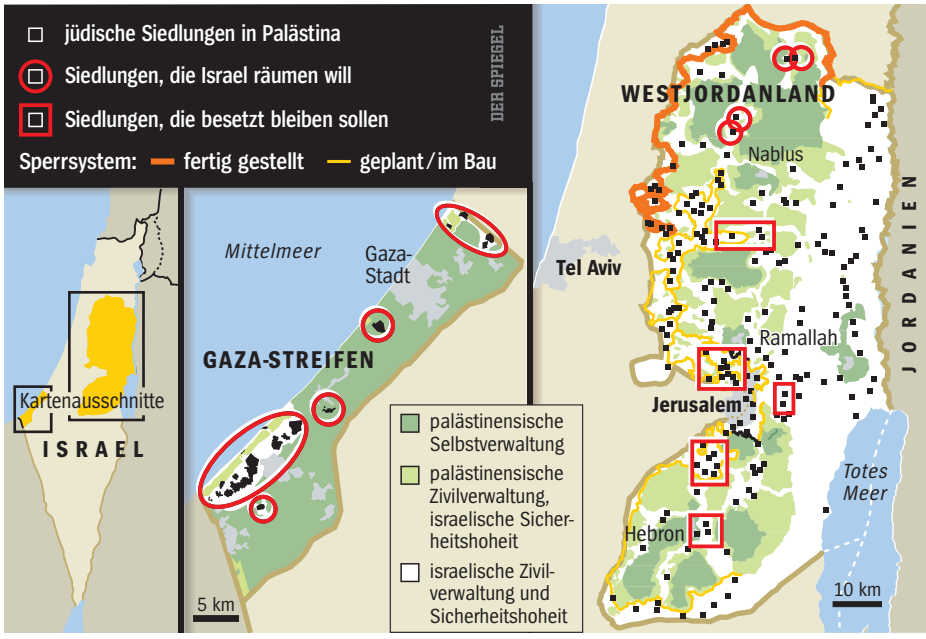
Das selbstzufriedene Auftreten, mit dem sich die Verbündeten in Washington auf die Schulter klopften, täuscht darüber hinweg, dass beide derzeit ohnehin mit beschränkter Haftung agieren. Bushs Desaster im Irak könnte ihn die Wiederwahl kosten. Und Scharons Karriere liegt in den Händen des Generalstaatsanwalts – der muss demnächst entscheiden, ob er wegen Bestechungsvorwürfen Anklage gegen den Premier erhebt.

Scharon, so glauben Kenner der israelischen Innenpolitik wie Parteienforscher Diskin, sei trotzdem noch lange nicht erledigt: „Der Mann kann sich durchsetzen und Druck aushalten wie kaum ein anderer.“ In Bezug auf das Gaza-Referendum im Likud-Block ließ der Premier schon mal über Sohn Omri in die Reihen der Partei durchsickern: Wenn man ihn nicht unterstütze, trete er zurück.

Auch Bush hatte er unter Druck gesetzt – mit der Drohung, seinen Washington-Besuch im letzten Moment noch abzusagen. Den Abflug verschob er um drei Stunden, bis er wusste, dass der Wortlaut des Garantiebriefes genau seinen Vorstellungen entsprach.

ANNETTE GROSSBONGARDT

* Am 31. März bei der Räumung eines Außenpostens nahe Hebron im Westjordanland.



R. MARO / VERSION

AFGHANISTAN

„Sie müssen sich fügen“

Präsident Hamid Karzai, 46, über den Warlord Hekmatjar, die Sicherheitslage in den Provinzen und den Kampf gegen den Drogenanbau

SPIEGEL: Herr Präsident, der in den Untergrund abgetauchte Islamist Gulbuddin Hekmatjar versucht den Schulterschluss mit den Aufständischen im Irak und ruft seine Anhänger in Afghanistan zum heiligen Krieg gegen die „Besatzer“ auf. Wie reagiert Ihre Regierung auf diese Drohung?

Karzai: Hekmatjar ist keine wirkliche Bedrohung, er ist ein gebrochener Mann, der sich versteckt …

SPIEGEL: Immerhin wird ihm immer wieder die Verantwortung für Terroranschläge oder Raketenangriffe auf die internationale Schutztruppe Isaf in Kabul zugeschrieben. Er mache gemeinsame Sache mit den Taliban und al-Qaida, heißt es.

Karzai: Er steht auf der Liste der gesuchten Terroristen, die afghanische Polizei hat gerade gemeinsam mit der Isaf in Kabul einen seiner Top-Mitarbeiter und weitere sechs Anhänger verhaftet. Hekmatjar hat schon häufig versucht, die Afghanen zum heiligen Krieg aufzuhetzen, jedes Mal erfolglos. Man sollte seine Drohungen nicht allzu ernst nehmen. Was er vorhat, wird nicht gelingen. Ihm und seiner Partei Hisb-i-Islami laufen die Anhänger in Scharen davon, sie distanzieren sich von seinen radikalen Positionen. Die afghanische Zivilgesellschaft ist viel stärker, als Sie glauben.

SPIEGEL: Zwei Jahre nach Ihrer Machtübernahme erschüttern Unruhen das Land. Die Kämpfe zwischen dem Usbeken-General Dostam und seinem tadschikischen Rivalen Atta im Norden bei Masar-i-Scharif gefährden die Stabilität – und die bevorstehenden Wahlen. Ihre Regierung scheint machtlos. Was unternehmen Sie dagegen?

Karzai: Die Regierung hat Truppen der neuen Nationalarmee und der Polizei, die übrigens von Deutschen ausgebildet worden sind, nach Herat, Masar und Maimana geschickt. Wir verstärken überall unseren Einfluss, und wir haben das Vertrauen der Bevölkerung. Außerdem habe ich die beiden Kontrahenten Dostam und Atta nach Kabul einbestellt, sie müssen sich rechtfertigen. Die Regierung wird bald über ihre Zukunft entscheiden. Sie müssen sich fügen, sonst werden sie dementsprechend behandelt.

SPIEGEL: In Afghanistan bemisst sich die Macht eines politischen Führers in erster Linie an der Anzahl seiner Soldaten. Sie selbst befehligen kaum 10 000 Armeeangehörige. Der Warlord Ismail Khan im Unruhegebiet Herat rühmt sich, allein mehrere zehntausend Männer unter Waffen zu haben. Wie wollen Sie sich da durchsetzen?

Karzai: (*lacht ungläubig*): Mehrere zehntausend? Wie viele es auch immer sein mögen – entscheidend ist, diese Männer gehören nicht ihm, sie sind nicht seine private Armee. Falls er dies beansprucht, treten wir dem mit Entschiedenheit entgegen. Aber wir suchen nicht die Konfrontation, sondern möchten diese Truppen durch Demobilisierung und Entwaffnungsprogramme langsam in staatliche Strukturen überführen. In wenigen Jahren wird es keine Warlords mehr geben.

SPIEGEL: Taliban und Qaida-Anhänger greifen gezielt afghanische Militärs und Polizisten an, die loyal zur Zentralregierung stehen – auch das eine Parallele zum Irak. Beispielsweise wurde in Barmal, Provinz Paktika, der Polizeichef des Bezirks mit seinen Leuten ermordet.

Karzai: Auf der ganzen Welt werden Polizisten im Kampf gegen Gesetzlose getötet. Das ist der Preis dafür, dieses Land wieder ins Laufen zu bringen. Das ist der Preis für eine funktionierende Regierung, für Gesetze, die geachtet werden, für Sicherheit und kontrollierte Grenzen.

SPIEGEL: Spielen Sie die Probleme nicht arg herunter? Die Taliban sind weiterhin einflussreich in Afghanistan, etwa in den Provinzen Zabul, Oruzgan, Helmand. Sie greifen Hilfsorganisationen an, töten Uno-Mitarbeiter, Journalisten, Straßenarbeiter …

Karzai: Wenn ein Straßenarbeiter getötet wird, heißt das, die Firma verliert einen Arbeiter, die Familie ihr Einkommen, die Bürger verlieren eine gute Straße. Das ist das Gegenteil von dem, was die Afghanen wollen. Das ist Terrorismus, das ist Kriminalität. Diese Leute verstecken sich in den Bergen. Wie kann einer, der sich versteckt, politischen Einfluss ausüben?

SPIEGEL: Zumindest verbreiten sie Angst und Schrecken. Wie lange wird die internationale Gemeinschaft ihre Soldaten noch nach Afghanistan schicken müssen?

Karzai: Etwa zehn Jahre, schätze ich. So lange werden wir brauchen, bis wir eine voll funktionsfähige Armee und Polizei haben. Eine unabhängige, professionelle Verwaltung aufzubauen wird noch länger dauern, womöglich 20 Jahre.

SPIEGEL: Afghanistans Wirtschaft, die früher Früchte, Baumwolle, Textilien und Pelze in alle Welt exportierte, liegt nach 23 Kriegsjahren am Boden. Wie will Ihr Land wieder wettbewerbsfähig werden?

Karzai: Wir sind reich. Wir haben die besten Kupferminen der Welt, Eisen, Gas und Öl und mit der neuen Straße, die seit kurzem Kandahar und Kabul verbindet, eine hochmoderne Transithandelsroute.

SPIEGEL: Die meisten Afghanen, Warlords und Stammesfürsten, aber auch die Landbesitzer und Bauern, leben heute direkt oder indirekt von Drogen. Wenn Sie mit dem Kampf gegen die Rauschgiftproduktion ernst machen, werden Sie die nächste Wahl wohl kaum gewinnen.

Karzai: Ich habe, nachdem mein Vater getötet wurde, unter schwierigsten Umständen gegen die Taliban gekämpft, und zuvor gegen die Sowjets. Beides war lebensgefährlich, aber beides war richtig. Jetzt ist es richtig, gegen die Drogen zu kämpfen. Das ist eine moralische Frage.

SPIEGEL: Fast alle hohen Würdenträger des Landes stecken tief im Drogensumpf, darunter auch einige Regierungsmitglieder. Lassen Sie demnächst Minister verhaften oder deren Angehörige, wenn die mit der Drogenmafia unter einer Decke stecken?

Karzai: Drogen sind gegen unsere Interessen, sie zerstören unsere Wirtschaft und bringen Afghanistan international in Verruf. Wer mit Drogen handelt, kann kein honoriger Mann sein. Er wird verfolgt werden, egal in welcher Position er sich befindet.

INTERVIEW: SUSANNE KOELBL

* Mit Innenminister Ali Ahmad Jalali an Bord einer Bundeswehrmaschine auf dem Weg vom usbekischen Termes nach Kabul am 3. April.

Staatschef Karzai*
„Kampf gegen Gesetzlose“

ITALIEN

Knebelung des Abendlandes

Auch in ihrem neuen Buch „Die Kraft der Vernunft“ propagiert die Italienerin Oriana Fallaci den Kampf gegen den Islam und warnt vor dessen Eroberungsfeldzug gegen Europa.

Gleich am Erscheinungstag gingen 50 000 Exemplare über die Ladentische. 500 000 will der Rizzoli-Verlag in den ersten beiden Wochen absetzen, allein in Italien. Und, kein Zweifel, so wie ihr Buch nach den Twin-Tower-Attacken vom 11. September 2001 („Die Wut und der Stolz“) wird auch das jüngste Werk von Oriana Fallaci, sobald es in übersetzter Form erhältlich ist, weltweit ein Millionenpublikum erreichen – und begeistern oder empören.

„La Forza della Ragione“ („Die Kraft der Vernunft“) ist eine neue polemische Warnung an den Westen vor dem Würgegriff des Islam. Die Fallaci schreibe, jubeln ihre Anhänger, was die Gutmenschen und Intellektuellen, die Kirche und die linken wie bürgerlichen Parteien nicht wahrhaben wollten: Europa sei in tödlicher Gefahr, es werde islamistisch unterwandert, von den fanatischen Anhängern Allahs jeden Tag mehr in den Griff genommen.

Von Gibraltar bis zum Nordkap, von den Hügeln der Toskana bis zu den Steppen vor Wolgograd, so beginnt die Autorin ihr Buch, in jeder europäischen Stadt gebe es längst „eine zweite Stadt. Eine, die sich der anderen überlagert. Eine muslimische, eine vom Koran beherrschte Stadt“.

Diese Stadt in der Stadt habe nichts zu tun mit den traditionellen Diasporagemeinden, dem „Little Italy“ oder „Chinatown“, wo sich Emigranten nach ihrer Ankunft in einer neuen, fremden Welt zusammenballen. Sie sei vielmehr „eine Etappe der islamischen Expansionspolitik, die keiner je zu übertreffen vermochte“. Nicht Alexander der Große, nicht Julius Cäsar oder Napoleon. „Denn diese ist die einzige Kunst, in der die Söhne Allahs stets unübertrefflich waren – die Kunst einzudringen, zu erobern, zu unterwerfen.“ Und: „Ihre heiß begehrte Beute war stets Europa, die christliche Welt.“

Bei diesem Beutezug setzten die Muslime, so Frau Fallaci, nicht nur auf die Gewehre ihrer Terroristen und die fanatisierenden Glaubensbotschaften ihrer Mullahs, sondern vor allem auf den fruchtbaren Leib ihrer Frauen.

„Im unterjochten Europa“ aber sei das Thema der islamischen Fruchtbarkeit zum Tabu erklärt worden, das keiner zu brechen wage, klagt die Buchautorin. „Versuchst du es, bringt man dich vor die Richter wegen Rassismus – Fremdenhass – Gotteslästerung.“ So wie es ihr geschehen sei, als sie in Paris wegen Anstiftung zur Volksverhetzung unter Anklage kam, weil sie – „ein bestimmt brutaler, ich gebe es zu, jedoch richtiger Satz“ – in ihrem vorherigen Buch über die gebärfreudigen Musliminnen bemerkt hatte: „Sie vermehren sich wie die Ratten.“ Fallaci schreibt jetzt: *Kein die Freiheit abwürgendes Gesetz wird jemals bestreiten können … dass in der Europäischen Union die muslimischen Neugeborenen jährlich zehn Prozent ausmachen, in Brüssel dreißig Prozent, in Marseille sogar sechzig Prozent. Es genügt, an die Worte Boumediennes (des ehemaligen Staatschefs Algeriens) vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1974 zu erinnern: „Eines Tages werden Millionen von Menschen die südliche Halbkugel verlassen, um in die nördliche einzudringen. Sicherlich nicht als Freunde. Denn sie werden kommen, um sie zu erobern. Und sie werden sie erobern, indem sie die nördliche Halbkugel mit ihren Kindern bevölkern. Der Leib unserer Frauen wird uns den Sieg bescheren.“*

Über den Vietnam-Krieg hat die frühere Star-Reporterin

GIOVANNETTI / EFFIGIE

Autorin Fallaci
„Wahrheiten ins rechte Licht rücken“

RAINER JATSCH-KOESLING / ACTION PRESS

Betende Muslime in Hamburger Moschee: *„Unterjochtes Europa“*

GERARD JULIEN / AFP

Demonstration in Marseille*: *„Der Leib unserer Frauen wird uns den Sieg bescheren“*

(unter anderem „Corriere della Sera“, „The New York Times“) und Schriftstellerin („Brief an ein nie geborenes Kind“) einst geschrieben und über die Lage im Libanon. Sie hat Irans Ajatollah Chomeini interviewt und Chinas Diktator Deng Xiaoping. Ende der Siebziger zog sie sich weitgehend zurück ins Private. Bis sie sich, nach dem 11. September 2001, aufgerufen sah, die Welt vor dem Islam zu warnen.

Als einen geradezu natürlichen, quasi biologischen Vorgang schildert Frau Fallaci das Entstehen ihres zweiten Œuvres zu dem Thema. „Die Wut und der Stolz“, schreibt sie in der Einleitung, „haben ein Kind gezeugt: die Entrüstung.“ Diese Entrüstung habe ihr Nachdenken verschärft und ihrer Vernunft ermöglicht, „Wahrheiten ins rechte Licht zu rücken, die ich heute offen auszudrücken vermag“.

Sie entrüstet sich gegen eine Demokratie, „die, anstatt auf die eigenen Bürger zu hören, sie zum Schweigen bringt, dem Feind ausliefert, sie dem Unrecht und den Anmaßungen preisgibt, in der die Minderheit mehr zählt als die Mehrheit und – da sie mehr zählt als die Mehrheit – sich als Herr aufspielt und diese erpresst“. Eine Nicht-Demokratie sei das, Betrug und Lüge.

Auch von Freiheit könne keine Rede sein, wenn die Gesellschaft jene, die wie sie erkannt hätten, was der nichtmuslimischen Menschheit drohe, „daran hindert, sich denen zu widersetzen, die bei uns eindringen oder uns knebeln“. Nicht nur die Gedanken, selbst die Gefühle der Menschen würden zensiert und fremdbestimmt von jenen, die anordnen wollten, „wen ich lieben, wen ich hassen soll, so dass ich, wenn ich die Amerikaner und die Israelis hasse, in den Himmel, und wenn ich die Muslime nicht liebe, in die Hölle komme“.

„Eurabia“ heißt das Codewort des 278-Seiten-Aufschreis. So nennt die Fallaci das ihrer Meinung nach bereits weitgehend islamisierte, zur Provinz Arabiens verkommene Europa. Die Menschen des Westens, so der Kern ihrer Botschaft, müssten sich endlich wehren und wehren dürfen, sonst seien sie allesamt verloren.

Eine „Illusion“ ist es für die Autorin, zwischen einem „guten und einem schlechten Islam unterscheiden“ zu wollen. Muslim sei Muslim, erklärt sie dem Leser, denn er marschiere im Vernichtungskrieg mit Siebenmeilenstiefeln west- wie nordwärts. Europa aber, die Beute, verkaufe sich „wie eine Hure an die Sultane“. Oder schaue, bestenfalls, der feindlichen Übernahme rat- und tatenlos zu.

AP

Fallaci*, Ajatollah Chomeini: *Islamische Expansion*

Die zornige Schreiberin macht es besonders deutlich am Beispiel Deutschlands, „das mit seinen zweitausend Moscheen und seinen drei Millionen muslimischen Türken wie ein Ableger des vergangenen Osmanischen Reichs wirkt“. Zitat Fallaci:

Das Pan-Am-Flugzeug, das 1988 im Flug über der schottischen Ortschaft Lockerbie explodierte und abstürzte, wobei 270 Menschen ums Leben kamen, war von Frankfurt aus gestartet: ja oder nein? Die Bombe im Frachtraum des Flugzeugs war in Frankfurt von Söhnen Allahs, die in Frankfurt wohnten, gelegt worden: ja oder nein? Mohammed Atta, der Kopf der Selbstmordattentäter vom 11. September, hatte an der Technischen Universität in Hamburg Architektur studiert: ja oder nein? Das Geld, um den Flugunterricht in Florida zu zahlen, war von einer Bank in Düsseldorf abgehoben worden, und die logistische Zentrale von al-Qaida befindet sich in Deutschland: ja oder nein? Der Großteil ägyptischer oder maghrebinischer oder palästinensischer Terroristen befindet sich in Deutschland: ja oder nein?

In den Niederlanden, in Italien und Dänemark, in Schweden und Spanien, überall biete sich dasselbe Bild, schreibt Fallaci: Der Islam marschiere, und der Westen merke es nicht. Mit Pathos und Polemik attackiert sie Politiker, die nichts vom Irak-Krieg halten, wie EU-Kommissionspräsident Romano Prodi – der den muslimischen Invasoren auch noch das Wahlrecht zuspreche und ihnen so ihr Handwerk zusätzlich erleichtere.

Aber auch Männer wie Italiens Premier Silvio Berlusconi, die nicht laut genug gegen die Weichlinge protestieren würden, werden nicht verschont. Das betrifft auch die katholische Kirche, die ein „nachgiebiges, fügsames Stillehalten“ der Europäer gegen die Eindringlinge aus der Wüste predige. Dabei stünden die Christen und ihr Glaube ganz oben auf der Agenda der Islamisten:

Bevor er in unser Gebiet eindringt und unsere Kultur zerstört, unsere Identität annulliert, zielt der Islam (…) auf einen ideologischen Raub ab: Er bemächtigt sich des Christentums, indem er Jesus Christus als „einen Propheten Allahs“ bezeichnet. Als einen Propheten zweiten Ranges allerdings. So sehr Mohammed unterlegen, dass dieser, fast sechshundert Jahre später, wieder von vorne beginnen musste. Um uns Jesus von Nazareth noch besser wegnehmen zu können, streiten die muslimischen Theologen ab, dass er gekreuzigt worden sei. Sie stecken ihn in ihr Dschanna, wo er wie ein Trimalchio isst, wie ein Trinker säuft, wie ein Lüstling nur Sex hat. Dann verkünden sie: Armer Kerl, auf seine Art predigte er das Wort Allahs, aber seine verworfenen Jünger nannten Christentum, was in Wirklichkeit bereits Islam war, sie verdrehten einfach das, was er sagte.

Nicht zur Erbauung und nicht für Geld, sagt Oriana Fallaci, schreibe sie, sondern aus Pflicht. Denn kein Sturm und kein göttliches Wunder werde das Feuer des Islam ersticken – es gehe für alle, die nicht Allah huldigen wollten, „ums Überleben“.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

* Oben: gegen das geplante Kopftuchverbot am 17. Januar; unten: im traditionellen Tschador am 26. September 1979 im iranischen Ghom.

CORBIS

Oberste Richter der USA (1953)*: *Rechtshilfe für die eigenen Militärs*

JUSTIZ

Das Schweigen der Gesetze

In Washington wird diese Woche verhandelt, ob die Guantanamo-Gefangenen gegen ihre Haft klagen dürfen – eine 54 Jahre alte Entscheidung dient als Präzedenzfall.

Steht es Ausländern zu, amerikanische Grundrechte vor US-Gerichten einzuklagen, wenn sie sich außerhalb der Vereinigten Staaten aufhalten? Auf gar keinen Fall, meint die Regierung von George W. Bush.

Mit diesem Argument will sie gerichtliche Haftprüfungsverfahren der knapp 600 Gefangenen verhindern, die zum Teil seit über zwei Jahren unter Terrorismusverdacht im US-Marinestützpunkt Guantanamo auf Kuba sitzen – isoliert von der Außenwelt, ohne Anklage und ohne Aussicht auf Freilassung. Dienstag dieser Woche wird der Oberste US-Gerichtshof über die Zulässigkeit entsprechender Klagen verhandeln.

Washington sieht sich in seiner Haltung durch einen Präzedenzfall gestärkt, der mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt: die Supreme-Court-Entscheidung in Sachen „Johnson gegen Eisenträger“, getroffen im Jahr 1950.

Lothar Eisenträger war Oberstleutnant und ab 1941 Chef der deutschen Abwehr in Fernost – mit Sitz im japanisch besetzten Shanghai. Unter dem Decknamen Ludwig Ehrhardt beschaffte er Nachrichten über die alliierten Streitkräfte in Ostasien und über den fernöstlichen Teil der Sowjetunion. Er unterhielt Agentennetze, Radio-Abhörstationen und Stäbe zum Entschlüsseln feindlicher Funkmeldungen.

Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 setzte Eisenträgers Truppe ihre Tätigkeit einfach fort, indem sie in die Dienste der Japaner trat. In der Endphase der Schlacht um Okinawa lieferte sie Informationen über das US-Luftwarnsystem; darüber hinaus produzierte die deutsche Propagandastelle in Shanghai für den Ex-Verbündeten Hunderttausende von Flugblättern zur Zersetzung der alliierten Kampfmoral.

Eisenträger und 26 seiner Helfer mussten sich nach der japanischen Niederlage in Shanghai vor einer US-Militärkommission verantworten. Die Amerikaner warfen ihnen vor, die Kapitulation Deutschlands missachtet und daher ein Kriegsverbrechen begangen zu haben. Eisenträger wurde zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, die übrigen Angeklagten erhielten meist 10- bis 20-jährige Haftstrafen.

Das Verfahren zeigte, wie problematisch die juristische Aufarbeitung vermuteter Verbrechen durch Militärkommissionen ist – von Gremien also, wie sie jetzt auch für einige der Guantanamo-Häftlinge vorgesehen sind. Schon in Shanghai stellte das US-Militär sowohl die Ankläger als auch die Richter und Verteidiger. Zwar waren nichtmilitärische Anwälte zugelassen, doch traten zwei davon bald aus Protest gegen die Ungerechtigkeit des Verfahrens zurück – so wie bereits in Guantanamo geschehen.

Regeln ziviler Strafgerichtsverfahren und selbst der Militärjustiz wurden vielfach ausgesetzt. Die Beweispflicht der Anklage wurde erleichtert, der Schutz vor Selbstbelastung aufgehoben. Zweifelhafte Beweismittel und Zeugenaussagen waren zulässig, Entlastungszeugen wurden unter Druck gesetzt. Die Urteile ergingen ohne Begründung und Berufungsmöglichkeit.

SHANE T. MCCOY / AP

Gefangenenlager in Guantanamo
Nie amerikanischen Boden betreten

Die Gefangenen wurden später ins Landsberger Kriegsverbrechergefängnis verlegt. Von dort reichten Eisenträger und andere der Verurteilten ein Gesuch im Washingtoner Bezirksgericht ein, die Rechtmäßigkeit ihrer Haft zu überprüfen. Das Gericht lehnte ab, weil es nicht zuständig sei. Die Kläger hätten ihre Verbrechen als feindliche Ausländer in China begangen, seien in China abgeurteilt worden, befänden sich in Deutschland in Haft – amerikanischen Boden hätten sie mithin niemals betreten.

Gestützt auf genau diese Argumentation, lehnte dasselbe Gericht im Juli 2002 einen Antrag auf Haftprüfung für die Guantanamo-Gefangenen ab. Damals wie heute gelangte der Rechtsstreit schließlich vor das Oberste Bundesgericht.

Der Supreme Court entschied das Verfahren des US-Verteidigungsministers Louis Johnson gegen Eisenträger im Juni 1950. Mit einer 6:3-Mehrheit bestätigte das Gremium den Spruch des Bezirksgerichts und verneinte seine Zuständigkeit.

Richter Robert H. Jackson, ehemals US-Hauptankläger beim Kriegsverbrecher-Tribunal in Nürnberg, begründete die Mehrheitsmeinung mit dem Argument, solche Verfahren würden die eigenen Kriegsanstrengungen untergraben und dem Feind helfen. Man dürfe einem Befehlshaber keine Fesseln anlegen – indem man es dem Feind gestatte, ihn vor eigenen Zivilgerichten zur Rechenschaft zu ziehen. Dagegen vertrat Richter Hugo L. Black die Minderheitsansicht, die US-Verfassung folge der Flagge und gelte auch in amerikanisch besetzten Ländern. Ein Sieg der Vereinigten Staaten bedeute nicht Tyrannei.

Zwar gewann die US-Regierung den Prozess, doch Eisenträger und seine Haftgenossen wurden bald auf freien Fuß gesetzt: Ein Prüfungsausschuss des US-Oberkommandos in Europa hatte in ihren Handlungen weder ein Kriegsverbrechen noch eine Völkerrechtsverletzung erkennen können und die Urteile der Shanghaier Militärkommission für nichtig erklärt.

Wie das Gericht im Fall Guantanamo urteilen wird, steht dahin: Die dortigen Gefangenen, von denen nur ein geringer Teil Kontakt zum Terrornetz al-Qaida gehabt haben soll, wurden anders als Eisenträger bisher nicht einmal eines Verbrechens angeklagt, geschweige denn verurteilt. Zudem gehören sie vielfach verbündeten und nicht feindlichen Nationen an.

Jetzt macht ein Zitat des Gerichtsvorsitzenden William Rehnquist wieder die Runde: Zwar träfe die Maxime „Im Waffenlärm schweigen die Gesetze“ pauschal nicht zu. Doch auf jeden Fall sprächen sie „mit gedämpfter Stimme“. AXEL FROHN

* Mit Robert H. Jackson (hinten, 2. v. l.) und Hugo L. Black (vorn, 2. v. l.).

BOTSWANA

Endzeit im Paradies

Um ein Kraftwerk zu errichten, will Namibia den Okawango stauen. Dem empfindlichen Ökosystem im einzigartigen Flussdelta droht damit der schleichende Tod.

Okawango-Delta in der Kalahari-Halbwüste: *„Selbst Engel schauen in ihrem Fluge staunend darauf“*

M. HARVEY / WILDLIFE

Der Schwede Lars Ramberg ist ein ehrfürchtiger Mensch. Stundenlang kann er durch die Kalahari streifen, sich behutsam an Weißrückengeier oder Seeadler heranpirschen und sich mit wissenschaftlicher Zuneigung dem Wuchs von Fächerpalme und Konfettibaum widmen.

Doch einmal im Jahr tritt der Naturwissenschaftler in ihm zur Seite und macht dem Romantiker Ramberg Platz: wenn der aus Angola kommende Okawango zur Regenzeit zwischen Mai und November seine gewaltigen Wassermassen in den Süden spült, nach 1600 Kilometer langem Lauf mit großem Delta im Norden Botswanas versiegt, dort die dürre Kalahari zum Blühen bringt und die Halbwüste in eine unvergleichliche Landschaft mit Sümpfen, Inseln und Seen verwandelt. Für den Schweden ist das ein „Wunder der Natur“, der Moment, da er sich im „Garten Eden“ wähnt.

Dann eilt Ramberg in kurzen Khakihosen durch das Delta und staunt über die „Einzigartigkeit des Anblicks“ – wie vor ihm weiland der schottische Missionar David Livingstone, der 1855 als erster Weißer die nahe gelegenen Victoria-Fälle erreichte und notierte: „Ein Anblick so herrlich, dass selbst Engel in ihrem Flug staunend darauf schauen.“

Nach Jahren wissenschaftlicher Arbeit in Kenia und Simbabwe hat Lars Ramberg seinen Traumberuf gefunden: Er ist Direktor des „Okawango Research Centre“, einer Einrichtung der Universität von Botswana. Der Forscher lebt in der Kleinstadt Maun direkt am Rande des Okawango-Deltas und versucht ein Naturereignis zu ergründen, das Schwärmer als „Weltwunder“

OKAPIA

Antilopen und Giraffen an einer Wasserstelle
„Der Garten Eden“

verehren. Er könnte mithin ein glücklicher Mensch sein.

Doch Lars Ramberg treibt Unruhe um. Während Ökologen in dem über 16 000 Quadratkilometer großen und weitgehend unberührten Okawango-Delta ein „Naturparadies“ erblicken, ja sogar „Afrika, wie es früher einmal war“ („Handelsblatt“), arbeitet Botswanas Nachbarland Namibia an Plänen, die das legendäre Gebiet schnell ruinieren könnten.

Die Elektrizitätsgesellschaft NamPower will das Wasser des Okawango für die Stromgewinnung nutzen und deshalb auf namibischem Staatsgebiet, im so genannten Caprivi-Zipfel, einen Staudamm errichten. Zum Schrecken der Umweltschützer willigten die Okawango-Staaten Botswana und Angola ein, eine Durchführbarkeitsstudie zu erstellen.

Kaum bekannt geworden, hat das Projekt in der Region bereits „Schockwellen“ ausgelöst, wie das afrikanische Monatsmagazin „African Business“ registrierte. Vor „unübersehbaren Folgen“ und einem „Massensterben von Tieren“ warnt der Wasser-Ökologe Mike Murray-Hudson. Eine „Katastrophe“ befürchtet Tiego Mpho von der Kalahari Conservation Society; das Naturmagazin „Africa Geographic“ schreibt melancholisch vom „Delta Blues“.

Denn noch immer ist das euphorisch als „Juwel der Kalahari“ gefeierte Okawango-Delta nicht in die Unesco-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen – und damit nahezu schutzlos der Profitgier preisgegeben.

Die Hilferufe der Umweltschützer stören Namibias ehrgeizige Stromerzeuger wenig. NamPower-Marketing-Manager David Mbindi verspricht „wirtschaftliches Wachstum“ durch den Staudamm und „während der Bauphase 500 Arbeitsplätze“. Und natürlich Strom – für den Nordosten Namibias, der bislang weitgehend aus Sambia versorgt wird, wie für die Nachbarn in Angola und Botswana.

Dabei soll das geplante Elektrizitätswerk bei den Popa-Wasserfällen, nur wenige Kilometer von Botswanas Grenze entfernt, lediglich eine Leistung von 20 bis 30 Megawatt haben. Der Preis dafür ist hoch: Für das Projekt muss ein Damm errichtet werden, der das Okawango-Wasser staut, mit unübersehbaren Folgen für Namibia, denn auch die Popa-Wasserfälle waren bisher eine Touristenattraktion im Caprivi-Wildpark mit seinen Nilpferden und Elefanten.

Über die Behauptung der Regierung Namibias, der Okawango würde in seinem Lauf durch den Damm nicht sonderlich gestört werden, schütteln Wissenschaftler und Umweltschützer nur den Kopf.

660 000 Tonnen für das Ökosystem lebenswichtige Sedimente werden derzeit aus Angola kommend jährlich in das Delta gespült. Erst diese Mineralien, die während der Regenzeit aus dem tropischen Nachbarland in die ausgedörrte botswanische Dornsavanne transportiert werden, sind für eine einmalige Fauna verantwortlich – sie dürften dann im Staudamm hängen bleiben, prophezeit Okawango-Forscher Ramberg.

Außerdem wird sich wohl die Wassermenge, die der Fluss, der in Angola Cubango heißt, auf seinem langen Weg bis ins Delta befördert, drastisch verringern. Statt ins Meer zu münden, treibt der Okawango jedes Jahr bis zu 15 Kubikkilometer Wasser in die Kalahari – das entspricht jener Wassermenge, die die Bevölkerung Englands und Wales’ pro Jahr verbraucht.

Zwischen 70 und 80 verschiedene Fischarten leben in den Gewässern, mehr als 4000 Elefanten sowie rund 6500 Giraffen zieht die fruchtbar gewordene Landschaft an. Bis zu 35 000 Büffel und 2500 Säbelantilopen tummeln sich hier am sonst so knappen Wasser.

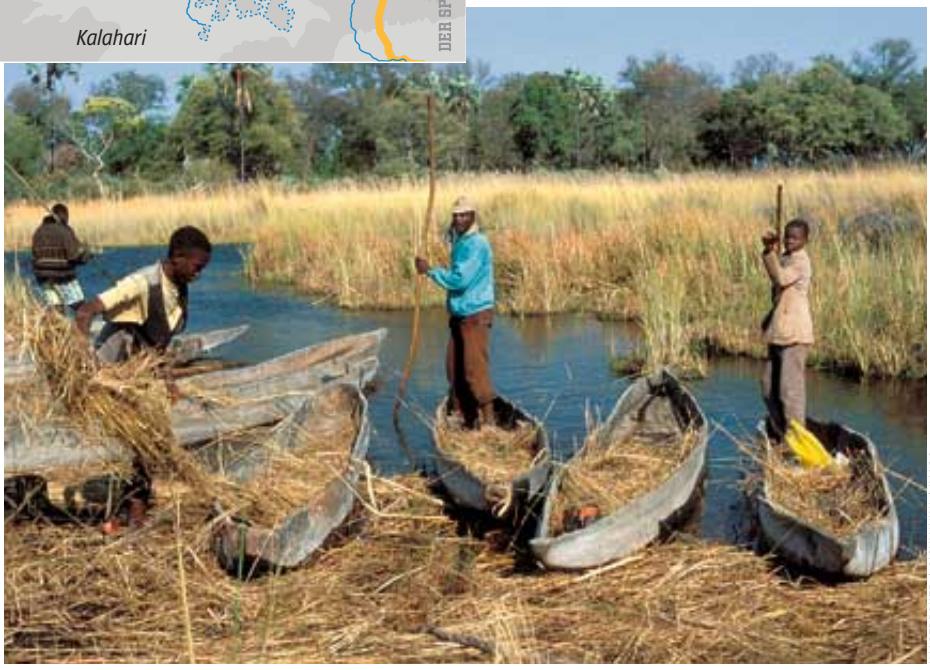
Löwen, Leoparden und Geparde machen im Delta fette Beute. Es ist die Heimat der Nilpferde wie auch riesiger Gazellenherden und Anziehungspunkt für Ornithologen, die hier unzählige Vogelarten zu sehen bekommen: Flamingos, Seeadler oder den farbenfrohen Gabelracken, den Nationalvogel Botswanas. Auch 200 000 Paviane haben im Delta ein Zuhause.

Ihr Lebensraum dürfte sich drastisch verkleinern, wenn die Flut künftig ausbliebe. Ein gestauter Okawango wäre ein träger, gleichmäßiger Strom, weite Flächen würden nicht mehr überflutet und versteppen.

Die Folgen der namibischen Aktion wären verheerend, kritisiert Lars Ramberg: „Das Okawango-Delta ist weltweit einzigartig. Erfahrungen mit derart drastischen Eingriffen in ein so sensibles Ökosystem gibt es nicht.“

Besonders absurd erscheint den Kritikern des Projekts, dass die einstigen südafrikanischen Besatzer Namibias bereits 1969 eigene Staudamm-Pläne fallen ließen – nachdem sich herausstellte, dass die Zerstörung des Okawango-Deltas in keinem Verhältnis zum erwarteten Stromgewinn stand. Was das Apartheidregime in letzter Sekunde vermied, könnte nun ausgerechnet von der unabhängigen namibischen Regierung durchgezogen werden.

Doch schon viel früher hatte der Okawango Begehrlichkeiten geweckt. 1918 entwickelte der südafrikanische Geologe E. H. L. Schwarz die Idee, den Strom umzuleiten und mit seiner Hilfe einen riesigen See zu schaffen. Als Folge des aberwitzigen Vorhabens sollte die Niederschlagsmenge in der gesamten Region drastisch steigen. Und erst vor kurzem gab die Regierung in Windhuk Pläne auf, mittels einer Pipeline



IMAGEBROKER / GIOVANNINI / IMAGO

Schilftransport am Okawango: *Schutzlos der Profitgier preisgegeben*

Korsett aus Beton

Weltweit wird über den Neubau von Staudämmen gestritten.

Seit Jahrtausenden schon dienen Staudämme dazu, Überschwemmungen zu verhindern, landwirtschaftliche Flächen zu bewässern oder die nie versiegende Kraft des Wassers über Turbinen in Elektrizität zu verwandeln.

Die „Internationale Kommission für Großstaudämme“ (ICOLD) zählt 45 000 Bauten mit mindestens „15 Meter hoher“ Betonwand oder einem Speichervolumen von „drei Millionen Kubikmeter“ Wasser. Fast die Hälfte aller Flüsse der Welt sind inzwischen durch einen Großstaudamm gebändigt.

Doch die Zähmung der Naturgewalten hat einen hohen Preis: Jahrhundertealte gewachsene Kulturlandschaften werden überflutet. Weltweit mussten bereits bis zu 80 Millionen Menschen dem gestauten Wasser weichen und umgesiedelt werden.

Trotzdem wird weiter gestaut: Am afrikanischen Nil sollen alle fünf Jahre Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 12 000 Megawatt hinzukommen. In der Demokratischen Republik Kongo ist ein rund 40 000 Megawatt starkes Grand-Inga-Kraftwerk geplant, im südlichen Afrika soll nun der Okawango in ein Betonkorsett gezwängt werden.

In Asien gelten große Staudämme als erste Wahl, um den rapide wachsenden Strombedarf zu decken. Am mittelchinesischen Drei-Schluchten-Damm, der den Yangtze staut, läuft derzeit ein Reservoir von der doppelten Fläche des Bodensees voll.

In Indien soll das Wasser der 37 größten Flüsse aus dem Himalaja in ein großes Verbundprojekt Richtung Süden eingespeist werden. Die indische Öko-Aktivistin Arundhati Roy beklagt schon ein „kapitales Verbrechen an der Menschheit“.

Auch in Brasilien verschwanden ganze Regenwaldlandschaften unter den braunen Wassermassen der Amazonas-Flüsse – um preiswerten Strom für die Industrialisierung des nördlichen Landesteils zu gewinnen.

In Spanien schließlich sieht ein „Nationaler Hydrologischer Plan“ den Bau von gut 100 neuen Dämmen vor – und bedroht die einmalige Naturlandschaft im Mündungsdelta des Ebro.

Im isländischen Kárahnjúkar-Gebiet hingegen gab der norwegische Konzern Norsk Hydro Pläne für ein Aluminiumschmelzwerk auf – Umweltschützer waren Sturm gelaufen.

Jetzt baut der US-Aluminiumkonzern Alcoa, und die italienische Baugesellschaft Impregilo errichtet den 190 Meter hohen Staudamm. Finanziert wird das isländische Großprojekt unter anderem von der Deutschen Bank.

Dabei wird die Wasserkraft als ökologisch vorteilhafte Energiequelle geschätzt, die rund ein Fünftel des weltweiten Strombedarfs deckt. Zudem gelten die Großdämme laut „Weltkommission für Staudämme“ als „langfristige, strategische Investition“, um den Wasserbedarf für Mensch und Landwirtschaft zu sichern: Etwa 16 Prozent der weltweiten Lebensmittelproduktion gehen auf die Bewässerungsleistung von Staudämmen zurück. Dass wirtschaftlicher Fortschritt auch seine Kehrseite hat, erkannte jetzt offenbar der chinesische Premierminister Wen Jiabao. Überraschend stoppte er, wie vorige Woche bekannt wurde, den Bau von 13 geplanten Staudämmen am Nu-Fluss in der südostchinesischen Provinz Yunnan – vorläufig zumindest.

Die Einsicht kam spät. Denn schon nach der verheerenden Flutkatastrophe im Sommer 1998 hatte die Pekinger Führung weise proklamiert, dass „die Menschheit nicht die Natur regieren könne“.

SEBASTIAN KNAUER

BIANCA JOESTER

Naturschützer Ramberg, Murray-Hudson *Furcht vor der Katastrophe*

jährlich bis zu 100 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Okawango nach Zentralnamibia zu pumpen.

„Diese Menschen haben keinen Respekt mehr vor der Natur“, glaubt Willie Senokora: „Wie konnte unsere Regierung solchen Plänen zustimmen?“ Viele Generationen seiner Vorfahren hat der Okawango schon ernährt, Senokora selbst ging regelmäßig mit seinen Eltern im Delta auf Jagd und hat dort Nilpferde erlegt. Jetzt sitzt der Ranger missmutig am Gashebel des Außenborders, chauffiert Touristen durch die Papyrus-Sümpfe – und bangt inzwischen selbst um diesen Job. Noch kommen jährlich rund 50 000 Fremde in das Gebiet. Für 100 000 Einheimische ist das Geschäft mit den Naturfreunden wichtigste Einnahmequelle. Bald dürfte es damit vorbei sein. Denn auch Angola will angeblich zwei Staudämme am Okawango errichten, um mit ihrer Hilfe Strom zu produzieren.

Lediglich der jahrelange Bürgerkrieg verhinderte bislang, dass die Nachbarn den Okawango nutzten. Nun herrscht Frieden. „Wenn die Minen geräumt sind, werden die Dämme gebaut“, ist sich Forscher Ramberg sicher. Den bettelarmen Angolanern könne schließlich niemand verwehren, am Reichtum des legendären Stroms teilzuhaben.

THILO THIELKE

AP

Drei-Schluchten-Damm am Yangtze: *Jahrhundertealte Kulturlandschaften überflutet*

Korsett aus Beton

Weltweit wird über den Neubau von Staudämmen gestritten.

Seit Jahrtausenden schon dienen Staudämme dazu, Überschwemmungen zu verhindern, landwirtschaftliche Flächen zu bewässern oder die nie versiegende Kraft des Wassers über Turbinen in Elektrizität zu verwandeln.

Die „Internationale Kommission für Großstaudämme“ (ICOLD) zählt 45 000 Bauten mit mindestens „15 Meter hoher“ Betonwand oder einem Speichervolumen von „drei Millionen Kubikmeter“ Wasser. Fast die Hälfte aller Flüsse der Welt sind inzwischen durch einen Großstaudamm gebändigt.

Doch die Zähmung der Naturgewalten hat einen hohen Preis: Jahrhundertealte gewachsene Kulturlandschaften werden überflutet. Weltweit mussten bereits bis zu 80 Millionen Menschen dem gestauten Wasser weichen und umgesiedelt werden.

Trotzdem wird weiter gestaut: Am afrikanischen Nil sollen alle fünf Jahre Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 12 000 Megawatt hinzukommen. In der Demokratischen Republik Kongo ist ein rund 40 000 Megawatt starkes Grand-Inga-Kraftwerk geplant, im südlichen Afrika soll nun der Okawango in ein Betonkorsett gezwängt werden.

In Asien gelten große Staudämme als erste Wahl, um den rapide wachsenden Strombedarf zu decken. Am mittelchinesischen Drei-Schluchten-Damm, der den Yangtze staut, läuft derzeit ein Reservoir von der doppelten Fläche des Bodensees voll.

In Indien soll das Wasser der 37 größten Flüsse aus dem Himalaja in ein großes Verbundprojekt Richtung Süden eingespeist werden. Die indische Öko-Aktivistin Arundhati Roy beklagt schon ein „kapitales Verbrechen an der Menschheit“.

Auch in Brasilien verschwanden ganze Regenwaldlandschaften unter den braunen Wassermassen der Amazonas-Flüsse – um preiswerten Strom für die Industrialisierung des nördlichen Landesteils zu gewinnen.

In Spanien schließlich sieht ein „Nationaler Hydrologischer Plan“ den Bau von gut 100 neuen Dämmen vor – und bedroht die einmalige Naturlandschaft im Mündungsdelta des Ebro.

Im isländischen Kárahnjúkar-Gebiet hingegen gab der norwegische Konzern Norsk Hydro Pläne für ein Aluminiumschmelzwerk auf – Umweltschützer waren Sturm gelaufen.

Jetzt baut der US-Aluminiumkonzern Alcoa, und die italienische Baugesellschaft Impregilo errichtet den 190 Meter hohen Staudamm. Finanziert wird das isländische Großprojekt unter anderem von der Deutschen Bank.

Dabei wird die Wasserkraft als ökologisch vorteilhafte Energiequelle geschätzt, die rund ein Fünftel des weltweiten Strombedarfs deckt. Zudem gelten die Großdämme laut „Weltkommission für Staudämme“ als „langfristige, strategische Investition“, um den Wasserbedarf für Mensch und Landwirtschaft zu sichern: Etwa 16 Prozent der weltweiten Lebensmittelproduktion gehen auf die Bewässerungsleistung von Staudämmen zurück. Dass wirtschaftlicher Fortschritt auch seine Kehrseite hat, erkannte jetzt offenbar der chinesische Premierminister Wen Jiabao. Überraschend stoppte er, wie vorige Woche bekannt wurde, den Bau von 13 geplanten Staudämmen am Nu-Fluss in der südostchinesischen Provinz Yunnan – vorläufig zumindest.

Die Einsicht kam spät. Denn schon nach der verheerenden Flutkatastrophe im Sommer 1998 hatte die Pekinger Führung weise proklamiert, dass „die Menschheit nicht die Natur regieren könne“.

SEBASTIAN KNAUER

BIANCA JOESTER

Naturschützer Ramberg, Murray-Hudson *Furcht vor der Katastrophe*

jährlich bis zu 100 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Okawango nach Zentralnamibia zu pumpen.

„Diese Menschen haben keinen Respekt mehr vor der Natur“, glaubt Willie Senokora: „Wie konnte unsere Regierung solchen Plänen zustimmen?“ Viele Generationen seiner Vorfahren hat der Okawango schon ernährt, Senokora selbst ging regelmäßig mit seinen Eltern im Delta auf Jagd und hat dort Nilpferde erlegt. Jetzt sitzt der Ranger missmutig am Gashebel des Außenborders, chauffiert Touristen durch die Papyrus-Sümpfe – und bangt inzwischen selbst um diesen Job. Noch kommen jährlich rund 50 000 Fremde in das Gebiet. Für 100 000 Einheimische ist das Geschäft mit den Naturfreunden wichtigste Einnahmequelle. Bald dürfte es damit vorbei sein. Denn auch Angola will angeblich zwei Staudämme am Okawango errichten, um mit ihrer Hilfe Strom zu produzieren.

Lediglich der jahrelange Bürgerkrieg verhinderte bislang, dass die Nachbarn den Okawango nutzten. Nun herrscht Frieden. „Wenn die Minen geräumt sind, werden die Dämme gebaut“, ist sich Forscher Ramberg sicher. Den bettelarmen Angolanern könne schließlich niemand verwehren, am Reichtum des legendären Stroms teilzuhaben.

THILO THIELKE

AP

Drei-Schluchten-Damm am Yangtze: *Jahrhundertealte Kulturlandschaften überflutet*

FUSSBALL

„Sie sind ein Magier“

Otto Rehhagel kann sich in Griechenland derzeit kaum retten vor Bewunderern. Mit der Nationalelf der Hellenen, die er überraschend zur Europameisterschaft nach Portugal geführt hat, verfolgt der Trainer eine persönliche Mission: Die Deutschen sollen sehen, was sie an ihm verloren haben.

Otto Rehhagel friert. Er trägt nur einen leichten Trenchcoat über seinem Sakko, er hat die Frühjahrswärme auf Zypern ein wenig überschätzt.

Nun steht der Trainer der griechischen Fußball-Nationalmannschaft, den Kragen seines Mantels hochgeschlagen und die Arme über der Brust verschränkt, auf der Haupttribüne des Provinzstadions von Limassol, einem tristen Ferienort im Süden der Mittelmeerinsel, und wartet etwas unwillig darauf, dass der Schiedsrichter endlich anpfeift.

Zypern spielt gegen Kasachstan. 85 Zuschauer sind zu dem Länderspiel gekommen, und die weiteste Anreise von ihnen hat wahrscheinlich Rehhagel hinter sich. Tags zuvor ist er eigens aus Athen eingeflogen, weil er sich von der Mannschaft Kasachstans, einem der Gegner Griechenlands bei der im September beginnenden Qualifikation für die Fußball-WM 2006 in Deutschland, einen ersten Eindruck verschaffen will.

Als die zypriotische Hymne aus den Lautsprechern scheppert, stößt Rehhagel seinen Dolmetscher und Assistenztrainer Ioannis Topalidis an, der ihn bei seiner Arbeit ständig begleitet. „Das ist doch unsere“, sagt Rehhagel. Topalidis nickt.

Da stimmt der Trainer in den Text ein, der auch der Text der griechischen Freiheitshymne ist: „Ich erkenn dich an der Schärfe deines Schwerts / der furchtbaren / ich erkenn dich an dem Blicke / der mit Kraft die Erde misst.“

Ein Kameramann filmte die Szene, die Bilder gelangten auch nach Griechenland. Und so kam es, dass dem Fußball-Lehrer, zurück in Athen, einmal mehr Anerkennung zuteil wurde. Sich das Wochenende auf Zypern um die Ohren zu schlagen, um eine unbekannte Mannschaft aus Zentralasien zu beobachten, das bestätigte den deutschen Wesenszug von Pflichtbewusstsein und Gründlichkeit. Doch dass Rehhagel spontan die Nationalhymne mitgesungen habe, sei, so die übereinstimmende Interpretation der Kommentatoren, ein aus der Tiefe seines Herzens dringendes Bekenntnis zu Griechenland.

CHRISOHOIDIS / SPORTIMAGE

Griechischer Nationaltrainer Rehhagel, Spieler*: *„Eine kleine Revolution“*

Schon mit vergleichsweise geringem Aufwand weckt der gebürtige Essener große Gefühle bei den Hellenen. Seit er mit dem Nationalteam, bis zu Rehhagels Amtsantritt vor zweieinhalb Jahren eine zänkische und notorisch erfolglose Equipe, überraschend die Qualifikation für die Europameisterschaft in Portugal geschafft hat, wird der gelernte Maler wie ein Volksheld verehrt – und genießt, wo auch immer er in dem Land auftaucht, VIP-Status.

Wenn Rehhagel, 65, etwa in seinem Lieblingscafé „Dionysos“ am Fuße der Akropolis bezahlen will, übernimmt natürlich das Haus die Rechnung. Genauso selbstverständlich beordert die Besitzerin des Athener Nobelhotels „Metropolitan“ weit nach Mitternacht noch einmal den Chefkoch an den Herd, weil der prominente Deutsche hungrig vom Länderspiel gegen Bulgarien aus dem Stadion gekommen ist. Selbst die sonst eher ruppigen Athener Verkehrspolizisten geben sich konziliant. „Wenn mich einer anhält, weil ich durch eine abgesperrte Straße gefahren bin“, spreizt sich Rehhagel, „bringe ich das mit einem Autogramm in Ordnung.“

In Deutschland war das zuletzt anders. Nach seinem unrühmlichen Abgang beim 1. FC Kaiserslautern im Herbst 2000 galt Rehhagel im Unterhaltungsbetrieb Bundesliga, den er als Spieler wie als Coach 35 Jahre lang mitgeprägt hat, als nicht mehr vermittelbar. Dabei war dem eigenwilligen Meistertrainer ausgerechnet in der Pfalz 1998 der größte Coup in der Geschichte

* Nach dem 1:0-Sieg im entscheidenden EM-Qualifikationsspiel gegen Nordirland am 11. Oktober 2003 in Athen.

ALEXANDER HASSENSTEIN / BONGARTS

Griechenfreund Rehhagel: *„Ich erkenn dich an der Schärfe deines Schwerts“*

des deutschen Profifußballs gelungen, als er mit dem Aufsteiger den Titel gewann.

Nun kann „Otto Rehhakles“ („Bild“) es all jenen, die ihm in seiner Karriere im Weg standen, noch einmal zeigen – Franz Beckenbauer etwa, der den Coach 1995 als Präsident des FC Bayern erst von Bremen nach München gelockt hatte und ihn zehn Monate später beim Deutschen Rekordmeister abservierte. Für Rehhagel war der Rauswurf viel mehr als die vierte vorzeitige Entlassung: Sein Lebenstraum, zum Ende der Laufbahn Trainer der deutschen Nationalmannschaft zu werden, geriet mit der Schmach außer Reichweite.

Und so sieht der Mann, der noch vom Mönchengladbacher Altmeister Hennes Weisweiler zum Fußball-Lehrer ausgebildet wurde, seine eigentliche Mission in Griechenland darin, sich mit dem Team für die WM 2006 zu qualifizieren. Das Turnier böte Rehhagel die wohl letzte Gelegenheit, in Deutschland, wo er sich trotz aller Meriten nicht mehr gebührend gewürdigt sieht, noch einmal auf die ganz große Bühne zurückzukehren.

Dass Rehhagel die griechische Nationalelf auf Linie trimmen konnte, war nicht unbedingt abzusehen. Zunächst sah sich der Neuankömmling heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Akribisch führten die Journalisten seine häufigen Heimfahrten nach Deutschland auf; beleidigt notierten sie, dass er sich sträubte, die Landessprache zu lernen; und immer wieder bemängelten sie seine vermeintliche Unkenntnis des griechischen Profifußballs.

„Auf Wiedersehen, du Supertrainer“, titelte im Oktober 2002 die auflagenstärkste Athener Sportzeitung „Fos“, nachdem das Team im zweiten EM-Qualifikationsspiel die zweite Niederlage hinnehmen musste: „Dieser Mann weiß nicht, was um ihn herum geschieht. Er verdient viel Geld, aber er führt uns an der Nase herum und pfeift auf uns.“

Rehhagels Entlassung schien unausweichlich. Doch seit jenem 0:2 gegen die Ukraine ist die griechische Nationalmannschaft in 15 Spielen in Folge ungeschlagen. Das hat es niemals zuvor gegeben. Und so kann sich der knorrige Deutsche in dem fußballverrückten Land derzeit kaum retten vor Bewunderern: Er wird vom Staatspräsidenten hofiert und mit Ehrungen überhäuft. So wählten ihn die Leser der größten griechischen Tageszeitung „Ta Nea“ zum „Gesicht des Jahres 2003“.

Mitunter wirkt die Ergebenheit bizarr. Als Rehhagel nach dem für die EM-Qualifikation wegweisenden Sieg in Spanien einen Angestellten des griechischen Fußballverbandes bat, ihm wie üblich den Dienstwagen vorzufahren, verneigte der Chauffeur sich vor dem Trainer, bekreuzigte sich und murmelte: „Sie sind ein Magier.“

Dann erst rangierte er den Mercedes aus der Tiefgarage und übergab dem verblüfften Coach den Autoschlüssel. Kaum war Rehhagel auf die Hauptstraße gerollt, bekreuzigte sich der Mann ein weiteres Mal, als sei soeben der Allmächtige in einem Daimler um die Ecke gebogen.

„Grassierende Ottomanie“, so nennt Vassilis Gagatsis, der Präsident des Fußballverbandes, die Huldigungen an den Deutschen. Der Funktionär steht am Fenster seines Büros, dem einzigen repräsentativen Raum im dritten Stock eines Betonklotzes an einer Ausfallstraße von Athen und wartet. Er hat eine Verabredung mit Rehhagel. Als der Trainer endlich kommt, begrüßt Gagatsis ihn mit einer etwas zu aufdringlichen Umarmung. „Otto, mein Freund“, ruft er und klopft ihm nochmals auf die Schulter.

Ohne Rehhagel wäre der 48-jährige Anwalt mit dem ergrauten Haar und der heiseren Stimme noch immer der ehrgeizige Verbandsmensch, den außerhalb Griechenlands niemand kennt. Mit Rehhagel hat es Gagatsis nun immerhin schon bis nach Lissabon zur festlichen EM-Auslosung gebracht. Er ist sich sicher, „dass mit Otto noch ganz andere Sachen drin sind“, aber das darf er in Anwesenheit des streng blickenden Fußball-Gelehrten eigentlich nicht zu Protokoll geben.

Gagatsis war es, der Rehhagel nach Griechenland gelockt hat. Gagatsis war es auch, der seinen Wunschtrai-

BONGARTS

Meister Rehhagel*: *Nicht gebührend gewürdigt*

* Nach dem Titelgewinn mit dem 1. FC Kaiserslautern am 9. Mai 1998.

ner mehr als ein Jahr lang gegen massive Widerstände verteidigte. Denn kaum im Amt, „veranstaltete Otto“, wie der Advokat mit maliziösem Grinsen zu verstehen gibt, „eine kleine Revolution“.

Bis dahin galt als Naturgesetz, dass in Griechenland der Clubfußball einen ungleich höheren Stellenwert besitzt als die Nationalmannschaft. Im Umfeld der Verbandsauswahl herrschten deshalb lange Zeit reichlich chaotische Verhältnisse.

Journalisten der täglich erscheinenden und einflussreichen Sportzeitungen, allesamt einem der Großvereine AEK und Panathinaikos Athen oder Olympiakos Piräus nahe stehend, diktierten Rehhagels Vorgängern meist die Aufstellung; die Bosse der wichtigsten Clubs, die zu den Wirtschaftsmagnaten des Landes zählen und die sich die Kicker wie teures Spielzeug leisten, legten bei Berufung ihrer wichtigsten Profis häufig ein Veto ein; und Verbandsfürsten aus der Provinz fuhren, gern in Begleitung ihrer Ehefrauen, regelmäßig als eine Reisegruppe von Nassauern mit zu Auswärtsspielen, wo sie im selben Hotel wie die Spieler logierten und genüsslich intrigierten.

Dass es Rehhagel gelang, die alten Seilschaften von der Mannschaft zu isolieren, gilt Insidern des griechischen Fußballs wie dem Spieleragenten Paskal Papadopoulos als wesentliche Voraussetzung für den Aufschwung: „Das war nur möglich mit einem Mann, der von außen kam und das nötige Renommee besitzt.“

Erstmals erscheint den Spielern eine Nominierung als erstrebenswertes Karriereziel. Dabei ist es kein Zufall, dass der Imagewandel des Nationalteams einhergeht mit einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise der griechischen Profiliga: Schiedsrichter gelten als korrupt, ein Großteil der Clubs steht vor der Pleite, und die Gewalt eskaliert.

Besonders die aggressive Atmosphäre in den Stadien schreckt die Fans ab. Kaum ein Spieltag vergeht, an dem in den Arenen nicht Sitzschalen und mit Rasierklingen gespickte Orangen durch die Luft fliegen. Und so kommen nur zu den Spitzenbegegnungen noch mehr als 2000 Zuschauer. Zu groß ist die Gefahr, zwischen die Fronten der Randalierer zu geraten, und zu lasch sind die Sicherheitskontrollen.

Die Nationalelf indes steht für die heile Welt des griechischen Fußballs: Die Spieler demonstrieren Teamgeist und Entschlossenheit – und sie zeigen sich ihren Aufgaben gewachsen. Rehhagels Einfluss ist dabei unverkennbar. Der einst knochenharte Verteidiger gilt als strebsam, ergebnisfixiert, hierarchiebewusst und risikoscheu. Seine Mannschaften hat er immer schon darauf geeicht, dass Erfolge solide Arbeit voraussetzen. Sein Motto: keine Experimente. So schufen die Deutschen unter Konrad Adenauer, Rehhagels „großem Meister“, das Wirtschaftswunder, und so gewann der Trainer vor allem in Bremen etliche Meisterschaften und Pokale.

ALEXANDER HASSENSTEIN / BONGARTS

Coach Rehhagel, Verbandspräsident Gagatsis: *„Grassierende Ottomanie“*

NEWSPORTS

Nationalspieler Nikolaidis, Ehefrau Vandi
Griechischer Beckham

Auch in Athen gibt sich der Mann aus dem Ruhrpott unbeirrt: Zu viel mediterraner Spieltrieb kann dem Unternehmen nur schaden. Rehhagel vertraut deshalb Akteuren, die er vor dem Anpfiff mit pathetischen Parolen heiß machen kann.

„Meine Herren, kämpfen Sie für Ihr Land“, übersetzt Dolmetscher Topalidis dann vor einem Spiel, „nehmen Sie Ihre Chance wahr, mit Patriotismus können Sie viel erreichen.“ Er brauche Profis, die „charakterlich einwandfrei sind“, bekräftigt der Coach. Die sind ihm allemal lieber als „Künstler, die fünf Mann im Strafraum stehen lassen, sich aber nicht unterordnen“.

Bei Rehhagel spielen nicht die elf Besten, es spielt die beste Elf. Kapriziöse Kräfte wie den Defensivmann Grigorios Georgatos, damals bei Inter Mailand, oder Akis Zikos vom Champions-League-Halbfinalisten AS Monaco vertrieb der Coach deshalb aus dem Kader: Sie hatten seine Autorität öffentlich angezweifelt.

Dabei hat der Bergmannssohn, für den Fußball schon als Spieler immer Maloche war, durchaus eine Schwäche für Kreative am Ball. Sie müssen wie einst Mario Basler in Bremen nur die wichtigste Regel beachten: Der Chef ist der Trainer.

So erklärt sich, dass selbst ein Star wie Demis Nikolaidis ausgerechnet unter Rehhagel zurück in die Nationalmannschaft fand. Der Stürmer von Atlético Madrid gilt als griechische Version David Beckhams. Er ist mit der hellenischen Popdiva Despina Vandi verheiratet, leistet sich Luxuskarossen in beachtlicher Zahl und pflegt politische Kontakte bis in Regierungskreise. Der Fußball-Pädagoge lässt den schillernden Profi gewähren, denn Nikolaidis erfüllt seine Aufgabe.

Zeit seiner Karriere haftete Rehhagel der Ruf an, ein Mann für die Provinz zu sein. Noch heute fühlt er sich geschmeichelt, wenn man ihn als „Kind der Bundesliga“ bezeichnet. Er galt als Archetypus des Trainers, dem das Leben nur in geregelter deutscher Bürgerlichkeit behagte.

Doch nun, bei seinem ersten Engagement im Ausland, zeigt sich Rehhagels Anpassungsfähigkeit. Das unübersichtliche Beziehungsgeflecht im griechischen Verbandswesen übt auf ihn einen ebenso großen Reiz aus wie das alltägliche Verkehrschaos Athens. So lässt sich der passionierte Autofahrer fast lustvoll stundenlang durch die Straßen der Metropole treiben. Es stört ihn nicht, dass er die Orientierung verliert, und es stört ihn nicht, dass Motorroller rechts und links wie wütende Wespen an ihm vorbeifliegen. Es ist ein Spiel: Irgendwann gelangt er auf eine Straße, die er kennt.

Nach einem dieser Ausflüge sitzt Rehhagel in einem Café an der Uferpromenade. Die Nachmittagssonne wärmt Athen. Rehhagel sagt: „In der Bundesliga werde ich wohl nicht mehr arbeiten.“ Das letzte reizvolle Angebot sei vor über einem Jahr aus Leverkusen gekommen: „Das habe ich abgelehnt.“

Plötzlich erhebt sich Rehhagel von seinem Stuhl. Mit Verve rezitiert der Theaterfreund aus der „Bürgschaft“ von Friedrich Schiller, einer seiner bevorzugten Balladen. Er endet mit der Zeile: „Und die Treue, sie ist doch kein leerer Wahn.“

Dann setzt sich Rehhagel wieder. „Schiller hätte es mir nicht verziehen“, sagt er, „wenn ich Griechenland so schnöde verlassen hätte.“

MICHAEL WULZINGER

STEVE MARCUS / REUTERS / E-LANCE MEDIA

WM-Kontrahenten Klitschko (r.), Brewster: *„Zu viele Sachen im Kopf“*

BOXEN

Halbiertes Lottchen

Faustkämpfer im Doppelpack – das war bislang das Erfolgsrezept der Marke Klitschko. Der jüngere Bruder hat nun erneut verloren: ein Niederschlag fürs PR-Konzept.

Als älterer Bruder ist er natürlich gewöhnt, auf den kleineren aufzupassen. Früher, als sie noch Kinder waren, gab Witalij Klitschko, 32, darauf Acht, dass Wladimir, 28, nicht mit den Fingern in die Steckdose griff oder mit Rasierklingen spielte.

Aber wie sollte er ihn jetzt noch schützen?

Wieder mal hatte „Wowa“ seine Karriere als Faustkämpfer leichtfertig aufs Spiel gesetzt, diesmal durch eine Niederlage gegen den boxerisch eher limitierten Amerikaner Lamon Brewster. Der technische K.o. in der fünften Runde vorvergangenes Wochenende in Las Vegas, schon die dritte Niederlage in Wowas Laufbahn, kam unerwartet, der Spott danach war ätzend. „Weichei“, so höhnten Medien wie Zuschauer.

Also trat Witalij mit eisiger Miene vor die Presse. Es sei nun an ihm, am kommenden Wochenende im WM-Kampf gegen den Südafrikaner Corrie Sanders, auch einer von denen, die schon gegen Wladimir gewannen, die „Familienehre zu retten“. Doch überzeugend klang er nicht.

Denn die Frage ist ja, ob da überhaupt noch was zu retten ist. Sicherlich: Es gibt Boxgeschichten, die müssen immer weitergehen, weil es einfach keine besseren gibt. Und die der beiden Kampfkolosse aus der Ukraine, die nicht nur mit einem harten Bums, sondern auch mit Manieren und einem Doktortitel ausgestattet sind, war eigentlich so eine.

Doch nun hat der Boom um die beliebten Hauer einen herben Dämpfer erlitten. Der ehrgeizige Versuch, in Amerika innerhalb von zwei Wochen zwei Weltmeistertitel zu ergattern, ist vorzeitig gescheitert – unvermittelt ist nun die Marke Klitschko beschädigt.

Denn das Erfolgskonzept der Klitschkos war ja immer, dass es zwei von ihnen gibt. Ob bei „Wetten, dass …?“ oder in Werbefilmen für Papiertaschentücher, stets wurden sie als launiges Duo präsentiert, das im Gleichschritt an seinem Aufstieg feilt. Auch bei den Managern des US-Senders HBO, der zuletzt Millionen investierte, um die Klitschkos in Amerika zu positionieren, galt als Gesetz: „Entweder beide oder keiner.“

BOB MARTIN / SPORTIMAGE

Box-Brüder Wladimir und Witalij Klitschko
„Entweder beide oder keiner“

Doch nun ist das „doppelte Lottchen im XXL-Format“ (das Marketing-Fachmagazin „Horizont“) gesprengt. Immer deutlicher zeigt sich nämlich, dass die vermeintlich gleichen Brüder gar nicht so gleich sind. Auch wenn die Fachwelt Wladimir mehr Talent und Eleganz attestierte, er in den USA gar schon als „weißer Ali“ angekündigt wurde, vermochte der Gerühmte sein Potenzial nie auszuschöpfen – was auch daran lag, dass ihm die Zielstrebigkeit des großen Bruders fehlt.

Boxen war für den schönen Wladimir „eher ein Hobby“, wie er nach der Niederlage gegen Sanders im März 2003 reumütig bekannte. Während Witalij, verheirateter Vater zweier Kinder, den Mangel an Begabung durch Eifer und ein stabiles Umfeld kompensierte, erlag Wladimir den Verlockungen des Ruhms. In Edel-Clubs und auf Galas war er zeitweise genauso oft anzutreffen wie beim Training. „Er hat zu viele Sachen im Kopf, die nichts mit Sport zu tun haben“, sagt sein Hamburger Promoter Klaus-Peter Kohl und rüffelt die Arbeitsmoral seines Klienten: „Er versteht sich als Sonnyboy und Hollywood-Star.“

Dass Wladimir mit der Schlappe nun auch das erfolgreiche PR-Konzept der Klitschkos ins Wanken gebracht hat, betrübt Kohl vor allem deshalb, weil er es hat kommen sehen. Die Brüder wollten die Versilberung ihres Erfolgs in die eigenen Hände nehmen, taten sich mit Beratern zusammen, die ihnen „die Welt versprachen“ (Kohl). Mit Vehemenz drängten sie auf den amerikanischen Markt, weil dort dank Pay-TV noch höhere Millionenbörsen winken. Um Promotergagen einzusparen, gründeten sie in Los Angeles die Agentur K2, über die sie ihre Auftritte künftig selbst organisieren wollen. Parallel dazu zogen sie vor Gericht, um aus dem Vertrag mit Kohl herauszukommen.

Doch auch dort haben sie vergangene Woche verloren. Wobei sich der einstweilige Verbleib beim hanseatischen Impresario am Ende als Glücksfall entpuppen könnte. In einem nach dem Rücktritt von Sven Ottke weitgehend abgebrannten Boxland Deutschland scheint der Markt auch für Verlierer offen.

Wegen ihrer hohen Präsenz abseits des Rings, zum Beispiel als Unesco-Botschafter oder als heitere Talkshow-Gäste, seien die Klitschkos hier zu Lande nämlich „resistent“ gegen sportlichen Misserfolg, wie Robert Müller von Vultejus von Klitschko-Vermarkter Sportfive glaubt: „Die werden hier doch schon lange nicht mehr als Boxer wahrgenommen.“

GERHARD PFEIL

FESTIVALS

Tanz im Kraftwerk

Ein bisschen Kunst hilft immer, wenn ein Industrie-Unternehmen nicht nur für Aktionäre angenehm strahlen möchte. Und so präsentiert der VW-Konzern in seiner Wolfsburger Autostadt nun schon zum zweiten Mal „Movimentos“, ein kleines, aber gewichtiges internationales Tanzfestival. Im imposanten Kraftwerk, der ehemaligen Energiezentrale der Autobauer, zeigen vier Compagnien aus Japan, Brasilien, Taiwan und den USA ihre repräsentativsten Inszenierungen. Mit dabei das Tokyo Ballet, das mit mehreren Regie-Arbeiten von Tanzlegende Maurice Béjart, 77, anreist – er wird im Rahmen des Festivals für sein Lebenswerk mit dem erstmals verliehenen Movimentos-Tanz-Förderpreis (40 000 Euro) ausgezeichnet.

Movimentos-Teilnehmer Tokyo Ballet

K. HASEGAWA

MUSIK

Thomaskantor im New Look

Mit Leipzig, seinem berühmtesten Wirkungsort, hatte Johann Sebastian Bach (1685 bis 1750) viele Jahre seine liebe Not. Vor allem mit der Universität focht er manchen (ehrpusseligen) Strauß aus. Andererseits verhielt sich der störrische Thomaskantor der Alma Mater gegenüber auch generös: Im Auftrag der Uni oder auf Wunsch einzelner Uni-Promis komponierte er für Geburts-, Namens- oder Trauertage 20 so genannte Festmusiken. Von diesen Gedenkstücken blieb nur ein Dutzend vollständig erhalten, bei 7 gingen die Noten, bei der „Lateinischen Ode“ von 1723 sogar Text und Musik verloren. Jetzt will die Universität bis 2009, wenn sie ihr 600-Jahr-Jubiläum begeht, die rudimentären Werke ihres weltberühmten Lieferanten wiederherstellen lassen – von modernen Kollegen Bachs. Bei ihren Restaurierungsarbeiten dürfen sich die Bach-Nachfolger im kompositorischen Stil und bei der Wahl der Instrumente frei fühlen. Die ebenso diffizile wie spannende Beschäftigung reizt die Zunft: Neben dem griechischen Neutöner Dimitri Terzakis und den beiden sächsischen Regionalgrößen Bernd Franke und Günter Neubert hat sich auch Starkomponist Krzysztof Penderecki, 70, zur Mitwirkung verpflichtet; der Pole will der Geburtstagskantate für August den Starken („Entfernet euch, ihr heitern Sterne“) und der Kantate „Ihr Häuser des Himmels“ tönenden New Look verpassen. Weitere Kandidaten für Bach à la mode: Hans Werner Henze und Arvo Pärt.

Bach (Gemälde von 1746)

ULLSTEIN BILDERDIENST

KABARETT

Fröhlich Speck ansetzen

Der Künstler schlägt vor: „Heute wolln wir Schönes bedichten / sangwirmal Weiber, Wohlstand und Wein / heute wolln wir auf Ödes verzichten, zum Beispiel: Dosenpfanddebatte.“ Der Dortmunder Fritz Eckenga, 48, Sprachvirtuose und Kabarettist, tourt derzeit mit seinem neuen Programm „Ein Wort liebt das andere“ durch Deutschland. Seine tröstlichen „Rettungsreime“, wie er sie gern nennt, widmen sich mal dem Kanzleramt, mal der „Alien-Bekämpfung am Westfalendamm“, mal den „Leiden des alten Genossen“. Eckenga philosophiert mal melancholisch, mal blödelnd über die Dinge des Lebens – also Fußball, Politik, Frauen –, dann geht es noch um Wichtigtuer, Weicheier und Alltagsgeschichten aus dem Ruhrpott. Eckenga ist ein wunderbarer Jongleur der Sprache, ironisch, poetisch, charmant. Statt sich und sein Publikum mit Erlösungsphantasien zu quälen, dichtet er vergnügt: „Draußen hängt die Welt in Fetzen, lass uns drinnen Speck ansetzen.“

Eckenga

LITERATUR

Diener dreier Herren

Das Genre hat Konjunktur: Familiengeschichten werden gern gelesen. Wer einen nahen Verwandten hat, der in das Dritte Reich verwickelt war – ob als Täter oder Opfer –, hat den Bestseller fast schon sicher. Aber es genügt nicht, dass Opa bei der Waffen-SS oder im Last-Minute-Widerstand war, man muss die Geschichte auch erzählen können. Daran kranken die meisten Berichte der Spätgeborenen, der gute Wille ersetzt das Talent.

Das ist bei Thomas Medicus, Jahrgang 1953, nicht der Fall. Er hat einen langen dokumentarischen Text über seinen Großvater, den Wehrmachtsoffizier Wilhelm Crisolli, aufgeschrieben und erst am Ende gemerkt, dass die Wirklichkeit fiktionale Züge trägt. „Eine der Eigentümlichkeiten der Geschichte von meinem Großvater und mir war, dass sie sich ohne großes Zutun meinerseits wie ein Roman entwickelte.“ Wie viele seiner Generation hat Medicus seinen Großvater nicht gekannt. Der starb 1944 bei einem Überfall italienischer Partisanen, die Umstände und das Datum seines Todes wurden nie genau geklärt. Kurz vor seinem Ableben hat der Generalmajor einen Padre und zwei Frauen, Mutter und Tochter, als vermeintliche Partisanen erschießen lassen. Diese Tat macht Medicus mehr zu schaffen als das Schicksal des Großvaters, der keine Bestie und kein Monster, sondern ein kultivierter Mann war, einer, der Italienisch sprach, Briefe an seine Frau mit „Vati“ unterschrieb, Karten spielte und in drei Armeen gedient hatte, „der preußischen, der Reichswehr und der Wehrmacht“. Zu Hause „sprach nie jemand über den Krieg“, auch der Vater, ein Landarzt, „hinterließ kaum Spuren“.

Eines Tages macht sich Thomas Medicus selbst auf die Suche, zuerst in den Osten, nach Brünn, Lemberg, Riga, „als Archäologe einer verschütteten Kultur“, später in den Süden, nach Italien. So entsteht ein „Familienroman“, keine Chronik der Zeitläufte, sondern eine verdichtete Version des Lebens mit seinen Banalitäten und Zufällen, die am Ende eine Struktur ergeben. Was bleibt? Ein Notizbuch, Briefe, Fotos. Und eine traurig-schöne Geschichte, die nicht vergehen will.

Thomas Medicus: „In den Augen meines Großvaters“. Deutsche Verlags-Anstalt, München; 264 Seiten; 17,90 Euro.

Schloss Schönbrunn in Wien

BAUDENKMÄLER

Farbrätsel Schönbrunn

Barbara Neubauer, 48, Wiener Landeskonservatorin, über die Farbschichten des Wiener Schlosses Schönbrunn, das zum Unesco-Weltkulturerbe gehört

SPIEGEL: Frau Neubauer, stimmt es, dass bei der Restaurierung des Schlosses jetzt zum ersten Mal nachgewiesen wurde, dass Schönbrunn nicht immer gelb war?

Neubauer: Ja, das stimmt. Für die meisten ist das ein richtiger Schock: Denn wenn sich jemand in Österreich ein Haus gelb streichen lässt, dann sagt er: ‚Ich möchte Schönbrunner-Gelb!‘ Jetzt wissen wir, dass Schönbrunn circa sieben verschiedene Farbschichten getragen haben muss. Diese sind zwischen der Bauphase im 17. Jahrhundert und den Verän-

HOSTILE / EMI

Rapperin Diam’s

POP

Der singende Diamant

In den vergangenen Jahren hat sich die frankophone Musikszene in Deutschland immer mehr Gehör verschafft. Versonnene Balladen von Carla Bruni oder Benjamin Biolay ließen so manchen vom französischen Lebensgefühl träumen und verschafften Plattenfirmen gute Verkaufszahlen. Nun macht sich ein weiteres musikalisches Talent aus Frankreich auf, die Welt zu betören: Diam’s. Mit der Single „DJ“ und ihrem zweiten Album „Brut de femme“ stürmte die inzwischen 23-jährige Rapperin im letzten Jahr die französischen Top Ten. Ihre Lieder erzählen vom Alltag in der Pariser Vorstadt, von Liebe und Brutalität, „kleine Stücke“, wie sie sagt, aus ihrem Leben. Diam’s Texte drücken die Träume und Ängste einer ganzen Generation aus. Auf Zypern geboren und in den Banlieues von Paris aufgewachsen, machte Diam’s, die eigentlich Mélanie heißt, früh mit ihrem Rap-Stil auf sich aufmerksam. Bald nannte sie sich „Diamant“ und hatte ihre eigene Fangemeinde. Eingängige Melodien, gepaart mit starken Inhalten, haben Diam’s als einer der wenigen Frauen der europäischen HipHop-Szene zu einer erstaunlichen Popularität verholfen. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auch Deutschland erobern wird.

Neubauer

derungen Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden.

SPIEGEL: Welche Farbe hatte denn Schönbrunn, wenn es nicht gelb war?

Neubauer: Im 18. Jahrhundert, zur Zeit Maria Theresias, haben wir es mit einem hellen Ton zu tun, etwa einem weißlichen Grau. Das hängt wahrscheinlich mit dem italienischen Marmor-Schick zusammen. Aber noch unter Maria Theresia findet sich auch ein Roséton.

SPIEGEL: Schönbrunn in Rosa?

Neubauer: Vielleicht war es auch eher ein Terracottarot. Damit wollte man vermutlich rötlichen Marmor imitieren, um einer internationalen Mode nachzukommen. Es gibt aber auch Spuren eines Grau- oder Grüntons, aber den kann man zeitlich noch nicht genau festmachen. Jedenfalls kam es wohl erst um 1830 zu dem Gelb, das wir heute kennen.

SPIEGEL: Insgesamt klingt das für ein Herrschaftshaus doch relativ bunt.

Neubauer: Die Beziehung zur Farbe ist ja recht subjektiv. Kein Mensch sieht eine Farbe gleich. Der eine sieht ein Blau, der andere empfindet dieselbe Farbe als grün. Und jeder bevorzugt seinen Farbeindruck – auch deshalb wurde wohl Schönbrunn immer mal wieder anders getönt.

SPIEGEL: Steht denn schon die Forderung ins Haus, das Schloss wieder in das grauweiße Original umzuwandeln?

Neubauer: Leute, die so etwas fordern, finden sich immer, aber das würde sich für uns verbieten. Schönbrunn soll gelb bleiben, so wie es im 19. Jahrhundert fertig gestellt wurde. Wir wollen die Fassadenversion respektieren, die das Schloss schmückte, bevor es die Habsburger an die Republik abtreten mussten.

Kino in Kürze

COLUMBIA

Depp (r.) in „Das geheime Fenster“

„Das geheime Fenster“. Im Lauf seiner traumtänzerischen Karriere hat Johnny Depp immer wieder eine Neigung zu Rollen gezeigt, die sich als fatale Missgriffe erwiesen. In glücklichen Augenblicken jedoch – wie zuletzt als karibischer Piratenkapitän – gelang es ihm, gerade eine solche Figur in einen Triumph komödiantischer Einzigartigkeit zu verwandeln. Diesmal, mit der Rolle des paranoiden Horrorschriftstellers Mort Rainey (einem Geschöpf des Horrorschriftstellers Stephen King), dem ein ebenso paranoider Schriftstellerkollege zum Alptraum wird, hat Depp keinen solchen Glückstreffer gelandet. Natürlich zeigt er in der Konfrontation mit seinem Quälgeist virtuoses Schattenboxen, doch der Horror eskaliert allzu grob und voraussehbar nach King-Patentrezepten: Da ist nur ein ferner Abglanz von „The Shining“.

COLUMBIA

Szene aus „50 erste Dates“

„50 erste Dates“ handelt von einem wahren Traummann: Jeden Tag umwirbt Henry (Adam Sandler) die Frau seines Herzens, als hätte er sie gerade erst kennen gelernt. Für ihn selbst ist der Minnedienst freilich ein rechter Alptraum. Seine Angebetete (gespielt von Drew Barrymore) hat nämlich ein lädiertes Kurzzeitgedächtnis und vergisst ihn immer wieder. Sie ist zu beneiden: Denn Sandler hat sich zu seinem grenzdebilen Gesichtsausdruck den passenden Humor auf den Leib schreiben lassen und traktiert den Zuschauer mit Scherzen der bescheidensten Sorte, die er so leicht nicht vergessen kann. Nach und nach erkennt Regisseur Peter Segal zwar das romantische Potenzial seiner Geschichte – aber da hat der Zuschauer längst die Geduld verloren.

KULTURGESCHICHTE

Der Menschensammler

Bismarck, Rathenau, Rilke, Maillol, Josephine Baker – Harry Graf Kessler kannte sie alle. Der Museumsleiter, Mäzen, Diplomat und Autor regte den „Rosenkavalier“ an und druckte traumhaft schöne Bücher. Seine Tagebücher entfalten eindrucksvoll das Panorama einer Epoche.

Gedanken, die was wert sind, wollen nicht begriffen sondern erlebt sein.

HARRY GRAF KESSLER, MAI 1896

Wie ein „grosser schöner Hund, ein Bernhardiner“, blickt der Mann auf dem Sofa. Und wie ein Hund gibt er Pfötchen: „Die Finger sind auffallend lang und fein gebildet; nur die Farbe fast leichenhaft. Er sieht Einen fest und lange an; Irres ist im Blick Nichts.“

Harry Graf Kessler trifft den geisteskranken Friedrich Nietzsche. Sprechen kann der „Gott ist tot“-Denker, den seine Schwester in Weimar pflegt, nicht mehr – aber schreien: „Ich hatte“, so Kessler, „noch keine Viertelstunde das Licht ausgemacht, als ich plötzlich durch das laute Brüllen des Unglücklichen unten aufgeschreckt wurde. Ich stand halb auf und hörte noch zwei drei Mal die langen, rauhen, wie stöhnenden Laute, die er mit ganzer Kraft in die Nacht hinausschrie; dann war wieder Alles still“. Kessler, Übernachtungsgast der „Villa Silberblick“, notiert dies Anfang Oktober 1897, mit 29 Jahren.

Es sind solche Details, die ihn immer wieder fesseln und die er schildern kann wie kein Zweiter – im Lauf der Jahre und Jahrzehnte steigert sich seine Kunst bis zur Perfektion. Eine Momentaufnahme vom Februar 1926 in Berlin: „Ich fuhr also zu Vollmoeller in seinen Harem am Pariser Platz und fand dort … zwischen einem halben Dutzend nackter Mädchen auch Miß Baker, ebenfalls bis auf einen rosa Mullschurz völlig nackt.“ Josephine Baker, die er zum ersten Mal sieht, „tanzte mit äußerster Groteskkunst und Stilreinheit … So müssen die Tänzerinnen Salomos und Tutench-Amuns getanzt haben. Sie tut das stundenlang scheinbar ohne Ermüdung, immer neue Figuren erfindend wie im Spiel, wie ein glückliches Kind. Sie wird dabei nicht einmal warm, sondern behält eine frische, kühle, trockene Haut“.

Porentief präzis und mit einem Hauch Ironie hält er fest, was er sieht, wen er trifft. Und er trifft sie alle: die Schauspielerin Sarah Bernhardt und den Surrealisten Jean Cocteau, Otto Fürst von Bismarck („stockend, pustend … wie eine riesige Dampfmaschine“), Albert Einstein und George Bernard Shaw. Das sind nur fünf der weit über 10 000 Kulturgrößen, die der Menschensammler Kessler gesehen, gesprochen und verewigt hat – nicht zuletzt dank einer schier unglaublichen Reisewut.

Einen Händedruck vom US-Präsidenten und Gletschertouren bei Sankt Moritz, einen Blick von der Cheopspyramide und Nächte in kanadischen Blockhütten, die Festspiele in Oberammergau und ein Antisemitentreffen in Berlin („das Hauptresultat war ein ziemliches Bier-Besäufnis“), Opiumhöhlen – plus Kostprobe – in Shanghai und ein Gespräch mit Cosima Wagner, der Herrin von Bayreuth: Das hat schon der 25-Jährige hinter sich. Von Helsingör bis Syrakus, von Tokio bis zum Sankt-Lorenz-Strom kennt er die Welt und wird doch nicht müde, sie erkennen zu wollen.

Der kranke Nietzsche (Ölskizze von Hans Olde, 1899)

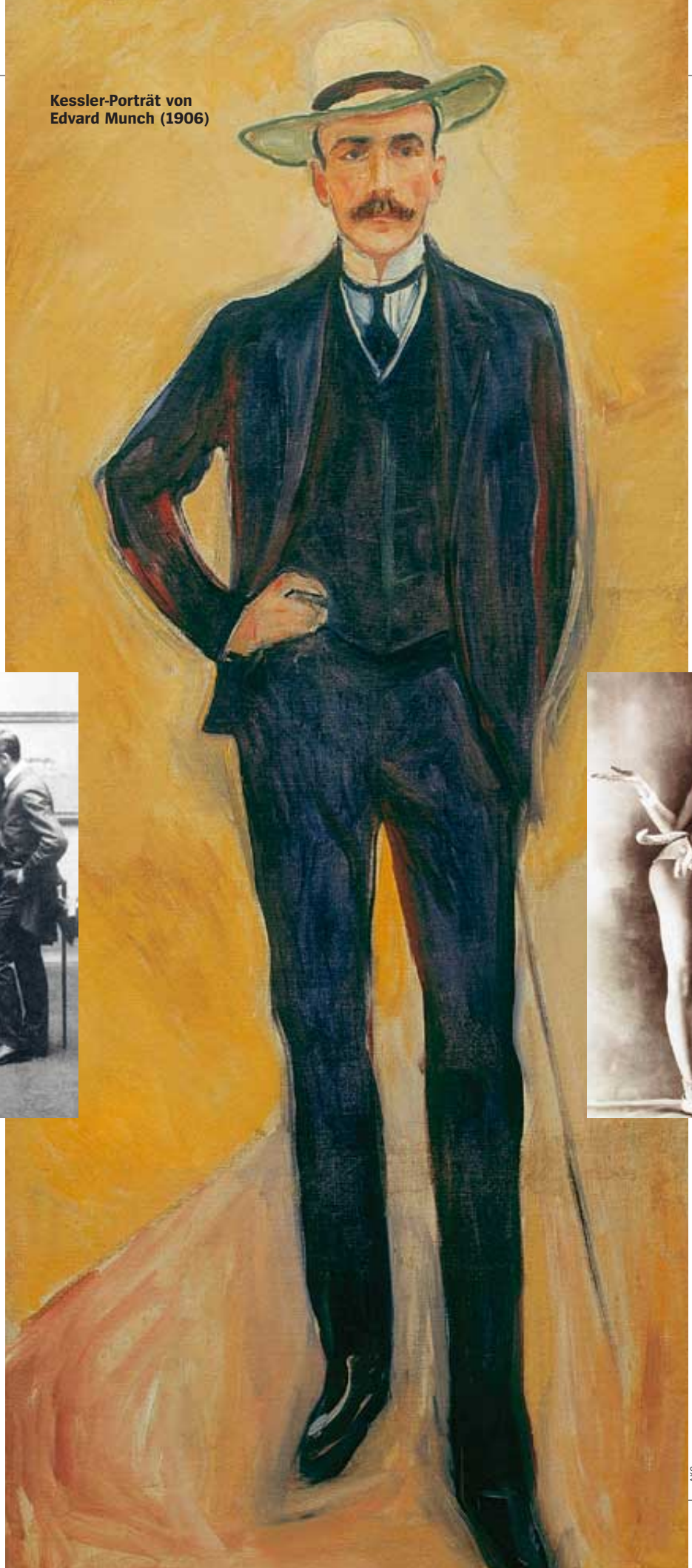
AKG (L.)

Eröffnung der Monet-Ausstellung in Weimar (1905)*

Kessler-Lebensthemen: *Unentwegt auf der Jagd nach geistiger Erfüllung, nach dem großen, schöpferischen Augenblick*

Mit zwölf Jahren sah Harry Clemens Ulrich Kessler (1868 bis 1937), Sohn eines reichen, 1891 im Hauruckverfahren zum Grafen erhobenen Bankiers, im Kurort Bad Ems den Kaiser Wilhelm I. Abends schrieb er in ein Schulheft: „The emperor comes on the promenade and speaks to mamma.“ Seither hat er Buch geführt, nahezu täglich, bis zuletzt. Das Ergebnis liegt heute sorgsam behütet im Deutschen Literaturarchiv in Marbach: 57 Hefte und Bücher, über 10 000 Seiten penibel redigierte Manuskrip-

* Von rechts: Henry van de Velde, Kessler, Helene von Nostitz, Hugo von Hofmannsthal.



Kessler-Porträt von Edvard Munch (1906)

AKG

te, die wie ein ungeheures Panorama Stimmung, Akteure und Schlüsselszenen einer ganzen Epoche festhalten.

1961 erschien ein Band mit Auszügen aus den letzten 20 Jahren; 1988 porträtierte eine glänzende Marbacher Ausstellung den Weltmann. Irgendwann musste der komplette Text des gewaltigen Werks zugänglich werden. Aber erst jetzt, nach viel technischem und personellem Hin und Her, ist es so weit: Diesen Mittwoch wird der erste von neun großformatigen Bänden ausgeliefert. Der Zählung nach ist es der zweite – Teil eins haben die Archivare, vor allem weil Kessler als Schüler auf Englisch schrieb, für den Schluss aufgehoben*.

Schon die Startlieferung bietet einen Vorgeschmack dessen, was bis 2008 alles kommen soll. So lernt der junge Graf auf einer monatelangen Bildungsweltreise größten Stils Amerika und den Orient kennen. Bei den 3. Garde-Ulanen – nicht dem allerfeinsten Regiment übrigens – leistet er öden Felddienst ab. Er tritt der noblen Berliner Kunstgesellschaft „Pan“ bei, besucht in Paris den Dichter Paul Verlaine nur Monate vor dessen Tod, erlebt seine ersten Bayreuther Festspiele und wird bei einer

AKG (R.)

Josephine Baker (1926), Rodin-Zeichnung (1905)

Ballonfahrt mit Freunden bis auf russisches Gebiet abgetrieben. Allein das Namenregister des Bandes umfasst 233 Seiten.

Doch das sind nur Vorahnungen von Vielfalt und Zwiespalt eines Lebens, das sich von früh auf ans Erleben zu verschwenden scheint. Kessler, in Paris geboren, wird in einem Internat im englischen Ascot und dann auf dem ehrwürdigen Hamburger Johanneum zur perfekten Dreisprachigkeit erzogen und liest sein Leben lang fließend Latein und Altgrie-

* Harry Graf Kessler: „Das Tagebuch 1880–1937“. Hrsg. von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott. Zweiter Band: 1892–1897. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart; 780 Seiten; 58 Euro.

chisch; er spielt mit der gleichen Selbstverständlichkeit Chopin, wie er tanzt, ficht, schwimmt oder reitet.

Fasziniert schaut er zu, wie Autos und Flugzeuge den Verkehr revolutionieren; schon mit 13 Jahren benutzt er einen Telefonhörer; 1907 zeigt er, vermutlich als Erster in Deutschland, bei Kunstvorträgen farbige Diapositive. Ein unvergleichlicher, ein – im wahren Wortsinn – mondäner Überflieger. Was eigentlich ging vor in diesem Kopf? Hatte er ein Ziel?

„Den meisten fiel an ihm zuerst das Sprunghafte seines Denkens auf“, meint John Dieter Brinks, der Kessler und seine künstlerische Hinterlassenschaft seit vielen Jahren kennt und sammelt. Brinks, 60, polyglotter Ästhet und Überzeugungstäter wie sein Idol, hat Kesslers buchkünstlerische Großtaten kürzlich in einem Prachtband gewürdigt*. Tragisch, findet Brinks, dass Kessler, den nichts so fesselte wie der Moment schöpferischer Inspiration, weder für seine Druckwerke noch für das Tagebuchporträt seiner Epoche bei Lebzeiten wirklich Anerkennung finden konnte. „Er blieb fast immer Außenseiter, bei Bürgern wie beim alten Adel, unter Museumsleuten wie Literaten“, erklärt Brinks. „Nie zehn Tage am selben Ort, dazu dieser Hang zum Gesellschaftlichen“ – das konnte Zweifel wecken. So viele Menschen Kessler trifft, „kein einziger bleibender Freund“ ist darunter. In Weimar habe der Mäzen am Esstisch oft nur mit seinen Hunden beisammengesessen.

Natürlich war er selbst daran schuld. Frauen sah Kessler in Gesellschaft oder auf der Bühne; wie intim er mit einigen jungen Männern wurde, an denen er offenkundig interessiert war und die er, falls sie Künstler zu sein versprachen, auch mit Geld förderte, verschweigt das Tagebuch sorgfältig. Mutter und Schwester in Frankreich suchte er bei aller Zuneigung nur zuweilen auf. Die Jagd nach geistiger Erfüllung – vor Gemälden und Fresken, bei unermüdlicher Lektüre, auf Premieren, ja noch im Tingeltangel – trieb ihn vorwärts. Nach der Devise „Unsere Heimat ist die Gegenwart“ sauste er zur nächsten Einladung, mitunter der dritten am selben Abend.

In den frühen Morgenstunden, beim Resümee, bleibt davon gelegentlich ein netter Giftblütenstrauß. Perlenbehängte, welke Edeldamen sind einmal kurzweg „schlecht serviertes Fleisch“; auch die Kaiserin erscheint beim Hofball 1898 „in ihrer uneleganten Aufmachung … wie ein billiges Knallbonbon“. Für den eitlen Kritiker Alfred Kerr genügt die Beschreibung „Paviankopf und lyrische Augen“; Italiens pompöser Literaturheld Gabriele d’Annunzio erscheint als „bergabgehender Kaffeehaus Don Juan“. Das Interieur einer Wohnung schnurrt gar auf „Rosen und Impotenz“ zusammen.

Oft aber hält das Tagebuch auch fest, was kein Foto bewahrt. „Sie hat etwas Grosses und Einfaches, Willensstarkes, fast Männliches“, heißt es Ende 1907 von der Bildhauerin Clara Rilke-Westhoff, die mit ihrem Mann, dem Lyriker Rainer Maria Rilke, neben Kessler in Bremen tafelt. *Er erscheint wie der femininere von Beiden. Wenn er beim Sprechen zusammengekauert mit übergeschlagenen Beinen und Armen auf seinem Stuhle sitzt, hat man von seinem dünnen Körper und seiner leisen, immer fast bittend klingenden Stimme einen Eindruck wie von einem unschönen jungen Mädchen.*

Scharf zu beobachten genügte Kessler auf die Dauer freilich nicht. Er hungerte nach Aufgaben. Nach einem lustlos absolvierten Jurastudium stürzte der junge Ästhet sich in die Kunstgeschichte. Während der Jahre 1898 bis 1900 füllte sich das Tagebuch mit intensiven Bildnotizen, die großenteils in nächster Nähe des Originals entstanden. Ob London oder Assisi, Madrid oder Athen, Kessler reiste einfach hin – immer wieder – und machte sich sein privates Bild vom Rang der Bilder.

So war er bestens vorbereitet, als es ihm 1901 dank seines riesigen Netzwerks von Bekannten gelang, den belgischen Design-Pionier und Architekten Henry van de Velde als Gestaltungslehrer nach Weimar zu holen. Zwei Jahre darauf wurde Kessler, der für sich mit Nietzsche-Verve die Kunst „eine Unterart der Wollust“ nannte, Chef des neuen Weimarer Museums für Kunst und Kunstgewerbe, ließ sich vor Ort von van de Velde eine Wohnung einrichten und versuchte mit deutlichem Wink in Richtung Goethe-Zeit, den jungen Großherzog Wilhelm Ernst zum Kultur-Schirmherrn aufzubauen.

Ganze drei Jahre hielt der Traum. Moderne Franzosen wie Monet, Cézanne oder Gauguin kamen in der Kleinresidenz schlecht an. Als dann im Januar 1906 eine Folge von Aktzeichnungen des Bildhauers Auguste Rodin zu sehen war, hetzten Intriganten bei Hof, provinzielle Kritiker und Neider so lange, bis Kessler den Job aufgab. Hatte er den ungehobelten, jähzornigen Jung-Herzog anfangs noch als „armes Geschöpf“ entschuldigt, war Wilhelm Ernst nun bald bloß noch der „Fleischkloss“, der ihn hatte fallen lassen.

Dennoch blieben handfeste Errungenschaften – nicht nur die prachtvoll schlichten „Großherzog-Wilhelm-Ernst-Ausgaben“ deutscher Klassiker, die Kessler nach englischen Vorbildern im Insel-Verlag herausbrachte. Kundig wie kaum ein anderer spähte er seither nach Talenten; so taucht Max Beckmann schon 1906 im Tagebuch als Ausnahmebegabung auf.

Auch der Dichter Hugo von Hofmannsthal, der 1898 als „kleiner, lustiger“ und sehr egozentrischer Wiener „mit hoher, detonierender Stimme“ in Berlin erschien, macht mehrfach in Weimar Halt, um mit dem gebildeten Grafen neue Werke zu diskutieren. Mal missmutig und Großportionen rohen Schinkens vertilgend, lässt Hofmannsthal sich ein anderes Mal, 1909, im Gespräch eine alte Vorlage reichen, nach der beide am folgenden Tag wie im Rausch

BPK

Tanzcafé in Berlin (um 1925): *„Unsere Heimat ist die Gegenwart“*

* John Dieter Brinks (Hg.): „Das Buch als Kunstwerk. Die Cranach Presse des Grafen Harry Kessler“. Triton Verlag, Laubach; 456 Seiten; 144 Euro.

die Handlung des späteren „Rosenkavaliers“ skizzieren.

Es ist eine Sternstunde – noch im Jahr zuvor hat eine gemeinsame Griechenland-Reise die Freundschaft arg strapaziert. Doch die Harmonie bleibt unsicher. Als 1911 die Strauss-Oper Erfolg hat, würdigt Hofmannsthal Kesslers Mithilfe nur in einer flüchtigen Danknotiz, für die ihm dieser lange gram bleibt. Dennoch versuchen beide, den Riss zu kitten. 1912 entwerfen sie in Paris aus dem Stand ein Szenario für die heute legendären „Ballets Russes“ Sergej Diaghilews, dessen jungen Solotänzer Vaclav Nijinsky Kessler wie alle anderen für ein „gottbegnadetes Individuum“ hält.

Überhaupt Paris: Hier ist der Graf von der Halbwelt bis in höchste Kreise ein Intimus. Gesellschaftslöwe und Kunstfachmann zugleich, eilt er von einer Vernissage zur nächsten. „Das Kunstwerk ist eine momentane Weltanschauung, das Gesuchte eine Lebensganzheit“, umreißt er seine private Utopie, für die er fast jedes Opfer bringt. Über Jahrzehnte fördert er zum Beispiel den Bildhauer Aristide Maillol, führt ihm Modelle zu, bestellt Werke bei ihm und nimmt ihn sogar auf eine Galerie-Studienreise nach London mit.

Erst die Katastrophe des Weltkriegs unterbrach schlagartig die schöne Existenz als Dauer-Logengast des Weltgeistes. Kessler, bei allem Kosmopolitentum stets ein

Cranach-Druck, Signet
Schwarm der Sammler

deutscher Patriot, diente als Offizier in Polen, sinnierte über Europas politische Zukunft nach dem Ende des Mordens – und hatte Glück: 1916 durfte er als deutscher Kulturpropagandaleiter ins friedliche Bern gehen, von wo aus er etlichen bedrohten Künstlern und Intellektuellen weiterhalf.

Kultur braucht politischen Rückhalt – das wurde für den prädestinierten Vermittler seither zum entscheidenden Antrieb. Sofort nach Kriegsende begann er sich zu engagieren. Als Gesandter in Warschau, in einer „Weltjugendliga“, mit einem eigenen „Plan zu einem Völkerbunde“, beim Pazifistenkongress, schließlich als Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) versuchte der Visionär die Welt friedlicher zu machen.

Entsprechend liest sich das Tagebuch der Weimarer Jahre oft wie das Protokoll eines diplomatischen Insiders. Der „rote Graf“, wie er in Berlin hieß, war dem Puls der Zeitgeschichte ganz nah, hielt mit Schlüsselfiguren wie dem schon 1922 ermordeten Walther Rathenau und später Gustav Stresemann engen Kontakt – doch eigene Erfolge blieben aus. So schrieb Kessler, weiterhin im Takt der Nachtzüge quer durch Europa unterwegs, erst eine gediegene Rathenau-Biografie und widmete sich dann allmählich wieder seiner alten Leidenschaft, der Kunst.

„Jede Zeit muss sich ihre Form suchen“, hatte er mit 22 notiert. „Kunst kann nur neu oder garnicht sein“, ergänzte er mit 40. In einer Geschmacksreform von oben sollte die nach Nietzsche entgötterte Welt durch das „Schaffen von neuen Symbolen“ ästhetisch erlöst werden. „Ein Früh-

ling geht wieder durch die Welt“, jubelte Kessler 1903, als er einen Augenblick lang meinte, endlich zögen wieder „die Freudigkeit, die Helle, die leichte Seele“ Altgriechenlands in Kunst und Leben ein.

Geblieben sind von diesen Hoffnungen nur ein paar Bilder, Baupläne, Büsten – und die wohl schönsten deutschen Bücher des 20. Jahrhunderts.

Von 1910 an suchten Helfer in Maillols ländlichem Atelier nach der richtigen Papiermischung. Kessler engagierte die besten englischen Schriftschneider und konnte schließlich 1913 in Weimar seine „Cranach Presse“ gründen. Bis 1931 entstanden dort nach oft jahrelangen Proben in Handarbeit – vielfach griff der Chef selbst zu – Werke von zeitloser Eleganz. Krönung der Kollektion: die Hirtengedichte („Eklogen“) des Römerdichters Vergil, illustriert mit kraftvoll-zarten Holzschnitten Aristide Maillols, die heute weltweit Sammler ins Schwärmen bringen.

Auch John Dieter Brinks, der Kessler-Fachmann im hessischen Laubach, gehört dazu. Mitte Mai wird er eine Ausstellung von Cranach-Presse-Drucken in Detmold eröffnen, wo Kessler 1923 als Reichstagskandidat der DDP scheiterte; von Ende Juni an wird sie in der US-Universität Williamstown, kommendes Jahr dann in London gezeigt. „Der Enthusiasmus ist im englischsprachigen Raum stärker als hier“,

HARLINGUE / ROGER-VIOLLET

Tagebuch-Autor Kessler (1936)

Trübe Wochen bis zum Tod

hat Brinks gemerkt. Der Enthusiast, dessen Stilsinn sich auf Augenhöhe mit seinem Helden trifft, kann nicht verstehen, dass weder Berlin noch Marbach, wo die Tagebücher lagern, sein Ausstellungsangebot annehmen wollten.

Verschüchtert der Allesseher, den Brinks als „Integrationsfigur“ zwischen Kunst und Wissenschaft sieht, gar noch die Erben? Kesslers Stilgefühl hat auf die neue Ausgabe jedenfalls kaum abgefärbt. Ihre kärglich kommentierten Textbände sind nur als Lesehilfe gemeint; eine Komplettversion auf CD-Rom soll im Herbst, eine endgültige elektronische Fassung erst 2008 folgen.

Die kulturelle Energie des Mannes, der zeitlebens fieberhaft nach Schönheit suchte, erscheint in der Marbacher Edition wie zwischen Aktendeckeln erstickt.

Erst in frühestens drei Jahren werden ausdauernde Leser zwischen den Tagebuchzeilen erspüren können, unter welchen Nöten der Graf seine phantastische Edelpresse in Gang hielt: Kriegswirren und Inflation hatten sein einst stattliches Vermögen so dezimiert, dass er ab Ende der zwanziger Jahre Bilder verkaufen oder seine Schwester Wilma anpumpen musste, um über die Runden zu kommen.

Schlimmer noch: Im Exil auf Mallorca, wo er den ersten Band seiner Memoiren abschließen konnte, erfuhr Kessler, wie die braunen Machthaber 1935 sein Eigentum samt Kunstschätzen in Weimar und Berlin beschlagnahmt und zerstreut hatten; bei seiner Schwester, auf einem Landsitz im Süden Frankreichs, verbrachte der ausgelaugte, schwer erkrankte, nun endgültig Mittel- und Heimatlose trübe Wochen bis zum Tod.

Wie gemeißelt wirkt auf den letzten Fotos sein Kopf, wie nach innen gewandt blicken die Augen des Mannes, der das alte Europa und seinen langen, schmerzhaften Untergang eindringlicher porträtiert hatte als jeder andere. Doch um die schmalen Lippen zuckt wie früher ein leicht versnobtes, wehmütig-liebevolles Lächeln.

Johannes Saltzwedel

IMAGE.NET

FILM

Der Stammtisch hat doch Recht

In seinem Kinodebüt „Schultze Gets the Blues“ schickt Michael Schorr einen Frührentner aus Sachsen-Anhalt in die Sümpfe Louisianas.

Eine Viertelstunde des Films ist schon vorüber, da spricht der Held den ersten Satz. Schultze (Horst Krause), früh pensionierter Bergarbeiter in einem Dorf nahe der Saale, sitzt mit seinen Kumpels in der Kneipe, schüttelt den Kopf und sagt entschlossen: „Ich fahr da nicht hin.“

Dabei könnte er endlich hinaus in die Welt: nach New Braunfels, die US-Partnerstadt des sachsen-anhaltinischen Provinznestes. Doch weil Schultze es zeitlebens gewohnt ist, auf engstem Raum zu arbeiten und zu leben, bekommt er auf einmal Angst vor der Weite.

In seinem Spielfilmdebüt „Schultze Gets the Blues“ erzählt Regisseur Michael Schorr, 38, von einem Mann, der die Muttererde auch von unten kennt und sich deshalb besonders schwer tut, sie zu verlassen. Weil er aber schließlich einsieht, dass er etwas Besseres als den Tod überall findet, macht er sich dann doch auf den Weg nach Amerika.

Dieser Story gleicht die Erfolgsgeschichte des für 1,3 Millionen Euro gedrehten Films in verblüffender Weise: Entstanden in der ostdeutschen Provinz, feiert „Schultze Gets the Blues“ weltweit Triumphe und wird nun kurioserweise von einem amerikanischen Großverleih in die deutschen Kinos gebracht.

Zuvor hatte er unter anderem einen Regiepreis beim letztjährigen Festival von Venedig gewonnen. Damit ist er nach „Good Bye, Lenin!“ und „Schussangst“ bereits der dritte deutsche Film, der im Osten Deutschlands nach der Wende spielt und international reüssiert. Zusammen haben

IMAGE.NET

„Schultze Gets the Blues“-Star Krause, Dorffest (Filmszene)
Genau so schmeckt Deutschland

diese drei Produktionen innerhalb von sechs Monaten wohl mehr bedeutende internationale Auszeichnungen erhalten als das gesamte deutsche Kino in den vergangenen zehn Jahren. Für Filmemacher sind die neuen Länder zurzeit offenbar eine einzige blühende Landschaft.

Und so sieht sie aus: eine Abraumhalde, an deren Rand Schultze in einem heruntergekommenen Häuschen wohnt; davor ein Garten, dessen Pflanzen wohl Tag für Tag vom Kohlenstaub befreit werden müssen, damit sie atmen können. Ausgerechnet hier will das deutsche Kino, dem seit Jahren vorgeworfen wird, seine Figuren allzu willkürlich von ihren Lebensräumen zu trennen, Wurzeln schlagen?

Keine Frage: Falsche, oberflächliche Weltläufigkeit ist die wahre Provinzialität. Deshalb schauen sich der Pfälzer Schorr und sein mecklenburgischer Kameramann Axel Schneppat die Heimat ihres Helden, die er schließlich verlässt, genau an. Mit den neugierigen und scharfsichtigen Blicken von Pionieren erkunden sie die ostdeutsche Region.

Immer wieder verdichten sie die Welt ihrer Figuren zu Stillleben: Da steht ein Wasserkocher im Stollen, daneben ein Topf, in dem ein paar Würstchen darauf warten, verzehrt zu werden; da sind neben einer Garagenauffahrt verschiedenfarbige Mülltonnen aufgereiht, vor ihnen schimmert der rötliche Pflasterstein des blitzblank gekehrten Bürgersteigs.

Schorr erkennt im vermeintlich Vertrauten das Fremde. So entdeckt er noch im kleinsten Detail große Aussagekraft: Ja, sagt sich der Zuschauer immer wieder, genau so sieht Deutschland aus, so fühlt es sich an, so riecht es und so schmeckt es.

Ruhig betrachtet Schorr einen Veranstaltungssaal, der sich von den Deckenlampen bis zum Bodenbelag seit Jahrzehnten kaum verändert hat. Dann belebt sich das Bild, Menschen treten auf, setzen sich an die Tische, fangen an, Schach zu spielen – die teilweise von Laien aus der Region gespielten Figuren sind in diesen Räumen aufgewachsen und wirken auf Anhieb authentisch.

Wenn Schultze mit seinen beiden Freunden Jürgen (Harald Warmbrunn) und Manfred (Karl-Fred Müller) in der Kneipe sitzt, weiß man, was ein Stammtisch ist – wie festgedübelt wirken die drei. Zugleich rehabilitieren sie diesen schlecht beleumundeten Ort mit lakonischem Witz. Und wenn der eine den anderen als „Saupreuß“ beschimpft und dafür ein „Sachsenarsch“ erntet, wird einem klar, wie selten sich Figuren in deutschen Filmen zu ihrem Regionalstolz bekennen dürfen.

Und doch wirkt die Heimat in „Schultze Gets the Blues“ oft auch wie ein Gefängnis: Fast ausschließlich in starren, sehr genau austarierten Einstellungen inszeniert Schorr die Lebensräume der Figuren. Bewegungen werden stets sorgfältig durch Ruhe gerahmt: Da radeln Männer und rasen Züge durchs Bild, da schwebt der Flügel eines Windrades langsam von oben nach unten – doch die Welt drum herum bewegt sich keinen Deut.

Wenn die Kamera den Kopf ihres Helden beim Dorffest umkreist, wirkt diese Bewegung fast wie eine Erdumkreisung – und nimmt Schultzes Reise schon vorweg. Denn statt der Polka, die er auf diesem Fest schon als Kind gespielt hat, entlockt er seinem Akkordeon plötzlich Südstaaten-Musik und spielt das in einem so frenetischen Tempo, als wolle er der Welt ein für alle Mal jeglichen Müßiggang abgewöhnen.

Innerlich ist Schultze in diesem Moment schon zu neuen Horizonten aufgebrochen. So kann Schorr darauf verzichten, den Flug seines Helden in die USA und die Ankunft in der Neuen Welt zu zeigen. Die Kamera gleitet stattdessen sofort über die Sümpfe Louisianas und gibt dem Zuschauer jenes Gefühl von Weite, das auch Schultze mehr und mehr als befreiend empfinden wird.

LARS-OLAV BEIER

POP

„Ich habe Angst zu versagen“

Die irische Sängerin Andrea Corr über das Handwerk des Liedermachens, ihren schauspielerischen Ehrgeiz und das jüngste Album der Familien-Popband The Corrs

SPIEGEL: Ms Corr, Sie und Ihre drei Geschwister werden von den Managern der Musikindustrie bestaunt als glänzender Millionenerfolg in Zeiten der schlimmsten Krise seit Beginn der Popmusik. Wie schaffen Sie das?

Corr: Ehrlich gesagt: Ich habe keine Ahnung. Und ich fürchte, niemand darf von unserem neuen Album im Ernst ähnliche Verkaufszahlen erwarten wie von denen zuvor. Allein vom letzten Album wurden über sechs Millionen Exemplare verkauft. So ein Erfolg ist heute kaum noch möglich. Schuld daran ist die Musik-Piraterie, die wirklich zerstörerische Ausmaße erreicht hat. Leider existiert da null Unrechtsbewusstsein: Raubkopierer wollen einfach nicht einsehen, dass sie das Produkt harter Arbeit stehlen und Jobs vernichten.

SPIEGEL: Für Ihr neues Album „Borrowed Heaven“, das Ende Mai erscheint, haben Sie sich vier Jahre Zeit gelassen. Gab es Zoff im Familienunternehmen The Corrs?

Corr: Nein, überhaupt nicht. Aber die zweite Hälfte der neunziger Jahre war extrem aufreibend. Stücke schreiben, Platten aufnehmen, auf Konzertbühnen auftreten und Interviews geben – dieses Leben drohte uns aufzufressen. Deshalb haben wir beschlossen, alle mal durchzuatmen und die Musik und die Band für eine Weile ruhen zu lassen. Und das war gut so.

SPIEGEL: Inwiefern?

Corr: Durch den Abstand haben wir wieder schätzen gelernt, was wir zusammen erreicht haben. Dass wir im Stande sind, Songs zu schreiben, die anderen Menschen offenbar dabei helfen, die Hochs und Tiefs des Lebens zu ertragen; Songs, die ihnen das Gefühl geben, nicht allein zu sein. Und für mich selbst hatte die Pause den schönen Effekt, dass ich auf alles, was ich für dieses Album geschrieben habe, wirklich stolz sein kann. Auf jedes Wort, jeden Satz. Ich hasse es, wenn eine Zeile, die ich geschrieben habe, Übelkeit bei mir auslöst, wenn ich sie Jahre später singen muss.

SPIEGEL: Es gibt also Songtexte, die Ihnen peinlich sind?

Corr: Eine Menge! Ich bin nicht so eitel, dass ich Fehler und Schwächen nicht bemerke. Aber ich bin auch nicht so naiv, dass ich Ihnen verrate, welche Texte ich meine.

SPIEGEL: Der Londoner „Guardian“ nannte die Corrs vor einiger Zeit die „niedlichste und eingängigste Popband“. Verletzt Sie so was?

Corr: Nein, überhaupt nicht. Jeder darf uns und unsere Musik so wahrnehmen, wie er will. Wenn Fans sich mit unseren Texten beschäftigen und die Tiefe darin entdecken, freue ich mich sehr. Aber wenn jemand unsere Stücke nur als netten, fröhlichen Pop einer niedlichen Band sieht, ist das auch in Ordnung. Es geht nicht darum, von jedem verstanden zu werden.

INTER-TOPICS

Sängerin Corr
„Mit 25 war noch alles in Ordnung“

SPIEGEL: Probieren wir’s trotzdem. In einem Ihrer neuen Lieder singen Sie davon, dass jede Schönheit vergeht. Das klingt aus dem Mund einer Frau, die vor einigen Jahren per Umfrage zur schönsten Frau der Welt gewählt wurde, wie eine Klage über das Älterwerden.

Corr: Natürlich erschreckt es mich, wenn ich in den Spiegel schaue und neue Fältchen entdecke. Ich werde demnächst 30; die Panik vor dem Älterwerden habe ich aber schon an meinem 26. Geburtstag hinter mich gebracht. Mit 25 war noch alles in Ordnung, mit 26 fühlte ich mich, als wäre meine Jugend zu Ende, und fand das sehr traurig. Heute habe ich dagegen das Gefühl, dass ich von Jahr zu Jahr besser mit mir und der Welt zurechtkomme.

SPIEGEL: Heißt das, dass Sie in Ihrer Jugend gelitten haben?

Corr: Ja. Als ich 20 war, habe ich mich schon hässlich gefühlt, wenn ich nur einen einzigen Pickel entdeckt habe. Kaum jemand schätzt die Jugend, wenn er jung ist. Die meisten Teenager fühlen sich zu fett, zu dünn, zu kindlich und wollen so schnell wie möglich erwachsen sein. Sich mit seinen Schwächen zu akzeptieren, muss man erst lernen. Und wenn man schließlich alt genug ist, die Jugend zu genießen, ist sie beinahe vorüber.

SPIEGEL: Klingt unglaublich weise. Was sonst ängstigt Sie, wenn nicht das Alter?

Corr: Ich habe panische Angst davor zu versagen. Aber das ist in Ordnung. Wer in seinem Leben nur Dinge tut, die ihm leicht fallen, wer es sich bequem macht und der Angst ausweicht, der holt nicht das Beste aus sich heraus.

SPIEGEL: Hängt es mit dieser Einstellung zusammen, dass Sie im vergangenen Jahr eine Rolle in dem Kinofilm „The Boys from County Clare“ übernommen haben?

Corr: Sicher. Ich wollte schon Schauspielerin werden, als ich ein kleines Mädchen war. Deshalb musste ich das Angebot annehmen. Auch wenn es viele Gründe gab, es nicht zu tun – zum Beispiel, weil ich nicht die tausendste Popsängerin sein wollte, die sich als Schauspielerin versucht.

SPIEGEL: War die Entscheidung für den Film auch eine Flucht aus den Fängen Ihrer Familie? Schließlich spielen Sie seit rund 15 Jahren mit Ihren älteren Geschwistern zusammen.

Corr: Möglicherweise. Es ist schon sonderbar, wenn die eigene Karriere so mit der Familie verknüpft ist. In der Band bin ich dazu verurteilt, für immer die kleine Schwester zu sein. Daher habe ich es sehr genossen, dass ich während der Dreharbeiten nur ich selbst sein konnte. Nicht Andrea Corr von The Corrs, sondern einfach eine Schauspielerin unter vielen.

SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie eine Hauptrolle in der Neuverfilmung von „Doktor Schiwago“ wegen zu drastischer Sexszenen abgesagt haben?

Corr: Das stimmt. Die Produzenten hatten Interesse an mir, aber wegen der Nackt-

SVEN SIMON

Popband The Corrs (2000): *„Dazu verurteilt, für immer die kleine Schwester zu sein“*

szenen im Drehbuch kam das für mich nicht in Frage. Vielleicht liegt das an meiner katholischen Erziehung. All diese Konzepte von Schuld und Sünde begleiten einen das ganze Leben. Aber ich fühle mich auch meiner Karriere und meiner Familie gegenüber verantwortlich. The Corrs werden von so vielen Menschen geschätzt, alten und jungen, ich denke, die wollen nicht sehen, dass ich mich ausziehe.

SPIEGEL: Sind Sie da so sicher?

Corr: Danke für das Kompliment. Ich glaube, einen Rest Geheimnis zu bewahren ist spannender, als alles zu zeigen. Und Nacktaufnahmen würden nicht zum Image der Corrs passen.

SPIEGEL: Immerhin gelten Sie und die anderen Mitglieder der Gruppe als lebenslustige Iren, die jede britische Popband unter den Tisch zu trinken vermögen.

Corr: Das haben wir nie versucht. Wir sind Iren, wir mögen es, ausgelassen zu feiern und einen über den Durst zu trinken. Aber wir sind leidenschaftliche Musiker und keine Säufer. Wir werden auch nicht ausfallend, wenn wir getrunken haben.

SPIEGEL: In Großbritannien gibt es einen ähnlichen Rummel um die Stars von Casting-Shows wie in Deutschland. Nehmen Sie die als Konkurrenten ernst?

Corr: Nein, die sind ja fast alle keine Musiker. Was sie tun, mag für Teenager ganz unterhaltsam sein. Aber sie treten in einer anderen Disziplin an. Es ist so, als ob sie Kricket spielten, während ich Fußballer bin. Natürlich gibt es Platz für alle. Aber ich würde in einer solchen Show auch nie als Jurorin auftreten – weil ich sie für unmoralisch halte. Junge Menschen werden vorgeführt um einer guten Einschaltquote willen. Dabei können Leute, die in diesem Alter zur Lachnummer der Nation gemacht werden, für den Rest ihres Lebens Schaden nehmen. Ich weiß, dass die meisten Eltern zu sehr vom Talent ihrer Kinder überzeugt sind, um die Gefahr zu erkennen. Aber es ist brutal, mit den Träumen der Jugendlichen so rücksichtslos Geschäfte zu machen.

INTERVIEW: JÖRG BÖCKEM

TOPHAM PICTUREPOINT

Deutscher Einmarsch in Paris, Juni 1940: *„Der Krieg ist kein Karneval“*

LITERATUR

Versteckspiele in Kriegszeiten

Die Geschichte einer verbotenen französisch-jüdischen Leidenschaft unter dem Nazi-Regime erzählt Gilles Rozier in seinem Roman „Eine Liebe ohne Widerstand“.

In der Sprache, die unser Bewusstsein prägt, haben (anders als in der Wirklichkeit) auch Teller und Tasse, Rock und Hose, Stock und Stein ein Geschlecht. Nur wer „Ich“ sagt, hat über sein Geschlecht noch nichts gesagt. Es soll Sprachen geben, deren Sprechern die Geschlechtlichkeit toter Gegenstände unbekannt und unvorstellbar ist, die sich aber, wenn sie „Ich“ sagen, als männlich oder weiblich bekennen und entsprechende Verbalformen beachten müssen.

In eine solche Sprache wäre Gilles Roziers Roman „Eine Liebe ohne Widerstand“ nicht übersetzbar*. Er zieht die Lebensbilanz einer um das Jahr 1910 geborenen und von Natur einzelgängerischen Person, deren Zuhause immer das Elternhaus in der französischen Provinz blieb, deren lebenslange besondere Passion aber der deutschen Sprache und deutschen Literatur galt – und kein Detail von Belang, so möchte man meinen, wird dem Leser dieser Beichte verheimlicht außer der einen, elementaren Tatsache: ob nämlich das Ich, das da sein Leben erzählt, eine Frau oder ein Mann sei. In dem Augenblick, wo er das Buch aufschlägt, trifft der Leser eine Wahl, ob er will oder nicht und sogar, wenn ihm gar nicht bewusst ist, dass er

ULF ANDERSEN

wählt. In Frankreich haben wohl viele Leute (wie die Kritikerin von „Le Monde“) diese Kleinstadtgeschichte ganz eindeutig als Selbstfindungsroman eines schüchternen Homosexuellen gelesen, aber wohl ebenso viele Leser verstanden den Text ohne Zögern als die späte, heimliche und umso wildere Liebesgeschichte einer schon etwas altjüngferlichen Gymnasiallehrerin: Man liest, was man lesen will.

Der Rückblick beginnt 1930 mit einem Auslandsstudienjahr in Heidelberg und der scheuverschwärmten Zuneigung zu dem deutschen Kommilitonen Hans-Joachim, deren Höhepunkt die gemeinsame Lektüre von Thomas Manns „Der Tod in Venedig“ ist, und er führt Jahre später, wieder in der Heimatstadt, wo dieses Ich nun Deutsch an einem Mädchengymnasium unterrichtet, zu einer von den Eltern arrangierten Ehe: Sie bleibt so liebe- wie lustlos und endet nach ein paar Jahren mit dem Selbstmord des wortkargen Partners, dessen Name Claude auch nach seinem Tod dessen Geschlecht nicht verrät.

Inzwischen aber ist Krieg, ist die Stadt unter deutscher Okkupation, und das Roman-Ich wird – innerlich hadernd mit seiner Liebe zum deutschen Wesen – durch Übersetzungsaufträge der Machthaber zu Kollaboration verpflichtet, sagen wir: zu einem kleinen, vielleicht als berufsbedingt entschuldbaren Maß an Kollaboration. Die jüngere Schwester jedenfalls, Witwe eines begeisterten Kollaborateurs, den die Résistance liquidiert hat, bringt dem Feind entschieden mehr „Liebe ohne Widerstand“ entgegen – in der Person eines SS-Manns namens Volker, der tagtäglich vorbeikommt und sich im schwesterlichen Schlafzimmer so verausgabt, dass der Kronleuchter im Salon darunter zu klirren beginnt.

Das Roman-Ich aber, sonst so kontaktscheu, nutzt, auf Besuch in der Kommandantur, zur eigenen Überraschung eine winzige Zufallschance, um einem gerade verhafteten jungen Mann die Flucht zu ermöglichen und ihn heimlich in den Keller des Elternhauses zu schleusen.

In einer geheimen Kammer, die eine Bibliothek verbotener deutscher Bücher enthält, findet der Fremde – er ist, wie sich nun erst zeigt, ein aus Polen stammender

Schriftsteller Rozier
„Frühgermanisches Kauderwelsch“

* Gilles Rozier: „Eine Liebe ohne Widerstand“. Aus dem Französischen von Claudia Steinitz. DuMont Literatur und Kunst Verlag, Köln; 168 Seiten; 16,90 Euro.

Jude mit Namen Herman – einen Unterschlupf auf Dauer: Da ist er ein wehrloser Gefangener, aber in Sicherheit, und da entwickelt sich aus unbeholfenen Anfängen eine plötzliche Leidenschaft. Diese Liebe im Untergrund ist für das Roman-Ich, wie der Titel sagt, „un amour sans résistance“, und doch ein Akt ganz persönlichen, einzelgängerischen Widerstands: mehr als zwei Jahre lang, bis zur Ermordung des verhassten SS-Volker und dem sinnlosen Zufallstod des Geliebten.

Natürlich ist es ein leicht Schwindel erregendes Erzählkunststück, die Geschlechterdifferenz der beiden Lesarten so sicher

Die Sehnsucht eines nordisch-männlichen Fichtenbaums nach einer südlich-weiblichen Palme

und unauffällig in ambivalenter Balance zu halten; und auch der deutschen Übersetzerin Claudia Steinitz gelingt (von einem einzigen kleinen Lapsus abgesehen) dieses Gleichgewicht mit bewundernswerter Eleganz. Doch Roziers doppelbödiges, doppeldeutiges Kunststück wäre nur eitel, wenn es nicht als ein subtil erzählter, sinnfälliger und bewegender Roman überzeugte, der auch auf manch andere Art von den Ambivalenzen der Liebe handelt.

Sein Motto ist Heinrich Heines kleines Gedicht von der Sehnsucht eines einsamen nordisch-männlichen Fichtenbaums nach einer ebenso einsamen südlich-weiblichen Palme, das man gern als Bild für Heines eigene deutsch-jüdische Ambivalenz versteht. Rozier, der das Gedicht zum Leitmotiv der Liebesgeschichte macht, setzt eine Travestie darauf, indem er seinen polnischen Herman (der wenig Deutsch und nicht viel mehr Französisch kann) in der Kellergruft voll verbotener deutscher Literatur Heine in einer jiddischen Übersetzung rezitieren lässt.

Der französische Autor Gilles Rozier, Jahrgang 1963, der erst als Student die Sprache seines aus Osteuropa stammenden Großvaters zu lernen begonnen hat, ist heute ein anerkannter Experte, dem auch die Nuancen zwischen dem litauischen und dem galizischen Jiddisch geläufig sind. Als Direktor der „Maison de la Culture Yiddish“ in Paris, die über die größte jiddische Bibliothek Europas verfügt, kämpft er temperamentvoll dafür, das gesprochene Jiddisch auch außerhalb der chassidischen Gemeinden lebendig zu erhalten.

Als Schriftsteller hat Rozier vor drei Jahren schon einmal mit einem Erzählkunststück für Verblüffung gesorgt: In seinem Roman „Moïse fiction“ lässt er den alten Mose Rückschau auf sein 120-jähriges Leben halten – doch mit irritierenden Lücken: Zum einen bleibt in dieser Lesart der Tora ungewiss, ob Mose ägyptischer oder israelitischer Abstammung ist, und zum ande-

Autor mit Schreibblockade fordert sein Schicksal heraus: kunstvolles Verwirrspiel um Wahrheit und Illusion

Bestseller

Belletristik

1 (1) **Dan Brown** Sakrileg
Lübbe; 19,90 Euro

2 (2) **Eric-Emmanuel Schmitt** Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran
Ammann; 12 Euro

3 (3) **Frank Schätzing** Der Schwarm
Kiepenheuer & Witsch; 24,90 Euro

4 (4) **John Grisham** Die Liste
Heyne; 25 Euro

5 (5) **Robert Harris** Pompeji
Heyne; 20 Euro

6 (6) **Cecelia Ahern** P. S. Ich liebe Dich
W. Krüger; 16,90 Euro

7 (7) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Orden des Phönix
Carlsen; 28,50 Euro

8 (12) **Henning Mankell** Das Auge des Leoparden Zsolnay; 21,50 Euro

9 (9) **Jilliane Hoffman** Cupido
Wunderlich; 19,90 Euro

10 (8) **Hong Ying** Die chinesische Geliebte
Aufbau; 17,90 Euro

11 (15) **Eric-Emmanuel Schmitt** Oskar und die Dame in Rosa Ammann; 13,80 Euro

12 (10) **Kathy Reichs** Mit Haut und Haar
Blessing; 23 Euro

13 (16) **Paulo Coelho** Der Alchimist
Diogenes; 17,90 Euro

14 (–) **Christoph Hein** Landnahme
Suhrkamp; 19,90 Euro

15 (19) **Paul Auster** Nacht des Orakels
Rowohlt; 19,90 Euro

16 (18) **Carlos Ruiz Zafón** Der Schatten des Windes Insel; 24,90 Euro

17 (13) **Paulo Coelho** Elf Minuten
Diogenes; 19,90 Euro

18 (–) **Martin Suter** Lila, Lila
Diogenes; 21,90 Euro

19 (17) **Viola Roggenkamp** Familienleben
Arche; 23 Euro

20 (20) **Haruki Murakami** Kafka am Strand
DuMont Literatur und Kunst; 24,90 Euro

ren, schlimmer, kommt in dieser Version Gott mit keinem Wort vor. Nichts spricht dafür, dass es auf dem Berg Sinai zu irgendeiner Begegnung gekommen sei; die Zehn Gebote mag sich Mose allein ausgedacht haben. Einmal scheint der neue Roman an den früheren zu erinnern, mit einer anderen, ebenso ketzerischen Mose-Version: Da erklärt Herman, der keineswegs gottesfürchtige Bursche aus Warschau, Mose habe nie existiert, das sei nur „Geschwätz der Rabbiner“.

Eine beliebte Résistance-Legende erzählt von einem Priester, der die ganze Okkupationszeit lang einen Rabbi versteckt hielt, um mit dessen Hilfe endlich gründlich Hebräisch zu lernen. Ganz ähnlich entwickelt sich bei Rozier die Geschichte: Der Mensch, der trotz seiner ganzen enthusiastischen Liebe zur deutschen Sprache bis dahin nie etwas von deren eigenartiger „Schwester“ gehört hatte, die mit hebräischen Buchstaben geschrieben wird, entdeckt fasziniert dieses „frühgermanische Kauderwelsch, das man zwitschert, als spräche man Deutsch, während man koscheres Fleisch kaut“, und im Erlernen dieser Sprache errettet er nicht nur sich selbst aus seiner Einsamkeit – er rettet sich auch aus seiner Unheilsliebe zum Deutschen in die Umarmung durch das Jiddische.

Der „FAZ“-Mitherausgeber reitet eine vehemente Attacke gegen die Diskriminierung des Alters

Natürlich lädt ein Text wie dieser auch dazu ein, beim Lesen Schritt um Schritt der männlich-weiblichen Doppelstrategie des Autors nachzuspüren, seinen verbalen Verschleierungen und Maskeraden, seiner Kunst im Spurenlegen wie im Spurenverwischen. Dabei fällt auf, dass das Roman-Ich selbst Spaß an Verkleidungen und transvestitischen Phantasien zu haben scheint, zum Beispiel den Geliebten manchmal weibliche Unterwäsche tragen lässt oder sich den erwogenen, doch nie vollzogenen Sprung aus der Kollaboration in die Résistance als Identitätswechsel ausmalt: „War das nicht die Gelegenheit, jemand anderes zu sein, die Haut zu wechseln, die Frisur, die Haarfarbe, das Geschlecht und den Umgang?“

Verschleierungen und Maskeraden, das Spurenlegen und das Spurenverwischen

Am Ende, als der Keller dem verfolgten Herman kein sicheres Versteck mehr zu bieten scheint, führt ein verblüffender Kleidertausch, ein kühner Identitätswechsel in den Untergang: Der Jude flieht in SS-Uniform und läuft einem Heckenschützen der Résistance vors Gewehr – die vermeintlich sicherste Verkleidung erweist sich als die tödlichste. Die offizielle Ehrenerklärung „Gestorben für Frankreich“ wird Herman niemals zuerkannt. Wofür auch? Hat er etwa Widerstand geleistet? Wer überlebt hat, sagt: „Der Krieg ist kein Karneval.“

URS JENNY

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Sachbücher

1	(1)	**Frank Schirrmacher**	Das Methusalem-Komplott Blessing; 16 Euro
2	(2)	**Peter Scholl-Latour**	Weltmacht im Treibsand Propyläen; 24 Euro
3	(3)	**Peter Ustinov**	Achtung! Vorurteile Hoffmann und Campe; 19,90 Euro
4	(4)	**Wibke Bruhns**	Meines Vaters Land Econ; 22 Euro
5	(6)	**Gabor Steingart**	Deutschland – Der Abstieg eines Superstars Piper; 13 Euro
6	(5)	**Helmut Kohl**	Erinnerungen 1930 – 1982 Droemer; 28 Euro
7	(7)	**Michael Moore**	Volle Deckung, Mr. Bush Piper; 12,90 Euro
8	(8)	**Souad**	Bei lebendigem Leib Blanvalet; 19,90 Euro
9	(17)	**Bill Bryson**	Eine kurze Geschichte von fast allem Goldmann; 24,90 Euro
10	(9)	**Jörg Blech**	Die Krankheitserfinder – Wie wir zu Patienten gemacht werden S. Fischer; 17,90 Euro
11	(11)	**Werner Tiki Küstenmacher/ Lothar J. Seiwert**	Simplify your life Campus; 19,90 Euro
12	(12)	**Dietrich Grönemeyer**	Mensch bleiben – High Tech und Herz – eine liebevolle Medizin ist keine Utopie Herder; 19,90 Euro
13	(10)	**Mario Adorf**	Himmel und Erde Kiepenheuer & Witsch; 18,90 Euro
14	(13)	**Ulrich Janßen/Ulla Steuernagel**	Die Kinder-Uni – Zweites Semester DVA; 19,90 Euro
15	(–)	**Martina Rellin**	Klar, bin ich eine Ost-Frau! Rowohlt Berlin; 16,90 Euro
16	(–)	**Jörg Böckem**	Lass mich die Nacht überleben DVA; 17,90 Euro
17	(15)	**Dalai Lama**	Ratschläge des Herzens Diogenes; 12,90 Euro
18	(16)	**Ulrich Janßen/Ulla Steuernagel**	Die Kinder-Uni – Forscher erklären die Rätsel der Welt DVA; 19,90 Euro
19	(14)	**Dalai Lama/Howard C. Cutler**	Glücksregeln für den Alltag Herder; 19,90 Euro
20	(–)	**David Beckham**	Mein Leben Random House Entertainment; 22,90 Euro

Jude mit Namen Herman – einen Unterschlupf auf Dauer: Da ist er ein wehrloser Gefangener, aber in Sicherheit, und da entwickelt sich aus unbeholfenen Anfängen eine plötzliche Leidenschaft. Diese Liebe im Untergrund ist für das Roman-Ich, wie der Titel sagt, „un amour sans résistance“, und doch ein Akt ganz persönlichen, einzelgängerischen Widerstands: mehr als zwei Jahre lang, bis zur Ermordung des verhassten SS-Volker und dem sinnlosen Zufallstod des Geliebten.

Natürlich ist es ein leicht Schwindel erregendes Erzählkunststück, die Geschlechterdifferenz der beiden Lesarten so sicher

Die Sehnsucht eines nordisch-männlichen Fichtenbaums nach einer südlich-weiblichen Palme

und unauffällig in ambivalenter Balance zu halten; und auch der deutschen Übersetzerin Claudia Steinitz gelingt (von einem einzigen kleinen Lapsus abgesehen) dieses Gleichgewicht mit bewundernswerter Eleganz. Doch Roziers doppelbödiges, doppeldeutiges Kunststück wäre nur eitel, wenn es nicht als ein subtil erzählter, sinnfälliger und bewegender Roman überzeugte, der auch auf manch andere Art von den Ambivalenzen der Liebe handelt.

Sein Motto ist Heinrich Heines kleines Gedicht von der Sehnsucht eines einsamen nordisch-männlichen Fichtenbaums nach einer ebenso einsamen südlich-weiblichen Palme, das man gern als Bild für Heines eigene deutsch-jüdische Ambivalenz versteht. Rozier, der das Gedicht zum Leitmotiv der Liebesgeschichte macht, setzt eine Travestie darauf, indem er seinen polnischen Herman (der wenig Deutsch und nicht viel mehr Französisch kann) in der Kellergruft voll verbotener deutscher Literatur Heine in einer jiddischen Übersetzung rezitieren lässt.

Der französische Autor Gilles Rozier, Jahrgang 1963, der erst als Student die Sprache seines aus Osteuropa stammenden Großvaters zu lernen begonnen hat, ist heute ein anerkannter Experte, dem auch die Nuancen zwischen dem litauischen und dem galizischen Jiddisch geläufig sind. Als Direktor der „Maison de la Culture Yiddish“ in Paris, die über die größte jiddische Bibliothek Europas verfügt, kämpft er temperamentvoll dafür, das gesprochene Jiddisch auch außerhalb der chassidischen Gemeinden lebendig zu erhalten.

Als Schriftsteller hat Rozier vor drei Jahren schon einmal mit einem Erzählkunststück für Verblüffung gesorgt: In seinem Roman „Moïse fiction“ lässt er den alten Mose Rückschau auf sein 120-jähriges Leben halten – doch mit irritierenden Lücken: Zum einen bleibt in dieser Lesart der Tora ungewiss, ob Mose ägyptischer oder israelitischer Abstammung ist, und zum ande-

Autor mit Schreibblockade fordert sein Schicksal heraus: kunstvolles Verwirrspiel um Wahrheit und Illusion

Bestseller

Belletristik

1 (1) **Dan Brown** Sakrileg
Lübbe; 19,90 Euro

2 (2) **Eric-Emmanuel Schmitt** Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran
Ammann; 12 Euro

3 (3) **Frank Schätzing** Der Schwarm
Kiepenheuer & Witsch; 24,90 Euro

4 (4) **John Grisham** Die Liste
Heyne; 25 Euro

5 (5) **Robert Harris** Pompeji
Heyne; 20 Euro

6 (6) **Cecelia Ahern** P. S. Ich liebe Dich
W. Krüger; 16,90 Euro

7 (7) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Orden des Phönix
Carlsen; 28,50 Euro

8 (12) **Henning Mankell** Das Auge des Leoparden Zsolnay; 21,50 Euro

9 (9) **Jilliane Hoffman** Cupido
Wunderlich; 19,90 Euro

10 (8) **Hong Ying** Die chinesische Geliebte
Aufbau; 17,90 Euro

11 (15) **Eric-Emmanuel Schmitt** Oskar und die Dame in Rosa Ammann; 13,80 Euro

12 (10) **Kathy Reichs** Mit Haut und Haar
Blessing; 23 Euro

13 (16) **Paulo Coelho** Der Alchimist
Diogenes; 17,90 Euro

14 (–) **Christoph Hein** Landnahme
Suhrkamp; 19,90 Euro

15 (19) **Paul Auster** Nacht des Orakels
Rowohlt; 19,90 Euro

16 (18) **Carlos Ruiz Zafón** Der Schatten des Windes Insel; 24,90 Euro

17 (13) **Paulo Coelho** Elf Minuten
Diogenes; 19,90 Euro

18 (–) **Martin Suter** Lila, Lila
Diogenes; 21,90 Euro

19 (17) **Viola Roggenkamp** Familienleben
Arche; 23 Euro

20 (20) **Haruki Murakami** Kafka am Strand
DuMont Literatur und Kunst; 24,90 Euro

ren, schlimmer, kommt in dieser Version Gott mit keinem Wort vor. Nichts spricht dafür, dass es auf dem Berg Sinai zu irgendeiner Begegnung gekommen sei; die Zehn Gebote mag sich Mose allein ausgedacht haben. Einmal scheint der neue Roman an den früheren zu erinnern, mit einer anderen, ebenso ketzerischen Mose-Version: Da erklärt Herman, der keineswegs gottesfürchtige Bursche aus Warschau, Mose habe nie existiert, das sei nur „Geschwätz der Rabbiner“.

Eine beliebte Résistance-Legende erzählt von einem Priester, der die ganze Okkupationszeit lang einen Rabbi versteckt hielt, um mit dessen Hilfe endlich gründlich Hebräisch zu lernen. Ganz ähnlich entwickelt sich bei Rozier die Geschichte: Der Mensch, der trotz seiner ganzen enthusiastischen Liebe zur deutschen Sprache bis dahin nie etwas von deren eigenartiger „Schwester“ gehört hatte, die mit hebräischen Buchstaben geschrieben wird, entdeckt fasziniert dieses „frühgermanische Kauderwelsch, das man zwitschert, als spräche man Deutsch, während man koscheres Fleisch kaut“, und im Erlernen dieser Sprache errettet er nicht nur sich selbst aus seiner Einsamkeit – er rettet sich auch aus seiner Unheilsliebe zum Deutschen in die Umarmung durch das Jiddische.

Der „FAZ“-Mitherausgeber reitet eine vehemente Attacke gegen die Diskriminierung des Alters

Natürlich lädt ein Text wie dieser auch dazu ein, beim Lesen Schritt um Schritt der männlich-weiblichen Doppelstrategie des Autors nachzuspüren, seinen verbalen Verschleierungen und Maskeraden, seiner Kunst im Spurenlegen wie im Spurenverwischen. Dabei fällt auf, dass das Roman-Ich selbst Spaß an Verkleidungen und transvestitischen Phantasien zu haben scheint, zum Beispiel den Geliebten manchmal weibliche Unterwäsche tragen lässt oder sich den erwogenen, doch nie vollzogenen Sprung aus der Kollaboration in die Résistance als Identitätswechsel ausmalt: „War das nicht die Gelegenheit, jemand anderes zu sein, die Haut zu wechseln, die Frisur, die Haarfarbe, das Geschlecht und den Umgang?“

Verschleierungen und Maskeraden, das Spurenlegen und das Spurenverwischen

Am Ende, als der Keller dem verfolgten Herman kein sicheres Versteck mehr zu bieten scheint, führt ein verblüffender Kleidertausch, ein kühner Identitätswechsel in den Untergang: Der Jude flieht in SS-Uniform und läuft einem Heckenschützen der Résistance vors Gewehr – die vermeintlich sicherste Verkleidung erweist sich als die tödlichste. Die offizielle Ehrenerklärung „Gestorben für Frankreich“ wird Herman niemals zuerkannt. Wofür auch? Hat er etwa Widerstand geleistet? Wer überlebt hat, sagt: „Der Krieg ist kein Karneval.“

URS JENNY

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Sachbücher

1	(1)	**Frank Schirrmacher**	Das Methusalem-Komplott Blessing; 16 Euro
2	(2)	**Peter Scholl-Latour**	Weltmacht im Treibsand Propyläen; 24 Euro
3	(3)	**Peter Ustinov**	Achtung! Vorurteile Hoffmann und Campe; 19,90 Euro
4	(4)	**Wibke Bruhns**	Meines Vaters Land Econ; 22 Euro
5	(6)	**Gabor Steingart**	Deutschland – Der Abstieg eines Superstars Piper; 13 Euro
6	(5)	**Helmut Kohl**	Erinnerungen 1930 – 1982 Droemer; 28 Euro
7	(7)	**Michael Moore**	Volle Deckung, Mr. Bush Piper; 12,90 Euro
8	(8)	**Souad**	Bei lebendigem Leib Blanvalet; 19,90 Euro
9	(17)	**Bill Bryson**	Eine kurze Geschichte von fast allem Goldmann; 24,90 Euro
10	(9)	**Jörg Blech**	Die Krankheitserfinder – Wie wir zu Patienten gemacht werden S. Fischer; 17,90 Euro
11	(11)	**Werner Tiki Küstenmacher/ Lothar J. Seiwert**	Simplify your life Campus; 19,90 Euro
12	(12)	**Dietrich Grönemeyer**	Mensch bleiben – High Tech und Herz – eine liebevolle Medizin ist keine Utopie Herder; 19,90 Euro
13	(10)	**Mario Adorf**	Himmel und Erde Kiepenheuer & Witsch; 18,90 Euro
14	(13)	**Ulrich Janßen/Ulla Steuernagel**	Die Kinder-Uni – Zweites Semester DVA; 19,90 Euro
15	(–)	**Martina Rellin**	Klar, bin ich eine Ost-Frau! Rowohlt Berlin; 16,90 Euro
16	(–)	**Jörg Böckem**	Lass mich die Nacht überleben DVA; 17,90 Euro
17	(15)	**Dalai Lama**	Ratschläge des Herzens Diogenes; 12,90 Euro
18	(16)	**Ulrich Janßen/Ulla Steuernagel**	Die Kinder-Uni – Forscher erklären die Rätsel der Welt DVA; 19,90 Euro
19	(14)	**Dalai Lama/Howard C. Cutler**	Glücksregeln für den Alltag Herder; 19,90 Euro
20	(–)	**David Beckham**	Mein Leben Random House Entertainment; 22,90 Euro

NORBERT MICHALKE

Philosoph Schmid, Gesprächspartner: *Reden über Affekte und Abfall*

DENKER

Den Schmerz ausloten

Über das gelingende Leben nachdenken – damit hat die akademische Philosophie wenig im Sinn. Wilhelm Schmid, Professor in Erfurt, versucht es trotzdem.

Frau Burger hat Krebs. Operation und Chemotherapie, Haarausfall und Perückenkauf, die Hoffnung im Paarlauf mit der Verzweiflung – sie hat alles hinter sich und steckt noch mittendrin, denn die Krankheit wird sie nicht mehr verlassen. „Jetzt fahre ich trotzdem nach Griechenland, ich brauche Urlaub, auch vom Krebs. Ich werde versuchen, ihn in Meerwasser, Retsina und Rotwein zu ertränken, und wenn es gelingt, melde ich die Erfindung beim Patentamt an.“ Regina Burger ist ansteckend amüsiert von ihrer Phantasie der Erleichterung. Der Mann ihr gegenüber fügt hinzu: „Wenn Selbstdistanz völlig fehlt, geht man unter. Erst aus dem Humor kann Abstand entstehen, und den brauchst du jetzt dringender denn je.“

Frau Burgers Krebs ist normal. Ungewöhnlich ist, dass sie nicht nur mit ihren Ärzten spricht, mit ihren Kindern und Freunden, sondern regelmäßig auch mit dem Mann, der ihr gerade gegenübersitzt. Der Mann ist Philosoph. Was er eben gesagt hat, liest sich in einem seiner Bücher so: „Mögen die Dinge sein, wie sie sind, und stupide sich weigern, anders zu sein: Mit dem Blick von Außen relativieren sich die engen, unbeweglichen Verhältnisse, über die der Ernst des Faktischen tyrannisch herrscht … In der Ironie begegnen sich Wissen und Lebenskunst, denn sie ist die ‚Vereinigung von Lebenskunstsinn und wissenschaftlichem Geist‘, und ihre ‚eigentliche Heimat‘, zeigt Friedrich Schlegel sich überzeugt, ist die Philosophie.“

Frau Burger kennt diese Bücher nicht. Sie hat den einen oder anderen Vortrag besucht, aber bald festgestellt, dass ihr die Theorie nicht liegt. Sie ist ein Mensch des Gesprächs. Und so hat es auch begonnen.

Wilhelm Schmid, Professor für Philosophie in Erfurt, Gastdozent in der georgischen Hauptstadt Tiflis seit 1997 (aber auch acht Jahre im lettischen Riga), Autor von Büchern zu Michel Foucault, vor allem aber zur Philosophie der Lebenskunst, ist zudem „philosophischer Seelsorger“ im Schweizer Spital Affoltern am Albis bei Zürich. Den Kontakt verschaffte ihm ein Zeitungsartikel über Schmerz, fußend auf der ebenso schlichten wie provozierenden Behauptung: Schmerzen haben Sinn. Wenn wir sie unbedingt dämpfen und annullieren, geht uns ihre Besonderheit verloren; und das ist deshalb ein Verlust, weil Schmerzen für eine geradezu aufdringliche Intimität mit sich selbst sorgen, weil sie uns in eine Unruhe zwingen, aus der ein Nachdenken werden kann – über die Leiblichkeit, den Tod, über die Angst und die Sorge als Grundstruktur unseres Daseins. All das vermeidet eine Kultur, für die „das Leiden allgemein absolut inakzeptabel“ geworden ist und die nach der Maxime verfährt: wenn Schmerz, dann Intervention.

Die Ärzte im Spital Affoltern luden den Autor ein; entstanden ist eine Beziehung, von der beide Seiten profitieren. Zwei Wochen im Jahr besucht Schmid das Krankenhaus, spricht mit Patienten und dem Personal, hält Vorträge zu Themen wie „Berührung“ oder „Macht“, lehrt und lernt – er hat sich zuvor nicht vorstellen können, wie eine Operation vor sich geht, wie es klingt, wenn der Körper mit einem Schnitt geöffnet wird, und welche Nähe entsteht, wenn man buchstäblich in einen Menschen hineinsieht. Er war bei Regina Burgers Operation dabei. Am Vorabend hat er sie erstmals besucht, und sie sind in ein Gespräch geraten, das seitdem nicht aufgehört hat.

Sehr viele Beziehungen dieses Typs kann sich Schmid naturgemäß nicht leisten. Er handelt als „freier Philosoph“, „philosophischer Berater“ oder „Praktiker“ einerseits wie viele Ex-Studenten der Philosophie, die auf die Stellennot an deutschen Universitäten mit Selbständigkeit reagieren und das lange Alter der Menschen, eine gewisse Bildungsbeflissenheit im Wohlstand und das Bedürfnis nach Wetterschutz in „transzendentaler Obdachlosigkeit“ (Georg Lukács) mit diversen Angeboten beantworten: Reiseleitungen in Griechenland (Ursprung des abendländischen Denkens) und Italien (Humanismus, Ästhetik, Renaissance), „Philosophische Cafés“ und „Salons“ sowie persönliche Beratung – häufig angelehnt an das therapeutische Setting, was heißt: Orts- wie Zeitbeschränkung und feste Honorarsätze.

Körperliches Leiden bietet die Chance, Grundstrukturen des Daseins zu erkunden.

Andererseits versteht sich Schmid eben nicht als Berater, der auf Probleme anderer mit Bildung reagiert, sondern als Gesprächspartner in Lebensfragen, die in der Expertenkultur allzu schematisch zerschnitten werden: Eine Depression gehört zum Psychologen, ein ge-

HEINRICH VOELKEL / LAIF

Sterbehospiz (in Berlin): *Antike Lebensweisheit hilft*

brochener Arm zum Orthopäden, aber wohin mit der Melancholie, die vielleicht eine natürliche Reaktion, wenn nicht eine anthropologische Konstante ist, folgend aus der Kürze des Lebens, den Zumutungen der Gesellschaft, der Qual der Wahl, dem Selbstbewusstsein des denkenden Menschen? Wie kann Grübelei zur Reflexion werden, wie ein tragisches Bewusstsein Selbsthilfe in der Ironie finden, was unterscheidet Ziele von Werten, und wodurch kann ein modernes Leben sinnvoll sein, das Traditionen verloren hat und auch die Religion für einen überwundenen Standpunkt hält? Fragen dieser Art führen zum philosophischen Gespräch; Schmid leistet sich den Luxus, es honorarfrei zu führen, weil er von seinen Büchern leben kann.

Damit ist er eine Ausnahme in dieser Zunft, deren Anfänge erst gut 20 Jahre zurückliegen. Ihr Pionier ist der Philosoph Gerd Achenbach, der 1981 in Bergisch-Gladbach die erste philosophische Praxis Deutschlands gründete. Sein Lehrer, der Gießener Emeritus Odo Marquard, widmet sich als Autor auch erwähnten Lebensfragen, fühlt sich jedoch vor allem der akademischen Auseinandersetzung mit der Philosophiegeschichte verpflichtet. Schmid hält sich an das moderne Individuum, das auf der Suche ist, leise verzweifelt und dennoch von der Philosophie das erhofft, was sie in ihren Anfängen einmal war: ein produktives Nachdenken über das Leben und die Kunst, es gelingen zu lassen.

Die Verwechslung heutiger Philosophie mit dieser ursprünglichen, von ihr in der Regel missachteten Bedeutung verhilft den Universitäten stetig zu hohen Immatrikulationsraten in diesem Fach. Zum Studienabschluss hin schrumpft die Zahl der Interessenten dann auf ein Zehntel oder weniger zusammen – und wer sich durch die Leibnizsche Monadenlehre, die Kategorientafel Kants, die Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas und schließlich die erlesenen Rätsel der Dekonstruktion Jacques Derridas hindurchgewurstelt hat, findet selten den Weg zu seinen ersten Impulsen zurück. Der erfolgreiche Akademiker hat sich dem ergeben, was Philosophie – wie jede Wissenschaft – auch ist: eine selbstbezügliche Reflexionsgeschichte, eine Mitschrift der laufenden Irrtümer und, wenn es gut geht, eine Einübung in die gelehrte Skepsis. Es wäre ihm ein bisschen peinlich, die Philosophie zur Lebenskunst zu nutzen. Man schämt sich ja auch nicht wenig, wenn man seine ersten Liebesbriefe liest.

Wie kann ein modernes Leben gelingen, das allen Traditionen misstraut und auch die Religion für überwunden hält?

Natürlich gibt es weiße Elefanten auch in der modernen Philosophiegeschichte – doch erfreuen sie eher das Publikum als die Zoologen. In den achtziger Jahren gab der Journalist Mathias Greffrath eine Auswahl von Michel de Montaignes „Versuchen“ mit so lebendigen wie geistesgegenwärtigen Kommentaren heraus und beflügelte zumal in der linken Szene das Interesse an dem Ratsherrn des 16. Jahrhunderts, der sich an seinem 38. Geburtstag in seinen Turm bei Bordeaux zurückzieht, die Alten liest (Aristoteles, Plutarch, Cicero, Seneca) und versucht, sich selbst – und was er denkt – zu verstehen.

Ob Montaigne über die Schüchternheit spricht oder den Zorn, die Religion oder die guten Sitten – immer gibt es die Überraschungen der Erfahrung und des Vergleichs, und die Verwirrung macht misstrauisch und schlau, „weil jeder das Barbarei nennt, was bei ihm nicht gebräuchlich ist“, und weil wir am Ende nicht wissen, ob es vielleicht die Katze ist, die mit uns spielt, um uns eine Freude zu machen. Oder es braucht Autoren wie Seneca, Epiktet, Epikur und Aristoteles: Systematiker des Gemüts und der Leidenschaften, aufmerksame Beobachter der menschlichen Natur.

Eher von diesen hat Schmid gelernt. Seine Lebenserfahrung ist Material seiner Bücher, insofern sie unpersönlich ist: Wie

E. LESSING/ AKG

Turm Montaigne bei Bordeaux, Montaigne
Zorn und Schüchternheit zärtlich seziert

alle ist er mit Tod und Hinfälligkeit konfrontiert, mit den Versuchungen der Leidenschaften, dem Kontrollbedürfnis des Ich, den Beleidigungen oder der Gnade des Zufalls. Zu seiner enzyklopädischen Betrachtung der modernen Existenz gehören aber auch der Rausch des Konsums wie der Tabletten, die Verheißungen der Medizin und die Schrecken der ökologischen Verwahrlosung, die Unerbittlichkeit privater Glückssuche wie die politische Ernüchterung nach den erschöpften Utopien.

RUE DES ARCHIVES / GRANGER COLLECTION

Schmid meidet den hohen Ton und scheut vor trivialen Details nicht zurück – so behandelt seine „Philosophie der Lebenskunst“ (Suhrkamp Verlag) neben der „Technik des Umgangs mit Affekten“ und der „Widerspruchsstruktur der Freiheit“ auch die Abfallvermeidung und das Wasserstoffauto. Diese Hingabe an die Alltagsphänomene und sein immer klarer, meist nüchterner Stil der Argumentation sorgen – neben einer ausgedehnten Reise- und Vortragstätigkeit, Seminaren mit Lehrern, Psychologen und Unternehmern – für ein dankbar wachsendes Publikum: Die Auflage seiner Bücher nähert sich den Hunderttausend; im August soll, über die Lebenskunst im Umgang mit sich selbst, eine Anleitung zum „Mit sich selbst befreundet sein“ erscheinen.

Das Verhältnis der akademischen Philosophie zu Schmid und seinen eher unauffällig wirkenden Kollegen ist nicht durchweg freundlich zu nennen. Wie in jeder Gruppe wirken die internen Status- und Machtmechanismen stärker als Ansprüche von außen, und wie jedes System im Wohlstand reagieren dessen Träger unwirsch auf laienhafte Einwände. Mit Schmid haben sie allerdings einen Agent provocateur in den eigenen Reihen, den sie umso weniger abweisen können, als es ihm nicht um Vernichtung, sondern um Ergänzung der Universitätsphilosophie zu tun ist. Er hält sich nicht mit der Frage auf, ob beispielsweise die streng analytische Philosophie – jenseits der Tatsache, dass alles unblutige Tun seinen Lohn in sich haben darf – einen Zuwachs wenigstens des produktiven Zweifels erbringt; er polemisiert keineswegs gegen Abhandlungen zur „differance“, die vielleicht nicht einmal deren Autoren verstehen. Er geht wie seine Vorbilder mit dem, was er denkt, auf den Markt.

Wahrhaftig nicht alles davon ist neu. Doch auch nackte Frauen werden immer wieder gemalt, die Liebeslyrik hat wenig neue Themen, und die Probleme der Sterblichkeit, der Selbstregulierung und der Gewohnheit jucken noch immer die menschliche Haut. Auch Wilhelm Schmid wird sie nicht lösen – indes trägt seine Arbeit, im weiten Raum zwischen dem baldriandurchtränkten Kalender-Ratgeber und der unheilbaren Verzweiflung Kierkegaards, zu deren bewusster Behandlung bei. Nicht wenige von ihnen, so sagte es Ludwig Wittgenstein, verschwinden im Übrigen von selbst.

Elke Schmitter

KINO

Die Passion der Beatrix

Im zweiten Teil seines Rachemärchens „Kill Bill“ überrascht Quentin Tarantino durch den Verzicht auf neue Gewaltexzesse – und entwirft eine kalte, einsame Kunstwelt, in der alles Kino ist.

Lebendig begraben zu sein gehört zu den zeitlosen Hits in der Parade der schrecklichsten Dinge, die sich der Mensch vorzustellen vermag: Eingezwängt in eine Sargkiste muss die wehrlose Kreatur dabei zuhören, wie ein paar letzte Nägel eingeschlagen werden und schaufelweise Erdreich auf den Holzdeckel klatscht – und wenn dann die Stille nach der Totengräberarbeit einsetzt, hilft kein Schreien und kein Toben mehr.

Uma Thurman ist eine besonders ansehnliche lebende Sarginsassin in Quentin Tarantinos Film „Kill Bill 2“. Und damit der Kinozuschauer ihre Not und Bedrängnis auch bezeugen kann, hat sie eine kleine Taschenlampe dabei in ihrem Holzgehäuse zwei Meter unter der Erde.

Thurman, die hier eine Frau namens Beatrix spielt, schreit ganz fürchterlich, als die Männer fort sind, die ihr Grab zugeschaufelt haben. Und doch dürfte kaum jemand auch nur einen Augenblick daran zweifeln, dass es die Heldin wirklich wieder heraus schaffen wird aus der Gruft: Zu slapstickhaft ist all das inszeniert – Beatrix’ augenkullerndes Angstbibbern, das höhnische Grinsen ihrer Gegner, das Einschlagen der Sargnägel.

Prompt befreit sich die Heldin mit einem asiatischen Kampfkunstkniff aus Sarg und Erdloch und spaziert mit Schlammschmiere im Gesicht spätnachts in den nächstgelegenen Coffeeshop, wo sie mit vollendeter Grazie um ein Glas Wasser bittet.

„Kill Bill 2“, der jetzt, ein halbes Jahr nach dem ersten Teil, in die Kinos kommt, erzählt elegant das Rachemärchen zu Ende, das Tarantino um seine Heldin gestrickt hat: Eine Frau sieht blutrot.

In gestochen schönen Schwarzweißbildern wird zu Beginn die Vorgeschichte rekapituliert: Beatrix, ehemals die coolste Killerin in einem von ihrem Liebhaber Bill befehligten Auftragsmörder-Quintett, war schwanger geworden und hatte sich für die Flucht in ein neues Leben entschieden. Doch Bill und seine Kumpane spürten sie auf – in einer texanischen Hochzeitskapelle, wo sie einen braven Langweiler heiraten wollte – und richteten ein Blutbad an, das nur Beatrix überlebte.

„Kill Bill“ erzählt davon, wie Beatrix vier Jahre später aus dem Koma aufwacht und sofort damit beginnt, ihren toten Bräutigam und das Kind, das sie einst in ihrem Bauch trug, zu rächen: Jeden ihrer früheren Mitkämpfer nimmt sie sich nacheinander und mit seiner jeweiligen Sippe vor, bis sie am Ende bei Bill anlangen wird.

ANDREW COOPER / MIRAMAX FILMS

„Kill Bill 2“-Darsteller Thurman, Gordon Liu: *Endlich auch Gefühle zeigen?*

JIM RUYMEN / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Regisseur Tarantino
Unfassbares Getöse

Der Regisseur Tarantino, 41, hat mit den Filmen „Reservoir Dogs“ (1992) und „Pulp Fiction“ (1994) das klassische amerikanische Popcorn-Gewaltkino revolutioniert, indem er es auffrisierte wie ein begnadeter Mechaniker einen öden Serienwagen. Mit unverschämtem Dialogwitz, mit fröhlich dudelnden Retropop-Melodien und mit einer hemmungslosen Blut-und-Baller-Begeisterung, die man bis dahin nur aus der bizarren Welt der Splatter-Comics kannte, sorgte er für neuen Schwung und unfassbares Getöse.

Diesen Erfolg haben viele Kritiker Tarantino nicht verziehen. Deshalb bescheinigten sie schon der nostalgischen Gaunerkomödie „Jackie Brown“ (1997), der Meister habe leider seinen Touch verloren, und winkten zuletzt auch bei „Kill Bill 1“ ab: Zu viel Stilwillen, zu wenig Story und zu wenig Witz, hieß die Diagnose – und über die Gewalt wollen wir lieber gar nicht reden.

„Kill Bill“, ursprünglich als ein einziges Werk geplant, sei ein Kampfkunstfilm, der dem so genannten Martial-Arts-Kino huldige, dazu gehöre nun mal Gewalt, rechtfertigte sich Tarantino zum Start von Teil eins im SPIEGEL-Gespräch (42/2003).

In der Tat murkste Uma Thurmans Heldin, die es in ihrem gelben Bruce-Lee-Anzug rachehalber nach Tokio verschlagen hatte, in „Kill Bill 1“ mit dem Samuraischwert fast hundert Widersacher ab, ließ Köpfe rollen und Blutfontänen spritzen. Das kostete viel Schauspielkunst und große technische Mühen, wirkte auf der Leinwand aber einigermaßen läppisch.

In „Kill Bill 2“ überrascht Tarantino nun durch den fast vollständigen Verzicht auf weitere Gewaltexzesse. Aus dem Fernen Osten heimgekehrt auf amerikanischen Mutterboden, geht Thurmans Beatrix zum Nahkampf über – und scheint endlich auch Gefühle zu zeigen.

Dabei hilft es, dass zu Beginn des zweiten Teils ihr großer Gegenspieler endlich ein Gesicht bekommt: David Carradines Bill ist ein melancholischer Oberschurke

und öliger Sugardaddy, dessen Erzähl-mir-nichts-Baby-Lächeln verkündet, dass es in seiner Welt nur einen Gewinner geben kann. Von Bills fiesestem Schachzug erfährt Beatrix erst spät: Er hat das Mädchen großgezogen, das sie am Tag des Hochzeitskapellenmassakers in ihrem Bauch trug und im Koma zur Welt brachte.

Die einzige (und durchaus imposante) Leidenschaft, die dem ersten Teil des Films Leben einhauchte, war die Leidenschaft seines Machers fürs Kino: weil er in jedem Kapitel und jeder Szene seine Liebe kundtat für einen bestimmten anderen Film oder ein ganzes Kunstgenre; vom Spaghetti-Western über Truffauts „Die Braut trug schwarz“ bis zu den Manga-Comics, an denen sich Japans Kinder begeistern. In „Kill Bill 2“ wird nun die Passion der Beatrix beschworen: ihr Kampf um die eigene Freiheit und ihr Kampf ums eigene Kind.

Nur leider fehlt dieser Passion jede Leidenschaft. Thurmans Beatrix schwitzt und ficht, schreit und ballert nach Kräften – und scheint doch immer stolz auf die Lässigkeit, mit der sie eine Schrotladung oder einen Fausthieb wegsteckt, als handle es sich um lästiges Herbstlaub, das ihr ins Gesicht weht. Ganz und gar künstlich ist Thurmans Showdown mit Daryl Hannah, die eine einäugige Monsteramazone spielt: Die Piratin mit Augenklappe und die heilige Beatrix erinnern plötzlich an zähnefletschende Catcherinnen im Ring – und also an richtig schlimmes Schmierentheater.

„Pulp Fiction“ war einst beides: ein supercooles Spiel mit den Regeln des Gangsterkinos und ein effektsicherer Schocker, gerade weil er diese Regeln verletzte. Die fast körperlich spürbare Schreckensmacht des Films entstand dadurch, dass es nichts mehr gab, worauf sich der Zuschauer verlassen konnte; dass jede Waffe in jedem Augenblick gegen beinah jedermann gerichtet werden konnte; dass Freund und Feind in jeder Sekunde wechseln konnten; dass die böse Überraschung das oberste Stilprinzip der Story war.

In „Kill Bill“ gibt es viele schöne, prachtvoll verpackte Geschenke, aber keine Überraschungen. Die Geschichte vom Rachefeldzug der Braut wird Kapitel für Kapitel zelebriert; in maximaler ästhetischer Brillanz und fast immer rasant.

Doch bei all dem geht es um nichts – und Tarantino meint das nicht mal als Provokation. Er fordert die Zuschauer auf, sich mit der schieren Selbstbezüglichkeit seiner Kinowelt zu begnügen. Er tut es mit der Freundlichkeit eines Weltraumforschers, der einem frommen Christen tröstend den Arm tätschelt, während er ihm eröffnet, dass es leider keinen Platz für den lieben Gott gebe: Sorry, es existiert nichts da draußen.

Die Welt ist alles, was Kino ist – und sonst gar nichts: Es ist diese Behauptung, die „Kill Bill“ zu einem wahren Horrorfilm macht.

Wolfgang Höbel

ZAHNHYGIENE

„Zähneputzen wird überbewertet“

Peter Sawicki, 47, Leiter des Instituts für evidenzbasierte Medizin in Köln, über den Nutzen der Mundhygiene

SPIEGEL: Ab 2005 müssen gesetzlich Krankenversicherte ihren Zahnersatz aus eigener Tasche bezahlen oder sich zusätzlich absichern. Am Zahnverlust, so die Begründung der Gesundheitspolitiker, sei der Patient letztendlich selbst schuld. Ist das wirklich so?
Sawicki: Nein, sehr oft eben gerade nicht. Wir haben an unserem Institut systematisch ausgewertet, was Wissenschaftler über schlechte Zähne veröffentlicht haben, und das Ergebnis hat mich selbst überrascht: Es gibt viele Menschen, die ihre Zähne sehr gut pflegen und sie trotzdem verlieren. Durch das Putzen können sie den Verlust allenfalls hinausschieben. Andererseits gibt es auch Menschen, die vor Zahnverlust geschützt zu sein scheinen.
SPIEGEL: Woran liegt das?
Sawicki: Die Entstehung von Karies und Parodontose, beides wichtige Ursachen für Zahnverlust, ist auch stark von genetischen Faktoren abhängig. Das haben zum Beispiel Zwillingsstudien gezeigt. Offenbar spielt die erblich bedingte Funktion des Immunsystems dabei eine wichtige Rolle und vielleicht auch die Zusammensetzung des Speichels. Es sind sogar schon regelrechte Schlechte-Zähne-Gene identifiziert worden. Außerdem können auch chronische Krankheiten zum Zahnverlust führen: zum Beispiel Diabetes, rheumatoide Arthritis, Osteoporose oder das Sjögren-Syndrom, bei dem besonders wenig Speichel gebildet wird.

MATTHIAS JUNG / LAIF

Sawicki

SPIEGEL: Wenn das so ist – wozu soll man sich dann überhaupt noch die Zähne putzen?
Sawicki: Wenn man das nicht tut, verliert man die Zähne beispielsweise schon mit 40 und nicht erst mit 60. Nicht umsonst hat eine konsequentere Zahnhygiene zusammen mit einer besseren Ernährung dazu geführt, dass die Zähne in den letzten Generationen immer besser geworden sind. Zähne putzen ist also auf keinen Fall sinnlos – nur überbewertet. Aber dass Politiker den Versicherten die Schuld daran geben, wenn sie ihre Zähne verlieren, ist wissenschaftlich nicht zu begründen.

JEFF BROOKS

Lämmer am Imperial College London

PHYSIOLOGIE

Angeborene Zentralheizung

Neugeborene Lämmer und neugeborene Menschen haben etwas gemein: Wie alle Säugetiere besitzen sie eine Art „Zentralheizung“ – das so genannte braune Fettgewebe. Wenn es kalt wird, produziert dieses Gewebe aus gespeicherter Nahrungsenergie Wärme; das weiße Fettgewebe der Erwachsenen hingegen kann dies nicht mehr. Jetzt hat Michael Lomax vom Imperial College London mit Kollegen herausgefunden, welche Moleküle dafür verantwortlich sind, dass schon wenige Wochen nach der Geburt bei Lämmern wie Menschen das braune Fettgewebe fast komplett in weißes umgewandelt wird – Wissen, das möglicherweise der Schlüssel zur Lösung ganz unterschiedlicher Probleme ist: Weil sie ihr braunes Fettgewebe bereits verloren haben, ihnen die angeborene Zentralheizung also fehlt, erfrieren weltweit jedes Jahr zwei bis drei Millionen Lämmer; Substanzen, mit denen sich die Umwandlung des Fetts verzögern ließe, könnten einige der Tiere retten; erste Stoffe befinden sich bereits in der Erprobung. Falls sich dann auch beim Menschen die Fett-Umwandlung teilweise rückgängig machen ließe, würde dies Abnehmen ohne Anstrengung bedeuten – Fett würde bei Kälte einfach „verbrannt“.

KEN BROOKS

Lomax mit Lamm

UMWELT

Algen gegen DDT

Eine billige und einfache Methode, das giftige Insektenvernichtungsmittel DDT zu beseitigen, hat der britische Biologe Ian Singleton gemeinsam mit australischen Kollegen entwickelt. Singleton setzte DDT-verseuchter Erde Meeresalgen in Pulverform zu. Nach sechs Wochen waren, wenn das Mischungsverhältnis stimmte, 80 Prozent des Umweltgiftes verschwunden. Offenbar beschleunigt das in den Algen enthaltene Natrium den Abbau des DDTs durch in der Erde lebende Bakterien drastisch; da diese Bakterien allerdings nur bei Luftabschluss arbeiten, ist es nötig, das Algen-Erde-Gemisch unter Wasser zu setzen. Trotzdem, sagt er, ließe sich die Methode auch in großem Stil anwenden: „Man muss einfach das Algenpulver unter ein verseuchtes Feld pflügen und das Ganze unter Wasser setzen.“ DDT ist in Industrienationen zwar verboten, doch in Entwicklungsländern wird es noch immer gegen Malaria-Mücken eingesetzt; ganze Landstriche sind verseucht, da DDT unter normalen Umständen kaum abgebaut wird.

ECKART POTT / OKAPIA

Meeresalge

WAHRNEHMUNG

Schön vertraut

WINFRIED ROTHERMEL / AP

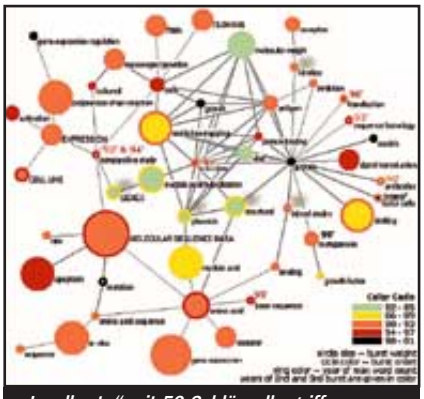
Miss-Germany-Wahlen 2004

Zum Schönsein eines Menschen gehört mehr, als für eine fremde Person auf den ersten Blick zu erkennen ist, und auch weit mehr als ein symmetrisches Gesicht oder das richtige Taille-Hüfte-Verhältnis. Zu diesem Ergebnis kommen drei Studien des Evolutionsbiologen David Sloan Wilson von der Binghamton University im Bundesstaat New York. In der ersten Untersuchung sollten alte Klassenfotos beurteilt werden: Die mit der Klasse nicht vertrauten Testpersonen waren sich dabei in ihrem Urteil relativ einig, sie folgten allein den körperlichen Kriterien; kannte die Versuchsperson jedoch die Abgebildeten, so war sie oft ganz anderer Meinung – sie empfand jene Menschen als deutlich schöner, die sie als besonders sympathisch in Erinnerung hatte; die Ekelpakete hingegen fand sie eher hässlich. Bei der Beurteilung der Schönheit von Mitgliedern einer College-Sportmannschaft fanden sich ähnliche Diskrepanzen; und auch bei einer Studentengruppe, die sechs Wochen lang gemeinsam eine archäologische Ausgrabung durchführte, veränderte sich die gegenseitige Einschätzung der Schönheit während dieser Zeit beträchtlich. Dass offenbar nicht nur körperliche Merkmale unsere Auffassung von Schönheit bestimmen, ist für Wilson dabei im Sinne der Evolution durchaus sinnvoll. Auch Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Mut, Fleiß oder Intelligenz seien schließlich für die richtige Partnerwahl von entscheidender Bedeutung.

FORSCHUNG

Atlas der Wissenschaften

Alle fünf Jahre, schätzen Forscher, verdoppelt sich das Wissen – kaum möglich, sich da in den zahllosen Veröffentlichungen zu Genen, Molekülen, Elementarteilchen oder Hirnregionen einen Überblick zu verschaffen. Deshalb haben Experten verschiedener Universitäten jetzt damit begonnen, Karten der Wissenschaftslandschaft zu entwerfen; ihre Ergebnisse publizierten sie in der Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“ (PNAS). Ähnlich den Darstellungen in einem geografischen Atlas, versuchten sie Zusammenhänge zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und Unterdisziplinen, die Bildung von Interessenschwerpunkten oder zeitliche Veränderungen der Forschungslandschaft auf den ersten Blick sichtbar zu machen, und teilweise sogar quantitativ zu erfassen. Nutzer dieser Karten könnten neben Wissenschaftlern selbst vor allem Studenten sein, aber auch Unternehmen, die sich wissenschaftlich engagieren.



„Landkarte“ mit 50 Schlüsselbegriffen aus Artikeln der PNAS. Häufiger vorkommende Begriffe haben größere Kreise, die Farben zeigen an, wann die Begriffe auftauchten.

SPORT

Maske für Jogger

Werden demnächst Fahrradkuriere mit einem orangefarbenen Schnorchel im Mund durch den Großstadtverkehr hetzen? Die Sportphysiologin Allison McConnell von der Brunel University in Uxbridge hat gemeinsam mit dem britischen Designer Johannes Paul eine neuartige Atemmaske entwickelt, die besonders für Sportler geeignet sein soll. Anders als die bisher verfügbaren Modelle muss „Purebreathe“ nicht mehr über das halbe Gesicht gezogen werden, sondern besteht lediglich aus einem Mundstück, in das ein Filter gegen Staub, Blei, Stick- und Schwefeloxide, sowie Pollen und andere schädliche Substanzen der Großstadtluft eingesetzt werden kann. Dadurch, sagen die Erfinder, falle das lästige Schwitzen unter der Atemmaske weg; zudem könne die Maske nicht mehr feucht werden, so dass das Atmen durch sie besonders leicht falle. Je nachdem, welche Substanzen herausgefiltert werden sollen, kann der Filter gewechselt werden. Purebreathe könnte also auf Pollen allergisch reagierenden Asthmatikern ebenso helfen wie den Sportlern bei den Olympischen Spielen im smoggeplagten Athen.

SALLY TRUSSLER

„Purebreathe“-Erfinderin McConnell

MEDIZIN

Die neue Rassendebatte

Genmediziner suchen systematisch nach Unterschieden im Erbgut verschiedener Ethnien. Ihr Ziel: Arzneien und Therapien, die für Patienten bestimmter Hautfarbe maßgeschneidert sind. Kritiker befürchten einen neuen Rassismus unter dem Deckmantel der Biologie.

Abdallah Daar operiert am liebsten an den Grenzen der Medizin. Einem Frühchen, das nach 34 Schwangerschaftswochen für tot erklärt wurde, entnahm der Arzt die Nieren und pflanzte sie einem Baby ein – Weltrekord. Nie zuvor gab es einen winzigeren Organspender.

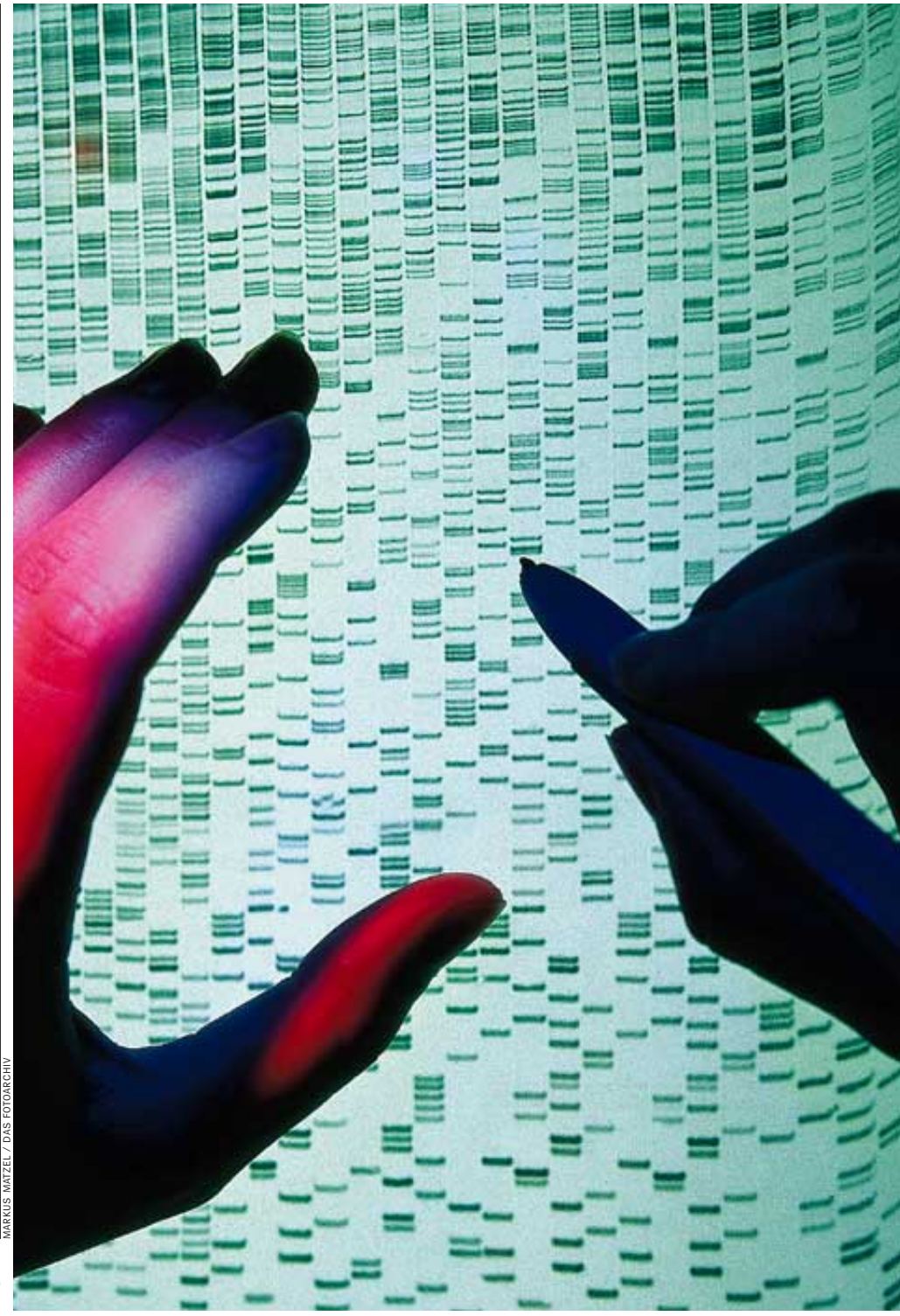
Aber auch als Denker eilt Daar, 54, der an der University of Toronto Professor für Chirurgie ist und zugleich die Abteilung für Angewandte Ethik leitet, gern voraus: Schon vor zehn Jahren plädierte er dafür, Organspender zu bezahlen – mit solchen Ideen trauen sich deutsche Transplanteure erst seit kurzem an die Öffentlichkeit.

Vorletzte Woche hat Daar auf einem Fachkongress in Berlin wieder einmal ein Fass aufgemacht. Vor der Elite der Genforschung forderte der Tausendsassa, inzwischen auch noch Ethikberater der Humangenom-Organisation, ganz unverblümt: „Wir sollten das Konzept der Rasse wieder in Wissenschaft und Medizin einführen."

Mit seinem Aufruf befeuert der Visionär eine Debatte, die seit kurzem unter Genmedizinern schwelt. Denn immer offener reden Ärzte in letzter Zeit von der Möglichkeit, Patienten je nach Hautfarbe unterschiedlich zu behandeln. Bei klinischen Versuchen sei es angebracht, Menschen in verschiedene Gruppen zu sortieren: gemäß ihrer ethnischen Abkunft.

Die Howard University in Washington – sie wurde einst für schwarze Studenten gegründet – will zum Behufe der Medizinforschung in den nächsten vier Jahren DNA-Proben von 25 000 Menschen sammeln – aber nur von Schwarzen. „Genomforschung in der afrikanischen Diaspora" lautet das Programm.

Schon ist die nächste Erbgutkarte der Menschheit in Arbeit – diesmal aber geht es nicht um die Gemeinsamkeiten, sondern um die Unterschiede zwischen den Menschen: Im so genannten Hapmap-Projekt sucht ein internationaler Forscherbund, ausgestattet mit 110 Millionen Dollar Forschungsgeld, systematisch nach Differenzen zwischen Nigerianern, Japanern, Chinesen und US-Amerikanern. Auch hier hofft man auf die Entdeckung neuartiger Therapien.



MARKUS MATZEL / DAS FOTOARCHIV

Vergleich menschlichen Erbguts
„So etwas nennt man gute Medizin"

PETERS / MEDIACOLORS

Brasilien

JOHN EVERINGHAM / DAS FOTOARCHIV

Thailand

A. RIEDMILLER / DAS FOTOARCHIV

Bayern

BERND SCHÖNBERGER / AGENTUR FOCUS

Griechenland

SCANPIX / DANA PRESS

Schweden

WILLIAM WEST / AFP

Australien

MÜLLER-STAUFFENBERG/JULLSTEIN BILDERDIENST

Spanien

CLAUS MEYER / DAS FOTOARCHIV

Amazonien

PAUL VAN RIEL / DAS FOTOARCHIV

Japan

ERICA LANSNER / DAS FOTOARCHIV

Palästina

Menschen verschiedener Herkunft: *Ein Pfälzer kann einem Buschmann aus Namibia ähnlicher sein als seinem pfälzischen Skatbruder*

„Gerade den Minderheiten im Westen und den Menschen in den Entwicklungsländern“, erklärt Daar, „könnten wir dank solcher Vorstöße eine Medizin bieten, die für ihre Ethnie maßgeschneidert wäre.“

Mit derlei Äußerungen zeichnet sich ein grundlegendes Umdenken ab. Zwar war nie strittig, dass Menschen verschiedener Hautfarbe unterschiedlich häufig an bestimmten Leiden erkranken. Doch als Ursachen hatte die Wissenschaft soziale Benachteiligung und Rassismus ausgemacht. Nun aber bringen Mediziner in Krankenhäusern und Forschungszentren immer unbefangener einen weiteren Faktor ins Spiel: das Erbgut der verschiedenen Ethnien.

„Es ist sehr töricht, farbenblind zu sein, zumal sich ethnische Gruppen in ihren Genen nun einmal unterscheiden“, erklärt beispielsweise Jerome Rotter vom Cedars-Sinai Medical Center in Los Angeles. Der streitbare Genetiker untersucht das Erbgut von 2700 US-Bürgern, die von Afrikanern, Mexikanern und Chinesen abstammen. Rotter rät Ärzten, schon heute das genetische Profil eines Patienten zu berücksichtigen, ehe sie ihn behandeln. „So etwas nennt man gute Medizin.“

Solche Sprüche lösen bei vielen Ärzten Entsetzen aus. Als „Pseudowissenschaft der Rasse“ geißelte beispielsweise ein Redakteur des „New England Journal of Medicine“ das Einsickern ethnischer Kategorien in die Köpfe etlicher Forscher.

Deren Befunde leisteten nur einem neuen Rassismus Vorschub: „Rasse“, eigentlich ein überkommenes soziales Konstrukt, werde plötzlich wieder zu einer biologisch bedeutsamen Trennlinie zwischen Mensch und Mensch erklärt. Rassisten könnten sich nun ganz ungeniert daran machen, nicht nur für Krankheiten, sondern auch für die Auffassungsgabe, Unzuverlässigkeit oder etwa Kriminalität ethnische Genvarianten verantwortlich zu machen.

Tatsächlich ist aus der Feder Vincent Sarichs, eines emiritierten Anthropologen der University of California in Berkeley, soeben ein Buch über die „Realität der menschlichen Unterschiede“ erschienen, in dem genau das geschieht. Der Band verquickt neueste Erkenntnisse der Genomforschung mit Halbwahrheiten und abstrusen Behauptungen. Afrikaner schwarzer Hautfarbe, steht darin, verfügten im Durchschnitt über einen Intelligenzquotienten von 70.

BPK

Kopfvermessung in Deutschland (1937)
Pseudowissenschaft der Erbbiologen

Das druckfrische Machwerk fügt sich in eine schreckliche Tradition, die einst der deutsche Anatom Johann Friedrich Blumenbach (1752 bis 1840) begründete. Er erfand den Begriff „Rasse“. Fünf davon wollte er weltweit ausgemacht haben: Mongolen, Äthiopier, Amerikaner, Malaien und Kaukasier. Sein eigenes Volk ordnete er letzterer zu, die er als „schönste Menschenrasse“ bezeichnete.

Die pseudowissenschaftliche Mixtur dieses Erbbiologen und seiner Nachfolger führte in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu der Schlussfolgerung, hoch stehende Rassen seien berechtigt, sich über minderwertige Menschen zu erheben – was in letzter Konsequenz zur Selektionsrampe von Auschwitz führte.

Das Konzept der biologischen Rasse begann jedoch zu zerbröseln, als ernst zu nehmende Forscher genauer hinschauten. Richard Lewontin, damals an der University of Chicago, untersuchte im Jahr 1972 Blutproteine von Menschen aus der ganzen Welt. Mit dem Ergebnis hatte er keineswegs gerechnet: Die meisten genetischen Unterschiede – etwa 85 Prozent – gibt es zwischen Menschen, die ein und derselben ethnischen Gruppe angehören.

Weitere acht Prozent der Unterschiede treten zwischen Populationen derselben „Rasse“ auf: etwa zwischen Schweden und Spaniern. Und nur die verbleibenden sieben Prozent der Differenzen lassen sich auf die Zugehörigkeit zu einer der großen Ethnien zurückführen. Das bedeutet: Ein Pfälzer kann sich genetisch gesehen von seinem pfälzischen Skatbruder

stärker unterscheiden als von einem Buschmann in der Namibwüste.

Die Einteilung der Menschheit in Rassen sei deshalb nicht haltbar, erklärte der Genetiker und Autor Luigi Cavalli-Sforza bereits vor einem Jahrzehnt. Die äußeren Unterschiede zwischen Finnen, Pygmäen, Laoten und Aborigines seien lediglich Anpassungen an klimatische Bedingungen, ohne tiefere Entsprechung in den Genen. Menschliche Rassen, da zeigten sich die Wissenschaftler seither einig, gibt es aus Sicht der Biologie nicht.

PHILL SNEL

Bioethiker Daar
Medizin für Minderheiten

Doch genau dieser politisch korrekte Konsens wird nun in Frage gestellt – wiederum von Genetikern. Die Gruppe um Marcus Feldman von der Stanford University in Kalifornien beispielsweise untersuchte das Erbgut von 1056 Menschen aus 52 Populationen, darunter Beduinen, Pygmäen, Sarden, Drusen, Melanesier, Pima-Indianer und Franzosen.

Die Forscher stießen auf 400 Abschnitte (Marker); anhand dieser Muster konnten sie das Erbgut der Menschen in fünf Gruppen einteilen. Und die entsprachen genau den großen Erdzonen: Afrika, Europa, Asien, Melanesien und Amerika.

„Wenn man nur die richtigen Abschnitte im Genom anschaut, dann kann man schon herausbekommen, zu welcher Ethnie eine Person gehört“, sagt auch Lutz Roewer, 42, vom Institut für Rechtsmedizin der Berliner Charité. Als einer der ganz wenigen deutschen Forscher macht der Genetiker mit bei der heiklen Suche nach ethnischen Erbgut-Unterschieden – und hat Pionierarbeit geleistet.

Bereits vor Jahren war Roewer auf dem männlichen Y-Chromosom auf ein bestimmtes Muster gestoßen, mit dem sich Männer gleicher Hautfarbe klassifizieren lassen. In Zusammenarbeit mit 86 Instituten hat er seither die Muster von knapp 23 000 Männern aus 200 europäischen Populationen untersucht und die Ergebnisse zu einer einzigartigen genetischen Karte zusammengefügt: Sie offenbart nicht nur die regionalen Eigenheiten, die sich seit der Eiszeit vor 12 000 Jahren herausgebildet haben. Auch zehn jüngere ethnische Varianten, die Abbild der europäischen Siedlungsgeschichte seit der Römerzeit sind, glaubt Roewer unterscheiden zu können (sieht Karte).

Umgekehrt verraten die Gene, von welcher Gruppe ein Individuum abstammt. Und weil die Forscher um Roewer auch Tausende von Proben aus Asien, Nord- und Lateinamerika, Afrika und Ozeanien in ihre Datenbank einspeisten, kann man über den ethnischen Hintergrund fast eines jeden Mannes Nachforschungen anstellen.

Deshalb nutzen Polizisten die Datenbank, um zu erfahren, aus was für einer Bevölkerungsgruppe ein Täter stammt. Dazu müssen sie nur die entsprechenden Muster auf dem Y-Chromosom von Gewebespuren am Tatort sequenzieren und die Ergebnisse in die öffentlich zugängliche Datenbank (www.ystr.org) eintippen. In Sekundenschnelle erscheint eine Weltkarte. Rote Punkte auf ihr verraten, wo und in welcher Häufigkeit das jeweilige Genmuster vorkommt. Private Ahnenforschungsfirmen wie die US-Firma Gene Tree zapfen den Service der Berliner ebenfalls an – um die Herkunft ihrer Kunden zu ergründen.

Entstanden sind die DNA-Muster durch die Evolution. Sobald Menschengruppen sich geografisch getrennt voneinander fortpflanzen, unterliegen sie unterschiedlichen Selektionsdrücken. Menschen zum Beispiel, die aus Afrika und dem Mittelmeerraum stammen, haben vergleichsweise häufig sichelförmige rote Blutkörperchen. Das schützte ihre Vorfahren gegen die im Süden verbreitete Malaria, kann aber auch zu einer schweren Form von Blutarmut („Sichelzellenanämie“) führen.

Doch nur selten sind die Zusammenhänge so offenkundig. Warum beispielsweise erkranken Schwarze häufiger an Brust- und Prostatakrebs als Weiße? Das weiß noch kein Evolutionsbiologe. Die US-Firma Genaissance stieß ebenfalls auf Unterschiede rätselhaften Ursprungs: 30 bis 40 Prozent aller Asiaten haben ein mutiertes Leberenzym und können Arzneimittel nicht so gut abbauen. Der Befund ist von großer pharmakologischer Bedeutung, denn er erklärt, warum asiatische Patienten häufig mit deutlich geringeren Dosen an Herz-, Schmerz- und Psychopillen auskommen als andere Menschen.

Bei klinischen Studien wurden solche Besonderheiten bisher kaum berücksichtigt: In aller Regel haben 80 Prozent der Testpersonen eine weiße Hautfarbe, ethnische Aspekte fließen in das Auswerten der Daten gemeinhin nicht ein.

Umso gespannter verfolgen Mediziner gegenwärtig jene turbulente Geschichte, an deren Ende die erste „Ethno-Arznei“ der Welt stehen könnte: Afroamerikaner sterben häufiger den Herztod als ihre hellhäutigen Mitbürger – möglicherweise weil es ihnen an der körpereigenen Substanz Stickstoffmonoxid fehlt. Diesen vermeintlichen Mangel will die US-Firma NitroMed durch eine neuartige Arznei beheben. Bei Weißen bewirkt sie nichts, aber Schwarzen könnte sie helfen.

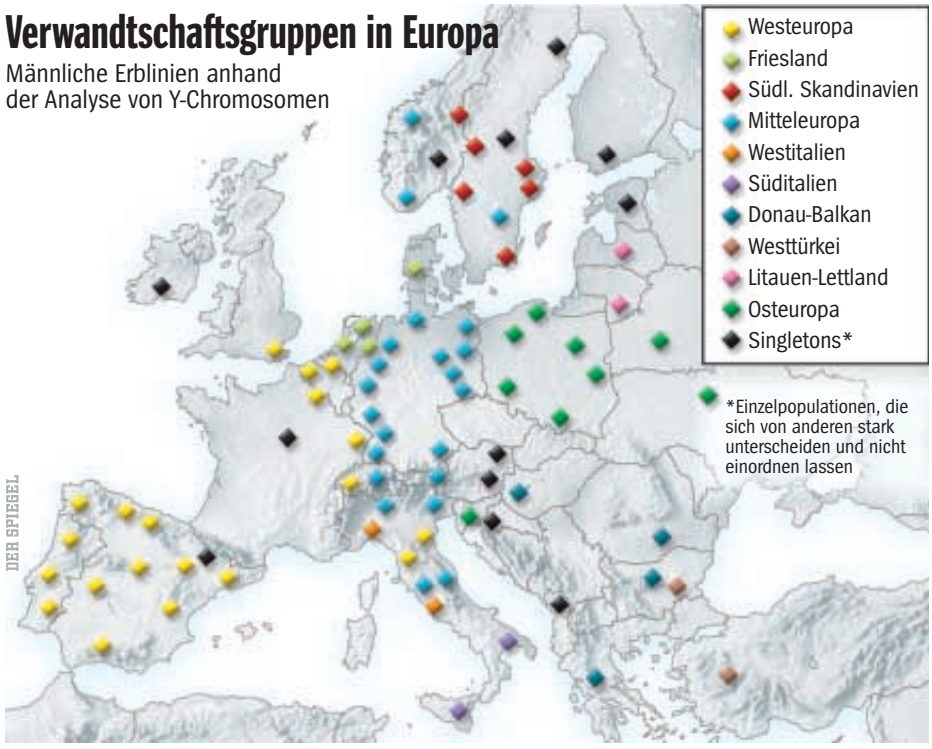
Die US-Arzneimittelbehörde FDA sprach dem Unternehmen deshalb erstmals eine Genehmigung aus, ein Mittel ausschließlich an schwarzen Patienten zu erproben – was sofort zum Eklat führte. „Es ist verstörend, mitansehen zu müssen, dass ehrenhafte Wissenschaftler und Ärzte Dinge in Kategorien der Rasse sortieren“, wetterte der US-Genetiker Craig Venter.

Die Betroffenen freilich sehen das anders. Die Vereinigung der schwarzen Kardiologen, ein Bund aus 500 afroamerikanischen Herzspezialisten, unterstützt die gegenwärtig laufende Studie nach Kräften. „Im Namen der Wissenschaft“, erklärt der schwarze Arzt Waine Kong, „machen wir da mit.“

JÖRG BLECH

Verwandtschaftsgruppen in Europa

Männliche Erblinien anhand der Analyse von Y-Chromosomen



DER SPIEGEL

COMPUTER

Ein Chip, zwei Kulturen

Seit Jahren wird die Analogtechnik totgesagt. Zu Unrecht: Das Geschäft mit analogen Schaltkreisen floriert – so sehr, dass es nun an Entwicklern fehlt.

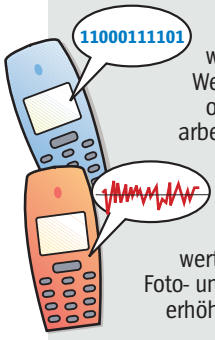
Unaufhaltsam mutet der Siegeszug des Digitalen an. Egal ob Telefon oder Fotokamera, Fernseher oder Stereoanlage: Die Nullen und Einsen erobern ein Gerät nach dem anderen. Die Analogtechnik dagegen scheint vom Aussterben bedroht.

Doch dieser Eindruck trügt. „Wenn Analogtechnik tot ist, dann erklären Sie mir mal, warum wir im letzten Geschäftsjahr über zehn Prozent Umsatzplus verzeichnet haben“, tönt Brian Halla, ein bärbeißiger Bartträger, der seit acht Jahren Chef des amerikanischen Chipherstellers National Semiconductor ist. Beharrlich versucht er, den immer wieder strauchelnden Großkonzern mit seinen rund 9000 Mitarbeitern auf Kurs zu bringen – indem er vor allem auf Analogtechnik setzt.

MARCUS KRUEGER / ACTION PRESS

Cebit-Messe 2004: *Dudeln, knipsen, blinken, funken*

Digital und Analog



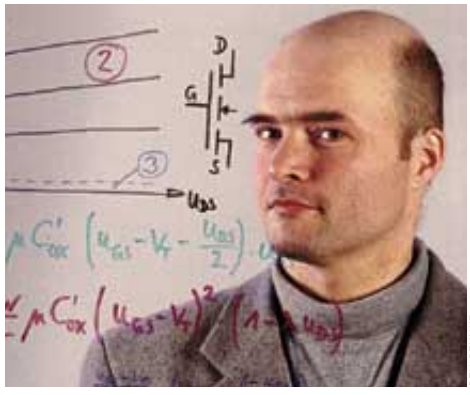
Digitale Schaltkreise verwandeln elektromagnetische Wellen in starre Werte aus null oder eins, was die Weiterverarbeitung erheblich vereinfacht.

Analoge Chips dagegen verarbeiten die volle Wellenform mit allen Zwischenwerten, was vor allem im Funk-, Foto- und Audiobereich die Qualität erhöhen und Strom sparen kann.

Denn viele Geräte, die Inbegriff der digitalen Revolution zu sein scheinen, sind in Wirklichkeit nach wie vor voll gestopft mit Analogtechnik: Digitalkameras ebenso wie Handys und Computer. Je nach Berechnungsgrundlage und Branche liegt der Analoganteil bei 15 bis 50 Prozent aller Chips.

In vielen Fällen erweist es sich als vorteilhaft, auf die aufwendige Umrechnung von Signalen in eine digitale Abfolge von Nullen und Einsen zu verzichten. Stattdessen verarbeiten analoge integrierte Schaltkreise ein Signal direkt – oft geht das schneller und drosselt zudem den Stromverbrauch um bis zu 90 Prozent.

„Why analog is cool again“, titelte selbst „Wired“, eigentlich das Zentralorgan der Digitalisierungsfetischisten. Denn Vernetzung, Mobilität und Spaßfaktor werden immer wichtiger – die Geräte dudeln, knipsen, blinken und funken. Und gerade davon profitiert die Analogbranche. Grob gesagt gilt die Faustregel: Wo immer elektromagnetische Wellen verarbeitet werden, sind auch Analogchips im Einsatz.



BEN BEHNKE

Ingenieur Popp: *„Nadelöhr des Chipentwurfs“*

„Wir setzen auf so genannte Mixed-Signal-Prozessoren, also die Verschmelzung von digitalen und analogen Schaltkreisen“, erklärt Halla. „Der zentrale Prozessor, das Gehirn sozusagen, bleibt natürlich weiterhin digital. Aber die Peripherie, also gleichsam der Körper der Geräte, wo Daten mit der Außenwelt ausgetauscht werden, sollte analog sein. Denn die reale Welt ist und bleibt nun einmal analog.“

Der vielleicht beste Fotosensor der Welt zum Beispiel, der Foveon X3, nutzt Analogtechnik, mit deren Hilfe ein viel breiteres Spektrum von Farben gemessen werden kann als mit digitaler – was die Bildschärfe deutlich erhöht.

Doch das überraschende Florieren der voreilig totgesagten Technik bringt ein neues Problem mit sich: Der Analogbranche fehlt der Nachwuchs – gerade in Deutschland.

„Die Unis bilden falsch aus“, warnt Professor Stefan Heinen, 41, der vor zwei Jahren an die RWTH in Aachen auf den Lehrstuhl für Integrierte Analogschaltungen berufen wurde: „Viele einschlägige Lehrstühle werden einfach nicht mehr neu besetzt.“ Derzeit, so Heinen, promovierten lediglich zwei Dutzend Ingenieure in Deutschland zu Themen der analogen Schaltkreise. „In Asien und Amerika haben die das analoge Chipdesign längst als Schlüsseltechnik erkannt, aber hier zu Lande hat sich das noch nicht herumgesprochen.“

Viele Studenten schreckt dabei nicht nur das altbackene Image der Analogtechnik, sondern auch die Aura des Geheimnisvollen und Exotischen, mit dem sich Analogdesigner gern umgeben. Fast mutet es an, als sei die ohnehin hoch spezialisierte Zunft der Chipdesigner geteilt in zwei Kulturen: „Ingenieure der analogen Elektronik bringen den Konstrukteuren digitaler Schaltkreise eine freundliche Verachtung entgegen (die natürlich ebenso reagieren)“, notiert ein Beobachter der Szene im Online-Magazin „Telepolis“. Hochmütig beanspruchen die Verfechter des Analogen dabei für sich, intuitiver zu arbeiten, geleitet mehr von Materialgefühl, Physik und Ganzheitlichkeit als von abstrakter Logik.

Analoge Chips mögen in manchen Fällen schneller und sparsamer sein – doch der Preis dafür ist hoch. Das Design ist ein langwieriger Prozess, denn jeder Transistor, jede Leiterbahn kann das Verhalten des Schaltkreises beeinflussen. Wenn eine Schaltung nicht funktioniert, erfordert die Fehlersuche oft viel Geduld und Erfahrung und ähnelt bisweilen eher einer schwarzen Kunst als einem standardisierten Industrieprozess.

„Bei einem typischen analog-digital gemischten Chip macht der analoge Teil vielleicht 20 Prozent aus, aber ihn zu entwickeln macht 80 Prozent der Arbeit“, sagt Ralf Popp vom deutschen Zentrum für Entwurfsautomatisierung in Hannover. „Die Analogbranche muss sich daher dringend um effizientere Designmethoden kümmern, um nicht mehr das Nadelöhr beim Chipentwurf zu sein.“

Bis dahin aber, tröstet sich Popp, habe das verschrobene Geheimwissen der Analogtüftler zumindest in einer Hinsicht sein Gutes: „Die Komplexität und der Anwendungsbezug beim Analogentwurf bedeuten, dass diese Jobs nicht so leicht ins Ausland ausgelagert werden können.“

HILMAR SCHMUNDT

Yates (1985), bei Dreharbeiten „Nur die Berge und wir“

JOE SIMPSON / OESCH VERLAG (L.); KINOWELT (R.)

ABENTEUER

Absturz in den Erfolg

Darf ein Bergsteiger den Seilpartner opfern, um selbst zu überleben? Natürlich, finden zwei Briten, die genau diese Situation erlebt haben. Nun kommt ihre haarsträubende Geschichte in deutsche Kinos.

Die Wand sieht drohend aus, ein fast senkrechtes Labyrinth aus Fels und Eis. Unmöglich, dieses Ungetüm voller Überhänge und Schneewehen zu durchsteigen. Genau deshalb sind sie hier.

Joe Simpson, 25, und Simon Yates, 21, hatten Großes vor im Mai 1985: die Besteigung des 6344 Meter hohen Eisriesen Siula Grande in Peru – und zwar erstmals über die berüchtigte Westwand, fast 1400 Meter hoch, riesig wie 60 Hochhäuser.

So beginnt ein Abenteuer voller Mut, Angst und Verzweiflung – eine Expedition an die Grenzen der Leidensfähigkeit.

„Sturz ins Leere“ heißt ein neuer Film, der fast 20 Jahre später diese wahre Geschichte nacherzählt. In Großbritannien gilt er bereits als der erfolgreichste Dokumentarfilm aller Zeiten. Obwohl von Anfang an klar ist, dass die Beteiligten überleben, weil sie schließlich immer wieder von ihren Erlebnissen berichten, bleibt das Doku-Drama spannend bis zur letzten Sekunde. Denn die eigentlich spröde Form des Augenzeugeninterviews zeigt schonungslose Einblicke in das Seelenleben von Menschen in Extremsituationen.

„Viel besser als die Alpen“, notiert Simpson in seinem Tagebuch*, das dem Film als Vorlage diente, „keine Horden von Kletterern, keine Helikopter, keine Rettungsmöglichkeiten – nur wir und die Berge.“

Doch die Westwand erweist sich als tückisch. Je höher sie steigen, desto gefährlicher wird der für die Anden typische Pulverschnee – der Pickel findet kaum Halt, die Standplätze sind kaum zu sichern.

Dreimal biwakieren die beiden in Schneehöhlen, dann stehen sie auf dem Gipfel – abgekämpft, durstig, viel zu müde für Triumphgefühle. Von nun an geht es steil bergab. Der strapaziöse Aufstieg war bloßes Vorgeplänkel.

Ein Sturm braut sich zusammen, doch sie können ihn nicht aussitzen, denn sie drohen zu verdursten. Durch die trockene Eisluft dehydrieren Höhenbergsteiger wie Dörrobst, wenn sie nicht vier bis fünf Liter Flüssigkeit pro Tag trinken. Doch die leichtsinnigen Gipfelstürmer haben am falschen Ende gespart und zu wenig Gas für ihren Kocher eingepackt.

So bleibt ihnen nur eines: der rasche Abstieg durch ein dichtes Schneetreiben, stets auf dem schmalen Grat zwischen Verdursten, Unterkühlen, Verlaufen.

Dann passiert Simpson der entscheidende Fehler: Er rutscht an einem Eishang ein paar Meter ab, sein rechtes Steigeisen verbeißt sich im Eis. Er jault auf, windet sich vor Schmerz und Übelkeit. Sein Unterschenkel hat das Kniegelenk zertrümmert und sich in Richtung Oberschenkel gebohrt. Bei Belastung knickt das Bein einfach weg, der Schmerz ist bestialisch.

Die Verletzung kommt einem Todesurteil gleich: „Keine Horden von Kletterern, kein Helikopter, keine Rettungsmöglichkeit“, so hatte er selbst geschrieben. Fest rechnet er damit, dass sein Seilpartner ihn hier oben zurücklässt. Dem geht es zunächst ähnlich: „Du bist futsch, Mann!“, denkt er bei sich, „du bist mausetot.“

Doch dann entschließt er sich, das Unmögliche zu versuchen: Er seilt den Verletzten in Richtung Tal ab, ohne sich selbst im Pulverschnee richtig sichern zu können – eine endlose Rutschpartie.

Die Dunkelheit bricht herein, und mit ihr die große Krise: Der Verletzte ist über einen Überhang geschlittert. Das Seil ist zu Ende, er baumelt hilflos in der Luft, unter ihm gähnt eine Gletscherspalte.

Durch sein Gewicht hebelt er Yates langsam aus seinem behelfsmäßigen Standplatz, es droht ein Seilschaftssturz. Yates steht vor einer grausamen Wahl. Entweder er lässt sich vom Seilpartner in den sicheren Tod ziehen, oder er kappt das Seil und opfert den Gefährten – das vielleicht größte bergsteigerische Tabu.

Ein Schnitt – Simpson stürzt ins Leere.

„Ich dachte, er sei tot, aber es war mir egal“, erzählt Yates. Zu müde für Emotionen, steigt er mit letzter Kraft ins Basislager ab. Nun quälen ihn Gewissensbisse. Er ver-

KINOWELT

* Joe Simpson: „Sturz ins Leere“. Heyne, München; 270 Seiten; 7,95 Euro.

SIMON YATES / OESCH VERLAG (R.); KINOWELT (L.)

Simpson beim Dreh, Filmszene: *Psychodrama im Eis*

arztet seine Wunden und versucht, im Bergbach die erlebten Schrecken von sich abzuwaschen. Die Verdrängungsstrategie scheint zu wirken, er fühlt sich erfrischt. Am nächsten Tag übergießt er die Kleidung des Abgestürzten mit Benzin und verbrennt sie.

Doch Simpson hat den über 20 Meter tiefen Sturz überlebt – zu seiner eigenen Überraschung. Inmitten der Gletscherspalte bleibt er auf einer abschüssigen Eiskante liegen. Die Wände sind zu glatt und steil zum Hochklettern. Er ruft um Hilfe, vergebens.

Simpson beschließt, sich so lange am Seil herabzulassen, bis es zu Ende ist und er in den Tod stürzt. Da sieht er einen Sonnenstrahl: Eine seitliche Spalte führt zur Gletscheroberfläche. Einbeinig robbt er empor. Dann kriecht, schlurft, hüpft er auf einem Bein hinter den Schneespuren seines Partners her. Immer wieder schlägt er der Länge nach hin, das Gesicht ist blutig und verquollen.

Selten zuvor wurde so humorvoll und respektlos über Nahtod-Erlebnisse berichtet. Eine rettende Bewusstseinsspaltung hilft Simpson, den unfassbaren Schmerz zu ertragen: Eine innere Stimme erzählt ihm von einer gemütlichen Kneipe mit Strohdach daheim in England und lockt zur Rast. Eine andere Stimme dagegen peitscht ihn gnadenlos vorwärts. Simpson gehorcht.

Die Halluzinationen werden heftiger – Eisblöcke sehen aus wie nackte Körper, die wild kopulieren. Unentrinnbar dröhnt ihm ein Schlager von Boney M. durch den Kopf: „Brown Girl in the Ring, tra la la la la“. Er versucht, der Musik zu entkommen und legt dabei weite Strecken im Delirium zurück. „Ich glaube, es war ein verzweifelter Trick meines Gehirns, um mich bei der Stange zu halten“, so Simpson.

Zweieinhalb Tage nach dem Sturz in die Spalte, fast sieben Tage seit dem gemeinsamen Aufbruch hat er über zehn Kilogramm abgenommen und ist völlig entkräftet. Das Basislager ist immer noch nicht in Sicht – vielleicht, weil sein Partner die Zelte abgebrochen hat?

Die Stimmen verstummen. Entmutigt lehnt er sich an einen Felsblock – und schreckt jäh hoch durch beißenden Fäkaliengestank. „Scheiße? Wieso sitze ich in der Scheiße?“ Dafür gibt es nur eine Erklärung: Er muss durch Zufall aufs Lager gestoßen sein. Er wimmert um Hilfe und hört eine Stimme, diesmal von außerhalb des eigenen Kopfes. Das Erste, was er dem Partner sagt, der das Seil gekappt hatte: „Danke, Simon, es war schon richtig so.“

Der Film endet abrupt: Ohne Hollywood-Pathos, tränenreiche Verbrüderungsszenen, religiösen Schwulst. Das Doku-Drama, gedreht vom britischen Oscar-Preisträger Kevin Macdonald, 36, setzt ganz auf die sprichwörtliche britische „Stiff Upper Lip“. Diese unsentimentale Distanz zum Erlebten ist die große Stärke des Films – und gleichzeitig seine größte Schwäche.

Denn auch das Publikum baumelt in einer emotionalen Leere: Wie gehen die Bergsteiger mit ihren körperlichen und seelischen Verletzungen um? Wie stehen sie heute zueinander? Zu diesen grundlegenden Fragen verweigert der Film die Antwort – vielleicht, weil die beiden Abenteurer, heute Anfang vierzig, ihre Erlebnisse noch immer nicht recht verarbeitet haben.

Als Simpson und Yates 1985 wieder in Großbritannien ankamen, entwickelte ihr Abenteuer eine neue Eigendynamik. Ihre Berichte entfachten eine bittere ethische Kontroverse: Darf man einen Seilpartner opfern, um selbst zu überleben?

Yates wird von einem Kritiker in den französischen Alpen handgreiflich attackiert, der britische Alpine Club erwägt seinen Rauswurf. Seitdem ist er berüchtigt als „the guy who cut the rope“ – der Typ, der das Seil abgeschnitten hat.

Simpson dagegen veröffentlicht, um Yates zu verteidigen, 1988 seine Rekonstruktion der Ereignisse, „Gewidmet Simon Yates, für eine Schuld, die ich nie zurückzahlen kann“. Das Buch wurde über eine halbe Million Mal verkauft und in 14 Sprachen übersetzt. Beflügelt vom Film, erobert es nun erneut die Bestsellerlisten.

„Es ist ironisch, wie viel ich dem Unfall verdanke“, sagt Simpson heute, „sonst hätte ich nie entdeckt, dass ich schreiben kann.“ Der Horrortrip in den Anden erwies sich für die beiden Alpinisten als Absturz in den Erfolg. Die Filmfirma von Tom Cruise kaufte zwischenzeitlich die Filmrechte. Simpson veröffentlichte fünf weitere Bücher und schreibt derzeit an seinem zweiten Roman. Nach sechs Operationen unternahm er neue Expeditionen. Im Lauf der Jahre erlitt er drei weitere schwere Unfälle. Zwischen Krankenhaus und Basislager hält er hoch dotierte Motivationsseminare bei Firmen wie Vodafone und GlaxoSmithKline. Das Geheimnis seines Überlebens? „Ich kann sehr, sehr dickköpfig sein“, erwidert er trocken.

„Simpson überhöht sich als existenzialistischen Helden, ein einfacher Selfmademan mit einem Schuss Nietzsche“, urteilt der Berliner Sportsoziologe Gunter Gebauer. „Er zeigt, wie man auch die ausweglooseste Lage in einen Sieg verwandelt. Das macht ihn beliebt in einer Leistungsgesellschaft, in der die Angst vor dem sozialen Abstieg umgeht.“

Auch Yates profitierte von seiner Rolle als Überlebenskünstler und veröffentlichte Bücher über seine Bergabenteuer – im Klappentext beworben mit dem Hinweis: „The one who cut the rope“.

Doch als Lehrbeispiel für Krisenbewältigung taugt der Bestsellerstoff kaum, denn er übergeht ein zentrales Detail: Nicht das abgeschnittene Seil ist der moralische Knackpunkt, sondern die Frage, warum Yates nicht nach den Überresten des Vermissten suchte, aber statt dessen fast sofort zur Verdrängung überging und überhastet die Kleidung seines Partners verbrannte.

Wie unverdaut die Erlebnisse immer noch sind, zeigte sich im Juni 2002: Als die Bergsteiger für die Dreharbeiten nach Peru zurückkehren, schlittern sie erneut in die emotionalen Abgründe von damals. Und zwar so sehr, dass der Regisseur schwankt, ob er das Psychodrama von damals verfilmen soll oder das aktuelle. Yates überwirft sich durch ständige Wutausbrüche mit dem Team und bricht bis heute den Kontakt ab. Simpson leidet an Panikattacken und muss ärztlich behandelt werden: „Es kam mir so vor, als wäre das alles erst fünf Minuten her“, so Simpson. „Ich dachte, dass das Filmteam weg sein könnte, wenn ich mich wieder umdrehe. Und dass die letzten Jahre nur eine Halluzination waren.“

HILMAR SCHMUNDT

RAUMFAHRT

Fliegendes Auge

Die TU München will einen eigenen Spähsatelliten ins All schießen – übers Internet dürfen auch Laien die Bordkamera steuern.

Seine Neugierde war einfach zu groß. Erst vor einer halben Stunde hatte die US-Raumfähre „Columbia“ ihre Umlaufbahn erreicht, da schwebte Ulrich Walter auch schon zum Bullauge. Gespannt schaute der deutsche Astronaut auf seinen Heimatplaneten hinab.

„In diesem Augenblick sah ich, was es bedeutet, dass die Erdkugel zwar einen Durchmesser von 13 000 Kilometern hat, ihre Atmosphäre aber nur 20 Kilometer dünn ist“, erzählt Walter, 50. „In einer so zerbrechlich wirkenden Schutzhülle, so begriff ich, spielt sich also all das ab, was wir Leben nennen.“

WOLFGANG M. WEBER

ULRICH WALTER

Raumfahrer Walter, Blick auf die Erde*: *Zerbrechliche Schutzhülle*

Elf Jahre nach dem Trip ins All will der Himmelsstürmer jetzt auch seinen Landsleuten zu grandiosen Fernsichten verhelfen. Unlängst auf den Lehrstuhl für Raumfahrttechnik an die TU München berufen, entwickelt Walter gerade einen Volkssatelliten: Mit einer Videokamera an Bord soll der „BayernSat“ bewegte Livebilder aus dem Orbit funken – und interessierte Laien dürfen das „fliegende Auge“ (Walter) dann sogar steuern.

„Übers Internet werden ausgewählte Personen die Kontrolle übernehmen“, verspricht der gelernte Physiker. „Wie bei einem Computerspiel können sie die Weltraumkamera per Joystick lenken und sich dabei wie echte Shuttle-Astronauten fühlen.“

Schätzungsweise zweimal am Tag wird der „BayernSat“ Deutschland überfliegen. Wenn das passiert, ahnt Walter, werden die Cyber-Astronauten die Satellitenkamera so lange hin und her schwenken, bis sie die eigene Stadt ausfindig gemacht haben. Der Späher im All ist so scharfsichtig, dass sie damit womöglich einzelne Häuserblocks erkennen können.

Bayerische Raumfahrtunternehmen beteiligen sich an der Mission, die Ende dieser Woche offiziell vorgestellt wird (www.astronautics.de). Die TV-Bilder aus dem All sollen regelmäßig im Nachtprogramm des Bayerischen Rundfunks ausgestrahlt werden. Am Design feilt Walter noch: So klein wie ein Fernseher soll der „BayernSat“ werden und nur so viel wiegen wie ein Kühlschrank – verglichen mit herkömmlichen Satelliten ein Winzling.

Vor allem aber will der Erbauer das Senden und Empfangen der Kamerabilder revolutionieren. Bei zivilen Beobachtungssatelliten ist die Übertragungstechnik nicht ideal: Um möglichst viele Details am Boden erkennen zu können, beträgt ihre Flughöhe nur um die 500 Kilometer. Wegen der Erdkrümmung führt das dazu, dass stets nur für wenige Minuten Funkkontakt zu ihnen besteht, wenn sie gerade eine Empfangsstation überfliegen – dann verschwinden sie schon wieder hinterm Horizont. Bis ihre Aufnahmen unten ankommen, kann es folglich Stunden dauern; Livebilder aus dem Orbit sind extrem selten.

Walter hat einen Plan, wie es besser gehen könnte. Dazu will er TV- und Fernmelde-Satelliten nutzen, die im großen Abstand von 36 000 Kilometern um die Erde kreisen. Sie sind zwar viel zu weit entfernt, um auf der Oberfläche Einzelheiten auszumachen – weil sie aber die Erde ebenso schnell umkreisen, wie diese sich dreht, stehen sie wie festgenagelt über einer Empfangsstation am Boden („geostationär“) und halten daher laufend Funkkontakt.

Walter will nun die Fähigkeiten der tief fliegenden und der hoch fliegenden Satelliten miteinander kombinieren. Würde ein geostationärer TV-Satellit als Relaisstation dienen, so sein Kalkül, ließen sich die Bilder des „BayernSat“ ohne Verzögerung senden: „Durch diesen Umweg-Trick können wir endlich aus niedriger Flughöhe die Bilder in Echtzeit empfangen.“

Die Nasa und die US-Militärs verwenden schon länger eigene teure Relaisstationen, um permanent Kontakt zur Raumstation ISS oder zu Spionagesatelliten zu halten. Doch für die vielen zivilen Satelliten gibt es einen vergleichbaren Übertragungsweg noch nicht. Gelingt Walters Experiment, könnten Anwendungen möglich werden, die bislang an den schwierigen Funkverbindungen scheiterten.

Gerd Hirzinger vom Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen beispielsweise träumt von einer Art „Weltraum-ADAC“: Er arbeitet an einem Service-Satelliten, der im Orbit an defekte Satelliten andocken und diese vor Ort reparieren soll. „So könnten wir dafür sorgen, dass der Berg an Weltraumschrott nicht immer weiter anwächst.“

Der Ingenieur hat bereits einen Robotergreifarm erfunden, mit dem sich kaputte Teile auswechseln lassen. Dennoch ist an den Start eines Reparatursatelliten vorerst nicht zu denken; wegen der zu langsamen Bildübertragung wäre das Andockmanöver zu riskant: „Wenn ich beim Bugsieren nicht ständig Sichtverbindung habe, kommt es ganz schnell zu einem Crash“, erläutert Hirzinger. Er muss deshalb warten, ob die „BayernSat“-Mission gelingt.

Immerhin ist sein Professorenkollege schon dabei, eine Mitfluggelegenheit zu organisieren: Ulrich Walter hat sich an das Raumfahrtzentrum in Bangalore gewandt. Wird eine indische Rakete den bajuwarischen Spähsatelliten ins All schießen?

„Wenn wir den Indern anbieten, ihre Studenten bei uns in München auszubilden“, hofft der ehemalige Shuttle-Astronaut, „können wir vielleicht ja sogar umsonst mitfliegen.“

OLAF STAMPF

* Mit „BayernSat“-Modell, Shuttle-Aufnahme von Dänemark und der deutschen Nordseeküste.

J. KAM

Küstenvögel im Wattenmeer: *Rund 50 Milliarden Vögel ziehen jährlich Tausende Kilometer weit – und vollbringen dabei wahre Wunder*

TIERE

Zug ohne Wiederkehr

Die Wasservögel der Erde sind akut bedroht. Mit Ultraleicht-Flugzeugen, Gänse-Pädagogik und Satellitenhilfe versuchen Biologen, besonders gefährdeten Arten zu helfen.

Stephen Holloway kam zu spät. Drei Tage lang hatte ein Dünnschnabel-Brachvogel in Druridge Bay, Northumberland, gerastet – „im Federkleid des ersten Sommers“, wie Holloway beteuert. Doch gesehen hat er den Vogel nicht.

„Als ich ankam, war er schon wieder weg“, ärgert sich Holloway. Fast 500 Kilometer reiste der Vogelfan im Mai 1998, um den unscheinbaren, braun-weiß gefiederten Watvogel persönlich in Augenschein zu nehmen. Zu Dutzenden streunten damals die Vogelvernarrten am Rande der Bucht herum. Und auch heute, sechs Jahre später, ist der ungewöhnliche Besucher noch Thema unter den „Twitchern“, den Vogelverrückten Großbritanniens.

Denn „Numenius tenuirostris“, so der wissenschaftliche Name des Tieres, ist einer der seltensten Vögel der Erde. Auf weniger als 50 Exemplare schätzen Experten seine Zahl – zu wenig für eine Art, um langfristig überleben zu können.

Der Dünnschnabel-Brachvogel könnte damit eines der ersten Opfer einer globalen Vogelkrise werden. Vorvergangene Woche trafen sich im schottischen Edinburgh 450 Ornithologen aus 90 Ländern zur Bestandsaufnahme. Ihr Fazit: Die Zugvögel der Erde, und unter ihnen vor allem die Wasservögel, sind akut bedroht. Fast die Hälfte der Watvögel etwa, kleine Bewohner flacher Küsten und Watten, sind in Gefahr. In Nordamerika gehen sogar die Bestände von vier Fünftel dieser Arten beängstigend zurück.

„Die Feuchtgebiete entlang der großen Zugrouten verschwinden in nie da gewesenem Tempo“, sagt Gerald Boere, Mitarbeiter der Naturschutzorganisation Wetlands International und Organisator der Konferenz. Vor allem die Winterquartiere der Vögel lägen häufig in dicht besiedelten Weltregionen und würden zunehmend trockengelegt. Trotz internationaler Abkommen wie etwa der Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tierarten (CMS) stünden Vögel wie Schneekranich, Steppenkiebitz oder Amsterdam-Albatross kurz vor dem Aussterben.

Eine globale „Flugverkehrskontrolle“ fordern die Forscher daher nun für die zehn großen Vogelflugrouten der Erde. „Effektive Hilfe für Zugvögel erfordert enge, internationale Zusammenarbeit“, sagt Boere: „Nur wenn es gelingt, ein Netzwerk von geschützten Feuchtgebieten auf allen Kontinenten zu knüpfen, haben diese Tiere langfristig eine Chance.“

Geschätzte 50 Milliarden Vögel ziehen jährlich aus ihren Brutgebieten Tausende Kilometer weit ins wärmere Winterlager – und vollbringen dabei wahre Wunder. 11 000 Kilometer etwa fliegt die Pfuhlschnepfe nonstop von Alaska bis nach Neuseeland oder Australien. Den Flughöhenrekord hält die Streifengans, die von Zentralasien aus in 9000 Meter Höhe den Himalaja quert. Orientierung finden die Vögel dabei an den Sternen, an Gerüchen oder – wie erst letzte Woche im Wissenschaftsmagazin „Science“ beschrieben – mit Hilfe einer Art Kompass, der täglich neu am Sonnenuntergang geeicht wird.

Doch immer häufiger wird der Drang in die Ferne für die gefiederten Athleten zum Zug ohne Wiederkehr. Massiv kollidiert ihr Trieb mit menschlichen Interessen. Im Norden Islands etwa droht der Bau des Kárahnjúkar-Staudamms die Rastplätze von 90 Millionen Wasservögeln zu zerstören, die auf der ostatlantischen Flugroute aus der Arktis nach Afrika ziehen. Das Nadelöhr der australasiatischen Zugroute dagegen ist das Gelbe Meer, dessen flache Küste im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in China und Südkorea rasant trockengelegt wird. In Südeuropa, Osteuropa oder Afrika wiederum werden die Vögel häufig gejagt – oftmals schlicht, um sie zu essen: Am Chilwa-See in Malawi etwa, einer der wichtigsten Zugvogeldrehscheiben Afrikas, beenden in manchen Jahren 200 000 Zugvögel ihr Leben als Grillgut.

Schon die Störung einzelner Rastplätze, so wissen die Forscher inzwischen, kann ganze Populationen einbrechen lassen. Die Delaware Bay an der US-Ostküste etwa liegt genau auf der Zugroute des Knutt. Die amerikanische Population dieses kleinen Watvogels zieht jeden Herbst aus der

Arktis nach Süden bis zur Tierra del Fuego in Patagonien. Den nötigen Speck für die kräftezehrende Reise fressen sich die Vögel traditionell in der Delaware Bay an, wo sie Milliarden von Eiern der dort ablaichenden Pfeilschwanzkrebse finden. Seit jedoch Fischer die „Lebenden Fossilien“ als Köder für ihre Fangzüge entdeckt haben, gehen die Vögel leer aus. „Die Überlebenschancen des Knutt sind dadurch rapide gesunken“, klagt Theunis Piersma von der niederländischen Universität Groningen. „Nur noch ein Viertel der Vögel erreicht das notwendige Startgewicht für den langen Flug nach Südamerika.“

Derlei Hiobsbotschaften aus dem Vogelreich spornen die Forscher nun zu immer ausgefalleneren Tricks an, gerade den Bedrohtesten unter den Langstreckenfliegern unter die Flügel zu greifen. Ein Kandidat für schnelle Hilfe ist beispielsweise die Zwerggans. Auf ein Viertel ist die Zahl der in der russischen Tundra und Taiga brütenden Zwerggänse in den letzten 50 Jahren geschrumpft. Höchstens 50 Brutpaare vermuten Forscher in Skandinavien. Der Grund: Die meisten werden im Winter am Schwarzen und Kaspischen Meer von Jägern abgeschossen.

P. SCHUETZ / BLICKWINKEL

Ultraleicht-Flugzeug mit Zwerggänsen: *Umzug ins neue Winterquartier*

Anstatt sich jedoch mit den dortigen Grünröcken anzulegen, üben sich die Forscher in Gänse-Pädagogik: Mit Hilfe einer Leihmutter lassen sie die Tiere umziehen. „Wir bieten den Vögeln neue, wesentlich sicherere Überwinterungsgebiete an“, erläutert Torsten Larsson vom schwedischen Naturvårdsverk. Der Trick: Die Forscher schieben einer Weißwangengans – sie brütet in Schweden und überwintert im holländischen Watt – Zwergganseier unter. Die Küken werden auf die artfremde Mutter geprägt und folgen ihr auf dem ersten Winterzug in die Niederlande. Zwar trennen sich die Jungtiere dort von der Gänse-Amme. Doch auch fortan fliegen sie im Herbst in die sicheren Watten bei Terschelling und Schiermonnikoog.

Rund hundert Zwerggänse haben Larsson und der Wildbiologe Åke Andersson auf diese Weise schon verlegt. Andere Forscher wollen künftig Ähnliches per Ultraleichtflugzeug erreichen. Die Methode ist bereits erprobt: Schreikraniche, Trompeterschwäne und Waldrappe sind bereits im Windschatten langsamer Flugzeuge in neue Winterquartiere geflogen. Der Wesel-

CHRIS GOMERSALL / RSPB

Dünnschnabel-Brachvogel

JIM ZIPP / PHOTO RESEARCHERS

Knutt

CHRIS SCHENK

Löffelstrandläufer

Bedrohte Zugvögel

ler Zoologe Johan Mooij und Wolfgang Scholze vom Deutschen Aero Club planen nun, auch Zwerggänseküken auf Mensch und Maschine zu prägen.

Im August 2005 soll es erstmals von Lappland aus in den Süden gehen. 4000 Kilometer will Pilot Scholze dann mit jeweils 30 Zwerggänsen im Gefolge zurücklegen, bis im Oktober das Naturschutzgebiet Bislicher Insel bei Xanten erreicht ist.

Noch schwieriger wird die Vogelhilfe, wenn eine Art fast schon ausgestorben und noch dazu sehr wenig über ihre Lebensweise bekannt ist. Der Löffelstrandläufer ist ein solcher Vogel – und gleichzeitig eines der Opfer des fernöstlichen Wirtschaftsbooms. Nur 400 bis 500 Exemplare dieser Art soll es noch geben. Längst hat das Tier, das mit seinem teelöffelförmigen Schnabel Kleinstlebewesen aus sanherausseiht, die höchste Schutzstufe der CMS erklommen. Das Problem: Wo der Vogel überwintert, ist unbekannt, sein Brutgebiet nur unter äußersten Strapazen zu erreichen.

Allein per Hubschrauber, Hundeschlitten oder Kettenfahrzeug gelangen die Forscher auf die unwirtliche Tschuktschen-Halbinsel im äußersten Osten Russlands. Geeignetes Brutterrain des 15 Zentimeter großen Bodenbrüters identifizieren sie zuvor auf Satellitenbildern. Einmal beringt, lässt sich der Vogel dann auf seinem Zug zuverlässig bis zum Gelben Meer verfolgen. Dort jedoch beginnt die Odyssee erst richtig. Ausgerechnet bei Saemangeum, einem 400 Quadratkilometer großen Feuchtgebiet in Südkorea, rastet ein Großteil der Vögel. Einen 33 Kilometer langen Seedeich bauen die Südkoreaner dort derzeit zwecks Landgewinnung. Bald wird das Watt ausgetrocknet sein – das Ende für den Löffelstrandläufer?

Die Spur des Vogels jedenfalls verliert sich hier. Nur vereinzelt sichten Vogelfans Exemplare in Indien, Thailand, Vietnam oder China. „Solange wir nicht wissen, wo das Gros der Tiere überwintert, können wir nichts tun“, klagt Christoph Zöckler vom World Conservation Monitoring Center der Vereinten Nationen – und beschreibt damit nur den Frust vieler Kollegen.

Denn auf Grund miserabler Datenlage in manchen Ländern müssen die Ornithologen im internationalen Vogelschutzgeschäft oftmals hilflos dem Niedergang einzelner Arten zusehen. So auch beim Dünnschnabel-Brachvogel, der zuletzt vor sechs Jahren in Großbritannien auftauchte: Bei ihm ist nicht einmal bekannt, wo er brütet.

Mitten in Russland, südlich der Stadt Tara wurde 1924 das letzte Nest gesichtet. Seither quälten sich zahlreiche Expeditionen durch die russische Steppe – vergebens: Sieben Wochen lang durchkämmte etwa Vogelforscher Boere 1997 mit russischen Kollegen die Region. „Keine Spur“ habe er von dem Vogel gesehen. „Ich fürchte, wir können das Tier vergessen“, sagt der Ornithologe resigniert. „Es ist traurig; aber so gut wie beim Dünnschnabel-Brachvogel haben wir wahrscheinlich noch nie das Aussterben einer Art dokumentiert.“

PHILIP BETHGE

INTERVIEW

„Blanke Heuchelei“

Musikproduzent Frank Farian (Boney M., Milli Vanilli), 62, über seine Buch-Abrechnung („Stupid Dieser Bohlen“) mit Dieter Bohlen und Bertelsmann

SPIEGEL: Viele hatten gehofft, die Bohlen-Bücherflut hätte ein Ende. Immerhin wurde er schon zum zweitnervigsten Deutschen gewählt. Warum braucht die Welt noch ein Anti-Bohlen-Pamphlet?
Farian: Vielleicht braucht es nicht die Welt, aber wir als ehrliche Künstler und Musiker brauchen es. Immer wieder hat Bohlen uns denunziert. Mich hat er zudem aus dem Hinterhalt angegriffen.
SPIEGEL: Sie meinen doch nicht Bohlens Sottise, wonach Sie in Brasilien die Preise für Prostituierte verdorben hätten?

FRITZ REISS / AP

Farian

Farian: Das fand ich noch lustig. Aber dass er behauptet, ich würde meine Zeit im Studio mit Mulattinnen vergeuden – damit hat er mich ins Mark getroffen.
SPIEGEL: Nun bezeichnen Sie ihn als Hochstapler und lassen Ex-Geliebte schmutzige Wäsche waschen. Hat Bohlen Ihnen schon den Gefallen getan und sich juristisch gewehrt?
Farian: Still ruht der See. Bohlen ist abgetaucht. Er ist ja ein kleiner Schisser, der nur Auseinandersetzungen mit Schwächeren sucht.
SPIEGEL: Eigentlich liest sich Ihr Buch ohnehin mehr als geschmacklose Abrechnung mit Ihrem früheren Vertragspartner Bertelsmann. Es geht vor allem um eine Boney-M.-CD, die der Bertelsmann-Ableger BMG einer dritten Firma ohne Ihr Einverständnis erlaubt haben soll …
Farian: … und die ein juristisches Nachspiel haben wird. Wir bereiten gerade eine Millionen-Klage in New York vor. Da kommt auf Bertelsmann noch was zu.
SPIEGEL: Sie beklagen Bohlens mangelndes Niveau und tummeln sich mit Ihrem Buch nun in denselben Niederungen.
Farian: Dafür entschuldige ich mich ja schon im Vorwort. Aber das ist eben die Sprache, die Bohlen versteht.
SPIEGEL: Sind Sie nicht ohnehin der Falsche, um Bohlen einen Hochstapler zu schimpfen? Mit der Retorten-Band Milli Vanilli stehen Sie für einen der größten Skandale der Musikgeschichte.
Farian: Immerhin war ich selbst einer der Sänger! Und ich habe meinen Fehler eingesehen, mich entschuldigt und dafür bezahlt. Bohlen betrügt die Leute nun schon seit mehr als 20 Jahren.

TV-SENDER

Böse Überraschungen bei N-tv

STEPHANIE PILICK / DPA

Züll

Beim Nachrichtensender N-tv ist die wirtschaftliche Situation miserabler als bislang bekannt. So schrumpfte der Nettoumsatz im vorigen Geschäftsjahr dramatisch auf nur noch rund 40 Millionen Euro. Trotz des bereits begonnenen Sanierungsprogramms blieb der Verlust fast unverändert bei knapp 23 Millionen Euro. Der jüngst beschlossene Umzug von Berlin ins RTL-Hauptquartier nach Köln und ein drohender neuerlicher drastischer Personalabbau von den derzeit noch insgesamt 270 Stellen sollen nun helfen, die Kosten auf etwa 40 Millionen Euro im Jahr zu drücken. Die Idee, dass N-tv vor allem Infrastruktur und Personal seines Mehrheitseigners RTL mitnutzen könnte, gab es schon länger, allerdings wurde der Umzug vor allem im Aufsichtsrat vom Co-Gesellschafter Time Warner blockiert. Hintergrund: Der Umzug erfordert zunächst neue Investitionen von rund sechs Millionen Euro, an denen sich die Amerikaner nicht beteiligen wollten. RTL hat für seinen defizitären Kanal dennoch ambitionierte Ziele: Dieses Jahr sollen die Millionenverluste nur noch einstellig sein, im nächsten Jahr schwarze Zahlen erreicht werden. „Wir liegen voll im Plan“, versichert N-tv-Geschäftsführer Johannes Züll. Zuversichtlich zeigt man sich bei RTL insbesondere deshalb, da man die schlechten Zahlen vor allem auf den „unerwartet katastrophalen Zustand“ zurückführt, in dem der Sender 2002 übernommen wurde. Man habe einige „böse Überraschungen“ erlebt, heißt es. Dies scheint nun auch zunehmend den Mann zu belasten, der den Kauf der N-tv-Anteile 2002 maßgeblich vorangetrieben hatte und nun auch die RTL-Interessen im Aufsichtsrat vertritt: RTL-Informationsdirektor Hans Mahr.

OLIVER SCHMAUCH / LAIF

Mahr

PRESSE

„Bild“ zum Burger

Die Fast-Food-Firma McDonald’s steigt in den Pressevertrieb ein. Ab 17. Mai gibt es in 1244 Filialen neben Hamburger und Pommes auch die „Bild“-Zeitung zu kaufen. Das Boulevardblatt aus Hamburg hatte in der Vergangenheit unrentable Vertriebswege geschlossen und deshalb an Auflage verloren. Unter anderem in den Big-Mac-Restaurants sollen nun neue, junge Käufergruppen erreicht werden. Großen Hunger dürften jetzt vor allem die Grossisten zeigen: Die Presse-Vertriebsfirmen würden am liebsten noch viel mehr Titel aus ihrem Sortiment über die Fast-Food-Kette verkaufen.

TV-Vorschau

Bloch: Schwestern

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Ein neues Stück aus der schwerblütigen und zugleich sensiblen Psycho-Reihe mit dem Therapeuten Bloch (Dieter Pfaff). Der Seelendetektiv geht einem komplizierten Konflikt zwischen zwei Schwestern auf den Grund, dem Konkurrenztrauma der Geigerin Lilly (Nina Hoss) und der mit ihr unter einem Dach lebenden Nina (Nele Mueller-Stöfen). Wie Bloch die strenge Fassade der Violinistin durchstößt und dahinter eine schwer gestörte Frau entdeckt, gehört

FRANK DICKS / WDR

Hoss in „Bloch: Schwestern“

zu den beeindruckendsten Szenen des sorgfältig inszenierten Films (Regie: Edward Berger).

Amok in der Schule – Die Tat des Robert Steinhäuser

Mittwoch, 23.00 Uhr, ARD

Zwei Jahre nach dem Schulmassaker von Erfurt – der Schüler Robert Steinhäuser erschoss 16 Menschen, bevor er sich selbst tötete – äußern sich in der Dokumentation von Thomas Schadt und Knut Beulich die Eltern und der ältere Bruder des Attentäters. Ihre Stellungnahmen werden allerdings von Schauspielern gesprochen, da die Steinhäusers sonst „erneut Belästigungen und unnötige Fragen“ hätten befürchten müssen, wie die Autoren des Films erklären. Was die Eltern sagen, zeugt von schweren Selbstvorwürfen. Die Mutter berichtet von einem „verheerenden“ Elternabend an der Regelschule, die Robert nach der Grundschule zunächst mit guten Noten besucht hatte. Die damalige Klassenlehrerin schilderte aber auf jener Veranstaltung die Verhältnisse an dieser Schule in düstersten Farben – die Steinhäusers setzten sich daraufhin in den Kopf, ihren Sohn auf das Gutenberg-Gymnasium zu schicken. Der Junge war dort überfordert, die Karriere als Schulversager programmiert. Als sich die Krise verschärfte – Robert fälschte ein Attest und flog, ohne dass die Eltern davon erfuhren, von der Schule –, waren die Eltern blind für den Jungen. Die Mutter, eine Krankenschwester, war durch das Sterben ihres Vaters, eine Unterleibsdiagnose und ein neues Arbeitsumfeld abgelenkt, der Vater fand keinen Zugang zu Robert. Lieblos, kalt und herzlos, so gewinnt der Zuschauer den Eindruck, waren die Steinhäuers jedoch nicht, nur überforderte Eltern eines überforderten Schülers. Wann der verschlossene Junge die Grenze zum tödlichen Wahnsinn überschritt, bleibt ein schreckliches Rätsel, für die Eltern, die Angehörigen der Opfer, die Mitschüler. Schadt und Beulich wagen keine Erklärung, darin liegt die Qualität ihres Films.

ARTE

Eiche im Herbst

Die Eiche – Königin des Waldes

Freitag, 19.00 Uhr, Arte

Mag ja sein, dass die Eiche mehr als nur ein Baum ist. Aber dieser Film ist kaum mehr als eine angestrengte Kulturübung. Griechen, Römer, Germanen, Jakobiner und national gesinnte Deutschen haben den Baum verehrt. Specht, Ameise, Pilz und Mäuschen fühlen sich – wer hätte es gedacht – im knorrigen Gebälk des Baumknorzes wohl, und das böse Waldsterben setzt der Eiche zu. Hölzern tönt dazu der Kommentar: Die Eiche sei „als Lebensraum unverzichtbar“.

Stimmen aus dem Dunkel

Sonntag, 0.50 Uhr, ZDF

Was sich mit filmischen Mitteln aus der umfangreichen „Echolot“-Sammlung des Schriftstellers Walter Kempowski, 74, machen lässt, das ist hier geschehen – selten oder nie gezeigte Bilder und Originalfilme aus dem Russland-Feldzug Hitlers werden von Peter Leippe in mitunter verblüffender Engführung den von Kempowski zusammengetragenen und neu montierten Stimmen unterlegt, klug beschränkt auf die Monate Juni 1941 und Januar 1943.

TV-Rückblick

100 Jahre nie einen Liebeskummer

14. April, WDR

„Wie die Tulpen kommen, werd ich hier noch sehen, aber die Rosen nicht mehr“, sagt die alte Frau. Doch von Tod ist nicht die Rede, nur von Umzug. Die fidele Emmy feiert gerade ihren 100. Geburtstag und hat sich jetzt erst entschlossen, ihre Veranda und ihr lila Bad gegen ein Zimmer im Altenheim einzutauschen. Christoph Busch gelang in der bereits mehrfach preisgekrönten WDR-Serie „Menschen hautnah“ ein fast tränenfreies und amüsantes Porträt der Emmy Herzog aus Münster, die von ihrem Leben und ihrer Liebe zu Leo, dem Rennfahrer, erzählt. Heimlich mussten sie 1933 heiraten, sich in Holland verstecken, denn Leo war Jude. Schließlich holten ihn die Nazis. „Liebeskummer hab ich nie gehabt“, sagt sie und streichelt ein altes Schwarz-Weiß-Foto des Geliebten. Mit 97 Jahren hat Emmy, die vorher nie mehr als eine Postkarte geschrieben hat, ihre Erinnerungen in einer Erzählung festgehalten. Vergangenen Dienstag feierte Frau Herzog, ein Jahr nach den Dreharbeiten, ihren 101. Geburtstag. Methusalemkomplex? Emmy hat dafür im Moment keine Zeit. Vielleicht in 20 Jahren.

WDR

Emmy im Beiwagen eines Motorrads

BOULEVARD

Eine Liga für sich

Großbritanniens Boulevardpresse hat sich einer lustvollen Hetzjagd auf ihren Fußball-Halbgott David Beckham verschrieben. Die publizistische Seifenoper ist nach allen Regeln des Klatschgeschäfts inszeniert worden – bringt aber nicht den erhofften Auflagenerfolg.

Überraschend ist eigentlich nur, dass es so lange gedauert hat. David Beckham, Popstar, Werbe-Ikone und Fußballgott, Auflagenheld von Boulevard- wie Sportpresse, hat eine Affäre angehängt bekommen. Eigentlich sogar zwei oder drei, so genau weiß man das noch nicht. Sicher ist nur, dass die Freude nicht größer sein könnte.

Die „Bunte“ konnte ihre Erregung kaum beherrschen: „Die Luderjagd ist eröffnet“, dichtete sie vergangene Woche. Weltweit erschauderten die Blatt- bis Plattmacher vor Erleichterung und Vorfreude auf kommende Titel. Viel zu lange mussten sie schon von Schlagzeilen wie „Holte sich Beckham eine Hure ins Bett?“ („Bild“) oder „Beckham Sex-Sensation: Ich will dich stöhnen und grunzen hören“ („Mirror“) träumen.

Dabei gelten Fußball und Sex schon lange als beinahe unschlagbares Doppel. Was bebte der Boulevard allein in den letzten zwei Jahren dank all der enthüllten Kicker-Kapriolen: Oliver Kahn und das Münchner Disco-Luder, Ottmar Hitzfeld und die heiße Brasilianerin, Stefan Effenberg und die Frau seines Kollegen Strunz. Sogar Franz Beckenbauer hatte allerhand laufen, wenn auch nur mit einer FC-Bayern-Sekretärin.

Was könnte da noch besser sein? Ganz einfach: ein bedeutenderer Fußballer, mehr Sex und internationaler Glamour. Da ist Beckham eine Liga für sich. Schließlich ist der Mittelfeldstar von Real Madrid sogar mit einem Popstar verheiratet. Zumindest einem ehemaligen: Victoria Adams, Ex-Spice-Girl, genannt „Posh“.

Ein Traumpaar: Ihre Millionenvilla nennen sie „Beckingham Palace“. Zum Fernsehinterview schmusen sie im Partnerlook in Burberry-Pyjamas auf dem cremefarbenen Sofa. Der „Playboy“ hätte am liebsten, dass sie sich gemeinsam ausziehen. Die Beckhams sind ganz sicher die größte täglich wiederkehrende Real-Seifenoper seit Lady Di und Prinz Charles.

Nur so lassen sich pompöse Ankündigungsfanfaren anstimmen, wie sie das Boulevardblatt „News of the World“ vor rund zwei Wochen zum Auftakt des Beckham-Brüllers in die Welt blies: „Eine Story, die Millionen erschüttern wird – wir erzählen im Detail, wie der ehemalige Manchester-Star mit Rebecca Liebe machte.“ Natürlich wurde die vermeintliche Affäre von

CHRIS YOUNG / DPA

Ehepaar Beckham: *Fußball und Sex als unschlagbares Doppel*

der britischen Presse „enthüllt“. Publizistische Treibjagden auf Prominente gehören auf der Insel zum Tagesgeschäft. Selbst „Bild“ wirkt dagegen freundlich und unvoreingenommen.

Elf Tages- und neun Sonntagszeitungen kämpfen auf dem Londoner Zeitungsmarkt mit allen Mitteln um Auflage. Bis auf die wenigen seriösen Blätter wie „Times“ oder „Guardian“ arbeiten sie nach der gleichen Faustformel: „Shock and amaze“, schockiere und verblüffe. Auch mit den Fakten wird es da nicht immer so genau genommen. Vorverurteilung? Hörensagen? Gerüchte? Egal, Hauptsache es liest sich gut.

Und so wird auch der angebliche Beckham-Seitensprung bei „News of the World“ präsentiert, als habe der Reporter in der Bettritze gelegen: „Er dimmte das Licht und zog sich aus. Auch Rebecca strippte, und sie standen nackt in der Mitte des Raums, sich leidenschaftlich küssend. Sie liebten sich über Stunden.“ Schöner kann ein Groschenroman nicht klingen.

Seit zwei Wochen schon überschlagen sich die britischen Blätter mit immer neuen Titelgeschichten, Geliebten und Schweinereien. Denn zum Glück wurde die Affäre sogar mit angeblich authentischem Liebesgeflüster geliefert – verfängliche SMS-Botschaften, die nun stark zensiert, weil „zu versaut“, in der Zeitung landeten.

Die Beckham-Saga entwickelte sich dabei keineswegs zufällig, sondern wie jede Seifenoper nach Drehbuch: ein sorgfältig orchestriertes mediales Lustspiel, bei dem ein vorgeschriebener Akt nach dem anderen aus der Schublade gezogen wird.

Schon die erste Enthüllung der vermeintlichen Geliebten Rebecca Loos, Beckhams ehemalige Assistentin in Madrid, hatte „News of the World“ nicht selbst recherchiert. Die Dame war dem Blatt von einem englischen PR-Berater angeboten worden, der schon seit Januar mit ihr verhandelt hatte, wie der „Guardian“ herausfand. Sie soll schließlich rund 300 000 Pfund für ihre Exklusiv-Geschichte kassiert haben, der PR-Mann angeblich 60 000 Pfund.

Aber wen kümmert ein dubioser Deal, wenn auf die dramatische Enthüllung bereits Akt zwei folgt: Die Beckhams lassen sich von Promi-Fotografen beim Turteln im Schnee ablichten und dementieren fleißig alle Anwürfe.

Seitdem wogt es täglich hin und her: Erst der obligatorische Ex-Lover, der das Luder auch wirklich als Luder outet („bisexuell und pornosüchtig“). Dann wieder Victoria Beckham, die die vermeintliche Nebenbuhlerin als „verlogene Kuh“ beschimpfen darf. Bevor die Sympathien umschlagen, wird eine zweite Geliebte namens Sarah Marbeck aus dem Hut gezaubert, vermittelt von einem australischen Anwalt.

Es folgt? Natürlich die Beckham-Reaktion („absurd“) und wieder ein Bekannter, der das Luder als Luder darstellt, diesmal sogar ein noch schlimmeres: Die Dame soll als „Edelnutte“ operiert haben – sagt ihr Ex-Chef im Interview, woraufhin es höchste Zeit wird, das bereits aufgezeichnete Fernsehinterview mit der ersten Geliebten auszustrahlen, wo sie den Kicker als „erstaunlichen und großzügigen Liebhaber“ lobt, damit die Beckhams am nächsten Tag … es könnte ewig so weitergehen.

Exklusive Sex- und Promi-Geschichten haben sich als bewährtes Mittel erwiesen, die Auflage kurzfristig um bis zu 15 Prozent in die Höhe zu treiben. Einer der größten Auflagenerfolge war bereits früher David Beckham zu verdanken: 1999 sicherte sich das Glamourblatt „OK!“ die Exklusiv-Berichterstattung über seine Hochzeit und katapultierte damit die Auflage von 600 000 auf knapp 2 Millionen Exemplare, erzählt ein ehemaliger Redakteur.

Solch exorbitante Verkaufserfolge scheint der Fußballstar dieses Mal jedoch nicht herzugeben. Erste Zahlen zeigen, dass die wichtigsten Massenblätter „Sun“ und „Mirror“ anfangs um knapp drei Prozent zulegen konnten. „News of the World“ verkaufte mit der ersten Exklusiv-Geschichte offenbar fast 3,9 Millionen Exemplare, immerhin über 100 000 mehr als die entsprechende Vorjahresausgabe. Doch schon mit der nächsten Beckham-Story und der zweiten angeblichen Geliebten am Ostersonntag rutschte das Wochenblatt sogar unter seinen Monatsschnitt.

Wirtschaftlich hat sich das Drama um den englischen Kicker und die „schäbige Senorita“ („Sun“) für „News of the World“ wohl nicht gelohnt: Die Auflagensteigerung, so rechnete die Konkurrenz hämisch vor, brachte höchstens 77 000 Pfund mehr ein, während für die Geschichte der beiden Geliebten angeblich 450 000 Pfund auf den Tisch gelegt worden sein sollen.

Und so ist noch keineswegs entschieden, ob all die schön-schmierigen Details, die „News of the World“ nach eigenen Beteuerungen noch in der Schublade hat, auch wirklich veröffentlicht werden. Dazu, teilte das Blatt vergangene Woche mit, werde man den öffentlichen Appetit in den nächsten Tagen abwarten müssen.

Beckhams Hauptsponsor Adidas bleibt jedenfalls vorsichtig: Zur seit langem geplanten Präsentation des neuen Beckham-Fußballschuhs nächste Woche in London verzichtet der Sportartikelriese lieber auf eine Pressekonferenz. Thomas Schulz

ODD ANDERSEN / AFP

Britische Boulevardpresse
Auflagenkampf mit allen Mitteln

SKY ONE / AP (L. U.); BULLS PRESS (R.)

Angebliche Beckham-Geliebte Loos, Marbeck: *Das Luder als Luder darstellen*

VERLAGE

Einmarsch in London

Springer will den „Daily Telegraph“ übernehmen. Der Erfolg oder Misserfolg des Deals entscheidet über die Zukunft des Medienkonzerns – als deutscher Platzhirsch oder Global Player.

STEPHAN SCHRAPS

Konzernchef Döpfner: *Die neuen Spielräume nutzen*

Es war gegen elf Uhr. Mathias Döpfner hatte am vorigen Mittwoch gerade seine Rede auf der Hauptversammlung in Berlin beendet. Da reichte ihm Friede Springer aus der zweiten Reihe, wo der Aufsichtsrat sitzt, eine Notiz nach vorn. Die Witwe war zufrieden. Endlich wieder gute Zahlen in ihrem Haus. Döpfner las den Zettel und strahlte.

Wortreich hatte der junge Vorstandsvorsitzende vorher erst den Verlagsgründer Axel Springer gepriesen und dann sich selbst. Das wichtigste Thema freilich sparte er aus: den geplanten Kauf des britischen Presse-Flaggschiffs „Daily Telegraph“. Würde Springer den Deal prüfen, dürfe man sich nicht äußern, gab er auf Nachfrage sphinxhaft zu verstehen. Und, logisch: Gerüchte könne er nicht kommentieren.

Würde, dürfte, könnte: Noch am selben Abend hat Döpfner das Reich des deutschen Konjunktivs verlassen – mit dem British-Airways-Flug 987, Ankunft London-Heathrow 20.35 Uhr. Zwei Vorstandskollegen und fünf Manager begleiteten ihn, als es am vergangenen Donnerstag um einen möglichen Springer-Einmarsch in den Londoner Docklands ging.

Dort, im Hafengelände an der Themse, residiert der „Telegraph“, eines der ältesten und größten Blätter Großbritanniens. Das Imperium drum herum steht für eine Milliarde Pfund (1,5 Milliarden Euro) zum Verkauf. In vierstündigen Gesprächen stellten sich die Deutschen und die Briten erstmals gegenseitig vor. Die Präsentation hat anscheinend auf beiden Seiten Eindruck gemacht. Die Berliner liegen vorn, wurde hernach von Investmentbankern lanciert.

Eine eigene Zeitung in London – das wäre für die Springers noch schöner als die Rückkehr Helmut Kohls ins Kanzleramt. Döpfners größter Traum wäre mit einem Schlag erfüllt: die Internationalisierung des Konzerns, der seit Jahrzehnten vor allem von den Erträgen der „Bild“-Zeitung lebt.

Zuletzt freilich war man am meisten mit sich selbst beschäftigt. Die Wirren der Kirch-Pleite, die eigenen Verluste und die Dauerfehde mit der Bundesregierung verstellten den Blick nach vorn. Jetzt soll neues Leben ins Haus. Deutscher Platzhirsch oder Global Player – das ist die Alternative, vor der Springer derzeit steht.

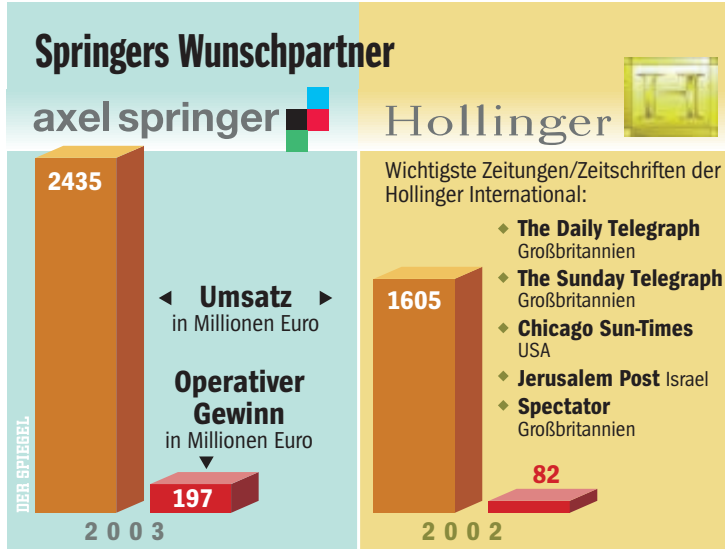
Fragt sich nur: Kann der konservative Konzern ein solches Milliarden-Investment überhaupt stemmen und dann auch profitabel betreiben? Hat Döpfner den nötigen Rückhalt im Verlag, der nach drastischen Sparrunden über ein neues Aktienoptionsprogramm für den Vorstand streitet? Und wie soll das überhaupt gut gehen: die Machtübernahme eines britischen Nationalheiligtums ausgerechnet durch deutsche Invasoren?

Denn so viel ist sicher, für die englischen Boulevardblätter wäre der Einzug der „Hunnen“ beim „Telegraph“ fast so ergiebig wie ein schwuler Sexskandal um Prinz Charles. Endlich gäbe es frischen Stoff für ihre Attacken auf die „Krauts“, ihre Vorliebe für den „Blitzkrieg“ und zackige Nazi-Kommandos („Achtung! Surrender!“). Schonung ist nicht zu erwarten. Auch die örtlichen Konkurrenten „Daily Mail“ und „Daily Express“ haben für den „Telegraph“ geboten.

Die 1855 gegründete Zeitung gilt gleichermaßen als verstaubt und lukrativ. Mit einer Auflage von 923 000 liegt das Blatt um mehrere hunderttausend Exemplare vor der Konkurrenz von „Times“ bis „Guardian“ und „Independent“. Selbst in schweren Zeiten erwirtschaftet die Zeitung noch 30 bis 40 Millionen Pfund Gewinn im Jahr.

Vor allem aber ist der „Telegraph“, wegen seiner Nähe zur konservativen Partei auch „Torygraph“ genannt, ein schillerndes Imperium. Seine jüngste Geschichte liest sich wie eine Mischung aus Wirtschaftskrimi und Groschenroman.

In ihrem Zentrum steht Lord Black of Crossharbour. Das Mitglied des britischen Oberhauses hat über die US-Holding Hollinger International bis vor kurzem „Daily Telegraph“ und „Sunday Telegraph“ kontrolliert. Damit ist



es seit spätestens Januar vorbei. Eitelkeit, extravaganter Lebensstil und eine autokratische Unternehmensführung gehören zu den Vorwürfen, die die Hollinger-Gruppe gegen ihren Ex-Chef und Gesellschafter erhebt. Der exzentrische Lord musste gehen, weil er mit anderen Managern 32 Millionen Dollar kassiert hatte – ohne Zustimmung des Aufsichtsrats.

Erst in letzter Minute konnte ein US-Gericht verhindern, dass Lord Black das Unternehmen bei seinem Abgang zu einem Freundschaftspreis an die Brüder Barclay verkauft. Sir David und Sir Frederick sind so steinreich wie verschwiegen und leben zurückgezogen auf ihrer privaten Kanalinsel in einem neu erbauten Schloss. Von den britischen Zwillingen, denen unter anderem das Londoner Hotel Ritz gehört, ist wenig bekannt – außer ihrer Leidenschaft für Rolls-Royce und ihrem Wunsch, Rupert Murdoch und seiner „Times“ mit dem „Telegraph“ Konkurrenz zu machen.

Inzwischen hat im Rennen um Hollinger, an dem sich neben den Barclays, britischen Verlegern und Finanzinvestoren auch der US-Medienkonzern Gannett („USA Today“) beteiligte, ausgerechnet Springer gute Karten. Die Deutschen haben zunächst auch für die Hollinger-Titel „Jerusalem Post“, „Chicago Sun-Times“ und den Londoner „Spectator“ geboten. Das kommt der Investmentbank Lazard entgegen, die mit dem Verkauf beauftragt ist. Lazard möchte das Paket am liebsten komplett veräußern, aus steuerlichen Gründen.

Schon Mitte Mai könnte Döpfner den Zuschlag bekommen. Damit nichts schief geht, hat er neben den Investmentbankern der Deutschen Bank die renommierten Anwälte von Shearman & Sterling engagiert. Bei der Finanzierung setzt Döpfner auf die Unterstützung amerikanischer Investoren. Derzeit gibt es zwei Szenarien.

Entweder der ProSiebenSat.1-Eigentümer Haim Saban kommt als Co-Investor ins Boot. Döpfner und der US-Milliardär kennen sich als Gesellschafter der Senderkette. Der Deutsche übernähme dann den „Telegraph“, der Amerikaner die anderen Titel. Allerdings ist das Interesse Sabans an den Zeitungen aus Chicago und Jerusalem nicht besonders groß – der Mann ist andere Dimensionen gewohnt.

Szenario zwei: Die Finanzierungsgesellschaft Hellman & Friedman steigt mit ein. Die Investorentruppe aus San Francisco ist der Axel Springer AG als Gesellschafter verbunden und könnte die Hollinger-Reste verwerten.

Dass man sich die Pläne überhaupt leistet, hat mit Döpfners Sanierungsarbeit zu tun. Noch vor sechs Jahren scheiterte der damalige Konzernchef Gus Fischer mit seinen Kaufplänen für den „Daily Mirror“ (für 1,7 Milliarden Euro) bei Friede Springer. Sein Nachfolger hat diesmal bessere Chancen: Drastische Sparrunden und ein umfangreicher Stellenabbau haben den noch 2001 defizitären Konzern wieder in die schwarzen Zahlen gebracht. 2003 hat Springer Rendite und Gewinn gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und erzielte so das dritthöchste Ergebnis seiner Geschichte.

Die neuen Spielräume, sagt Döpfner, „sind ein unschätzbarer Vorteil, den wir nutzen werden“. Er will nun „antizyklisch in neue Ideen, Zeitungen, Zeitschriften und digitale Angebote investieren“. Erste Schritte waren in der vergangenen Woche der Einstieg beim „Westfalen-Blatt“. In Moskau bringt der Verlag eine Lizenzausgabe des US-Wirtschaftsmagazins „Forbes“ an den Kiosk.

Am Geld kann der Kauf des „Telegraph“ also kaum scheitern. Aber vielleicht am inhaltlichen Profil?

Dass die „Daily-Telegraph-Affäre“ 1908 eine mittelschwere Staatskrise zwischen Berlin und London auslöste, ist heute nur noch blasse Erinnerung. Wilhelm II. hatte damals in einem Interview mit dem Blatt die Untertanen seiner Großmutter, Queen Victoria, arg beschimpft: „Ihr seid verrückt, verrückt, verrückt.“ Bedeutender sind die regelmäßigen Ausfälle des grundsätzlich antieuropäischen „Telegraph“ gegen Brüssel.

Voller Abscheu berichten die Londoner Kollegen zum Beispiel über die „drei europäischen Tugenden“: „Amtsmissbrauch, Bürokratie, üble Tricksereien“. Den Ruf nach mehr sicherheitspolitischer Zusammenarbeit nach den Anschlägen von Madrid hat das Blatt als „grotesken Opportunismus“ kritisiert. Europa, das ist für sie ein „Triumph der Politik über die Realität“.

Unklar scheint da, wie die „Telegraph“-Reporter künftig den ersten Grundsatz der Springerschen Unternehmensverfassung erfüllen sollen: Er fordert von allen Konzern-Schreibern das „unbedingte Eintreten für die Förderung der Einigungsbemühungen der Völker Europas“.

Dabei hat Döpfner seit voriger Woche noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen: Es geht um seine Einkünfte im eigenen Verlag. Zusätzlich zur jetzt schon üppigen Entlohnung der Konzernspitze hat die Hauptversammlung vergangene Woche als weiteren Erfolgsanreiz ein attraktives Aktienoptionsprogramm für den Vorstand beschlossen.

Widerstand kommt da nicht nur aus den unteren Rängen, sondern auch von den Springer-Erben Axel Sven und Ariane: Die beiden Gründer-Enkel sind Minderheitsgesellschafter des Verlags und haben erst vor kurzem vor Gericht ihre Einspruchsrechte gegenüber ihrer Stiefgroßmutter und Mehrheitsgesellschafterin Friede verteidigt.

Zusammen halten die drei Erben 50 Prozent und zehn Aktien am Konzern. Bei der Abstimmung über das Optionsprogramm auf der Hauptversammlung hat ihre gemeinsame Gesellschaft – gegen den Willen der beiden Enkel – nicht mitgestimmt – und erst damit eine Mehrheit für das Vorhaben ermöglicht.

Zu dieser Aktion lag schon vor der Hauptversammlung ein Gutachten des Frankfurter Aktienrechtlers Theodor Baums vor. Das Verhalten der von Friede Springer dominierten Erbengemeinschaft sei rechtswidrig, erläutert Axel („Aggi“) Springer das Ergebnis der Baums-Expertise.

Die beiden Enkel wollen deshalb den Beschluss der Hauptversammlung anfechten. „Wir werden mit allen rechtlichen Mitteln versuchen, das Aktienoptionsprogramm zu verhindern“, sagt Axel. FRANK HORNIG

UPPA

Zeitungsmanager Lord Black
Extravaganter Lebensstil

O. BODMER / BABIRAD PICTURE

Medien-Milliardär Saban (mit Ehefrau): *Als Co-Investor dabei?*

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
E-Mail: service@spiegel.de
www.spiegel.de/shop

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 145,60
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 465,40
Studenten Inland: zwölf Monate € 101,92 inkl.
6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate € 200,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 278,20
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 2,80 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 8,95 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße oder Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug ($^1/_4$-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP04-001

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Per Hinrichs, Dr. Hans Michael Kloth, Bernd Kühnl, Norbert F. Pötzl, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hartmut Palmer

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Gabor Steingart, Konstantin von Hammerstein (stellv.), Dirk Kurbjuweit (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Markus Feldenkirchen, Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Roland Nelles, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Dr. Gerd Rosenkranz, Christoph Schult, Alexander Szandar. *Reporter:* Matthias Geyer; *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Frank Hornig, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Michael Sauga
Autor: Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo. *Redaktion:* Dominik Cziesche, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Heiner Schimmöller. *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Irina Repke, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Dietmar Hawranek, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Marcel Rosenbach, Jörg Schmitt, Thomas Schulz, Janko Tietz

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Hans Hoyng (stellv.), Dr. Christian Neef (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Siegesmund von Ilsemann, Marion Kraske, Jan Puhl, Dr. Stefan Simons. *Autoren, Reporter:* Klaus Brinkbäumer, Dr. Erich Follath, Susanne Koelbl, Claus Christian Malzahn, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autor*: Urs Jenny

GESELLSCHAFT *Leitung:* Lothar Gorris, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Thomas Hüetlin, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff. *Redaktion:* Karen Andresen, Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Joachim Mohr, Manfred Schniedenharn, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

HAUSMITTEILUNG, INFORMATION Hans-Ulrich Stoldt

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs-Schneider, Dieter Gellrich, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Claudia Jeczawitz, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Josef Csallos, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Gershom Schwalfenberg, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe; Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Antje Klein, Iris Kuhlmann, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Andreas Wassermann, Almut Hielscher, Christoph Pauly, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Bettina Musall, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BAGDAD Tel. (00964) 790 19 11 749

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 2669987, Fax 3670356

BERN Joachim Hoelzgen, Gutenbergstraße 54, 3011 Bern, Tel. (004131) 3720252, Fax 3720253

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 4615, Jerusalem 91046, Tel. (009722) 561192-6 oder -7, Fax 5611928

KAIRO Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Matthias Matussek, 3 Northumberland Place, Richmond, Surrey TW10 6TS, Tel. (004420) 8605 3893, Fax 8605 3894

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Walter Mayr, Uwe Klußmann. *Autor*: Jörg R. Mettke, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007095) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-20581518

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Jan Fleischhauer, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, Rio de Janeiro-RJ, CEP 22290-970, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Marco Evers, 761 Tehama Street, Apt 7, San Francisco, Ca 94103, Tel. (001415) 8612172, Fax 358 4522

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5-103, Tzuzuki-ku, Yokohama 224-0037, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Dr. Gerhard Spörl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Jürgen Kremb, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 58 vom 1. Januar 2004
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2475

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke

Druck: Gruner Druck, Itzehoe
Dresdner Druck- und Verlagshaus

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

FREITAG, 9. 4.

ENTFÜHRUNG I Während die Kämpfe in der irakischen Stadt Falludscha weitergehen, entführen Aufständische im Irak vier Italiener und zwei Amerikaner. Die Entführer drohen mit der Ermordung der Geiseln für den Fall, dass die ausländischen Truppen nicht aus dem Irak abziehen.

SAMSTAG, 10. 4.

VERMISST Im Irak werden zwei Sicherheitsbeamte der deutschen Botschaft vermisst. Bei den Männern handelt es sich um GSG-9 Mitarbeiter. Das Bundesinnenministerium geht davon aus, dass die beiden ermordet wurden.

SONNTAG, 11. 4.

OSTERMESSE Bei der traditionellen Ostersegnung „urbi et orbi“ ruft der Papst in Rom zum weltweiten Einsatz gegen Terrorismus auf. Zehntausende Gläubige kommen auf den Petersplatz zur Messe, die unter strengen Sicherheitsvorkehrungen stattfindet.

NIEDERLAGE Im Kampf um die Box-Weltmeisterschaft verliert Wladimir Klitschko in Las Vegas gegen den Außenseiter Lamon Brewster nach technischem K.o.

MONTAG, 12. 4.

WIDERSTAND Die USA erhöhen den Druck auf den aufständischen Schiiten-Führer Muktada al-Sadr. Dieser versucht sich an die Spitze der irakischen Schiiten zu setzen. US-Präsident George W. Bush befiehlt seinen Truppen daraufhin, den Geistlichen „tot oder lebendig“ zu fassen.

DIENSTAG, 13. 4.

REKORD Eine Zwergmaus bricht alle Altersrekorde: Sie wird vier Jahre alt, nachdem ihre Gene von Wissenschaftlern der University of Michigan manipuliert wurden. Normalerweise haben Zwergmäuse eine Lebenserwartung von 18 Monaten.

MITTWOCH, 14. 4.

KRITIK Nach Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Justizminister John Ashcroft muss sich auch CIA-Chef George Tenet vor dem Untersuchungsausschuss zu den Anschlägen des 11. September massive Kritik anhören. Tenet gibt zu, auf Warnungen nicht angemessen reagiert zu haben.

ISRAEL Im Konflikt um die israelischen Siedlungen besteht US-Präsident Bush nicht mehr auf den vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten im Westjordanland und unterstützt damit die Politik des israelischen Ministerpräsidenten Sharon.

DONNERSTAG, 15. 4.

ENTFÜHRUNG II Während drei japanische Geiseln im Irak freikommen, erschießen die Entführer einen Mann aus Italien und drohen mit weiteren Tötungen, falls die italienischen Truppen nicht aus dem Irak abziehen.

TERROR Osama Bin Laden stellt in einer Tonband-Nachricht denjenigen Staaten eine Verschonung von Terroranschlägen in Aussicht, die ihre Truppen aus der islamischen Welt abziehen. Europas Politiker reagieren brüskiert.

FREITAG, 16. 4.

AFFÄRE Zwei Wochen nach Bekanntwerden der Adlon-Affäre tritt Ernst Welteke von seinem Amt als Präsident der Bundesbank zurück.

FACE TO FACE

US-Präsidentschaftskandidat John Kerry umarmt am Mittwoch vergangener Woche Senatorin Hillary Clinton bei einem Besuch des City College in New York.

SPIEGEL TV

MONTAG, 19. APRIL
22.45 – 23.15 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die Hühnerfabrik – Schlachten im Sekundentakt

SPIEGEL TV

Hühner am Schlachtband

Nach 40 Tagen endet das Leben eines Masthähnchens, dann ist es reif für Europas größte Geflügelschlachterei im niedersächsischen Lohne. Über eine viertel Million Tiere werden hier täglich verarbeitet. Der fast vollautomatische Vorgang dauert kaum mehr als zwei Stunden.

DONNERSTAG, 22. 4.
22.25 – 23.20 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Auf Biegen und Brechen – Die Stuntmenfabrik, Teil 2/2
In der „action concept“-Stuntschule erlernen Laien das knochenharte Handwerk des Stuntman. Kein Beruf für Angsthasen: Nur ein Viertel der zur Aufnahmeprüfung Angetretenen legt die Abschlussprüfung ab.

SAMSTAG, 24. 4.
22.00 – 23.50 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Am Anfang war das Ei – Hühnerleben in Deutschland
Rund 48 Millionen Hühner legen in Deutschland täglich ein Ei. Rund ein Drittel aller produzierten Eier landet nicht als Ganzes im Handel, sondern wird zu Flüssigei und Eipulver verarbeitet, als Zusatz für Torten, Süßspeisen oder Schokoküsse. Eine Dokumentation über den Kreislauf der Eierproduktion.

SONNTAG, 25. 4.
22.15 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Die Pleiterepublik – Insolvenzverwalter bei der Arbeit; **Schmuggler, Menschenhändler –** Polen kurz vor dem EU-Beitritt; **Abspecken um jeden Preis –** Diäten und andere Quälereien.

GESTORBEN

VOTAVA

Roland Rainer, 93. Für sich selbst hat der österreichische Architekt, aufmüpfige Idealist und Verfechter einer streng modernen Ästhetik kleine, umgrünte Privatoasen geschaffen, etwa sein „Wohnhaus unter Bäumen“ in Wien. Seinen Ruhm erbaute er sich in der Nachkriegszeit mit öffentlichen Arenen und Bürohäusern, in Wien etwa mit der Stadthalle und dem Hauptsitz des ORF. Seine 1964 eingeweihte Mehrzweckhalle in Bremen ist eine forsch aufstrebende Architekturskulptur aus Beton, und dass sie – gegen Rainers Willen – zum Event-Palast ausgebaut wird, sorgte jüngst für Schlagzeilen. Der Mann war es gewohnt, sich kämpferisch zu geben und vor Publikum für seine oft als radikal gescholtenen Ideale zu werben. Er lehrte als Professor, amtierte fünf Jahre lang als Stadtbaurat in Wien und entwickelte als solcher ein Planungskonzept für die Metropole. Zu seinen ehrgeizigsten Projekten gehört eine Gartenstadt nahe Linz: Das Leben im Grünen sollte für die Masse der Bevölkerung möglich sein, so wollte es der Missionar eines sozialen Bauens. Roland Rainer starb am 10. April in Wien.

René Gruau, 95. „Die Modefotografie ist ein Büttel der Wirklichkeit. Zeichnungen sind frei wie die Phantasie“, sagte der in Italien geborene Illustrator einmal. Seine Phantasie brachte Tausende Plakate, Mode- und Kosmetikzeichnungen hervor. Der Autodidakt, der sich Künstler wie Toulouse-Lautrec zum Vorbild nahm, verdiente bereits als Teenager Geld mit seinem ungewöhnlichen Talent, scheinbar schwerelose, schlichte und gleichzeitig unendlich raffinierte Figuren aufs Papier zu bringen, die nur die Idee des Vorbilds transportieren. Zu seinen berühmtesten Werken zählt eine legendäre Werbung für den Lippenstift „Rouge Baiser“ (um 1950) – ein paar Linien, schwarze und rote Akzente auf weißem Grund: ein weibliches Gesicht, dessen Augen durch eine schwarze Binde verborgen sind, ein roter Kussmund. Über 30 Jahre lang zeichnete der Meister der Andeutung Plakate für die berühmten Nachtclubs „Moulin Rouge“ und „Lido“ in Paris. Sein eleganter Strich brachte ihm Aufträge der renommiertesten Haute-Couture-Häuser Frankreichs und der wichtigsten Modemagazine aus aller Welt. Bis ins hohe Alter beschäftigte sich Gruau mit Werbung, die Mode interessierte ihn nicht mehr: „Was soll ich heute zeichnen? Bauchnabel und Beine?“ René Gruau starb, wie erst jetzt bekannt wurde, am 31. März in Rom.

JAUSSAUD / SIPA PRESS

Herb Andress, 69. Der als Herbert Andreas Greunz in Oberösterreich geborene Schauspieler bereicherte in prägnanten Charakterrollen zahlreiche internationale Film- und Fernsehproduktionen. Sein markantes, scharf geschnittenes Gesicht prädestinierte ihn für den Typus des deutschen Offiziers, den er 1964 in der amerikanischen TV-Serie „Combat!“ und fortan auch auf der Leinwand oft verkörperte. Rainer Werner Fassbinder erkannte das Potenzial des Darstellers jenseits dieses Rollenfachs und gab ihm in mehreren gemeinsamen Arbeiten wie der Fernsehproduktion „Acht Stunden sind kein Tag“ (1972) die Gelegenheit, seine Wandlungsfähigkeit zu zeigen. Zuletzt bot Andress in dem Thriller „Baltic Storm“ (2003) sogar Donald Sutherland Paroli. Herb Andress starb am 8. April in Grasbrunn bei München an Krebs.

THOMAS ERNST / TEUTOPRESS

Juan Valderrama, 87. Berühmt machte ihn ein Lied, das er in der Zeit nach dem Spanischen Bürgerkrieg schrieb, als er in Tanger erlebte, wie die spanischen Exilanten bei den „coplas“ des Volkssängers über die verlorene Heimat weinten. „Der Emigrant“ wurde zur Hymne der Gastarbeiter, die während der Franco-Zeit aus dem Ausland Geld nach Hause schickten. Juanito, wie er zeitlebens wegen seiner Kinderstatur genannt wurde, hatte mit 14 seine Heimat im andalusischen Jaén verlassen, um in Madrid als Flamenco-Sänger sein Brot zu verdienen. Der Mann, der stets mit einem breitkrempigen Hut aus Córdoba auftrat, war populär wegen seiner gefühligen Lieder, die ihm allerdings die Verachtung der Intellektuellen eintrugen. Sein Verdienst ist die Förderung wahrer Größen der Flamenco-Kunst wie Camarón de la Isla. Juan Valderrama starb am 12. April in seinem Haus bei Sevilla an den Folgen eines Herzinfarkts.

BALLESTEROS / AP

Peter Struck, 61, Bundesverteidigungsminister, karikierte sich selbst für einen guten Zweck. Der Vorsitzende eines Kindergarten-Fördervereins in Duisburg hatte Promipolitiker angeschrieben mit der Bitte, dass sie sich selbst zeichnen möchten, mit dem Erlös aus der Versteigerung der Werke wolle man eine dringend benötigte Sonnenmarkise anschaffen. Die Reaktionen waren überwiegend ablehnend. Nur der Verteidigungsminister griff zum Stift und schickte das Werk samt einem Fußball dem Bittsteller – nicht ohne die Zusatzinformation auf dem Blatt: „Selbst gemachte Zeichnungen", so der Minister, „haben den Vorteil, dass man einige Falten weglassen kann!"

Struck-Skizze

NAMY HUH / AP

Finnessey

Andreas Pinkwart, 43, Vizechef der Bundes-Liberalen und Landeschef seiner Partei in Nordrhein-Westfalen, verkündet an diesem Montagabend in Düsseldorf eine umstrittene Personalentscheidung: Ingo Wolf, 49, soll auf dem kommenden Landesparteitag zum Spitzenkandidaten der FDP im nächsten Landtagswahlkampf von NRW gewählt werden. Ex-Oberkreisdirektor Wolf, der aus diversen öffentlichen Ämtern höher alimentiert wird als der Bundespräsident, hat bereits die Fraktionsführung von Jürgen Möllemann geerbt und fällt oft durch die Attitüde eines Oberlehrers auf. Die Fraktion spielt unter seiner Führung auf der politischen Ebene kaum eine Rolle, zerfällt in Wolf-Freunde und -Gegner. Schlagzeilen machte kürzlich eine Polen-Reise unter der Leitung Wolfs, bei der man sich über die Folgen des Zigarettenschmuggels informierte. Was einen Abgeordneten nicht davon abhielt, gleich sechs Stangen des billigen Rauchguts einzusacken und wegen der Zollkontrolle an Parteifreunde aufzuteilen. Meldungen über die liberale Schmuggler-Truppe wurden von einem Anonymus vom Fax des Fraktionsvorstands an alle wichtigen Zeitungen des Landes versandt. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) erwägt, die Aufhebung der Immunität des Missetäters zu beantragen.

Kai Diekmann, 39, Chefredakteur der „Bild"-Zeitung, stößt bei der „tageszeitung" neuerdings auf wenig Gegenliebe. Noch im vergangenen September durfte der Boulevard-Mann mit seinem Team eine ganze „taz"-Ausgabe gestalten und sogar ein Interview mit dem Altkanzler („Heute gibt's Kohl") aufs Cover heben. Jetzt ist die Liebe der links-alternativen Zeitung zu Springer offenbar erkaltet – die „taz" wies Diekmanns Geschenk zu ihrem 25. Geburtstag am letzten Samstag zurück: eine Anzeige mit einem Pin-up-Girl wird nicht gedruckt. „Zum Geburtstag schenkt euch Bild eine Mieze", hatten Diekmanns Leute über das Nacktfoto einer Blondine („Liebe taz, mit 25 ist man alt genug!") geschrieben. Stattdessen erscheint nun ein ziemlich grauer Text („Bild gratuliert der tageszeitung zum 25. Geburtstag").

„Bild"-Anzeige

Finnessey-Buchtitel

Shandi Finnessey, 25, am vergangenen Montag zur neuen „Miss USA 2004" gewählte studierte Psychologin, macht längst das, wozu sich die US-amerikanischen Schönheitskönigginnen der vergangenen Jahre allenfalls erst nach ihrem Sieg verpflichteten: sozialen Dienst. Die 1,80 Meter große Schöne mit knackig durchtrainiertem Körper, der jeder Soldatin der U. S. Marines zur Ehre gereichte, bereist in ihrem Heimatstaat Missouri als „motivational speaker", eine Art Animateurin, High Schools, um für die Integration derer zu werben, die „anders" sind. Wenn sie mit Schülern über Integration spricht, hilft ihr als Anschauungs- und Lesematerial ein von ihr 2002 verfasstes Buch mit dem Titel „The Furrtails". Die Furrtails sind eine Kaninchenfamilie, die ihren Bau in der Nähe von Farmer Villman hat. Das Kaninchen Sammy ist nicht so smart wie sein jüngerer Bruder, gerät bald in eine Falle, aus der es sich nicht selbst befreien kann. Jedes Kaninchen muss nun mit seinen besonderen Gaben helfen, den unglückseligen Sammy zu befreien. Moral der Geschichte von Shandi Finnessey: Kinder können lernen, dass jeder eine gute Seite hat und keiner besser ist als der andere, nur eben anders.

LARRY DOWNING / REUTERS / E+LANCE MEDIA

Rice

Janet Jackson, 37, amerikanische Pop-Lady („Damita Jo"), hat Sinn für deftige Satire. Die Sängerin, die für die Entblößung ihrer Brust beim Super Bowl böse Kritik erntete, hatte sich für die Comedy-Show „Saturday Night Live" als Doppelgängerin der US-Sicherheitsberaterin und Bush-Vertrauten **Condoleezza „Condi" Rice,** 49, verkleidet, inklusive Haarfrisur im Siebziger-Jahre-Look. Höhepunkt der Ulknummer: Janet imitierte Condis Schwur bei deren Befragung zu

SUPPLIED BY INFGOFF.COM

Jackson

den 9/11-Attacken – indem sie die rechte Brust entblößte. Doch anders als beim Super Bowl war das edle Körperteil diesmal vom Sender sorgfältig gepixelt. Auch die kanadische Sängerin Alanis Morissette, 29, veräppelte die US-Zensur. Sie war zu den Juno Music Awards in einem hautengen Bodysuit erschienen, verziert mit Brustwarzen und Schamhaaren. Sie sei „überfroh wieder in meinem Heimatland“ zu sein, „dem wahren Norden, stark und ohne Zensur“.

Dieter Althaus, 45, sportiver CDU-Ministerpräsident von Thüringen, mühte sich im Osterurlaub um kumpelige Jugendlichkeit. Nach einem gemeinsamen Tauchsporttag auf Sardinien sprach Vater Althaus Tochter **Andrea,** 17, beim abendlichen Rotwein an: Sie beide hätten „heute echt was geleistet, da haben wir uns ’ne Fete verdient“. Tochter Andrea wehrte ab: „O Papa, lass sein!“ Der ließ nicht locker. Auch beim Bergsteigen sei sie „echt gut vorn dran“ gewesen, „starke Leistung“, und dann, als seien sie Basketballer, die nach erfolgreichem Ballwurf die Hände abklatschen, gab Althaus das Kommando: „Give me five!“ Doch die Tochter wehrte ab. Althaus verständnislos: „Was ist denn? Das ist doch so, wie die Jugend kommuniziert. Ich weiß das doch.“ Tochter Andrea belehrte: „O Papa. Fete ist schon out seit zehn Jahren, und diesen amerikanischen Gruß macht bei uns in Thüringen schon lange keiner mehr.“

FRANK OSSENBRINK

Althaus, Tochter Andrea

Polly Smith, 53, Vorsitzende des British Council of Disabled People, fürchtet eine Herabwürdigung tauber Menschen. Denn der angewandten politischen Korrektheit fielen im Spezialsender Vee-TV für taube Briten einige Gebärden zum Opfer, mit denen jahrelang ethnische und religiöse Gruppen sowie Homosexuelle benannt wurden. Abgeschafft wurden das Zeichen für jüdisch, eine Hand formt eine hakenförmige Nase; für chinesisch, ein Finger zieht ein Auge zum Schlitz; für indisch, ein Finger tippt auf einen Punkt in der Mitte der Stirn; für schwul, eine Drehung aus dem schlaffen Handgelenk heraus. Die Programm-Macher „greifen hier störend ein in die Sprache, in die Kultur und die Sozialanschauung tauber Menschen“, sagt Polly Smith, das sei „eine Form der Diskriminierung“. Doch ein Zeichen erfreut sich bei tauben Briten auch weiterhin großer

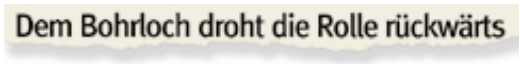
JULIAN SIMMONDS

Britisches Taubstummenzeichen

Beliebtheit: die ein Jahrhundert alte Gebärde für deutsch – eine vor die Stirn gehaltene Faust samt nach oben weisendem Zeigefinger, womit die Hand die Form einer preußischen Pickelhaube imitiert.

Xiong Deming, 42, chinesische Bäuerin, wurde nach einer Begegnung mit der Obrigkeit zur Volksheldin. Bei einer Visite von Premierminister Wen Jiabao, 61, in dem zentralchinesischen Dorf Longquan im vorigen Oktober hatte sie all ihren Mut zusammengerafft und sich bei dem Regierungschef beschwert, dass eine Baufirma ihrem Mann 2240 Yuan (rund 220 Euro) an Lohn nicht ausgezahlt habe. Diese Art Lohnunterschlagung ist derzeit weit verbreitete Praxis im Reich der Mitte: Unternehmen schulden den rund 94 Millionen rechtlosen Wanderarbeitern circa 100 Milliarden Yuan (10 Milliarden Euro). Nur sechs Stunden nach der Beschwerde bei Wen erhielt die Familie ihr Geld – und Frau Xiong hatte nur noch Sorgen. Denn seither pilgerten an die 700 Arbeiter aus dem ganzen Land zu ihr, die sie um Hilfe beim Eintreiben ihres Lohns baten. Inzwischen ist der Druck für Xiong Deming so stark geworden, dass sie sich entschloss, ihr Dorf zu verlassen und ihr Glück in der Stadt zu versuchen – als Wanderarbeiterin.

Aus dem „Gärtner Pötschke“-Kalender „Der grüne Wink“: „Zahlreiche Liebhaber haben sich wegen einer Tulpe für die Angebetete ins Unglück gestürzt. Später normalisierte sich dieser Zustand wieder, und seit etwa Mitte des vorletzten Jahrhunderts wurden die Tulpen auch in Deutschland bekannt und beliebt.“


Dem Bohrloch droht die Rolle rückwärts

Aus dem „Badischen Tagblatt“

Aus einer Anzeige für ein Krematorium im „Wochenspiegel“ (Bernburg): „Die Besichtigung einer Anlage ist von Experten vor dem Bau möglich und von jedermann bei Tagen der offenen Tür nach dem Bau. Betroffene können sich von der Einäscherung überzeugen.“

Aus dem „Ärzteblatt Baden-Württemberg“: „Als wichtige Meilensteine für den Erfolg des Heidelberger Zentrums nennt Professor Büchler die Einführung neuer Transplantationstechniken in den vergangenen beiden Jahren, die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den zuweisenden Spezialisten, die Einführung der Lebendspende eines Leberteils sowie erstmals die Transplantation von Kindern.“

Aus der „Hörzu“

Aus dem Krankenkassenmagazin „Gesundheit konkret“: „Die Beiträge ändern sich jeweils, wenn Sie die nächsthöhere Altersgruppe erreichen. Das Alter errechnet sich so: Ziehen Sie vom Jahr des Versicherungsbeginns Ihr Geburtsjahr ab. Beispiel: Geburtsjahr 1964: 2004 minus 1964 = 40 Jahre.“

Fußgängerzone verschwindet in der Schublade

Aus der „Filder-Zeitung“

Aus dem Bremer „Weser Report“: „Zu leise sprechen, zu schüchtern sein, das Aussehen (zu groß, zu klein und umgekehrt) machen Jugendliche zur Zielscheibe, so die Streitschlichter.“

Zitate

Der britische „Independent“ zum SPIEGEL-Bericht „Großbritannien – Sankt Georg hinter der Zeche“, den die in London erscheinende Zeitung komplett abdruckte (Nr. 16/2004):

Das hat einen Aufschrei in Großbritannien verursacht – ein deutsches Magazin besaß die Unverschämtheit, Großbritannien zu prüfen und kritische Schlüsse zu ziehen über die Lebensbedingungen unter New Labour.

Die „Daily Mail“ zum selben Thema:

Tony Blairs Britannien wird in einem führenden deutschen Magazin heute porträtiert als ein hoffnungsloses Land voller Besoffener, verrottender Krankenhäuser und Schule schwänzender Kinder. Der Angriff ist überschrieben mit der Zeile „Sankt Georg hinter der Zeche“ und behauptet, „England ist krank in der Seele“.

Die „Sun“ unter der Überschrift „Kümmert euch um eure eigenen Geschäfte“:

Viele Deutsche kehren derzeit zu einem Nachkriegsleben zurück – geprägt von Knausern, Sparen, Tauschhandel, Instandhaltung und der Jagd nach Sonderangeboten … Drei von vier Städten sind pleite. Unterdessen verschlingt der Osten weiter große Teile des westlichen Reichtums. Daneben könnte Großbritannien ziemlich gut aussehen – oder nicht SPIEGEL?

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zum SPIEGEL-Titel „1250 Milliarden Euro – Wofür? Wie aus dem Aufbau Ost der Absturz West wurde“ (Nr. 15/2004):

In der Osterwoche hat sich in Deutschland eine lebhafte Debatte über den Aufbau in den neuen Bundesländern entfaltet. Die zumeist tief schlummernde Aufmerksamkeit der (west-)deutschen Medien und Politiker für die Probleme in Ostdeutschland wurde durch einen kritischen Aufmacher des SPIEGEL am vergangenen Wochenende geweckt. Das Magazin warf unter Bezug auf einen nicht öffentlichen Expertenbericht aus dem Umfeld des Wirtschaftsministeriums die weithin tabuisierte Frage auf, welchen Nutzen und welche Perspektiven die gigantischen Transfers von über 1200 Mrd. EUR von West- nach Ostdeutschland bisher eröffnet haben. Die Antwort ist nicht neu, aber umso ernüchternder: nicht genug, um einen nachhaltigen Aufschwung in der Region zu ermöglichen, von blühenden Landschaften, die Bundeskanzler Helmut Kohl einst versprochen hatte, gar nicht zu reden.